VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT 13. Jg. 1/92 7.-DM

SCHWARZER FADEN





Kurden

Patriarchatskritik

"Norderstedt"

Herrschaft in China

Class War

„Gastkommentar“

„Ein Paradoxon unserer Gesellschaft: Der härteste Totalitarismus koexistierte und koexistiert bei uns immer noch mit einem beispiellosen Anarchismus. Bei genauem Hinsehen stellt man aber fest, daß das kein Widerspruch ist. Die Möglichkeiten für Willkür ganz oben lassen Willkür auch auf allen anderen Machtetagen zu. Zwar sind dort die Dimensionen und das Material anders, Willkür bleibt aber Willkür. Sie bekommt nicht nur Spielraum, sondern wird auch moralisch gerechtfertigt, ja ist sogar notwendig, denn jeder Untergeordnete kann die Weisungen von oben nur erfüllen, wenn er seinerseits gegen Gesetze verstößt.

Die offizielle Willkür läßt sich aber nicht anders bekämpfen als durch die Willkür der Revolutionäre, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es im System der Selbstherrschaft oder in einer militärisch-bürokratischen Ordnung keinen Platz für Gesetzlichkeit gibt.

Demzufolge ist es unmöglich beziehungsweise äußerst schwer der Willkür beliebiger Behörden offiziell, gesetzlich Widerstand zu leisten. Daher auch der ausgeprägte Trend zur Anarchie im alltäglichen Leben, der in ganz verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt: von völliger Mißachtung aller Normen und Regeln bis zur Vernachlässigung des Eigentums; der Arbeit und allem außer dem eigenen Ich.

Viel gewaltiger und gefährlicher ist jedoch der Drang nach Anarchie, der auf der geistigen Ebene, im Bereich der politischen und allgemeinen Kultur hochkommt. Wir blicken hier auf die historisch entstandenen reichen und festen Traditionen des Anarchismus zurück, die nicht nur von Kropotkin und Bakunin herrühren. Die nationale Mentalität regierte seit eh und je recht positiv auf Gewaltanwendung mit, wie man glaubte, hehren Zielen. Solche Ziele verkörperten sich in der Praxis nicht immer in Volksführern wie Pugatschow und Rasin, es gab auch andere Fälle. Ein Durchbruch zu Freiheit, Güte, Gerechtigkeit, zur Reinheit der zwischenmenschlichen Beziehungen und zu einer gerechten Gesellschaftsordnung wird immer noch als Durchbruch konzipiert, als Vorstoß aufgrund einer Idee, einer Erleuchtung, einer Aufwallung, einer Willensäußerung, von allem möglichen, nur nicht aufgrund des Gesetzes. Der Volksmund sagt ja nicht von ungefähr, daß sich jedes Gesetz umgehen läßt. Man ist sicher: Würde man nach dem Buchstaben des Gesetzes handeln, würde man das ganze Vorhaben im besten Falle scheitern lassen, und im schlimmsten Falle würden seine Initiatoren Marter und Tod erleiden.“

Den Kommentar schrieb **Alexander Jakolew**, langjähriger Mitarbeiter Michail Gorbatschows. Wie er seine Ausführungen beendet, wollen wir an dieser Stelle einmal gnädig übergehen... Gefunden in *Moskau News Nr.2/Febr.92*

SF-Spendenliste: Wir danken allen SpenderInnen, die uns immer wieder aufgerundete Beträge überweisen. Da einige auf Wunsch ungenannt bleiben wollten, haben wir die Praxis vorerst ausgesetzt, Kürzel zu veröffentlichen. Falls gegenteilige Wünsche ge-äußert werden, wollen wir damit fortfahren und die SpenderInnen bitten, uns mitzuteilen, wenn sie nicht veröffentlicht werden wollen.

MonatlicheDauerspenden:
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-

Inhalt NR.41

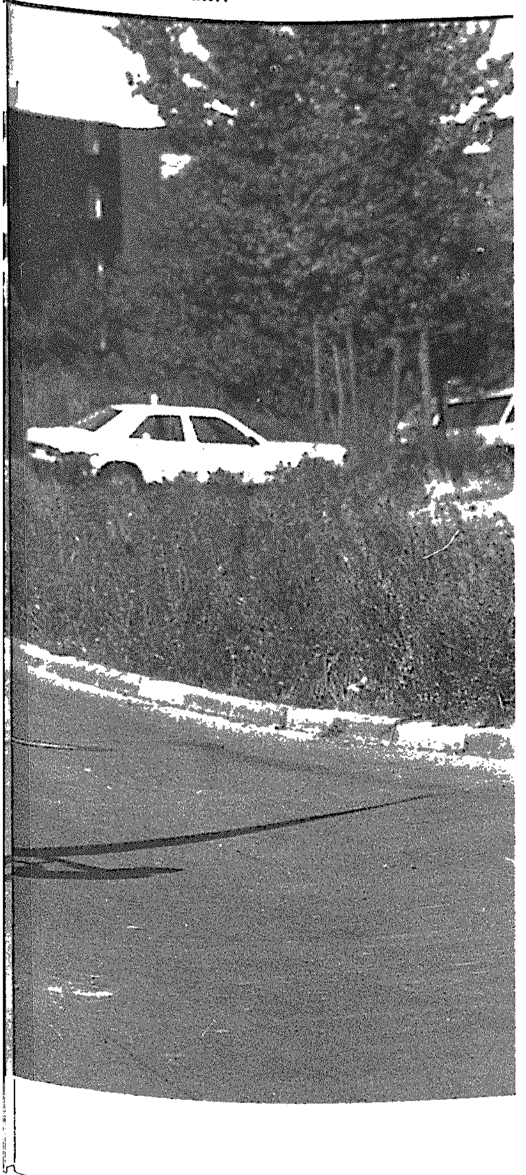
Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv



Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau, Tel.: 07033-44273; Fax 07033-45264; ISSN: 0722-8988.
Weiterer Redaktionskontakt: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. (2/92): 15.3.92
Anzeigenschluß Nr.42 : 1.4.92

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 BLZ 60010070





SF - Interna/ PREISERHÖHUNG

Den meisten von Euch dürften die Schwierigkeiten bekannt sein, mit der derzeit fast alle linken Zeitschriften zu kämpfen haben. Sinkende Auflagen gefährden so manches Projekt, die LeserInnen werden allüberall Spenden aufgerufen, bisweilen zu zweistelligen Tausender-Beträgen. Von dieser negativen Entwicklung blieb der SF bislang ausgenommen. Wir haben keine Einbußen zu verzeichnen, es sei denn in Berlin findet sich niemand, der den Kneipenwiederverkauf von bislang immerhin 80 Exemplaren pro Ausgabe stellvertretend weiterführt. (Kontakt für Interessierte ist bis zum 1.6. der *AurorA-Buchladen, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19)*. Der SF benötigt aber inzwischen pro Ausgabe finanzielle Mittel von knapp 10.000.-DM. Damit wir weiter unabhängig arbeiten können und nachdem wir die Sparmöglichkeiten ausgeschöpft haben (z.B. Umstellung auf Altpapier), muß der neue Verkaufspreis 7.-DM betragen. Dieser Betrag deckt bis auf 400.-DM alle Kosten, so daß ein Teil der Spenden und der Gelder aus bezahlten Anzeigen für Verbesserungen benutzt werden können. Wir gewinnen dadurch u.a. die Möglichkeit für aufwendige Artikel oder längere Übersetzungen ein Anerkennungshonorar von 50.-DM bezahlen zu können oder bei Bedarf (und der drängte sich bei allen letztjährigen Nummern auf) den SF um 4 Seiten auszudehnen. Das ABO wird in Zukunft 25.-DM im Jahr betragen. Das Förderabo (8 Nummern) 60.-DM. Da ABOs nach wie vor die wichtigste Basis zur Herausgabe dieser Zeitschrift darstellen, wollen wir uns bei den bisherigen AbonenntInnen dadurch bedanken, daß **alle** ihr derzeitiges ABO **bis zum 1.4.92** zu den alten Bedingungen (**20.-**/Förderab 50.-) um 4/8 Ausgaben verlängern können, das gilt auch für diejenigen, die gerade abonniert haben.

Impressum:

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag

V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt auf 100% Altpapier.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25- für 4 Nummern
Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM

Förderabo: 60.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen (5 alte Nummern nach Wahl): 20.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%

»Schluß mit dem Politiktheater«

(Zitat, Gunter Jansen, SPD, Schleswig-Holsteinischer Sozialminister)

von Hägär





Photo: Herby Sachs/Transparent

Aktuell (Dez. 91) leben in Schleswig-Holstein 11.000 Flüchtlinge und EmigrantInnen. Darunter hauptsächlich KurdInnen, BulgarInnen, RumänInnen. Sie kommen zuerst ins Auffanglager Ölixdorf und werden dann auf meist angemietete Sammellager „umverteilt". Diese Sammellager werden wohl in Zukunft mehr werden, da die (ehemaligen) Bundeswehrkasernen mittlerweile als Unterbringungsort ausgesucht werden. Die CDU hat außerdem vorgerechnet, daß Sammelunterkünfte billiger wären und bekam prompt Schützenhilfe von der Brandkasse Provenzial, die die Versicherungsgebühren für Flüchtlingshäuser und -unterkünfte um das 9-fache erhöhen will. Grund: die Brandanschläge militanter Neonazis. Die bekannte Ghettoisierung, die derzeit bundesweit vorangetrieben wird, mit all der damit verbundenen Psychologie (Aussonderung...) hat Tradition.

»Unser Kampf begann am 12. September 1991 in der Anschar-Kirche in Neumünster und geht weiter. Wir haben unsere Länder verlassen wegen Krieg, politischer Verfolgung, Unterdrückung, um in diesem Land Asyl zu suchen.« (aus: Erklärung der Flüchtlinge in Norderstedt, ebenso die im Text noch folgenden kursiv gesetzten Zitate)

60 Flüchtlinge aus 11 Ländern besetzten damals die Kirche. Innerhalb kürzester Zeit wurde öffentlich, was bundesweit regelmäßig passiert: Flüchtinge verweigern die Abschiebung in die fünf neuen Bundesländer, indem sie die dafür vorgefahrenen Busse nicht besteigen. Viele flüchten auch aus den neuen Bundesländern zurück. Für sie ist es unerträglich, täglich rassistischen Sprüchen, Angriffen und bürokratischen Schikanen ausgesetzt zu sein.

Am 19.9.91 läßt die SPD-Regierung Busse für die Abschiebung vorfahren. Sie bleiben leer. Die Kirche ist erstmalig seit Jahren ein Ort des Lebens, obwohl der Kirchenvorstand bereits Druck macht. Ihre „Argumentation": Die Weigerung, in die Aufnahmestellen anderer Bundesländer zu wechseln, verstärke die auch hier schon vorhandene Ausländerfeindlichkeit.

Auf die Täter/Opfer-Verdrehung (Flüchtlinge sind schuld am Rassismus) hat uns die Frauenbewegung aufmerksam gemacht, auf die Verharmlosung („Ausländerfeindlichkeit" statt Rassismus) der Worte die Farbigen. In die Öffentlichkeit sind solche Unterscheidungen anscheinend nicht gelangt.

Am 21.9. demonstrieren 250 Menschen aus Solidarität in Neumünster. Solidarische Grüße treffen aus Oslo (Blitz) und aus Zürich (Radio Lora) ein.

Ende September eskaliert die rassistische Gewalt. Nach Hoyerswerda schmeissen, unterstützt und mobilisiert durch die „Asyldebatte" der Politiker, aufbereitet durch die Medien, hunderte von treudoitschen Stiefelnazis Mollies und

Steine auf Heime und Menschen. Auch die Anschar-Kirche wird mit einem Molli angegriffen.

Am 28.10. verlassen die Flüchtlinge Neumünster und fahren nach Greifswald.

»Wir sind entsetzt darüber, daß in diesem Land die politische Unterdrückung und die gewalttätigen Angriffe weitergehen. In der Ex-DDR, in die wir zwangsverteilt wurden, haben wir in Todesangst gelebt. Einige von uns haben mehrere Angriffe durchgemacht. Aus diesen Gründen sagen wir, wir wollen hingehen, wo wir uns sicher fühlen. Wir wollen nicht in die Ex-DDR zurück. Wir wissen, daß wir nicht die einzige Gruppe sind, die sich gegen die Zwangsverteilung wendet.«

Obwohl „Sicherheit" zugesagt wurde, wurde keine der Forderungen der Flüchtlinge erfüllt. Es gab keine Einkaufsbegleitung, das einize Telefon war abends und nachts nicht zugänglich, der „Polizeischutz" fuhr einmal pro Stunde vorbei, das Gelände war von hinten frei zugänglich, es gab keine Feuerlöscher und keine Feuermelder, keine Funkgeräte, keine Deutschlehrerin, kein Erste-Hilfe-Material, es fehlten Mülleimer und Lampen. Der absolute Gipfel war ein Treffen, zu dem die Öffentlichkeit eingeladen worden war, um den Schutz des Gebäudes zu besprechen. Anwesende Faschos durften bleiben und schrieben alles mit. Für solche Leute gibt es nur eins: sie gehen, zur Not mit unserer Hilfe!

Am 3.11. sollte in Greifswald ein Fußballspiel mit dem FC Berlin stattfinden. Die „Fans" dieses Vereins sind hinreichend als rassistischer Schlägermob bekannt (vgl. SF-2/91). Die Polizei wußte davon, ließ sich aber erst spät nachts blicken, nachdem 200 Hooligans und Nazis bereits angegriffen und einige Leute verletzt hatten. Die Flüchtlinge riefen in Schleswig-Holstein an, packten ihre Sachen. Sie wollten ihre Geschichte wieder selbst in die Hand nehmen.

»Weil unser Kampf einen symbolischen Charakter hat, wollen die Politiker auch nicht von ihrer harten Haltung abweichen. Die Schalom-Gemeinde hat sich am Anfang mit uns solidarisiert. Unter dem Druck von außen, vor allem durch die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins und durch den Telefonterror (Drohungen) hat die Schalom-Gemeinde ihre Haltung geändert.«

Ein Konvoi mit vielen Autos fuhr los und am 4.11. hatte die Anschargemeinde die Flüchtlinge wieder. Die 85 Flüchtlinge schätzten ihre Situation so ein, daß sie in Norderstedt sicherer wären, auch weil Hamburg (und damit mehr UnterstützerInnen) in der Nähe liegt und die Schalomgemeinde ein Angebot zur direkten Unterstützung gemacht hatte. Deshalb zogen am 6.11. ca. 80 Flüchtlinge dorthin. So direkt hatte es die Schalomgemeinde aber nicht gemeint.

»Der Kirchenvorstand will, daß wir die Schalom-Kirche verlassen. Der Kirchenvorstand verfaßt Beschlüsse und nimmt starken Einfluß durch Worte und Taten (Werbungen für Orte in der Ex-DDR, Einzelgespräche), damit dadurch unser Widerstand gebrochen wird. Der Kirchenvorstand hat erklärt, daß die Flüchtlinge den Widerstand nur aufrechterhalten, weil angeblich ein innerer Gruppendruck unter uns bestünde, und daß einige von uns in die Ex-DDR zurückwollten. Es ist richtig, daß einige von uns, Familien mit Kindern, in die Ex-DDR zurückgegangen sind. Aber das war für diese Menschen keine freie Entscheidung. Sie sind zurückgegangen, weil sie nach drei Monaten Widerstand – unter äußerst schwierigen psychischen und physischen Belastungen – den Druck durch die Landesregierungen und die Kirche nicht mehr aushalten konnten.«

Von Anfang an versuchten der Kirchenvorstand und der Pfarrer zu spalten, zu überreden, genau wie es schon in Neumünster gelaufen war. (Die große Ausnahme war ein Vorstandsmensch, der sich in aller Öffentlichkeit für sein abwieglerisches, nicht ernstnehmendes Verhalten entschuldigte, selten und toll!) Immer stärker wurde die sozialdemokratische und scheinheilige Schiene gefahren. Einige Familien gingen tatsächlich. 40 blieben da. Daß Greifswald und Umgebung, daß alle fünf neuen Bundesländer relativ unsicher sind, zeigen dutzende von Angriffen. Auch in Greifswald ging es nach dem 3.11. weiter.

Am 8.11. formulierte der Pfarrer für die Gemeinde und den Kirchenvorstand:

»Diese Gesetze (Asylgesetze, Anm. d. A.) können unterschiedlich bewertet werden. Wer sie ändern will, muß den langen und demokratischen Weg gehen, der oft jahrelang dauern kann. Diesen politischen Kampf um „Asylgesetze mit menschlichem Antlitz" müssen jedoch wir Deutschen selber führen. Wer die Flüchtlinge in diesen Kampf unmittelbar einbezieht, instrumentalisiert sie, mißbraucht sie und tut ihnen nichts Gutes. (...) Wir – und ganz gewiß auch Sie – haben in den zurückliegenden Wochen die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß es unter Ihnen keine Gemeinschaft gibt. Zu groß sind die politischen, sozialen und kulturellen Unterschiede. Es mußte deshalb immer wieder zu Spannungen und Auseinandersetzungen kommen, die sich bis ins Unerträgliche steigerten.

Und schließlich ein letzter Grund für unsere Aufforderung: Auch unsere Kirchengemeinde ist erschöpft. Unsere physischen und psychischen Kräfte sind erlahmt. Das religiöse, soziale und kulturelle Leben unserer Gemeinde ist fast erloschen. Bitte, laßt uns wieder eine lebendige Kirchengemeinde werden!«

Am Ende hieß es, die Flüchtlinge sollten bis zum 11.12.91 12 Uhr freiwillig gehen. Trotz des hier offen zu Tage tretenden Versuchs zu spalten, die Flüchtlinge schuldig zu sprechen für eine schon lange scheintote Kirchengemeinde, ließen sich diese nicht zum Objekt machen. Sie blieben!

Ab dem 11.12. hat die Kirche dann die Essensausgabe und die medizinische Versorgung eingestellt, das Büro durfte nicht mehr benutzt werden, das Jugendcafe (der Schlafraum!) mußte geräumt werden. Auch wurde bekannt, daß Post vorenthalten wurde.



Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

»Was in der Öffentlichkeit über uns verbreitet wird, nämlich, daß wir Spielbälle seien und von bestimmten politischen Kräften zum Widerstand verführt worden seien, ist nicht nur falsch, sondern auch eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen. Wir sind Niemandens Spielbälle. Wir können selber denken und Widerstand leisten gegen Ungerechtigkeit. Der Beweis dafür ist, daß wir hier sind, um Asyl zu erhalten, weil wir in unseren Ländern Widerstand geleistet haben.

Wir begrüßen alle, die sich mit uns solidarisieren.«

Die Presse übertraf sich gegenseitig. Über „buntschillernde Truppen", die die Flüchtlinge mißbrauchen bis zur „kopfschüttelnd verständnislosen" Bevölkerung. So hätten sie es gern. Sie brachte die Hafenstraße ins Spiel, die die Flüchtlings-Flucht von langer Hand geplant haben sollte! Sie schrieben sogar, daß die Flüchtlinge die Randale in Greifswald selbst verursacht/provoziert hätten!

Gerade Sozialminister Jansen und andere SozialdemokratInnen forderten den starken Staat, redeten nur über die UnterstützerInnen und behandelten die Flüchtlinge als reine Verschubmasse. Verdrehungen waren normal, so wurden die Flüchtlinge „instrumentalisiert", kamen „nicht zu Wort", nur die UnterstützerInnen wußten „den richtigen Weg" usw. ... – und daneben immer wieder: „Wenn Ihr nicht geht, verfällt Euer Asylverfahren!"

»Wir warnen die Kirche, die verantwortlichen Politiker und die Medien: Hört damit auf, unsere UnterstützerInnen und einige Leute von uns zu kriminalisieren! Redet nicht über uns! Behandelt uns nicht als Entmündigte und Handlungsunfähige! Das ist Rassismus! Wir können selbst über uns bestimmen!«

Mittlerweile laufen die ersten Verfahren wegen der Greifswalder Abholaktion. Das kann aber nicht über die Unterstützung hinwegtäuschen, die es gab und gibt: Das SPD-Büro in Kiel wurde besetzt, vorher ging dort eine Scheibe zu Bruch, Unterschriftenlisten, eine Demonstration mit 700 Leuten, ein Autokonvoi von Hamburg nach Kiel, die Forderung nach einem Bleiberecht durch vier Hamburger Frauenhäuser, einem Norderstedter Betrieb und der Hochschule für Wirtschaft und Politik, die Durchführung von Veranstaltungen, die Besetzung des nordelbischen Kirchenamts, die Unterbrechung eines Gottesdienstes usw. – selbst im House of Commons wurde ein Bericht eines antifacist-action-Aktivisten angehört.

Die GRÜNEN schwiegen. Außer Angelika Beer aus Hamburg, die mehrfach mit unabgesprochenen Erklärungen an die Öffentlichkeit trat und der Plöner Abgeordneten, die ihre Hilfe bei der Unterbringung anbot. Die GRÜNEN wollen Anfang April in den Landtag. Wir empfehlen schon jetzt – Wahlboykott. Diese politische Taktierei und Entmündigung, das Schweigen wegen potentieller Stimmen für potentielle Macht – einfach lächerlich...

»In dieser Erklärung vom 4.Dezember 1991, die wir gemeinsam beschlossen haben, stellen wir fest: Unser Kampfrichtet sich gegen rassistische Gewalt und diskriminierende Gesetze. Deswegen nennen wir unseren Widerstand hier antirassistischen und antifaschistischen Widerstand. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich mit uns zu solidarisieren!«

Schlußbemerkung

Einiger Anmerkungen kann ich mich nicht entziehen, auch wenn ich hier einschränken will, daß sie keinesfalls ausdiskutiert und völlig durchdacht sind:. Auch unter den Flüchtlingen ist ein Rassismus vorhanden, was mehrere Beispiele belegen. Ist das normal bei erklärten AntikommunistInnen und ML-KommunistInnen, die unter einem Dach leben müssen? Sollen wir es verschweigen? Nicht beachten? Ist auch der Konsum des RTL-Freitagabend-Fickmists als kulturelle Eigenart zu akzeptieren? Oder die Haltung, daß Frauen eigentlich nichts im politischen Kampf zu suchen haben? Wegsehen!? Übersehen!?

Einige Flüchtlinge sind auch wegen mangelnder Unterstützung nach Greifswald zurückgegangen. Die Unterstützung nimmt wieder ab, gerade die HamburgerInnen ziehen sich zurück. Der revolutionäre Kampf findet scheinbar bei Klamotten-, Essens- und Geldbeschaffung, bei der Öffentlichkeitsarbeit und dem Organisieren von Demos und Plenen seine Grenze. Vielzusehr wird auch auf PolitikerInnen und Parteien geachtet. Vor Ort läuft kaum etwas. Nicht mal die Infos fließen. Entscheidungen werden in diffusen Strukturen getroffen, Diskussionen laufen nicht, erst recht keine inhaltlichen. Perspektive?

Revolution, oder watt?? – In Betrieben, in Schulen, auf der Straße – bis auf Gesprühtes – nix! ... Wir haben noch viel zu tun.

»– Nein zur Zwangsverteilung der Flüchtlinge!

– Nein zu Sammellagern und gesellschaftlicher Isolation!

– Nein zum Plan eines europäischen Zentralregisters für Flüchtlinge!

– Freie Wahl des Aufenthaltsortes!

– Einhaltung der Genfer Konvention, welche die BRD 1951 mitunterzeichnete.

– Die Verantwortlichkeit für die Fluchtursachen liegen im Kolonialismus und Imperialismus auch der westlichen Industrieländer!

– Die Fluchtgründe – Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut, Verelendung, ... sind politische Gründe!

Wir wollen Bleiberecht für alle Flüchtlinge!«

Zum Schluß Grüße an alle nach Norderstedt. Kontakt: *Infoladen Omega, Bahnhofstr.44, 2350 Neumünster, Tel. 04321-46542*

Geld wird dringend gebraucht. *Postgiro Hamburg, Kto. Persewski, Nr.635806-208, BLZ 20010020.*

Weg mit den Mauern und Grenzen! Freies Fluten! Anarchie statt Deutschland!

SKINS

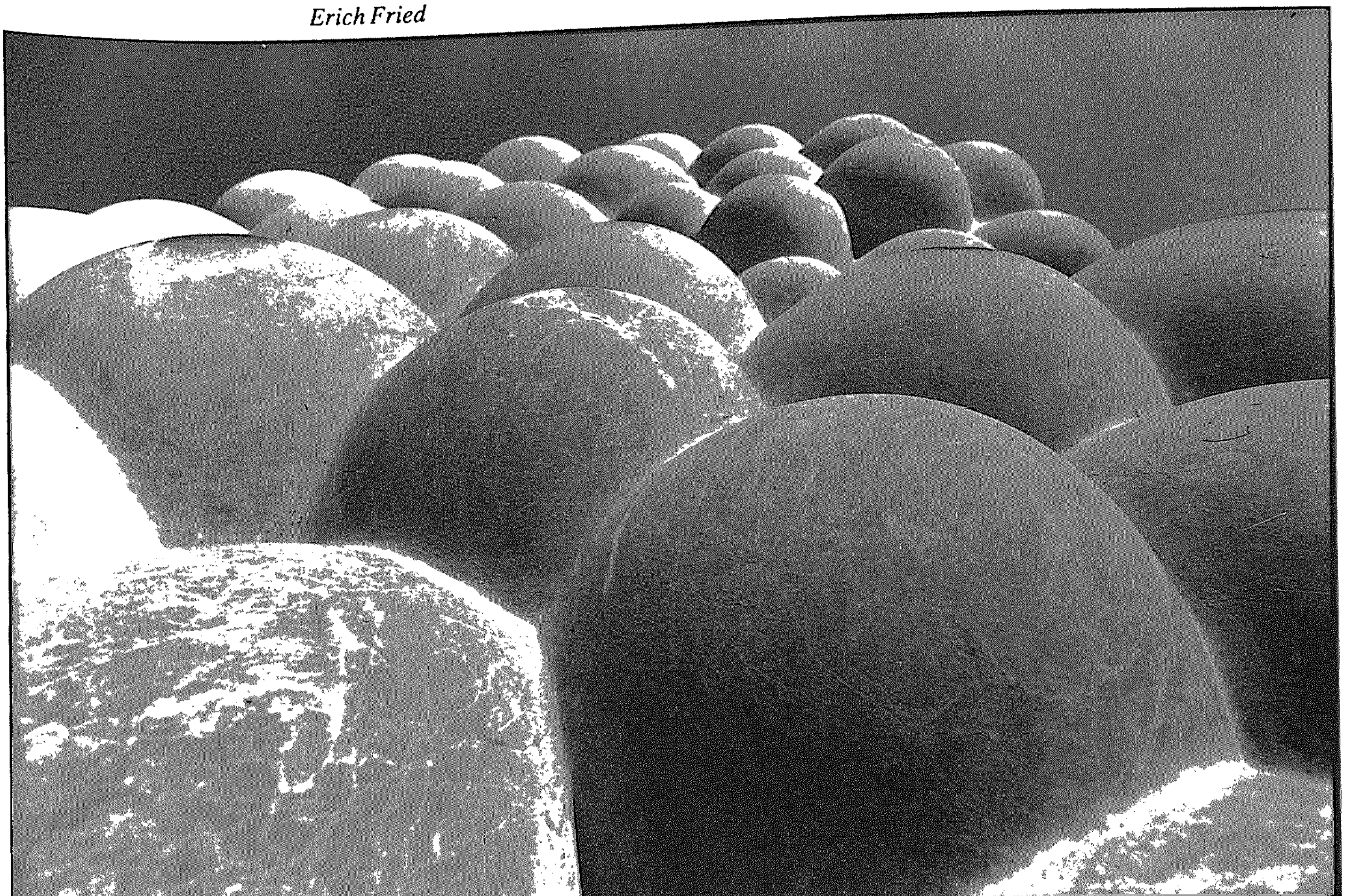
von Karsten Ferchow

(Redaktionelle Vorbemerkung: Nachfolgender Artikel ist ein Auszug aus einer längeren Arbeit über die Aggressivität und das Gewaltpotential der Skinheads; wir haben daraus zwei aufeinanderfolgende Kapitel ausgewählt und ein paar weitere Passagen eingearbeitet.)

»Ein Faschist der nichts ist als ein Faschist, ist ein Faschist.
Aber ein Antifaschist der nichts ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist.«

Erich Fried

Photo: Theo Heimann/GAFF



Die Ästhetik der Gewalt der Skinheads

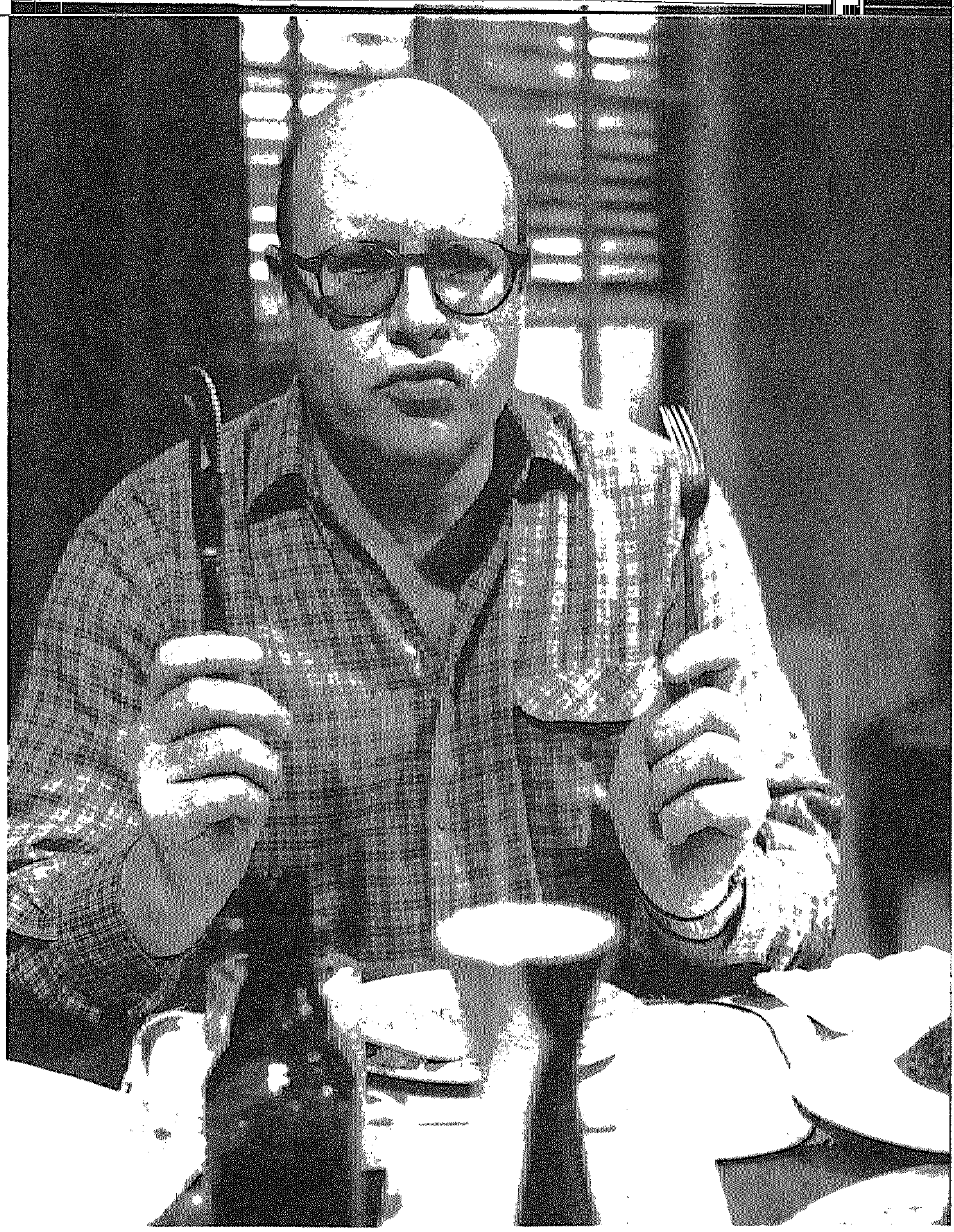
»Du bekommst ein ungeheures Gefühl von Macht, wenn eine große Gruppe von uns die Straße runterrennt, niemand wird es wagen, dich zu belästigen, dich anzurühren, sogar die Polizei hat Angst vor uns. Außerdem verschafft es dir eine höllische Aufmerksamkeit. Die Leute beachten dich, wenn wir nicht so aussähen und so wären, würde uns niemand beachten.« (Clarke, zit. nach Bock, Reimitz, Richter, Thiel, Wirth: Zwischen Resignation und Gewalt, Leske und Buderich-Verlag, Opladen 1989, S.184)

„...und wenn wir nicht so aussähen..."

»Die kahlgeschorenen Köpfe, die schmucklose, einfache Kleidung, die wie sie sagen, aus praktischen Gründen und auch in Anlehnung an die Arbeiterkleidung getragen werde, welche in den schweren mit Stahlkappen besetzten Boots (Doc Martens) gipfelt, ihr ganzes Out-Fit vermittelt Brutalität und ist eine zum Ausdruck gebrachte Abgrenzung, die von anderen Respekt und Unterwerfung verlangt.« (ebd.)

Diese Ästhetik der Gewalt transportiert bestimmte Emotionen mit angenehmen Wechselwirkungrn auf den einzelnen Skin, z.B. dem Gefühl von Stärke. Diese Ästhetik funktioniert sowohl innerhalb der uniformierten Gruppe als auch nach außen. In militärischen Zusammenhängen wurde sie mit der Einführung stehender Heere, zuerst von den Spartanern und Römern, in der Neuzeit von Ludwig XXIV. genutzt. Zu Beginn des 17.Jahrhunderts war Ludwig der XXIV. von Frankreich der Erste, der seine Soldaten einheitlich kleidete und im Gleichschritt marschieren ließ. Diese Uniformierung und der Gleichschritt sind Aspekte einer von mir so empfundenen Ästhetik der Gewalt. Aussehen und Auftreten einzeln beim Einzelnen sind an sich Äußerlichkeiten. In militärischen und paramilitärischen Zusammenhängen bedeuten sie ein als Werkzeug einsetzbares Gewaltpotential.

»Rechtsextreme Orientierungsmuster können sich jedoch völlig unauffällig –



losgelöst von einer Mitgliedschaft in jedweder Vereinigung entwickeln oder verändern« (Rupert Helbig, Rechtsextremistisches denken und Verhalten bei Jugendlichen, Diplomarbeit Tübingen 1991, S.29)

Bei der Sozialisation durch Familie, Freunde und Gleichaltrigengruppe hat Rupert Helbig ein wichtiges Orien-tierungsmuster ausgemacht:

»Innerhalb dieser Bezugsgruppen werden die Positionen zu einem großen Teil über demonstratives Verhalten und demonstrativen Konsum ausgemacht. Das eignet sich vorzüglich zur modischen Selbstdarstellung« (ebd., S.60)

Die Uniformiertheit der Skins stellt ein solches Orientierungsmuster mit Wechselwirkung auf deren Lebensgefühl dar. *»Man muß zeigen, daß man dazugehört, wenn du bestimmte Klamotten nicht hast, wirst du nicht akzeptiert«* (Die Zeit, 12/91, S.95)

Das Äußere des Skins mit seinen kurzen Haaren, dunkler Einheitskleidung, als Waffe einsetzbaren schweren Stiefeln, ursprünglich Unfallschutzstiefel mit Stahlkappen, ist so begründet. Gleichschritt bedeutet auch Kasernenhof-Drill. Wer Brutalität erfährt, ist brutal gegen andere. Der Haarschnitt des Skins kann hier als (selbst-)quälerische Verstümmelung gesehen werden. Es geht nicht nur ums Aussehen. Es geht um Gewalt. Die Uniformierung bedingt einen Verlust an Eigenidentität zugunsten der Gruppenidentität. Für den einzelnen uniformierten Skin lohnt es sich Identität aufzugeben – warum eigentlich? Grundsätzlich ist Identitätsverlust ja etwas schmerzhaftes. Aber durch den Umweg über die Optik ergibt sich eine wohltuende, möglicherweise stärkere Gruppenidentität. Die Ästhetik des Skins ist nicht einmalig, ist nicht originell, sondern hat erprobte psychologische Grundmuster zur Voraussetzung. Diese Ästhetik der Gewalt funktioniert und ist natürlich auch auf andere Gruppen übertragbar.

Zum Selbstverständnis des Skins gehört neben dem Outfit, der Musik, der Sprache, als wichtigstes Moment, die Einordnung, welcher Richtung der Skins er sich zuordnet. Ferchoff und Neubauer skizzieren die Bandbreite der Skinheads folgendermaßen:

»Red Skins, die politisch eher links stehen, Oi-Skins, die überhaupt nicht stehen, weil sie in der Regel dafür zu besoffen sind oder Faschoskins, die ganz weit rechts stehen und schon mal Ausländerjugendliche „aufmischen".« (Ferchoff und Neubauer: Jugend und Postmoderne, Weinheim und München 1989, S.102)

Diese 1989 vorgenommene Definition ist heute (im Herbst 91) nicht mehr ganz aktuell. Was stimmt ist, der Faschoskin ist der sich selbst so definierende Skin, der mittlerweile häufig in faschistischen Organisationen organisiert ist bzw. einen Kumpel hat, der dies ist und nicht nur „mal Ausländerjugendliche aufmischt", sondern gezielt Ausländer und andere angreift. Mit den Allgemeinbegriffen Skin, Skinhead sind in der Regel Oi- und Faschoskins gemeint. Der Oi-Skin gibt sich gern unpolitisch, hängt sich aber in der Regel an den Faschoskins dran und klopft dann die gleichen Sprüche. Die sich als Oi-Skins bezeichnenden Skins in der linken Szene machen unter Umständen dasselbe.

Beispiel Ravensburg: *(Seit 1989 gab es Skinüberfälle und Skintreffen, zusammengefaßt aus diversen Berichten der Südschwäbischen Nachrichten, dem Magazin für Politik und Kultur in der Region Oberschwaben-Bodensee-Allgäu, Ravensburg Nov.90: Anm. SF-Red.).* Im Mai und September 1990 finden in der Region zwei Skinhead-Treffen mit bis zu 200 Teilnehmern statt. Anlaufstelle und Treffpunkt wird ab Frühsommer 90 die Kneipe „Backstreet"....Die Kneipe „Backstreet" ist nur 3 Häuser von der Alternativkneipe „Räuberhöhle" entfernt. Für die Besucher der Räuberhöhle wird der Weg am Backstreet vorbei zum Angsttrip. Die meisten nehmen einen längeren Umweg in kauf. Im Juli werden der Räuberhöhle die Scheiben eingeworfen. Im Sommer wagen sich kaum noch ins Feindbild passende Menschen allein auf den Marienplatz (Fußgängerzone). Der Terror wird alltäglich. „Für die Nacht vom 2. auf den 3.Oktober (Wiedervereinigung) wird von vielen AntifaschistInnen befürchtet, daß es zu Ausschreitungen der Faschoskinheads kommt. Im überfüllten Backstreet wird mit angereisten Faschoskins aus anderen Städten eine Deutschlandparty gefeiert. Vor der Tür stehende Skins brüllen in Richtung Räuberhöhle „Rotfront verrecke", „Juden vergasen", „Ausländer raus". Eine Stunde später wird ein aus der Räuberhöhle heimkehrender Ausländer in der Innenstadt von sieben Skins überfallen und ihm eine Eisenstange

über den Kopf gehauen. ... Acht Tage später, am 12.10., bleibt es nicht beim „Hochbrüllen" zur Räuberhöhle. Was sich schon lange abzeichnete und von vielen BesucherInnen befürchtet wurde, passiert nun. Die Faschoskins kommen zur Räuberhöhle und in die Räuberhöhle. Die Angegriffenen wehren sich. Dabei wird ein Skin schwer verletzt. ... In der Nacht vom 3. auf den 4.11. ist das Backstreet gut besucht. Außer den Ravensburger Skins sind einige aus Österreich und den umliegenden Städten anwesend. Im Lokal werden Lieder gesungen wie „...bis das Judenblut vom Messer spritzt". Ungemütlich wird es dann als das Backstreet schließt: gruppenweise randalieren Skins hauptsächlich vor und um die Höhle. ... Die alarmierte Polizei bildet eine Kette, damit die Räuberhöhlengäste das Lokal unbeschadet verlassen können. Dennoch wird ein Gast von einem Skin, der sich zuvor in einem Interview als unpolitischen Oi-Skin bezeichnete, zusammengetreten.«

Die Redskins, die laut Ferchoff und Neubauer eher links stehen, unterscheiden sich von den Faschoskins optisch an den Schuhbändeln, die sind rot, bei den Faschos sind sie weiß, und den Aufnähern auf den Jacken. Bei den Faschos sind es faschistische, bei den Reds antifaschistische (z.B. „Nazis raus"). In der letzten Zeit tauchen auch Redskins mit roten Stiefeln auf. In den letzten 5 Jahren gab's zwar immer wieder vereinzelte Redskins, doch spielten sie im Vergleich zu den Faschoskins keine große Rolle. In den letzten Monaten mit Anwachsen der rechten Skinbewegung, bekam auch die linksorientierte Sharpbewegung der Redskins Auftrieb. In Städten mit einer größeren linken Basis existieren Gruppen der Sharpbewegung (SHARP = skins against racial prejudice). Diese Gruppen laufen bisher irgendwo am Rande der Autonomen mit. Die Altersstruktur ist in der Regel so 16-20 Jahre, während es bei den Faschoskins auch Ältere gibt. In gehe hier nicht weiter auf die Red/Sharp Skins ein, da es einerseits so gut wie kein schriftliches Material über sie gibt, und ich es andererseits für wichtig halte die heutige (rechte) Skinheadbewegung zu beschreiben.

Mit der heutigen Skinheadbewegung meine ich die Rechten. Die Redskins sehe ich auch als eine Reaktion und eine Provokation auf ein Anwachsen der rechten Bewegung bei den Skins. Jedoch das Selbstverständnis in Kleidung, Musik, Ausstrahlung, Sprache ist zwischen beiden Gruppen vergleichbar. Wobei es auch hier Unterschiede gibt. Ein Redskin würde sich nie die Musik von Gruppen wie z.B. „Volkszorn", „Werwolf", „Endstufe", „Endsieg", „Böhse Onkelz" etc. anhören, wenn doch, dann wäre er nicht mehr als Redskin zu begreifen. Die Texte dieser Musik sind extrem rassistisch. Die Gruppen sind Kult-Bands der Oi- bzw. Fascho-Skins in der BRD. Eine weitere Unterscheidung zwischen Oi/Faschoskins und Redskins ist die Tatsache, daß die Oi/Faschoskins meist mehr saufen.

Die Musik der englischen „Urskins" Anfang der 70er Jahre war der Reggae, die Musik der Schwarzen aus Jamaika. Wobei hier zwischen Meinung (rassistisch) und Verhalten (Reggae - schwarze Musik) ein Widerspruch bestand. (Vgl. Dudek/Jaschke, Bernsheim, S.31f.)

Während der Liverpooler Jugendunruhen im Sommer 1981 sangen Skinheads:

»Shine up your boots for a fight
Let's go and smash up Westminster tonight
Get them till the Job is done
Show them how to be a pest
Be a Stormtrooper«

(„Polier deine Stiefel für den Kampf/ Los laß uns das Parlament zertrümmern/ Besorgs ihnen und räum gründlich auf/ Zeig ihnen, daß du unerbittlich bist wie die Pest/Sei ein SA-Mann"; zit. nach DIE ZEIT, Nr.30, 17.7.81)

Das Oi und damit die Oi-Musik wurde Ende der 70er Jahre von der englischen Gruppe *Cockney Rejects* begründet. Diese Musik ähnelt für einen Dilettanten dem Punk. Die Texte dieser Gruppe sind bis auf's Oi unverständlich, da sie im Dialekt (Cockney English) gehalten sind.

Das Kölner Plattenlabel *Rock-O-Rama* vertreibt und produziert heute die Platten der meisten Skinbands wie z.B. die der „Böhsen Onkelz" (Texte wie „Deutschland den Deutschen", „Türken raus"; mittlerweile distanziert sich die Gruppe davon!). Rock-O-Rama wurde Ende der 70er von Herbert Egold gegründet und vertrieb 1983 auch noch Punkbands, die sich jedoch beschwerten, daß ihre (linken) politischen Texte vom Label zensiert wurden.

»Noch mehr verärgerte die Combo (gemeint Punkband „Brutal Verschimmelt" aus Kempten, Anm. d. A.), daß nur ihre flotten „Fun"-Songs, aber keiner der „einigermaßen konkreten Texte mit klarer politischen Linie" auf dem Cover abgedruckt waren. Um die ging es den Musikern aber auch, wenn sie z.B. sangen: „Unser Land stinkt nach Nazis. Doch die meisten riechens nicht." (Julian Aicher, Da läuft was – Einblicke in Rockszenen der schwäbischen Provinz, Ravensburg 1987, S.156). Linke Punkbands vertreibt Rock-O-Rama heute nicht mehr.

»Den Haß auf alles Fremde verherrlichen die Kult-Bands der Skinheads. Krawall-Combos wie „Volkszorn", „Werwolf" oder „Endstufe" verbreiten Texte wie den „Kanakensong" der Band „Endsieg":

»Ich steh auf der Straße,
hab meine Augen auf,
ich warte auf 'nen Türken,
und dem hau ich eine drauf.«

Die Glatzenkapelle „Störkraft" porträtiert den Skinhead in ihrem Lied „Söldner" verblüffend genau:

»Er ist ein Söldner und Faschist,
er ist ein Mörder und Sadist,
er hat keine Freunde,
ein Menschenleben interessiert ihn nicht,
er hat keine Seele und keinen Verstand,
er hat keine Vernunft,
man hat ihn verbannt.
Er ist ein Skinhead und Faschist,
er hat eine Glatze und ist Rassist,
Moral und Herz besitzt er nicht,
Haß und Gewalt zeichnen sein Gesicht,
er liebt den Krieg und liebt die Gewalt,
und bist du sein Feind,
dann macht er dich kalt.«

(Zit. nach Der Spiegel, Nr.42, 14.10.91, S.38)

Laut Verfassungsschutzchef Werthebach hat sich die Subkultur der Skinheads im Jahr 1991 in dramatischer Weise rechtsextremen Positionen genähert (Südwestpresse, 15.10.91). Ich denke, das hätte er auch schon früher feststellen können, wenn er sich mit dieser ganz klar faschistischen Musik, die schon länger existiert, befaßt hätte.

Skinheads – die SA von heute?

Skinheads übernehmen immer wieder bei Parteitagen irgendwelcher faschistischer Parteien oder Gruppierungen (FAP, NF, DVU, REPs und wie sie sonst noch heißen) Ordnungsdienste. So kam mir erstmals der Gedanke, die Skins als Ordnungstruppe der heutigen Rechten mit der SA der alten Nazis zu vergleichen. Die Skins unserer Zeit und die SA Hitlers – zwischen diesen Erscheinungsformen liegen 60 Jahre. Aber dennoch gibt es viele Parallelen zwischen BRD und Weimarer Republik.

»Die offensichtliche geschichtliche Parallelität weist man gern mit dem Argument zurück, bei den Tätern handle es sich nur um frustrierte Halbwüchsige ohne politisches Programm, straffe Organisation und zentrale Führung. Ganz abge-

sehen davon, daß auch die SA alles andere als ein weltanschaulich interessierter Lesezirkel und Debattierclub gewesen war; ganz abgesehen davon auch, daß die Parolen „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus" dem Mob als Programm genügen, weil das Programm das Pogrom zu legitimieren hat und sonst nichts: Der beschwichtigend gemeinte Einwand beweist das genaue Gegenteil des Bezweckten, insofern er das Augenmerk darauf lenkt, daß man im neuen Deutschland mit einem Typ zu rechnen hat, welcher der straffen Organisation und der zentralen Führung gar nicht bedarf, um faktisch wie die SA zu werden ... Die Menschen faschistisch führen und anzuleiten ist überflüssig, es reicht, daß man sie gewähren läßt" (Beitrag von Wolfgang Pohrt, *Konkret*, 5.5.91; Pohrt, der „Meister" im Überzeichnen hat hier mit seiner Warnung vor Pogromen ausnahmsweise genau ins Schwarze getroffen; Anm. d. SF-Red.). ...

Beide, Skins und SA, sind in der Terminologie des Feminismus, Männerbünde, die auf politische Gegner bzw. Feindbilder gewaltsam losgehen oder losgelassen werden. »Nationale Subkultur einsammeln empfiehlt Neubauers (gemeint: Harald Neubauer, Europa-Abgeordneter der REPs) „Deutsche Rundschau" und meint damit, daß sich eine neue Parteiformierung der Rechten stärker auf neofaschistische Bandenbildungen, Nationalrevolutionäre und gewalttätige Skins stützen müsse" (zit.n. Flugblatt der DKP zur Gründung der Deutschen Liga für Volk und Heimat am 3.10.91 in Stuttgart).

Beide SA und Skins wurden bzw. werden eingesetzt zum Zweck des Verbreitens von Terror mit der Absicht 1. den politischen Gegner mundtot zu machen und 2. politisch die jeweilige Demokratie zu destabilisieren.

Diese beiden Gründe machen einen wertenden Vergleich notwendig. Das Einschüchtern politischer Gegner in der BRD ist in vollem Gange, die politische Destabilisierung unserer Demokratie ist unter Umständen zu erwarten.

Die politischen Interessen, die hinter der SA standen und hinter den Skins stehen, sind sich unangenehm ähnlich. In der Ideologie des 3.Reiches wurde vom „Volk ohne Raum", vom „Volk auf dem Amboss" geredet. „Die Idee der Raumeroberung im Osten, des großen Germanenzuges, blieb das imperiale Leitmotiv im Leben Hitlers" (Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, Frankfurt a.M./Berlin 1969, S.72; Zitate von Fest sind spätestens seit seinem dubiosen Hitler-Film Anfang der 80er Jahre mit Vorsicht zu genießen; er überhöhte Hitler und leistet dadurch einer Interpretation Vorschub, daß mit Hitler, dem Alleinschuldigen, das Problem Faschismus erledigt sei; Anm. SF-Red.)

Die Politik des Dritten Reiches definiert als eine „Politik des Lebensraumes" verfolgte eine gewaltige und gewalttätige räumliche Expansion mit rechtlosen Sklavenvölkern.

Diese Politik war Ausdruck einer Angst, bei der nach dem 1.Weltkrieg gegebenen Weltwirtschaftsordnung zu kurz zu kommen. Diese Angst fand ihr Gegenstück im Alltag des „kleinen Mannes" in der Weimarer Republik geprägt durch Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Währungsreform. Diese Angst vor sozialer Deklassierung ist sozialen Schichten zuzuordnen, aus denen sich damals u.a. die SA rekrutierte, heute Faschos und immer mehr auch Skins rekrutieren.

In der SA Hitlers, insbesondere vor 1933, gab es in ihrer Gesamtheit typische Persönlichkeitsprofile. »Die Ursachen für das außerordentliche zivile Unvermögen dieser Generation entstammten verschiedenen Schichten und Motiven. Für die einen, vor allem die Landsknechte mit nicht selten schwankenden Neigungen zwischen dem Radikalismus von links oder rechts, aber auch für die „Idealisten", die in den „Feuern der Materialschlachten" den Zipfel eines neuen, noch unklaren Lebenssinnes erfaßt zu haben glaubten, den sie in der schalen Normalität ihrer Gegenwart vergebens wiederzufinden suchten, war es die seelische und intellektuelle Überforderung durch Krieg und Nachkrieg: sie bildeten den eigentlichen revolutionären Kern der SA; für andere war es die Angst vor dem infolge unterschiedlicher Umstände drohenden oder bereits erfahrenen wirtschaftlichen Ruin oder vor sozialer Deklassierung: eine Schicht von durchaus kleinbürgerlichem Charakter, die vorwiegend das Material der SA stellte; dazu stieß die Gruppe ehemaliger Berufssoldaten, die sich durch die Bestimmung des Versailler Vertrags gesellschaftlich herabgesetzt, erwerbslos gemacht sowie überdies moralisch diffamiert sah und folglich von heftigen Ressentiments erfüllt war« (Fest, S.165ff.)

Diese soziologische Beschreibung des Umfeldes der SA hat aktuelle Parallelen.

»... die 2/3-Gesellschaft setzt offenbar mit einer zunehmenden Auflösung von sozialkulturellen Lebensmilieus ein Ausmaß an gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit frei, in dem gerade für junge Menschen Orientierungen nur noch in abstrakten nationalen Identitäten gegen die schwächeren feinde gefunden werden können.« (Geronimo: Feuer und Flamme, ID-Verlag, 1990, S.233)

»Solche Gruppen, fast ausschließlich Jugendliche hatten sich seit den frühen 80er Jahren in der Skinhead-Szene herausgebildet. In dieser Zeit wurde auch in der DDR die tiefe Wert- und Sinnkrise des Lebens unter Stalinistischen Machtstrukturen unübersehbar. Sensibilität und Engagement vor allem junger Menschen für Menschenrechte und für neuen ökologischen und anderen globalen und sozialen Problemen wurden ideologisch behindert und auch verfolgt. Ein verfehltes Gesellschaftskonzept lenkte die menschlichen und materiellen Ressourcen in eine Richtung, die nennenswerten sozialen Fortschritt nicht mehr sichern konnte. In solchen Krisenzeiten halten die Menschen Ausschau nach etwas, das ihnen Sicherheit verspricht. Die jeweilige nationale Zugehörigkeit ist so etwas.« (zit. n. metall Nr.10, 17.5.91, Frankfurt, S.10)

»Von der sozialarbeiterischen These, wonach Rechtsextremisten arm und von den Eltern verlassen worden seien, hält Kriminaloberrat Wagner überhaupt nichts. Die meisten Ex-DDR-Nazis kommen seinen Angaben zufolge aus dem Zentrum der Gesellschaft: sie hätten Geld und eine gesicherte Zukunft. Uwe Markus, Soziologe aus Ostdeutschland, ergänzte Wagners These. Seine Forschungen zur Ausländerfeindlichkeit hätten ergeben, daß die tatsächlichen gewalttätigen Rechtsextremen, der „harte Kern", ideologisch motiviert seien. Die Sympatisanten und die Claqueure (gemeint ist hier: der Beifall bei Pogromen gegen Ausländer) seien die eigentlich sozial Schwachen.« (TAZ, 4.10.91)

Die Skinheads als (rassistische) Jugendbewegung bilden natürlich keine neue SA. Aber als funktionalisierte Ordnungs- und Straßenterrortruppe sind sie mit der SA vergleichbar.

Val Bormida: Direkte Aktion im Widerstand gegen Chemie-Produktion

von Egon Günther



Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

In den Langhe, einer Grenzregion zwischen dem Piemont und Ligurien, im Bormidatal, vergiftet schon seit über hundert Jahren eine Chemiefabrik Fluß, Tal und Menschen. Es handelt sich dabei um die ACNA (Azienda Coloranti Nazionali ed Affini, d.h. in etwa: nationaler Betrieb für Färbemittel und verwandte Stoffe) in Cengio (Savona), ursprünglich eine Fabrik, in der Sprengstoff hergestellt wurde – angeblich werden dort auch heute noch Bestandteile chemischer Waffen produziert –, eine ehemalige Montedison-Tochter, die nun zu dem Staatsholding Enimont gehört. Offiziell verlautet allerdings, daß sich die ACNA ausschließlich auf die Herstellung von Farbstoffen beschränkt. Wie dem auch sei, diese Fabrik war schon immer eine Stätte, die den Tod in vielerlei Form produziert hat: die Sterblichkeits- und vor allem die Krebsrate war und bleibt bis heute besonders im oberen Bormidatal die höchste in ganz in Italien. Wenigstens ein Krebsfall läßt sich noch in jedem einzelnen, im Tal beheimateten Familienhaushalt registrieren. Gelangt ein Mensch in das Tal und erblickt den Fluß, wird für ihn die Verseuchung offensichtlich: meist ist das Flußwasser rötlich gefärbt, an manchen Tagen ist es schwärzlich, verdunkelt, Coca-Colafarben.

Die jetzige Fabrikanlage wurde auf ein Gelände gebaut, in dem vorher jahrelang fässerweise Chemieschlacke vergaben worden ist. Heute tritt aus den Fässern eine Flüssigkeit aus, die ein wahres unterirdisches Rinnsaal bildet, das in die Bormida, den Fluß, von dem das Tal seinen Namen hat, läuft.

So weit, so schlecht, eine der üblichen Geschichten über eine der zahllosen, über die Erde verstreuten Produktions- und Lagerstätten des weissen Todes; vielleicht für die vielen deutschen Mittelschichtsalternativen, die in der Gegend Ferienhäuser ausgebaut haben, noch ein weiterer Grund zur Besorgnis, nachdem heuer (1991) schon mal ein Tankerunglück die Badefreuden an der Riviera versaut hat. Diese Freunde siedeln zwar etwas weiter westlich, werden aber – hellhörig wie sie nun mal sind und immer auf Eigensicherung bedacht – ihre Vorgänger in der Vätergeneration ließen dort schon mal bei der Partisanenbekämpfung ganze Dörfer in Rauch aufgehen –, nicht erfreut sein, zu hören, daß auf dem ACNA-Gelände die größte Schmelzanlage für Industrieabfälle in Norditalien entstehen soll. Verharmlosend Re-Sol.(!) genannt, d.i. Recuperatore di Solfati, also auf den ersten Blick eine Wiedergewinnungsanlage für Sulfate, wird das Projekt in Wirklichkeit eine gigantische Anlage zur Verbrennung hochgiftiger Industrierückstände sein. Schätzungsweise 400 Tonnen an giftigen Lösungen, Emulsionen u. dgl. sollen täglich der Verbrennung zugeführt werden. Um die zur thermischen Vernichtung der Substanzen benötigte Hitze von über hunderttausend Grad Celsius zu erreichen, müssen jeden Tag 130.000 Kubikmeter an Gas verheizt werden. Aus dem Kamin der großen Brennkammer werden stündlich Millionen Kubikmeter Gas und Dämpfe entweichen und eine unvorstellbare Menge an giftigen Stoffen und Teilchen (Schwermetalle, darunter Quecksil-

ber, schweflige Substanzen, Kohlenstoffen, Dioxine und andere giftige Substanzen in vielerlei Verbindungen und Beschaffenheit, z.B. als Aerosole) an die Atmosphäre abgegeben. Gebaut werden soll die Verbrennungsanlage übrigens von einer deutschen Firma, der Lurgi.

Daß der Vorwand, Sulfat wiedergewinnen zu wollen, nur der Verschleierung der Tatsache dienen soll, daß sich eine bestimmte Lobby an dem Riesengeschäft, das die Beseitigung industrieller, noch dazu giftiger Rückstände nun mal ist, bereichern will, ergibt sich aus einer einfachen Rechnung: Auf dem Markt wird man(n) für das anfallende Natriumsulfat voraussichtlich 4 Milliarden Lire erzielen, allein die Betriebskosten und die Ammortisierung der Anlage werden sich auf etwa 15 Milliarden Lire pro Jahr belaufen. Verlust: jährlich 11 Milliarden. Die Rechnung sieht anders aus, sobald man berücksichtigt, daß derzeit die Abnahme von einem Kilo Giftmüll mit ca. 1050 Lire vergütet wird. Das würde bedeuten, daß der Betrieb jedes Jahr 150 Milliarden Lire abwerfen würde. Nun hat bereits einmal, 1989, der Widerstand der Bevölkerung im piemontesischen Teil des Bormidatals, wo die meisten betroffenen Dörfer liegen, dazu geführt, daß die ACNA dichtgemacht werden mußte. Sechs Monate später war der im Labyrinth der Gesetzestexte verborgene Haken gefunden, der eine Weiterfürung der Produktion wieder ermöglichte. Jetzt, wo es um die zusätzliche Installation des Re-Sol. geht, sah sich auch die Region Piemont erst einmal dazu gezwungen, eine Klage einzureichen; sieht doch selbst eine Kommission des Umweltministers, der im übrigen eifrigster Betreiber des Projekts ist, ein erhebliches zusätzliches Krebsrisiko, dem die Menschen im südlichen Piemont bei Inbetriebnahme des Schmelzofens ausgesetzt wären. Vorläufig hat der angerufene Staatsrat der Klage stattgegeben und so ruhen zur Stunde die Bauarbeiten.

Der Widerstand

Was nun den Kampf der Bevölkerung im Tal gegen die ACNA angeht, so wird sich der nicht einfach durch Gerichtsentscheide beeinflussen lassen. Diese Prophezeihung läßt sich machen, weil dieser Kampf bereits in der Vergangenheit einen hohen Grad an Autonomie, Direktheit und Selbstbewußtsein erreicht hat, der buchstäblich mit Händen zu greifen ist. Von Anfang an waren die Anarchisten aus Alessandria und Savona an den Aktionen beteiligt, doch nie in einer Weise, daß sie als Politikanten und Interventionisten in organisierter Form von außen daran teilgenommen hätten, um quasi das Monopol auf direkte Aktion und freiheitliches Vorgehen zu beanspruchen; sie agierten vielmehr individuell, in prima persona, genauso der sozialen Kontrolle durch die Ereignisse und durch den erklärten Willen der Bevölkerung, ihre Aktionen nicht stellvertretend, durch welche Partei auch immer, durchführen zu lassen, unterworfen, wie andere Gruppen auch. Im Verlauf der Konfrontationen sahen sich sogar 16 Bürgermeister von Talgemeinden gezwungen, zurückzutreten, um in ihrem Widerstand gegen die Pläne der ACNA glaubwürdig zu sein. Die strikte Selbstorganisation der Kämpfe achtete bis jetzt darauf, daß sich Vertreter von Parteien auf den Versammlungen der Bewegung zur Schließung der Fabrik nicht so sehr profilieren und so auch nicht so leicht abwiegeln konnten und bescherte der Region als Nebenprodukt eine beständige Wahlenthaltung der Talbewohner bei allen in letzter Zeit durchgeführten Wahlen.

Träger der in dem entscheidenden Jahr vor der ersten Schließung der Fabrik, oft täglich durchgeführten Aktionen ist die 1986 entstandene Associazione per la Rinascita della Val Bormida, die gleich nach ihrer Gründung enormen Zulauf erfuhr. Ihr Ziel ist die sofortige Schließung der Fabrik, eine Untersuchung des Geländes und des ganzen Territoriums mit dem Ziel, die vergiftete Erde abzutragen und eine Entgiftung des ganzen Tals durchzuführen, eine Wiederherstellung des Terroitoriums und des Flußbetts, ständige Beobachtung der Gegend, seines Wassers, seiner Erde, der Berghänge und der Pflanzenwelt, um deren Genesung zu verfolgen, die Einrichtung von Pilotprojekten, die zur Beschleunigung der Genesung beitragen sollen, sowie die Herstellung des Gleichgewichts im Wasserhaushalt des Tals. Außerdem soll ein historisch-wissenschaftliches Institut geschaffen werden, das sich mit den Folgen vernichtender Produktionstechniken beschäftigen soll, sowie ein Forschungszentrum, das sich der Verbesserung von Umwelt- und Lebensbedingungen zu widmen hat. (...) Tausende nehmen an einer Demonstration in Cengio teil, das eine seit Generationen von ANCA beherrschte und von ihr abhängige Stadt ist. Dort werden in der Folge Betriebsleitung und Stadtverwaltung mit gewerkschaftlicher Schützenhilfe versuchen, die bei ANCA Beschäftigten und die Bürger der Stadt gegen die „Piemontesen“ auszuspielen. Das geht bis zu organisierten Überfällen auf Mahnwachen und schließt die massive Bedrohung von exponierten Talbewohnern mit ein. Auch später, im Fall des Re.Sol., wird sich der Umweltminister, über seine Regionalbüros, die Struktur dieser Spaltung zunutze machen: in Ligurien akzeptiert man z.B. ein Geschenk von 1,2 Milliarden Lire zur „Sanierung“ der Region im Austausch für die Wiederaufnahme der Arbeit bei der ANCA und die Errichtung des Re.Sol. Im Piemont geht das nicht... Doch zur Reihenfolge der Aktionen:

Im Juni 1988 mußte eine Etappe des Giro d'Italia annulliert werden, weil die Associazione die Gelegenheit nutzte, ihren Protest öffentlich zu machen. Nach einem von Anarchisten organisierten Sommercamp im Tal, das genau in die Zeit fällt als eine aus Cengio entweichende Giftwolke die Bewohner des Val Bormida vollends gegen die ACNA aufbringt, erfolgen die ersten spontanen Straßen- und Eisenbahnblockaden und nicht genehmigten Demonstrationen. Die Betriebsleitung sieht sich gezwungen erstmal für 45 Tage dichtzumachen. Nach der Wiedereröffnung wird im Tal eine grenzüberschreitende Demonstration organisiert. Pläne einiger vom Staat beauftragten Konsortien zur Entgiftung und Wiederherstellung des Tals werden als unzureichend abgelehnt; abgelehnt von einem nationalen Kongreß, der von der Associazione in Savona in Zusammenarbeit mit einem nationalen Komitee für die Schließung der ACNA ausgerichtet wird. Nach dem Rücktritt der Bürgermeister und einer weiteren Demonstration von 8-9000 Menschen lehnt auch die Regionalregierung des Piemont den Plan ab. Ein Jahr darauf nützt die Associazione das Festival von San Remo, um die Öffentlichkeit zu erreichen; durch ein Manöver versucht der PCI sich als der Patron der Bevölkerung darzustellen. Trotzdem und entgegen dem Rat weiterer Politikanten spricht sich eine öffentliche Versammlung in Cortemilia für eine Enthaltung bei der bevorstehenden Europawahl aus.

In der Folge wird dann die lokale Gesundheitsbehörde, die nie gegen die ACNA eingeschritten ist, besetzt. Als die ACNA auch noch damit beginnt, auf ihrem Gelände Ausschachtungsarbeiten durchzuführen und dabei Giftschlamm in die Bormida gelangt, wird im Kiesgrund des Bachbetts eine Wache etabliert, die sich einige Zeit als umkämpfte Institution halten kann. Am 1.Mai finden sich dort neben einigen Anarchisten aus der Gegend auch Leute aus Massa Carrara ein, die ihrerseits seit neun Monaten das Pestizide lagernde Chemieunternehmen Farmoplant (Montedison) belagern. Einen Monat später wird das Lager, unter den Augen der Polizei, von den „Squadristi“* aus Cengio angegriffen. Die Angegriffenen wehren sich, aus dem Tal kommen ihnen Leute zu Hilfe, doch zuletzt räumen Einsatzkommandos der Polizei den Ort. Es kommt zu hundert Ver-

haftungen und in den Zellen gibt es Prügel. dDrauf erfolgen wiederum Straßenblockaden und eine Demonstration an der Landesgrenze, die diesmal von der Polizei angegriffen wird. Auch hier setzen sich die Angegriffenen zur Wehr, soweit es in ihren Kräften steht. Gewerkschaften, Enimont und Ministerium beschließen nun, um Zeit zu gewinnen und ohne die Bevölkerung zu konsultieren, die ACNA für eine Weile zu schließen, nicht endgültig, nur um besser notwendige Ausbesserungsarbeiten durchführen zu können. Aus Protest wird der Ratssaal der piemontesischen Regionalverwaltung besetzt, die dem zugestimmt hatte. Bei Cosseria fällt ein Bombenanschlag einen Stromleitungsmasten, der die Chemiefabrik mit Energie versorgt. Bei der Europawahl gehen in 12 Dörfern 91,7% der Wähler nicht zu den Urnen. Jetzt entscheidet der Umweltminister, die Anlage für sechs Monate zu schließen. Trotz allem geht der Widerstand weiter, ...Im Januar 1990 findet in Savona eine große nationale Demonstration gegen die Wiedereröffnung der ACNA statt, die von den Anarchisten organisiert wird, bei deren Ende aber die Carabinieri brutal eingreifen und dutzende Demonstranten, zum Teil schwer, verletzen. Als das Parlament der Enimont zusätzlich zur Wiederinbetriebnahme der ACNA auch noch die Genehmigung erteilt Re.Sol. zu bauen, schrecken auch andere ligurische Gemeinden auf, vor allem an der Riviera... Doch sobald klar ist, daß der „geeignete" Ort nur Cengio sein kann, erlischt das Interesse der Rivieragemeinden, die für sich das St. Floriansprinzip reklamieren. Bei allem Triumphalismus in der Berichterstattung läßt sich nicht leugnen, daß der Widerstand gegen die Todesproduktion der Enimont mit vielen Hindernissen zu kämpfen hat. Es gibt, wie überall, wo die Menschen in der Kultur, die von ihnen verlangt, sich selbst gering zu schätzen, die Bereitschaft, selbsternannten Führern zu folgen und die eigene Wut und Tatkraft zu delegieren. Es tauchen die üblichen Berufspolitiker auf, die unter Vorgabe, das gemeinsame Ziel – und nichts anderes – im Auge zu haben, sogleich versuchen, den Widerspruch in bürokratisch-institutionelle Bahnen zu lenken. Das gibt es auch, manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Erfolg im Val Bormida. (...) Als sich im November 1990 wieder ein Demonstrationszug über die Grenze Piemonts/Liguriens hinweg, mit immerhin zehntausend Teilnehmern, den Einrichtungen der ACNA näherte, wehten in ihm bereits die Fahnen der rassistischen LEGA NORD**, die sich mit ihrem Öko-Autonomismus an den Widerstand gegen die Enimont anzuhängen versuchte, nur um ihn in eine diffuse Aversion gegen die Entscheidungen aus Rom zu verwandeln – sie schwimmen auf einer modischen Welle für Regionalismus und Populismus.

Es reicht sicher nicht allein aus, nur zu rufen: ACNA lega polizia stessa merda stessa porcheria. („ACNA, die Liga, die Polizei – die gleiche Scheiße, die gleiche Schweinerei") Es bleibt jedoch zu hoffen, daß das soziale Verhalten der Menschen im Val Bormida und die bereits von ihnen getroffenen Entscheidungen weiterhin mit der Anwesenheit der ACNA in diesem Tal unvereinbar bleiben! (...)

Quellen: Artikel in A rivista, Umanita Nova, Senzapatria aus den Jahren 1989-91

Anm.:
– Über den Arbeiterwiderstand gegen die physische Zerstörung von Menschen und Umwelt im Italien der 70er Jahre, mit einem Ausblick auf unsere Tage, der die momentane Spaltung zwischen Ökologiebewegung und Arbeiterklasse als Folge der in den 80er Jahren erfolgten Säuberungskampagnen in den Fabriken erklärt, ist in *wildcat* Nr.56 ein aufschlußreicher Artikel erschienen.
– Über den anfangs erwähnten Partisanenkampf, die Repressalien und Massaker der Nazis findet sich Material in dem Buch von Osvaldo Contestabile „Bitterer Frühling". Eine Partisanengeschichte über den Befreiungskampf im westlichen Ligurien 1943-45, ab-Verlag München
– In der Zeitschrift L'Europeo Nr.21 vom 26.5.89 wurde die Vermutung geäußert, daß sich hinter der Produktion von Farbstoffen bei der ANCA auch eine Produktion von chemischen Waffen verbergen könnte.
– Anarchistische Kontaktadressen für den Widerstand im Bormida-Tal sind: *Sciarpa Nera, C.P.46-15100 Alessandria und Gruppo Anarchico „P. Gori", FAI Savona, Via Verdi 24 R, Savona*
* *Squadristi*: der Begriff erinnert an die Zeit der faschistischen Stoßtrupps (squadre), deren Mitglieder in regelrechten raids Kooperativen, Arbeitskammern und andere Einrichtungen der sozialistischen und sonstigen Arbeiterorganisationen überfielen. Besonders ausgeprägt in den Jahren 1920-22 in der Emilia und der Toskana.
** Die *Liga* ist im Piemont, der Lombardei, dem Veneto und neuerdings im schweizerischen Tessin als regionalistische, populistische und rassistische Wahlbewegung aktiv. Stichworte: Regionalautonomie, Steuergerechtigkeit, gegen Korruption und Mafia (die im Süden vermutet werden), gegen die römische (bzw. bernerische) Zentrale, gegen Parteienwirtschaft, gegen Immigration)

Die kurdische Bewegung im Irak: Irakisch-Kurdistan zwischen dem Saddam-Regime und der Neuen Weltordnung

von Ronald Ofteringer

Den meisten sind die Fernsehbilder vom vergangenen April sicher noch in Erinnerung: Hunderttausende von kurdischen Flüchtlingen in den Bergen, schutzlos unter Regen und Schnee, ungezählte Tote durch Kälte, Erschöpfung und Krankheiten.

In diesem Winter bietet sich trotz umfangreicher Hilfsmaßnahmen der UNO und anderer Hilfsorganisationen ein ähnliches Bild, auch wenn die große Katastrophe bisher ausgeblieben ist.

Den kurdischen Organisationen im Irak wird die Verwaltung dieses durch die Folgen des Golfkrieges und der vom Saddam-Regime in Kurdistan betriebenen Zerstörungs- und Vernichtungspolitik mannigfachen Elends überlassen. Auch durch die UN-Präsenz ist der Konflikt paradoxerweise nicht internationalisiert worden, die Hilfsleistungen der Staaten, die in den Jahren zuvor Saddam Hussein erst zu seiner militärischen Stärke und Perfektionierung seiner Terrorherrschaft verholfen haben, sind nichts als Almosen und spielen, benutzt zur Rechtfertigung der weiteren Aufrecht-erhaltung des Emargos, die kurdische gegen die restliche irakische Bevölkerung aus.

Die Politik der kurdischen Parteien im Irak bleibt bei dem Versuch, dieses Elend zu verwalten und gleichzeitig, unter Konsolidierung ihrer Herrschaft, eine kurdische Selbstbestimmung zu verwirklichen, in ihren traditionellen Bahnen verhaftet: Abhängigkeit von einer Macht im Rücken, seien es regionale Staaten wie Syrien und Iran oder heute die die Golfkriegsallianz, oder Arrangements mit den Regime.

Diese Praxis wird in Kurdistan und im Rahmen der irakischen Opposition kritisiert. Eine Praxis, wo die Machterhaltung der Parteien stets eine größere Rolle gespielt hat als der Kampf um Befreiung und kurdische Rechte, wo verhängnisvolle Abhängigkeiten wiederholt im Zusammenbruch endeten.

Zusammen mit dem Versuch einer Schilderung der gesellschaft-lichen Entwicklung in Kurdistan, aus der sich diese traditionellen Abhängigkeiten zumindest teilweise erklären, kann diese Kritik vielleicht einen Beitrag leisten zum Verständnis der Eigendynamik von Parteien in solchen Unabhängigkeits- oder Befreiungskämpfen. Allerdings ohne die Legitimität dieses Befreiungskampfes und der Solidarität mit ihm zur Disposition zu stellen.



KAMPF UMS ÜBERLEBEN

In den Berggebieten entlang der iranisch-irakischen Grenze leben immer noch Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen. Gebiete, die vom irakischen Regime in den letzten Jahren entvölkert und zerstört worden waren, deren Dörfer und Städte nur noch Ansammlungen von Ruinen sind. Nach Schätzungen der Kurdistan-Front haben diese Offensiven des irakischen Regimes, während derer systematisch Giftgas eingesetzt wurde, 182.000 Opfer gefordert: Tote, Verschleppte und Verwundete. Wälder und Pflanzungen wurden verbrannt, die Infrastruktur zerstört, Brunnen zubetoniert, Millionen von Minen gelegt.

Unter diesen Bedingungen ist das Leben der aus Zwangsumsiedlungslagern zurückkehrenden Bewohner dieser Gebiete und der Flüchtlinge aus Kerkuk und anderen, von Saddam's Truppen beherrschten Gebieten ein täglicher Kampf ums Überleben. Allein die Minen fordern täglich Dutzende von Opfern.

Ende Oktober verhängte das irakische

Regime ein Wirtschaftsembargo gegen die kurdischen Gebiete, um Druck auf die Kurdistan-Front zur Unterzeichnung eines Autonomieabkommens auszuüben. Dadurch verschlechterte sich die Versorgungssituation rapide. Gleichzeitig wurden die Angriffe des Militärs auf Städte und Dörfer in Kerkuk, Suleymania und Arbil, er "Front" zwischen irakischer Armee und kurdischen Peshmergas, intensiviert. Jedem Angriff folgen Fluchtwellen in die grenznahen, jetzt schon mit Flüchtlingen überfüllten Gebieten.

Die wiederholten Angriffe türkischer Truppen auf irakisch-kurdisches Gebiet, zuletzt im vergangenen Oktober, bei denen Splitterbomben und Napalm eingesetzt wurden, sabotieren den kurdischen Wiederaufbau und internationale Hilfsaktivitäten in den betroffenen Gebieten. Überlebende der Giftgasangriffe von 1988, die gerade aus den iranischen Flüchtlingslagern zurückgekehrt und mit dem Wiederaufbau der Dörfer beschäftigt waren, wurden so erneut bombardiert und vertrieben, diesmal bei einer NATO-sanktionierten "Terroristenjagd".

RINGEN UM DEN IRAK

Der Irak liegt unter den Skalpellen der Chirurgen der neuen Weltordnung: Nach gelungener Zerstörung des irakischen Militärpotentials wird mit der Aufrechterhaltung des Embargos die irakische Bevölkerung mannigfaltigem Leid ausgesetzt, um durch den Druck einer zusammengebrochenen Versorgung das Regime zu stürzen, besser gesagt um es durch ein der USA genehmes Regime zu ersetzen. Die irakische Opposition, ohnenhin in verschiedene Lager zersplittert und unter der Diktatur fast völlig aus der Gesellschaft verdrängt, wird geschwächt und kompromittiert. Die schiitische Opposition, beim Volksaufstand im Südirak im März noch Buhmann des Westens, wird jetzt von Saudi-Arabien umworben und soll mit Dollars aus Riadh gefügig gemacht werden. Die liberal-konservative Kräfte um Said Salih Jebri, zusammengeschlossen im "Rat des freien Irak" mit Sitz in London, die im Irak über nur geringen Einfluß verfügen, werden für die Thronbesteigung vorbereitet. Und selbst den nach US-Interessen neuformulierten Umsturzplänen dieser gezähmten Opposition (Ausrufung einer gegenregierung unter Vorsitz eines arabischen Sunniten, alliierte Garantien für die bisher Saddam-loyalen Militärs, wenn sie sich der neuen Regierung unterstellen) verweigerte sich die US-Administration im Oktober, um ihr Friedensszenario in Madrid nicht durch einen möglicherweise zum blutigen Bürgerkrieg führenden Machtkampf im Irak zu stören.



Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

Kurdische Verhandlungen mit dem irakischen Regime

Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes im April 1991, der kurdischen Intifada, retteten sich die Führer der Kurdistan-Front, die auf eine Unterstützung durch die Alliierten gesetzt hatten, in Verhandlungen mit dem Regime. An diesem Volksaufstand hatten sich die regierungsloyalen kurdischen Milizen (Jash), kurdische und irakische Oppositionsparteien und vor allem die Bevölkerung beteiligt. Die Niederschlagung des Aufstandes, ganz abgesehen von dem Terror der republikanischen Garden, bedeutete vor allem für die Initiative der Bevölkerung, die Saddam schon gestürzt glaubte und sich das Terrain des politischen Handelns zurückeroberte, einen entscheidenden Rückschlag. Die am Aufstand beteiligten Jash waren mit der plötzlichen Annähernung an die Regierung zwar nicht einverstanden, verfügen aber über genug lokale Macht, sowohl beim Zusammengehen mit der Kurdistanfront als auch im Fall einer Rückkehr ins Regierungslager ihre Position zu behaupten.

Die kurdische Führung stand unter enormem Druck: die Situation der geflohenen Bevölkerung von Kerkuk, Arbil, Dehok und Suleymania an den Grenzen zur Türkei und zu Iran war katastrophal, durch die Massenflucht waren die eigenen Strukturen, ja selbst die Peshmerga-Verbände, paralysiert worden.

Der Gang nach Baghdad konnte allenfalls die Parteienmacht konsolidieren, vom

Ziel der Befreiung vom Regime Saddams oder der kurdische Emanzipation war die Kurdistan Front damit erstmal wieder abgerückt. Damit wurde die Position der gesamtirakischen Opposition erstmal geschwächt. Auch aus kurdischer Perspektive schien eine Chance vertan, die internationale Öffentlichkeit für eine Internationalisierung der kurdischen Frage zu gewinnen.

Selbst in der Führung der Parteien konnte man Kritik vernehmen, zu leichtfertig die Initiative wieder aus der Hand gegeben zu haben. In einer sich verändernden Welt und bei der in dieser Zeit herrschenden Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die "kurdische Tragödie", so lautete die Kritik, hätte man die Aspirationen des kurdischen Volkes im Irak deutlicher formulieren können, ohne wieder in die alten Schemata kurdisch-irakischer Politik zu verfallen.

In den Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flügeln der kurdischen Bewegung hat oft eine Seite, wenn sie in Bedrängnis geriet, die Unterstützung der Regierung oder der eines Nachbarstaates gesucht: Das war 1964 so, als die Gruppe um den späteren PUK-Führer Talabani von Molla Mustafa Barzani aus der Führung der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) vertrieben wurde und sich der Zentralregierung unterstellte, als 1983 die Führung der PUK der Gefahr, in einem Dreifrontenkrieg zwischen der DPK, dem iranischen Regime und irakischen Truppen zerrieben zu werden, durch einen Waffenstillstand mit der Regierung auswich.

Unterschiede der politischen Praxis oder des Diskurses wurden in den Hintergrund gedrängt: Die "linke" Linie etwa des DPK-Politbüros unter Ibrahim Ahmad und Jelal Talabani, die anfangs als Rechtsanwälte noch Bauern gegen Großgrundbesitzer vertreten hatten und Dorfkomitees organisiert hatten, mußten sich in der Auseinandersetzung mit dem alten Barzani ebenso nach Unterstützung in den Stämmen umsehen, ihre linke Identität verkam, während ihrer Zusammenarbeit mit dem Baath-Regime nach 1968, zur reinen Rethorik. Auch nach der Niederlage von 1975, als die Abhängigmachung der kurdischen Bewegung vom iranischen Regime und, indirekt, von den USA, von der PUK einer radikalen Kritik unterzogen wurde, verfiel man bald wieder in den alten Pragmatismus: spätestens seit 1985 arbeitete die PUK fest mit dem iranischen Regime zusammen.

Verhandelt wurde um eine erweiterte Autonomie für die Kurden im Irak anstelle der seit 1975 praktizierten Scheinautonomie, unter Einbeziehung der 1975 verweigerten und inzwischen umgesiedelten Gebiete, und eine Demokratisierung im Irak mit einer neuen Verfassung, Zulassung der Oppositionsparteien und freien Wahlen. Das Ergebnis des monatelangen Verhandlungsprozesses, der von immer wieder aufflammenden militärischen Auseinandersetzungen erschüttert wurde, war mager: Der Vorschlag für ein Autonomiegesetz, der von irakischer Seite vorgelegt wurde, enthielt kaum Zugeständnisse an kurdische Forderungen, besonders bei der Einbeziehung Kerkuks blieb das Regime bis heute hart. Auf einen Fahrplan zur Normalisierung der Verhältnisse in Kurdistan, was die Rückkehr von Vertriebenen, Aufbau zerstörter Gebiete, Entschädigung von Opfern der bisherigen Kriege und die Wiederaufnahme geschaßter Kurden in den Staatsdienst, an Schulen und Hochschulen vorsieht, konnten sich beide Seiten weitgehend einigen.

Eine von beiden Seiten zu unterzeichnete Erklärung, von der Irakischen Regierung als eine Art Vorwort zum Abkommen vorgeschlagen, blieb vorerst geheim, wurde aber später von der arabischen Presse und irakischen Oppositionsblättern veröffentlicht. Darin wird von der Kurdistan-Front die völlige Unterordnung unter das Diktat der Baath-Partei verlangt, was die außenpolitische Linie, das Verhältnis zu den Nachbarstaaten und sogar die Beteiligung an Kriegen einschließt. Die kurdische Seite wird verpflichtet, ihre diplomatischen Beziehungen zu ausländischen Parteien und Staaten und zur irakischen Opposition abzubrechen, ja diese geradezu auszuliefern.

Durch die Kritik der Verhandlungen in der öffentlichen Diskussion - vor dem Hintergrund einer politisch sehr enthaltsamen Öffentlichkeit infolge der Diktatur und einfach katastrophaler Lebensumstände von Hunderttausenden von Menschen - und durch die schrittweise Stabilisierung der kurdischen Bewegung in den großen Zentren Suleymania und Arbil kristallisierten sich unterschiedliche Positionen bei den Parteien der Kurdistan-Front heraus. Schon seit dem Sommer zeichnen sich unterschiedliche Handlungsstrategien ab, die alte Konfliktlinien in der kurdischen Bewegung reproduzieren. Doch trotz dieser Differenzen halten die Parteien bisher an einer gemeinsamen Politik fest, obwohl bei dem jetzt von der Kurdistan-Front beschlossenen Wahlen zu lokalen Räten die Parteien versuchen werden, Mehrheiten für ihre jeweilige Linie zu erlangen.

Masoud Barzani, der Vorsitzende der DPK, Sami Abdurrahman, der von 1970-74 kurdischer Minister im irakischen Kabinett war, einer der Berater des alten Barzani und mittlerweile Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei, aber auch ganz pragmatische Stimmen in der PUK wollen die Verhandlungen mit dem bestmöglichsten Ergebnis abschließen und ein Abkommen mit der irakischen Regierung unterzeichnen. Sie argumentieren, daß die kurdische Bewegung mit der gegenwärtigen humanitären Katastrophensituation, und den organisatorisch-administrativen Anforderungen, die sich durch den verstärkten Druck aus Baghdad mit ständigen militärischen Angriffen, und Wirtschaftsblockade ergeben, nicht fertig werden kann. *"Wir haben jetzt unser Kurdistan, aber können nichts damit anfangen"*, drückt es ein Funktionär der PUK etwas zynischer aus. Das Abkommen nicht zu unterzeichnen und so die Konfrontation mit Saddam zu wagen, so argumentieren sie, erfordert verbindliche internationale Unterstützung, die es bisher,

Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv



abgesehen von diplomatischen Unverbindlichkeiten, nicht gibt.

Charakteristisch für diese Position ist, daß ihre Vertreter die gesellschaftliche Auseinandersetzung scheuen, die ihre traditionelle Führungsrolle in Frage stellen könnte - vor allem die Auseinander-

setzung mit der PUK, die sich in den traditionellen Einflußgebieten der DPK im Bahdinan-Gebiet eine starke Basis organisierte, und mit der PKK, die mit ihrem neugegründeten Ableger PAK (Freiheitspartei Kurdistans) vor allem in den Grenzgebieten zur Türkei agiert und die Kurdistan-Front offen herausfordert.

In zweiter Linie erst die unmittelbaren sozialen Konflikte beim Wiederaufbau und der Reorganisierung des gesellschaftlichen Lebens, wo es um Besitzverhältnisse in den entvölkerten Gebieten, Begrenzung der Macht von Stammesfürsten oder anderen Günstlingen des Regimes geht. Von der Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung versprechen sie sich die Stärkung ihrer Position im Ringen mit den anderen Parteien. Als Juniorpartner der Baath-Partei hätte sie ohnenhin keine großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu befürchten, hieße eine solche Herrschaft doch die zumindest teilweise Reinstallierung des alten Systems.

Jelal Talabani, große Teile der PUK, nach meinem Dafürhalten die öffentliche Meinung in Kurdistan/Irak, vereinzelte Stimmen in der KDP, und kleine linke Gruppierungen wie Rawti Kommunist (Kommunistische Strömung) lehnen es ab, zu den vom irakischen Regime gebotenen Konditionen ein Abkommen zu unterzeichnen.

Für die durch Nichtunterzeichnung zu erwartende und z.T. schon eingetretene Eskalation setzt Talabani auf die Unterstützung des Westens und der Türkei, wofür erhebliche Konzessionen gemacht werden müssen. Das türkische Wochenmagazin Nokta veröffentlichte ein Gesprächsprotokoll zwischen einem hohen Vertreter der Kurdistan-Front, sinnreich mit J.T. abgekürzt, und dem türkischen Geheimdienst MIT, worin der kurdische Vertreter die Türkei förmlich zum Engagement in Kurdistan einlädt. An der Echtheit dieses Protokolls kann man Zweifel anmelden, nicht jedoch daran, daß die kurdische Seite einen Preis für die Duldung durch die türkische Regierung zahlen muß. Das ist, auch aus Eigeninteresse der irakisch-kurdischen Parteien gegenüber dem ehrgeizigen Konkurrenten auf eigenem Territorium, die Verfolgung der PKK. Die türkische Zeitung Cumhuriyet berichtete über einen Beschluß der Kurdistan-Front, in dem Gebiet irakisch Kurdistans, wo sich die Basen der PKK befinden, Wehrdörfer mit türkischer Finanzierung und Ausführungshilfe durch eine amerikanische Organisation zu errichten, um die PKK zu verdrängen und Angriffe auf türkisches Territorium zu verhindern. Erst nach den letzten türkischen Angriffen wurde dieser Beschluß wohl auf Initiative von Mesud Barzani rückgängig gemacht. Eine weitere Konsequenz der Zusammenarbeit der Kurdistan-Front mit der Türkei ist die Fürsorge, die die PUK der erst 1990 gegründeten irakischen Turkmenenpartei angedeihen läßt.



Gleichzeitig sind Talabani und Teile der PUK bereit, sich an amerikanischen bzw. westlichen Szenarien für eine Nachkriegsordnung im Irak zu beteiligen. Wohl wissend, daß die US-Administration für den Irak die Aufrechterhaltung des starken Staates, dominiert vom Militär, vorsieht, und, solange dies nicht in Sicht ist, die irakische Souveränität aufhebt, die Bevölkerung aushungert und das Regime indirekt an der Macht hält, im Gegensatz zu allen demokatischen und menschenrechtlichen Beteuerungen. Unter solchen Bedingungen kann weder eine wirkliche kurdische Autonomie noch die von der irakischen Opposition eingeforderte Demokratie verwirklicht werden, von den Neuordnungs- und Befriedungsplänen für die gesamte Region ganz zu schweigen.

Gemeinsam ist beiden Richtungen, daß sie sich auf eine externe Macht (irakisches Regime respektive westliche Staaten) stützen, da sie davon ausgehen, daß die kurdische Bewegung nicht nur die humanitäre, sondern auch die politische und administrative Seite der Krise allein nicht bewältigen kann. Obwohl bei der Position von Talabani und PUK zumindest die Bereitschaft zum Aufbau eigener Strukturen da ist, um sich der Auseinandersetzung mit dem irakischen Regime zu stellen, allerdings im Rahmen erneuter Abhängigmachung vom Westen.

Damit bleiben die Parteien im Rahmen der traditionellen kurdischen Politik im Irak stecken: ihrer von der Stammespolitik geprägten, heute allerdings nicht mehr durch diese zu erklärenden Fehden und Machtkämpfe, ein Kampf um Machtbeteiligung - eben in Form der Autonomie -, darum, Teil des bestehenden Systems oder eines durch andere zu errichtenden Systems zu werden. Ansätze zur Befreiung, wie sie etwa die später in der PUK aufgegangene marxistisch-leninistische Komalah vertreten hat, wurden in die hierarchischen Strukturen absorbiert oder unterdrückt.

Die PKK, die erst seit dem Volksaufstand offen in Kurdistan/Irak auftritt,

agitiert scharf gegen die Abhängigkeiten, in die sich die Kurdistan-Front als "bourgeoise Führung" immer wieder begibt. Selbst nicht frei von solchen Abhängigkeitsbeziehungen, etwa gegenüber Syrien, stellt sie dem, ihr Konzept der Mobilisierung und Organisierung des Volkes gegenüber. Sie hat ebenso wie in den Anfangsjahren in der Türkei, marginale Schichten zu agitieren und mobilisieren, agitiert gegen die Korruptheit der traditionellen Führungen, ohne sich an der "Verwaltung des Elends" zu beteiligen.

Sie stellt dem traditionellen Peshmergakonzept, ihrer Ansicht nach nichts als Stammeskrieger, den politisch geschulten, mit dem Volk verbundenen Guerillakämpfer der PKK gegenüber, und rekrutiert Jugendliche und ehemalige Peshmerga für den Kampf in der Türkei. Der Kampf in der Türkei stellt nach den Vorstellungen der PKK aufgrund des demographischen Gewichts und vor allem der Rolle der Türkei als Nato-Staat und Verbündeter des Imperialismus die Hauptaufgabe der kurdischen Bewegung dar. So hat man den Eindruck, sie will Kurdistan-Irak als Hinterland gewinnen ebenso wie die syrischen Kurdengebiete. Auf der anderen Seite erhebt sie den Anspruch, alleiniger Vertreter des kurdischen Volkes zu sein, erklärt die anderen Parteien für überholt und nutzt jede Gelegenheit, Macht und Einfluß auch in Kurdistan/Irak auzubauen, nicht immer in Übereinstimmung mit ihren den anderen Parteien gegenüber vertretenen Prinzipien.

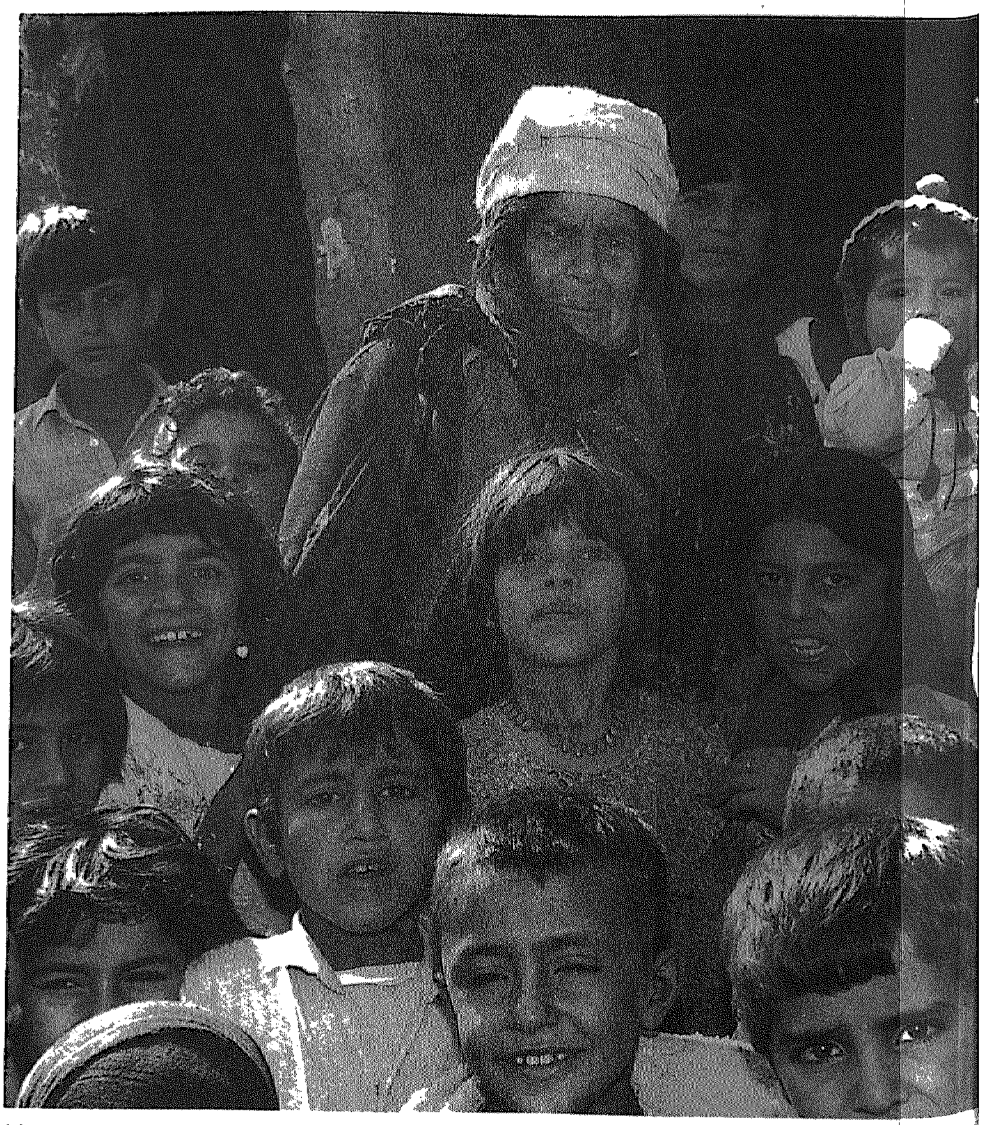
Interne Konstituanten der Krise in Kurdistan / im Irak:

Gegenüber dem Beginn der Kurdenkriege in den 60er Jahren, der Phase der kurdischen Geschichte also, die für die heute existierenden Organisationen prägend war, hat sich die irakische Gesellschaft, und die kurdische darin, entscheidend verändert. Mit dem durch Öleinnahmen finanzierten Modernisierungs- und Entwicklungsschub der 70er Jahre ging die Gleichschaltung und Kontrolle der ganzen Gesellschaft einher. Brutaler Repression gegen die Opposition wurde so systematisiert, daß das Terrain des Politischen praktisch aufgehoben wurde. Hanna Batatu spricht von der Politik des tarhib und takhrib - Terrorisierung und Korrumpierung.

Im Zuge der Aufstandsbekämpfung in Kurdistan wurde die traditionelle Gesellschaft völlig zerstört. Dem dörflichen Siedlungssystem stehen heute Großstädte und Zwangsumsiedlungslager mit 100.000enden von Menschen gegenübet.

Die alte soziale Basis der kurdischen Bewegung existiert heute nicht mehr. In den Jahren der Baath-Herrschaft haben zwar immer enge Kontakte zwischen den Parteien und den regierungs-kontrollierten Städten bestanden, es gab umfangreiche Untergrundnetzwerke, das reicht aber als Basis für die heute von den Parteien beanspruchte Herrschaft nicht aus. Deswegen müssen die Parteien ihre Strukturen durch Verbindungen mit neuen Schichten stärken, die aus der gewaltsamen Umstrukturierung der Gesellschaft hervorgegangen sind, die das Baath-Regime gestützt oder von ihm profitiert haben. Sich auf der Grundlage der Mobilisierung und Partizipation der Bevölkerung der Auseinandersetzung mit diesen Kräften zu stellen, vermögen die hierarchisch strukturierten und auf traditionelle Loyalitäten bauenden Parteien nur zum Teil. Der Prozeß eigenständiger Organisierung in lokalen Komitees, Wiederaufbauorganisationen und Hilfsstrukturen hat begonnen. Diese Rückeroberung des politischen Terrains findet zum Teil an der Basis der politischen Partien statt, zum Teil auch außerhalb. Vielfach werden sie durch die Parteibürokratien oder ehemalige Nutznießer des Baath-Regimes, die auch unter der neuen Ordnung ihren Einfluß wahren wollen, zu dominieren versucht. Andererseits, und das ist die interessante Seite dieses Prozesses, passen sie wieder in das Konzept des PUK-Lagers, das zu einer Konfrontation mit dem irakischen Regime bereit ist. Dazu gehören z.B. Massendemonstrationen, die in den letzten Monaten vor den Büros der UN-Agenturen stattfanden, und ein ebenfalls vor den UN-Büros begonnener Hungerstreik.

Zu den Zeiten, als sich die kurdische Bewgung im Irak konstituierte, war Kurdistan eine bäuerliche und agrarische Gesellschaft. Die überwältigende Mehrheit lebte im Dorf. Stammes- und Clanbeziehung spielten eine wichtige Rolle in der sozialen Organisation, Stämme waren



auch das Rückrat der bewaffneten Bewegung. Dem gegenüber stand der städtische Flügel der kurdischen Bewegung, also Intellektuelle, Schüler und Studenten.

In den kurdischen Städten dominierten Handel und Gewerbe, mit der Ausnahme von Kerkuk mit seinen Ölförderanlagen. Noch heute gibt es kaum Fabriken in den kurdischen Städten, mit der Ausnahme einer großen Tabakfabrik in Suleymania. Die Belegschaft der Betriebe der Ölge-

sellschaft in Kerkuk wurde unter der Baath-Herrscahaft arabisiert, doch dazu später.

Die kurdischen Stämme waren auch der Ansatzpunkt der verschiedenen irakischen Zentralregierungen zur Bekämpfung der Nationalbewegung: Unter Ausnutzung traditioneller Fehden wurden Nachbarn des Barzani-Stammes, die Herkis, Zebaris und Surjis zum Kampf gegen die Macht der von Barzani dominierten Nationalbewegung gewonnen. Gleichzeitig wurde versprochen, die Gebiete dieser Stämme von der nach der Revolution von 1958 erlassenen Landreform auzunehmen. Mit der Rekrutierung der Stammesführer für den Kampf gegen die kurdische Bewegung wurde ihre Position, durh die gesellschaftliche Entwicklung eher bedroht,

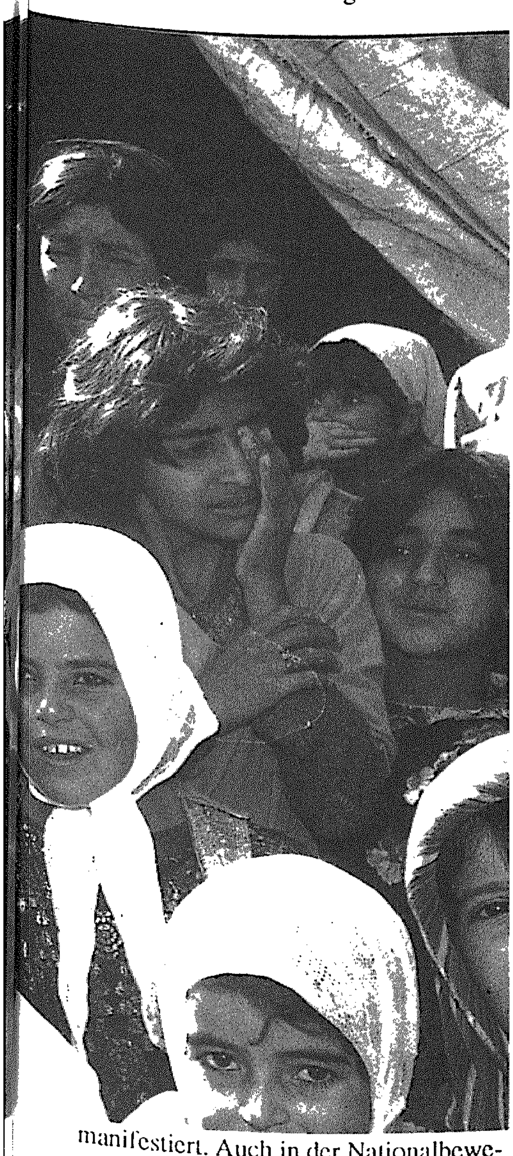


Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

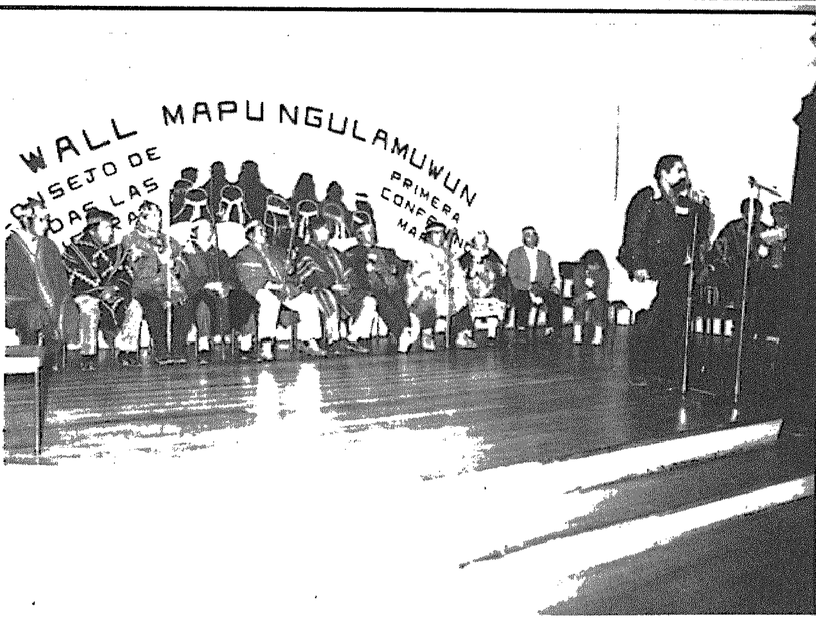
manifestiert. Auch in der Nationalbewegung spielten die Stämme weiter eine große Rolle.

Stammesführer wechselten vom Lager der Aufständischen auf Regierungsseite und zurück, so wie es ihren partikularen Interessen entsprach. Die Aghas des Pishder-Stammes bei Qala Dize, deren Stammesgebiet sich auf beide Seiten der Grenze erstreckt, dienten sich mal der irakischen, mal der iranischen Regierung als Miliz an.

Zum Teil waren es bis zu dem Volksaufstand in Kurdistan dieselben Stämme, die als "Brigaden der nationalen Verteidigung" während des ersten und des zweiten Golfkrieges zum Kampf gegen die kurdischen Parteien mobilisiert wurden.

Durch die Entwicklung der 70er und 80er Jahre wird dieselbe Funktion mehr und mehr von anderen wahrgenommen, denn die Zerstörung der traditionellen kurdischen Gesellschaft machte auch vor den loyalen Stämmen nicht halt. Sie waren wie andere Kurden von den Zwangsumsiedlungen betroffen, mußten ihre Dörfer in den Bergen und traditionelle Wirtschaftsweise - Land- und Weidewirtschaft - aufgeben. In den Umsiedlungslager in den Ebenen wurden Handel, Transport und natürlich der Dienst als Milizionär zur Einkommensquelle, Landwirtschaft nur noch da, wo an Umgesiedelte wirklich Land zur Nutzung verteilt worden ist. Viele der heutigen Milizführer sind nichtmehr Stammesführer, sondern Geschäftsleute oder Kontraktoren, die Aufträge des staatlichen Sektors abwickeln. Andere betreiben Agenturen für die vom Staat vertriebenen Güter, Lebensmittel etwa oder Baumaterial. Die Nähe zum Staat, zu den Repressionsorganen, eventuell sogar die Mitgliedschaft in der herrschenden Baath-Partei verschafft Möglichkeiten und Beziehungen, die sich im wirtschaftlichen Bereich auszahlen. Und die Verteidigungsbrigaden selber sind ein lukratives Geschäft: während des ersten Golfkriegs musterten Tausende bei den kurdischen Milizen, um dem Militärdienst zu entgehen, blieben aber zuhause, wofür der Milizführer den monatlichen Sold einstrich. Nach der oben angeführten Devise versprachen Schmuggel, Glücksspiel und Schwarzhandel z.B. mit Baumaterial noch größere Gewinne.

Die Milizen spielten bei dem kurdischen Aufstand im März 19991 eine wesentliche Rolle. Sie waren die ersten, die in den kurdischen Städten die Waffen erhoben. Die Erfahrungen der Vernichtungspolitik der Jahre 1987-90 mag dazu ebenso beigetragen haben wie die Befürchtung, nach dem zu erwartenden Sturz von Saddam zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Beteiligung der "Jash" am Aufstand ließ die Parteien der Kurdistan-Front auf diese Vergangenheitsbewältigung verzichten; die Milizen wurden in die Peshmergaverbände integriert. Aus den Milizfühern wurden Peshmergakommandeure, formal gleichgestellt mit den Veteranen der kurdischen Bewegung. Nebenbei führen diese ehemaligen Günstlinge der Baath-Herrschaft ihre vorherigen Geschäfte, soweit dies unter den Bedingungen von Embargo und Ausnahmesituation möglich ist, fort. Einige von ihnen entwickeln unter den neuen Bedingungen lukrativere Aktivitäten, wie z.B. Waffenschmuggel. Unter der neuen und im Vergleich zum Baath-Terror schwachen "Macht", der nach der Schaffung der alliierten Schutzzone und der Rückkehr der Flüchtlinge aus den Bergen schrittweise entstandenen Herrschaft der kurdischen Parteien weiten sie ihre korrupte Praxis noch aus. Auch bei dem um die Hilsleistungen der internationalen Agenturen unvermeidlich entstehenden Schwarzmarkt spielen diese korrupten Netzwerke, die z.T. bis in die Parteien hineinreichen, eine Rolle. Die Eingrenzung ihrer Macht birgt ständigen Konfliktstoff: Schon um die Frage des Waffentragens in der Öffentlichkeit oder des Verhaltens beim Einsatz in den zahllosen Straßenkontrollen und Checkpoints, wo Peshmergas und ex-Jash gemeinsam vertreten sind, kann zu Auseindersetzungen führen. Diesem Konflikt können und wollen sich die Parteien der Kurdistan-Front nicht stellen: Sie müssen diese "Nationale Einheit" trotz vorhandener Interessenwidersprüche wahren, um zu verhindern, daß ein Konflikt zwischen Parteien und den Jash dem irakischen Regime erneut Anlaß geben würde, durch Eskalierung dieses Kofliktsdie Herrschaft wieder an sich zu reißen. Das Regime versucht ständig, soche Konflikte zu provozieren, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Front eskalieren zu lassen und verhandelt, so wurde in Kurdistan berichtet, wieder mit einigen der alten Milizführer. Zum anderen sind die Parteien angesichts der massiven Probleme bei der ihnen überlassenen Verwaltung des Elends auf eine Verbreiterung ihrer Basis angewiesen, auch im gegenseitigen Ringen um Macht und Einflußgebiete.



Mapuche

Schon während der Zusammenstellung der letzten Ausgabe des SF lagen uns eine lose Blättersammlung über die Mapuche-Indianer aus Chile vor. Ein Bekannter eines befreundeten Verlages, der schon seit längerer Zeit bei den Mapuche lebt, hat diese Texte teils geschrieben, teils übersetzt und einige Photos dazugelegt. Wir haben versucht das Material zu einem Artikel zusammenzufassen

Als Beispiel für die Kontinuitäten fünfhundertjähriger Kolonisation, der wirtschaftlichen Ausplünderung, der sexistischen Unterdrückung und des Rassismus gegen die Menschen aus anderen Kontinenten und Kulturkreisen, leistet der Beitrag einen Blick auf kolonialistische Politik und die historischen Traditionen, aber auch auf Maßnahmen, die nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden.

die SF- Red.

Chile: Mapuce-Indianer reorganisieren sich

Das vorliegende Material von und über die Mapuche zeigt, daß das Vergangene nicht tot ist, ja nicht einmal vergangen ist.

"Zum ersten Mal seit 109 Jahren haben sich die traditionellen Autoritäten des Mapuce- Volkes (Mapuce, Menschen der Erde) wieder versammelt, um ihre Zukunftsperspektiven gemeinsam zu besprechen. Die letzte Versammlung dieser Art fand im Jahr 1881 statt, als die letzten kämpfenden Mapuce- Verbände nach 340 Jahren ! Krieg durch die chilenische Armee besiegt worden sind und sie ihres Landes beraubt worden sind. "

Mit dem Ziel, die Autonomie der Mapuce voranzubringen, haben sich verschiedene Mapuce-Organisationen reorganisiert. Trotz einigen politischen und weltanschaulich unterschiedlichen Positionen sind sie der Ansicht, daß die Zukunft und die Stärke der Mapuce von ihrer Einheit abhängt. Das Nebeneinanderexistieren verschiedener Positionen und gemeinsamer Aktionsformen sind für die um Autonomie bestrebten Mapuce keine Widersprüche. Bereits 1983 haben Mapuce-Communidades beschlossen, für die Rückeroberung ihres Landes, für die Autonomie und Selbstbestimmung zu kämpfen.

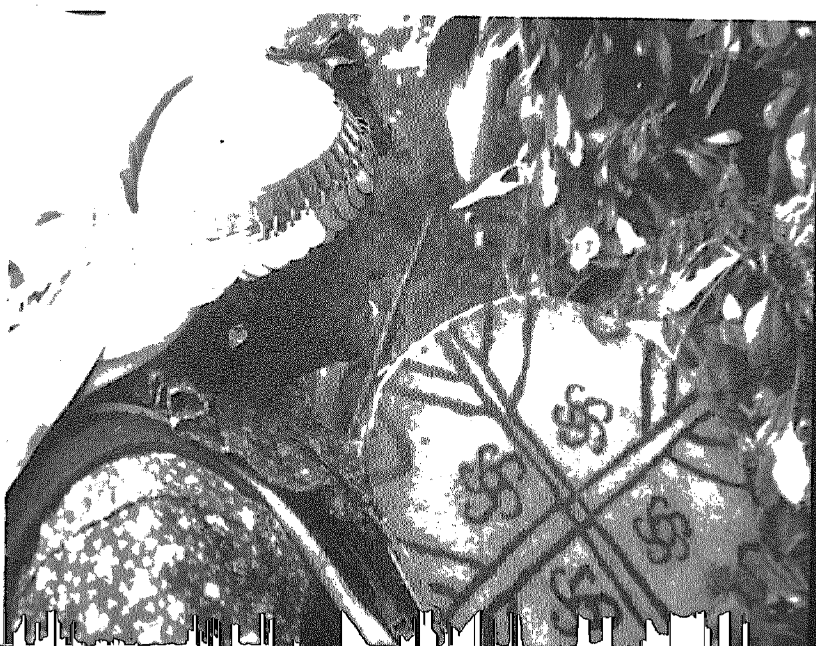
Der Kampf für das Gemeinschaftsland führte zu wiederholten Auseinandersetzungen mit dem chilenischen Staat. Die Gemeinschaften wurden unzählige Male brutal vom Repressionsapparat durchsucht und viele Mapuce ins Gefängnis geworfen. Im September 1989 wurde die Nationale Kommision der Mapuce-Gemeinschaften "500 Jahre Autonomie und Identität" gegründet, die in den Gemeinschaften von Malleci-Cautin und Valdivia verwurzelt ist, mittlerweile auch in den Städten eine Basis findet.

DIE MAPUCE !

Die Mapuchenation ist mit ca. 500.000 Köpfen nach den Aymará und Quechua das drittgrößte Indianervolk Südamerikas. Die Mapuche leben heute u.a. in der IX. und X. Region Chiles, ein kleinerer Teil in der argentinischen Pampa.

1541 begann die Eroberung des Mapuche-Territoriums durch die spanische Conquista. Es sollte aber fast 350 Jahre dauern, bis diese Eroberung mit dem Einmarsch der chilenischen Truppen in die Ruinen von Villarrica am 1.Januar 1883 militärisch abgeschlossen war. Diesen Sieg verdankte die chilenische Armee nicht zuletzt neugelieferten Kanonen von Krupp aus Deutschland. In Argentinien war es Mapuche-Häuptling Shaiweke, der sich als letzter am 1.1.1885, mit 700 Männern und 2500 Frauen und Kindern, der argentinischen Armee ergeben mußte.

Die Mapuche verdanken ihre lange Unabhängigkeit ihrer Freiheitsliebe, ihrem kämpferischen Selbstbehauptungswillen und ihrer Adaptionsfähigkeit: schon um 1570 hatten sie ein regelrechtes Reiterheer, in ihren Dörfern arbeiteten überge-



Mapuce-Photos: Comejo de Todas las tierras

laufene oder gefangene Weiße als Schmiede, Sattler oder "Sekretäre" für die lonkos, (Häuptlinge). Der Einsatz gegen die Mapuche war im spanischen Heer zeitweise so gefürchtet, daß sich spanische Soldaten lieber freiwillig auf die Kriegsschiffe meldeten, was als Strafversetzung galt, als an die "Frontera" geschickt zu werden.

Sobald die militärische Besetzung des Mapuche-Territorium im Jahre 1883 abgeschlossen war, begann die chilenische Regierung mit der Aufteilung und Besiedlung desselben. Dazu wurden Kolonisten in Europa angeworben, u.a. (in zeitlicher Reihenfolge) Deutsche, Schweizer, Italiener, Franzosen, Spanier und Engländer. Temuco zum Beispiel, heutige "Hauptstadt" der IX. Region, wurde 1883 mit Deutschen begründet, Angol mit Schweizern wiederbegründet, Victoria mit Schweizern und Italienern usw.

Die Mapuche drängte man in Reservationen, sogenannten "reducciones" zusammen. Hier besaß eine Indianerfamilie oft nicht mehr wie 2-5 Ha zur Bewirtschaftung. Diese reducciones waren unveräußerliches Gemeinschaftseigentum.

Um diese Gemeinschaften aufzubrechen, den Individualismus, das "Besitz"-denken verstärkt in den Köpfen der Mapuche zu verankern, erließ die Pinochet-Regierung am 22.3.1979 das Gesetzesdekret 2568, das die Aufteilung der reducciones in Privateigentum sehr erleichert. Zwar kann weiterhin offiziell von Außenstehenden, d.h. Weißen, kein (heutzutage übriggebliebenes) Indianerland gekauft werden, aber es kann auf 99 Jahre gepachtet werden. Die Auswirkung dieses Dekrets zeigt sich besonders bildlich an den Ufern der Andenseen, wo seither eine Mapuchefamilie nach der anderen von reichen Santiaginos (Hauptstädtern) bzw. Ausländern ausgekauft ("ausgepachtet") wird. Bungalows, Chalets, Hotels und Cabanos reihen sich hier eines an das andere.

Holzfirmen mit japanischem, US-amerikanischem, neuseeländischem und europäischem Kapital reißen sich riesige Landstriche u.a. in der Küstenkordillere unter den Nagel, die dann mit schnellwachsenden Baumarten für die Zellulosegewinnung bepflanzt werden. In der Andenkordillere, im Alto Bio-Bio, sind momentan 2 Pehuenche-Comunidades von einem hydroelektrischen Stauseeprojekt bedroht, ein wunderschönes Flußtal würde unwiderbringlich zerstört.

So drücken ausländische Interessen, der allgegenwärtige chilenische Staat und der beständige Einfluß aus der chilenischen Gesellschaft kontinuierlich auf das Mapuchevolk. Die politische und religiöse Seite Chiles spiegelt sich bei den Mapuche exakt wider. Es hat so ziemlich jede politische Partei, jede christiche Kirche und Sekte ihren "Mapuche-Ableger".



1990 trennten sich die Traditionalisten von der Mapuche-Organisation "Ad-Mapu", die stark von der Kommunistischen Partei Chiles beeinflußt ist und gründeten die Organisation "Aukin Walmapu Ngulam/Consejo de Todas Las Tierras". Sie arbeiten an der Neuschaffung und Wiederbelebung ihrer traditionellen Strukturen, die sie vor der Eroberung durch den chilenischen Staat besaßen. Ihre Hauptforderungen: Gerechtigkeit – Landrechte – Autonomie!

Der fogende Text folgt der Mapuce-Gruppe Freiburg.

Die Mapuche der Autonomiebewegung haben die Überzeugung, daß unter der Regierung Aylwins, die keineswegs neutral den Mapuce gegenübersteht und sich nicht für die Belange der Mapuce einsetzen will, geschweige denn souverän agieren kann, sich die Lage kaum verbessern wird. Das Regime, das sich jetzt demokratisch nennt, besteht aus 48 Senatoren, von denen nur 38 gewählt wurden, 9 bestimmte der alte Diktator Pinochet und einen Sitz hat er selbst als Ex-Präsident. Es ist also so gut wie unmöglich, von Pinochet gemachte Verfassungsänderungen an ihm vorbei, rückgängig zu machen. Dazu gehört z.B., daß die Richter des Obersten Gerichtshofs auf Lebenszeit bestimmt werden. Pinochet hat diese Verfassungsänderung beschlossen und den Obersten Gerichtshof mit absolut linientreuen jungen Richtern besetzt. Mit der Regierung Patricio Aylwins kam es im Land zu keinem realen Machtwechsel. Die alte Allianz aus Großgrundbesitzern, Militärs und multinationalen Unternehmungen kann weiterhin ihre Interessen verfolgen, an der sozialen Lage der meisten Chilenen und besonders der Mapuce hat sich nichts zum Positiven gewendet. Derzeit leben 80% der 1,2 Millionen Mapuce unter dem Existenzminimum. Die politischen Rahmenbedingungen für den Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung sind also genauso schlecht wie vor der sogenannten Demokratie. Deshalb ist für die Mapuce ein gemeinsamer Kampf notwendiger denn je, um den Abbau ihrer Rechte zu verhindern.

Historisch-politische Basis der Landrechte der Mapuche

(Originaltext aus VOZ MAPUCHE AUKIN , übersetzt von Erwin).

Die Verträge oder Parlamente, die zwischen unserer Mapuche-Nation und den Spaniern geschlossen bzw. abgehalten wurden, sind zuallerst einmal nicht Produkt des Zufalls, noch dem guten Willen der Spanier zuzuschreiben, mit unserem Volk in den Dialog treten zu wollen, sondern erklären sich u.a. aus zwei Gründen. Einer entspringt dem politischen und militärischen Mandat, die andere Motivation ist die religiöse Beeinflußung, die die Conquista und die Fremdherrschaft begleiteten. Unser Mapuche-Volk gab nicht zu, ein Vasall der spanischen Krone zu sein, die durch die Conquistadoren repräsentiert wurde.

Im Jahre 1558, unter der Order eines militärischen Mapuche-Anführers, in unserer Sprache "Toki" genannt, wurden die Spanier aus dem Mapuche-Land hinausgeworfen; dabei wurden alle Forts und Städte, die sie in dieser Periode gegründet hatten, u.a. Villarrica, Imperial und Angol zerstört.

Dieser Aufstand der Mapuche und die erwähnten Siege veranlassten die Spanier, ihre Taktik zu ändern. Zuerst begründeten sie ein richtiges professionelles Heer und animierten Personen, die Conquista zu bezahlen. Das führte von Seiten der Jesuiten dazu, einen Friedensvertrag vorzuschlagen, – auf Anregung des Padre Luis de Valdivia; das Ziel dieses Vorschlags bestand letztlich darin, mit der Besetzung fortzufahren, nur war es eben mittels Gewalt nicht möglich.



Nach 91 Jahren blutigen Krieges trafen sich erstmals Spanier und Mapuche an den Ufern des Flusses Quillem am 6.1.1641. Die Zusage zu diesem Vertrag oder Parlament war seitens der Spanier wie seitens der Mapuche von verschiedenen Motivationen geleitet. Erstere wollten suggerieren, daß von ihrer Seite die Bereitschaft zum Dialog bestünde, da sie unfähig waren, unser Territorium militärisch anzugreifen und zu besetzen. So würden sie Zeit gewinnen, ihr Unternehmen umzugruppieren und neu zu strukturieren.

Die Resultate dieser historischen Zusammenkunft waren folgende: Anerkennung des Flusses Bio-Bio als Grenzlinie von Seiten der spanischen Krone und die absolute politische und territoriale Unabhängigkeit in einem Gebiet von 10 Millionen ha. Außerdem wurde Unterpunkten zugestimmt wie dem Abzug der Bevölkerung aus Angol seitens der Spanier und der Freilassung der spanischen Gefangenen oder Geiseln seitens der Mapuche. Dieser Vertrag bzw. Parlament hat höchste Wichtigkeit für unser Volk, da alle darauf folgenden Verträge, an die 25 bis 30, darauf basierten, den Fluß Bio-Bio als Grenze zum Unabhängigen Territorium festzulegen. Es ist angebracht, dazu zu bemerken, daß diese Übereinkünfte seriös waren und seitens der spanischen Krone mit großer Bereitschaft getragen wurden, obwohl die Spanier regelmäßig diese Übereinkünfte verletzten, immer wenn es ihre militärische Stärke erlaubte.

Ich möchte zur Illustration einige Verträge nennen: Quillem, 6.1.1641, Tapihue 1716, Negrete 1726, Tapihue 1735, Tapihue 1738, Salto del laja 1756, Concepcion 1760, Santiago 1760, Nacimento 1764, Nacimento 1767, Negrete 1771, Los Angeles 1772, Santiago 1772, Tapihue 1774, Santiago 1774, Valdivia 1782, Lonquimol 1784, Negrete 1793, Osorno 1794, Negrete 1803, Los Angeles 1816.

Die Parlamente, die hier genannt sind, dienten nicht als "Erinnerungs- oder Jubiläumstreffen" oder fanden aus einem "Geist der Freundschaft" heraus statt, sondern wurden nach einem militärischen Zusammenprall, einem Massaker oder erneuten Einmischungen der Spanier im Mapuchegebiet einberufen.

Am 4.4.1774 ging eine Mapuche-Delegation, bestehend aus 4 Vertretern im Rang von Botschaftern, nach Santiago, heutige Hauptstadt unseres Landes. Dem Gouverneur und der Statthalterschaft (Capitana General) wurden weitere Informationen mit historischen Elementen unterbreitet: die Verträge sollten nicht nur formale Dokumente, sondern Grundstock für eine konkrete und offizielle Beziehung sein. Es waren diese Botschafter, die ihre Stimme gegenüber jedwedem Übergriff erhoben, der im Innern des Mapuche-Territoriums begangen würde. Die Verträge haben zwei fundamentale Grundzüge: bei diesem Besuch standen einige politischeFfragen an, außerdem drohte ein Krieg. Von daher versteht sich auch die Gleichgewichtigkeit der sich gegenüberstehenden Personen: wenn der Gouverneur als politische Autorität des Königs teilnahm, nahm von Seiten der Mapuche der Lonko teil, eine originär politische Autorität der Mapuche mit festgelegtem territorialen Einflußbereich. Wenn auf dem Platz, an dem das Parlament stattfand, ein Soldat, ein Hauptmann oder sonsteiner aus der militärischen Hierarchie teilnahm, dann versteht sich, daß auf Seiten der Mapuche der Toki erschien, der zuzeiten eines Krieges Ranghöchster war.

Zum Abschluß muß noch herausgestellt werden, daß die Mapuche-Nation auch dann weiterhin unabhängig blieb, mit weitgehender territorialer und politischer Autonomie, nachdem sich die Kreolen von der spanischen Krone gelöst hatten. Weitere 71 Jahre nach der erwähnten chilenischen Unabhängigkeit wurden wir Mapuche weiterhin von unseren traditionellen Autoritäten geführt, d.h. von Lonko, Machi, Weupife, Ngenpin und Werrkén. In Zusammenhang mit der kreolischen Unabhängigkeit muß noch angemerkt werden, daß es das chilenische Heer war, das im Namen des sich entwickelnden Staates/Nation unser Territorium und unser Volk überfiel, in vollkommener Unwissenheit der geschlossenen und eingangs erwähnten Verträge.

Unsere Mapuche-Nation hat diese Übereinkünfte weder aufgegeben noch sie verletzt, wir stellen daher die weitere Gültigkeit und Anerkennung von unserer Seite her fest.

Wir müssen klar herausstellen, daß die von unserem Volk geschlossenen Verträge nicht von irgendeiner Person aus der Mapuche-Gesellschaft realisert wurden, sondern daß es die traditionellen Autoritäten mit breitem Rückhalt in ihrem territorialen Einflußbereich waren. Deshalb anerkennen die Vereinbarungen in ihren Artikeln auch nur jene Mapuche-Autoritäten als einzige und legitime "Verwahrer", ebenso wie die tradionelle Organisationsstruktur. Grund dafür, daß unser Volk begonnen hat, die ursprüngliche Organisation wiederherzustellen, die während der letzten 109 Jahre geschwiegen hat. Das ist Grundvoraussetzung für die Einklagung und Wiedereinsetzung der bestehenden Verträge.

(aus: Aukin (Stimme), Zeitung des Consejo de Todas Las Tierras, Nr.7, Mai 1991)

Freiheit der internationalen Information

von Herby Sachs



Die Diskussion um die Kontinuität der fünfhundertjährigen Kolonisation ist in vollem Gang. Allerorten bereiten sich die verschiedensten Gruppen unter vielfältigsten Gesichtspunkten auf das Jahr 1992 vor. Aktionswochen werden stattfinden, nicht nur zum Weltwirtschaftsgipfel in München, sondern auch dezentral in Form von Veranstaltungen, spektakulärer Öffentlichkeitsarbeit und Hintergrundinformationen.

Doch trotz modernster Kommunikationsmittel, weitgespannter Netze, um Informationen international auszutauschen, erfahren wir kaum etwas über die Aktivitäten der eigentlich Betroffenen in Lateinamerika und Afrika. Einzig und allein kleine Arbeitsgruppen, ob Presseagenturen oder politische Initiativen, können mit Unterstützung von Solidaritätsgruppen ihre Arbeit hier publizieren. Von einer intensiven Kommunikation zwischen den sogenannten Peripherien des Südens ganz zu schweigen.

"Wir erfahren in Guatemala eher etwas über das neueste Schuhmodell auf einer Münchner Modemesse als über die Unterernährung von Kindern auf unserem Kontinent", sagt Ileana Alamilla, Direktorin der guatemaltekischen Nachrichtenagentur Cerigua. Schriller Schick aus europäischen oder US-amerikanischen Metropolen besitzen in vielen Ländern für bestimmte Schichten hohen Nachrichtenwert. (zit. aus *Poonal*, der neue Nachrichtendienst aus Lateinamerika)

Es gibt drei dominierende Nachrichtenagenturen, die weltweit agieren: AP, UPI (USA) und Reuters (Großbrtannien). Es folgen in größerem Abstand AFP (Frankreich) oder bis vor kurzem TASS (Sowjetunion). Wieder in größerem Abstand dann, z.B dpa. Alle großen Nachrichtenagenturen sind in den Händen des Nordens. Rund 70 Prozent der Nachrichten in den 14 wichtigsten lateinamerikanischen Zeitungen stammten zu Beginn der achtziger Jahre von den beiden größten nordamerikanischen Nachrichtenagenturen.

Die Menschen in den Ländern der dritten Welt verfügen über keinerlei Sprachrohr internationalen Ausmaßes. Die Nachrichten die im Norden über den Süden zu lesen oder zu sehen sind, sehen jeweils nur aus dem Blickwinkel der großen Agenturen.

Spätestens im Golfkrieg konnten wir täglich beobachten wie die Auswahl stattfindet, und wer sie letztendlich in die Öffentlichkeit gibt.

Es gibt eine Reihe von Untersuchungen zur internationalen Informationsstruktur, u.a. eine der UNO , die alle mehr oder weniger das Gleiche feststellten : Die Informationswege verlaufen einseitig und hierarchisch vertikal von den nördlichen Metropolen in die Länder des Südens. Der Austausch zwischen den Ländern des Südens verläuft allenfalls indirekt, meist jedoch über die Metropolen des Nordens zurück in die kaum vohandenen eigenen Informationsstrukturen. Eine direkte Kommunikation innerhalb einer "Peripherie", z.B. des afrikanischen oder lateinamerikanischen Kontinents, existiert nur in Ansätzen. Nicht nur die Länder des jeweiligen Kontinents besitzen keine eigenen Informationsnetze, untereinander findet der Austausch häufig über die Agenturen des Nordens selbst statt. Ganz unter den Tisch fällt dabei die Möglichkeit Nachrichten von Afrika über eigene Kanäle nach Lateinamerika zu übermitteln. Die gesamte Abwicklung findet über Umwege in die Metropolen statt. Diese hierarchische Gliederung läßt keinen Zweifel daran, wer die Verfügungsgewalt über

Information schlechthin besitzt. In den Zentren des Nordens laufen alle Nachrichten zusammen, werden hier bearbeitet und ausgewählt, in Papierkörbe geschmissen oder gefiltert, verstümmelt und verdreht, aber quer durch die ganze Welt gejagt. Es ist folglich nicht verwunderlich, daß die Verfügungungsgewalt des Nordens über die Ware Information absurde Ergebnisse ans Tageslicht bringt. So erfährt eine Zeitungsleserin in El Salvador die neuesten Entwicklungen im Nachbarstaat Nicaragua meist aus der Sicht der dortigen AP-oder Reuter Korrespondentinnen. Ein anderes Beispiel: Fast alle Tageszeitungen enthielten zu Jahresbeginn 1992 Sonderseiten über die "Entdeckung der neuen Welt" durch Christoph Kolumbus. Die Abbildungen reichten vom historischen Bild des Schiffes Santa Maria bis zum Nachbau der Karavelle, die vor einiger Zeit von Spanien aus in See stach, um fünfhundert Jahre später mit viel Aufwand die gleichen Orte anzulaufen. Europäische sowie lateinamerikanische Zeitungen berichten ausführlich über das Spektakel. Kaum ein Wort über die soziale,politische und wirtschaftliche Situation der Länder, damals wie heute, geschweige denn über das Leben der nach wie vor ausgegrenzten indigenas. Die kurze Recherche bestätigt alle Klischees über die Kolonisation der "Neuen Welt". Es geht um Abenteuer, Kapitalinteressen in Form der Reiseindustrie, aufgepeppt mit ein bißchen Kultur. Hüben wie Drüben.

Einige Millionen Wörter übermitteln die großen Agenturen täglich. Doch Informationen entstehen nicht durch die Masse der Fakten, sondern eher durch eine Auswahl. Und das Übergewicht an Information besitzt das Niveau von Erdbeben, Kriegen, Katastrophen." Eine Umfrage unter Bürochefs der lateinamerikanischen AP-Büros ergab, daß die Nachrichten den höchsten Stellenwert besitzen, die US-Interessen berühren. An zweiter Stelle der Prioritätenliste standen Meldungen über Revolutionen und Staatsstreiche, dann kamen Gewaltverbrechen, Katastrophen und Unglücke."(aus *Poonal,* der neue Nachrichtendienst aus Lateinamerika)

Weil funktionierende Informationskanäle innerhalb des Südens nur am Rande existieren, es gibt selten Subventionen für eigene Informationsstrukturen, verbreiten die Medien des Südens notgedrungen ihre eigenen Zerrbilder. Psychologisch bedeutet das die Verstärkung des eigenen Negativimages, die Entstehung immer wieder neuer Klischees, die Bedeutungslosigkeit ihrer eigenen Existenz und die Übernahme aufgesetzter Wertmaßstäbe.

In den siebziger Jahren wuchs der Unmut der "Dritten Welt" über die Herrschaft der Informationsstrukturen. In der Unesco eröffneten die Länder eine Debatte über die ungleichen "Weltinformations-und Kommunikationsordnung". Im Rahmen vieler internationaler Konferenzen der blockfreien Länder wurde die Forderung erhoben den Bedürfnissen der Länder der "Dritten Welt"gerecht zu werden und ihnen einen entsprechenden Platz einzuräumen. Während der fünften Konferenz der Blockfreien Länder in Colombo 1976 wurde die Gründung eines Pools von eigenen Nachrichtenagenturen beschlossen. In der politischen Deklaration zur Gründung einer NIIO (Neue internationale Informationsordnung) kommt der Unmut zum Ausdruck: "Eine neue internationale Ordnung im Informationswesen und der Massenmedien ist ebenso wichtig wie eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die blockfreien Länder weisen besorgt auf die tiefer und tiefer werdende Kluft zwischen den Kommunikationsmöglichkeiten in den blockfreien Ländern und in den Industriestaaten hin, was *ein Erbe der kolonialen Vergangenheit ist. Das hat einen Zustand der Abhängigkeit und der Vormacht geschaffen, bei dem die meisten Länder sich damit abfinden müssen, passive Empfänger parteiischer, unzutreffender und verzerrter Information zu sein. (...) Sich bei den Informationsquellen auf die eigenen Kräfte zu stützen, ist genauso wichtig wie ..."*

Diese Forderung stieß 1976 und in den folgenden Jahren wie nicht anders zu erwarten auf den Widerspruch des Nordens. Die westlichen Medien reagierten zunächst fassungslos. *"Wie die Blockfreien die Pressefreiheit blockieren wollen, "* titelte die Süddeutsche Zeitung. Das Wallstreet Journal glaubte gar, die Entwicklungsländer wollten die westlichen Agenturen, *"die einzigen Medien, die in der Lage sind unparteiisch zu berichten, zerstören."* (Poonal)

Die Sichtweise der Blockfreien wurde Jahre später offiziell von der Unesco bestätigt. Doch die Industrieländer zeigten wenig Interesse an dem zukünftigen Programm der "Dritte Welt" Medien. 1983 traten die USA aus der Unesco aus. Der Unesco wurde von der US - Seite vorgeworfen *"die Grundsätze der freien Marktwirtschaft und des freien Informationsflusses angegriffen"* zu haben.

"Eine Reihe von Projekten (mehrere hundert) in 85 Staaten sind bislang unterstützt worden. Dazu gehörte der Aufbau regionaler Nachrichtennetze, Agenturen, Fernsehsender, oder die Ausbildung von Journalisten. An den Informationsstrukturen selbst änderte sich jedoch bis heute nichts. Der politische Druck und die Debatte in der Unesco verschwand schnell von der Bildfläche. Die großen Agenturen brachten in den folgenden Jahre viele der kleinen Projekte oder Initiativen unter ihre Kontrolle. Auch die hoffnungsvollen Ansätze des Pools der blockfreien Nachrichtenagenturen oder gar eine ernsthafte Konkurrenz zu den großen Agenturen, wird Utopie bleiben. Das *"Ideal des freien Nachrichtenflusses und eine Neuordnung des Nachrichtenmarktes"* unter den Ländern des Südens ist mit der momentanen Konzentration der Informationsmacht Teil des Risses, der zwischen arm und reich, Süd und Nord besteht.

Quellen: Poonal - Der neue Nachrichtendienst aus Lateinamerika
c/oFDCL Gneisenaustr.2
1000 Berlin 61
1492-1992 Kampagne 92 Hrsg. Buko Ila, Heerstr.2o5, 5300 Bonn
Publizistik und Kunst, Zeitschrift der IG Medien, 7ooo Stuttgart 1 , Friedrichstr.15

WER TRÄUMT VOM KOLLEKTIV?

Die Tragik kommunistischer Erblast und ihre sonderbaren Blüten am Beispiel der österreichischen linken Wochenzeitung "Salto".

von Arno Maierbrugger

Wie vielleicht allgemein bekannt sein dürfte, ist der österreichische Pressemarkt nicht der größte. Ein minimales Angebot an Tageszeitungen wird wirtschaftlich angeführt von zwei dummdreisten Boulevardblättern, die eine ungeheure Pressekonzentration in sich vereinigen. Bald soll schon ein drittes Revolverblatt folgen.

Das Angebot an "Qualitätszeitungen" dagegen ist dominiert von konservativ-liberalen Blättern, von denen die jüngste Gründung zur Hälfte im Eigentum des deutschen Springer-Konzerns ist, andere wiederum der Industriellenvereinigung oder der Kirche hörig sind.

Wer dabei glaubt, ein Ausweichen auf Wochen- oder Monatszeitungen könnte das Defizit ausgleichen, der täuscht sich. Der Marktführer "profil", etwa mit dem deutschen "Spiegel" vergleichbar, gehört zu einem Großkonzern, an dem die Unternehmensgruppe der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" massiv beteiligt ist. Andere Magazine verschreiben sich der Wirtschaft oder dem Zeitgeist, kleine, progessive oder literarische Publikationen dümpeln vor sich hin. Keiner traut sich recht über eine Zeitungsgründung, der Markt ist zu brutal und zu stark in den Händen weniger vereint.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer zeigte sich, als im Februar 1991 eine der letzten Parteizeitungen alten Stils, die "Volksstimme", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) nach ihrer Auflösung in eine Wochenzeitung umgewandelt werden sollte. In der richtigen Erkenntnis, daß mit der "Volksstimme" und ihrer Alibiauflage von 46.000 Stück nun wirklich niemand mehr hinter dem Ofen hervorzulocken war, daß aber Österreich ein linkes engagiertes Wochenmagazin dringend nötig hat, ließen die Genossen die Köpfe rauchen.

Ich hatte das Vergnügen, den ganzen Prozeß von Anfang bis zum Ende als Mitarbeiter in der Innenpolitik- und Kulturredaktion mitzuerleben; zu einer Zeit, wo sich die Partei nicht mehr leisten konnte, neue Mitarbeiter nach ihrem Mitgliedsbuch oder ihrer Leninismus-Schulung in der Parteiakademie zu fragen. Ich war kein Parteimitglied, noch nicht mal Kommunist, aber ein junger, interessierter Journalist, dem durchaus zugestanden wurde, mit progressiven statt versteinerten Meinungen und Ideen in der Zeitung aufzuscheinen. Die letzten Monate der "Volksstimme" waren ohnehin ein einziges ideologisches Chaos. Nachdem der alte, linientreue Chefredakteur Michael Graber, Mitglied des Zentralkommitees und nunmehr noch immer als wirtschaftspolitischer Referent in der Partei tätig, von einem jüngeren Kollegen abgelöst wurde, war niemanden mehr klar, was die "Volksstimme" eigentlich wollte.

Die Partei war ohnehin am Zerbröseln, umso erstaunlicher also, daß sich die starrköpfigen Bewahrer der "reinen Idee" letztlich durchsetzten und dem kurslosen Zentralorgan das Aus erklärten. Das Defizit war enorm hoch, die Linie nicht mehr zu halten und die Redaktion frustiert und aufgespalten. Der nunmehrige Chefredakteur Lutz Holzinger, dessen hervorstechende Eigenschaft es immer war, im perfekten Schwebezustand zwischen zwei Stühlen zu sitzen, hatte keine Perspektive mehr zu bieten. Eine journalistische Frechheit folgte der nächsten: da wurde in einer der letzten Nummern schon mal der halbwegs kritische Nordkorea-Artikel, der lange in der Zensur-Schublade liegengeblieben war, veröffentlicht, sogar eine Würdigung anarchistischer Theoretiker schlich sich auf die Kulturseite.

Im Februar 1991 erfolgte der Schlußpfiff. Der Tageszeitung der Partei sollte erst einmal gar nichts, dann eine "Linke Wochenzeitung" folgen. Eine harsche Aufgabe für Journalisten, die jahrelang den täglichen Neuigkeiten nachgerannt waren und weder arbeitstechnisch noch stilistisch den Anforderungen einer wöchentlichen Zeitung gewachsen schienen. Im März wurden Entwürfe gemacht, eine Sitzung jagte die andere. Man konnte sich nicht beschweren: alle Redaktionsmitglieder waren eingeladen, ihre Vorstellungen bekanntzugeben, die Diskussionen wurden protokolliert, gute Anregungen ausgearbeitet. Allerdings hatte man ein Problem: jahrzehntelang war die publizistische Planwirtschaft oberstes Prinzip. Man schrieb in der "Volksstimme" nicht für die Leser draußen, sondern fürs Zentralkommitee drei Stockwerke höher. Eine Verzerrung der Bedürfnisse einer linken Leserschaft war evident. Einhergehend mit einer grenzenlosen Selbstüberschätzung der eigenen Einflußmöglichkeiten wurde dilettantisch an einem neuen, anfangs fremden Produkt gefeilt. Vorbilder wurden selbstherrlich verworfen: besser als alles andere sollte es werden, Gremliza, der "Mountainbike-Linke", war gerade mal ein Orientierungspunkt, auch die Schweizer "Wochenzeitung (woz)", von der sogar eine Vertreterin eingeladen wurde. Ein seltsames Bild: eine junge Frau mit bunten Haaren und



herzlicher Offenheit erzählt einem Haufen Gerade-Noch-Kommunisten mit einem Durchschnittsalter von etwa 40 was von Selbstverwaltung, Lohnverzicht und kollektiver Entscheidung. Das konnte ja nicht gutgehen.

Natürlich war schon zu Beginn des neuen Projekts die alte Methode der Schlagwörterfledderei am Laufen: "links", "kritisch", "gesellschaftsverändernd" hatte die Zeitung zu sein, am besten gleich mit der ersten Nummer. Und die oben angeführten Grundpfeiler der Schweizer progressiven Zeitung waren allemal eine stirnrunzelnde Notiz wert: Selbstverwaltung ging nicht, war doch die Partei der Goldesel, der nicht verstimmt werden durfte. Lohnverzicht, das wäre "Selbstausbeutung im kapitalistischen System", wovon die mit beträchtlichen Summen verwöhnten Redakteure nichts wissen wollten. Und kollektive Entscheidungsstrukturen, gibts bis heute keine: bei aller Diskussion hatte der Chefredakteur mit seinen ursprünglichen Vorschlägen immer recht zu haben. Wenn sie gut gewesen wären, müßte er sich heute nicht so anstrengen, sich der Verantwortung für diverse Ausrutscher zu entziehen.

Dann gings los: drei Wochen lang wurde ein Blattkonzept diskutiert, am Ende stand fast unverändert jenes, daß sich der Chefredakteur in seinem Stübchen ausgedacht hatte. Den Zeitungstitel ließ man immerhin von einem Werbefachmann abtesten: die Entscheidung zwischen zwei Namen fiel auf "Salto" (Zuerst noch mit dem Zusatz "mit links", später verworfen.)

Ein großer Fehler war die Versessenheit der Redakteure, sich als die wichtigsten Bestandteile der Zeitung zu betrachten. Fast jeder bordete über mit zusammenhanglosen Vorschlägen über und zeigte dabei seine Inkompetenz mehr als deutlich. Im Prinzip waren sie lange Jahre an der starren Leine gehalten und schnupperten jetzt die Luft des "freien Marktes".

Der finanzielle Rückhalt war gegeben. Es ist kein Geheimnis, daß die KPÖ im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl die reichste Partei des Landes ist, über ein Firmenimperium verfügt, das sie noch den sowjetischen Enteignungen nach dem Krieg verdankt und daher ziemlichm großzügig mit Geld jonglieren kann. Das war auch der Grund, daß das Anzeigen- und p.r.-Ressort relativ spät und mit einer völlig unkompatiblen Person besetzt wurde, sozusagen als Pflichtakt. Damit wurden Millionen in eine völlig sinnleere und erfolglose Werbekampagne verpulvert, die schon mehr als peinlich war.

Die Mitarbeiter waren verunsichert. Sie teilten natürlich alle die sendungsbewußten Vorgaben des Chefredakteurs, nur die Motivation konnte sich nicht so richtig

einstellen. Statt den Mitarbeitern, die durchwegs im Bilde über Mißstände in der Republik waren und Fähigkeit zur konstruktiven Analyse besaßen, die nötigen Freiheiten zu lassen, drängte sich die Chefredaktion mit Stildogmen und anderen Kleinigkeiten auf und nahm den ersten frischen Wind gleich wider aus den Segeln. Autonomie wurde im Keim erstickt, der "Salto" entwickelte sich zur Totgeburt.

Jede andere neue Zeitschrift wäre umgehend vom Markt verschwunden, nicht so diese: trotz mancher Widerworte in der Partei gab diese die Hoffnung nicht auf und zahlte fleißig weiter hohe Gehälter und ebensolche Defizite. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde geringer, die einzelnen Mitarbeiter arbeiteten für sich, die Kooperation lag darnieder, Heftkritik nach Erscheinen war eine einzige Beschwichtigungstirade, wenn sie überhaupt stattfand. Der einzige, der die kollektive Verantwortung suchte, war ein diskussionsunbereiter Chefredakteur, aber eher aus dem Grund, daß er mit Eingeständnissen eigener Fehler sehr zurückhaltend war.

Die spärliche Kritik von "außen" war kläglich: langweilig sei die Zeitung, dazu humorlos, untergriffig und voller Schlampigkeitsfehler in Satz und Recherche. Themen seien zu willkürlich gewählt, keine Aktualität vorhanden und schon gar keine pointierte Provokation. Damit hatten die meisten ins Schwarze getroffen.

In der Sommerflaute 1991 gings dann wirklich bergab: die Zeitung beschäftigte für 32 Seiten wöchentlich über 20 Redakteure und Mitarbeiter, dazu an die 10 RedaktionsgehilfInnen und vier technische Mitarbeiter, natürlich auch eine Geschäftführung mit Sekretariat. Ein Luxus für ein so kleines Blatt. Der Sparstift wurde aber gleich bei den Redakteuren angesetzt. Nachdem viele am ersten Tag aus dem Sommerurlaub zurückkehrt waren, standen sie vor einer neuen Situation: der Kündigung. Aus wirtschaftlichen Interessen, hieß es dirigistisch aus Chefredaktion und Geschäftsführung des "linken", "gesellschaftsverändernden" Blattes, seien "Personaleinsparungen" nötig. Das saß. Jahrelang hatte sich die kommunistische "Volksstimme" gegen Massenentlassungen und soziale Härten in der Wirtschaft von ihrem Parnaß herab ausgesprochen, kaum war ihre Mannschaft selbst im kapitalistischen Zwinger, wurden Managementfehler ohne Wimpernzucken an der eigenen Belegschaft ausgelassen. Die Verantwortlichen für falsche Planung und publizistische Überforderung blieben satt an ihren Plätzen, ein Dutzend vorwiegend junger und einsatzfreudiger Journalisten waren von einem Tag auf den anderen arbeitslos.

Ganz nach alter Schule blieb Widerstand nicht aus. Der Betriebsrat mobilisierte die Gewerkschaft, ein Streik wurde erwogen und eine weiße Protestseite durchgedrückt. Der Chefredakteur zeigte

sich von seiner charakterlosesten Seite und schlug sich auf die Seite der Geschäftsführung, obwohl er anfangs fast feierlich gelobte, hinter dem "Kollektiv" zu stehen. Das "Kollektiv" existierte allerdings nur in seiner Wunschvorstellung, statt dessen lösten sich handfeste und beleidigende Streitereien ab. Leute kamen nicht mehr zur Arbeit oder gingen wann sie wollten nach Hause, das Chaos war perfekt. Für eventuelle weitere Streikseiten hatte der Chefredakteur schon andere Fülltexte in seiner Schublade vorbereitet, das Klima von Mißtrauen und Verdrossenheit war dem Blatt anzumerken.

Das Resultat des nervenaufreibenden "Arbeitskampfes": 14 Entlassungen, von denen einige in geheimnisvollen "persönlichen Gesprächen" wieder zurückgenommen wurden, ein Schwarm empörter Mitarbeiter, die sich die Arbeit in einem linkskritischen Blatt durchaus anders vorgestellt hatten, und nicht einmal eine österreichische, sondern fast eine amerikanische Problemlösungsstrategie.

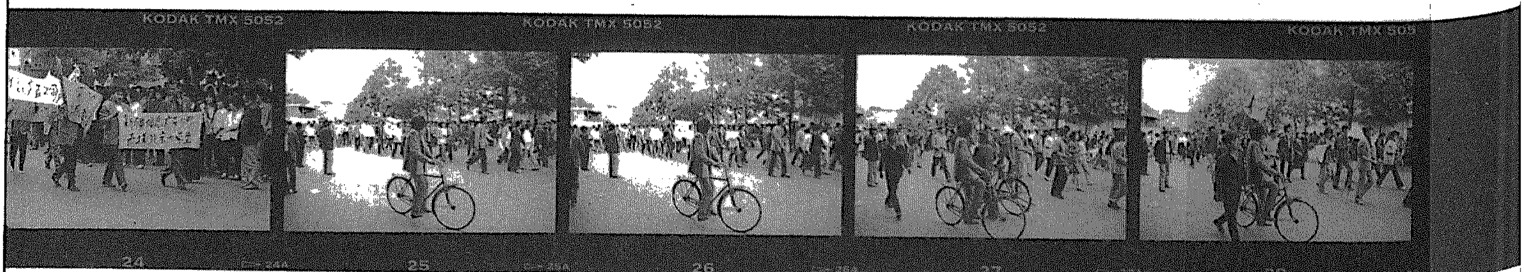
Mit den letzten Heften im Jahr 1991 dampfte der "Salto" seine Aufregung in Ausgaben mit wechselnder Qualität aus. Mittlerweile ist man draufgekommen, daß es sich nach Vorbildern umzusehen lohnt: auf kleinerem Magazinformat, nach dem teuren Einkauf des Frankfurter Zeichners F.K. Waechter und dem Ballastabwurf einer Reihe von Mitarbeitern wird irgendwie weitergewurstelt.

Sicher hat Österreich sein Mini-"Konkret" nötig. Das Experimentieren hat allerdings viel Zeit und Geld gekostet sowie Peinlichkeiten und Enttäuschungen verursacht. Das Aufschlußreichste daran war sicherlich, wie wenig Substanz in einer vorgegebenen linken Linie hinter der eigenen Haustür vorliegt. Statt gemeinsame Willensbildung und selbstverwaltete und -verantwortete Strukturen zu sichern, sitzt der Zügel straff. Wie kann jemand also, wenn er nicht einmal in einem so kleinen redaktionellen Subsystem freie Eintwicklung zuläßt, mit Schlagworten wie "gesellschafts-veränderndernd" herumwerfen? Ein Versagen nenne ich das. Der "Salto mit links" ist eine verspielte Karte.



Den Drachen töten

China-Photos: Klaus Ehrmann, Karlsruhe



Protest und Revolte in China

von Klaus Haag

Eine kurze Chronik der antiherrschaftlichen Tradition in China von der Jahrhundertwende bis zur kommunistischen Machtübernahme

Die Geschichte der Proteste und Aufstände gegen Herrschaftsstrukturen in China beginnt genau genommen schon in der frühklassischen Zeit kaiserlicher Dynastien. Sie geht - frei nach der Dialektik von Herr und Knecht - einher mit dem Anwachsen der autokratischen und autoritären Gesellschaftsstrukturen und den von chinesischen Regierungen entwickelten Machtmechanismen.

Sie ist zugleich gekennzeichnet von der Kraft menschlicher Utopie, sich von der Beherrschung von oben und von außen zu lösen.

Einen Blick von unten auf die Geschichte Chinas zu werfen - wenn auch in diesem Aufsatz auf die Zeit der bewegten Jahre ab der Wende zum Jahr 1900 beschränkt - kann die Augen für die sozialgeschichtlichen Aspekte und die Relevanz der Politik von unten öffnen. Die Herrschaftsgeschichte der amtlichen Geschichtsbücher ignoriert den Bereich des alltäglichen Lebens zugunsten der führungspolitischen und militärischen Geschichte eines Landes nur allzu häufig und gerade im Falle Chinas haben die Protestbewegungen doch weitgehend im Westen unbekannte Wurzeln. Mit dem Verständnis der Herrschaftsgeschichte und der Geschichte des Protestes sowie der Aufstände gegen Herrschaft steht und fällt jedoch auch eine vernünftige Beurteilung der jüngsten Ereignisse des Jahres 1989, bei denen zum wiederholten Mal eine basisdemokratische Bewegung durch den Staatsapparat blutig unterdrückt wurde.

Mit dem Übergang vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert und mit der (teils zwangsweisen) Öffnung der wirtschaftlichen und kulturellen Welt vor allem gegenüber dem westlichen Ausland betrachtete sich die Herrschaftsschicht

Chinas nicht wie zuvor als die Zivilisation schlechthin, die von nicht weiter beachtenswerten Barbaren umgeben war. Sie hatte vielmehr vehemente Probleme, ihren Status als einzig wahre Beherrscher des Reichs der Mitte zu legitimieren. Nicht länger war die Macht des Himmelssohns, dessen Mandat sich bisher auf die ganze Welt erstreckt hatte, auf die Welt als geordnetes und gesittetes Ganzes mit dem Herrscher in seinem Zentrum bezogen und widerspruchsfrei anzuwenden.

Durch den Opium-Krieg (1839) zwischen England und China war Mitte des 19. Jahrhunderts die Zeitenwende gekommen, sodaß sich die chinesische Herrschaftsschicht aus der jahrhundertelangen Selbstgenügsamkeit gerissen sah und damit nicht mehr länger in der Lage, ihre Macht höchstens selbst zu begrenzen (was auch in der Vergangenheit selten genug der Fall gewesen war). Die Diktate kamen nun von außen, während die Spanne zwischen Regierung und Volk wegen der doppelten Repression größer wurde.

Dies ist einer der Gründe, warum die moralischen Vorstellungen der alten chinesischen Staatsphilosophie (Humanität und Rechtlichkeit) zunächst nachhaltig entwertet wurden, als diese nach der Eroberung Chinas durch die Mandschu im 17. Jahrhundert auf Herrscher trafen, die nur noch menschenfressende



Bestien waren. Sie geriet in der Folge in eine noch tiefere Krise. Die Tugenden des Konfuzianismus, die das Akzeptanz-Modell und die Einflußmöglichkeiten des Volkes auf die Gesellschaft festlegten, waren wegen der Korruption und massiven Ausbeutung der Menschen nicht länger glaubhaft. Sie versanken auf einem morastigen und blutgetränkten Weg zu neuen Wahrheiten, die die verlorene Vorstellung von der Universalität und der ungebrochenen Identität des chinesischen Volkes wieder herstellen sollten.

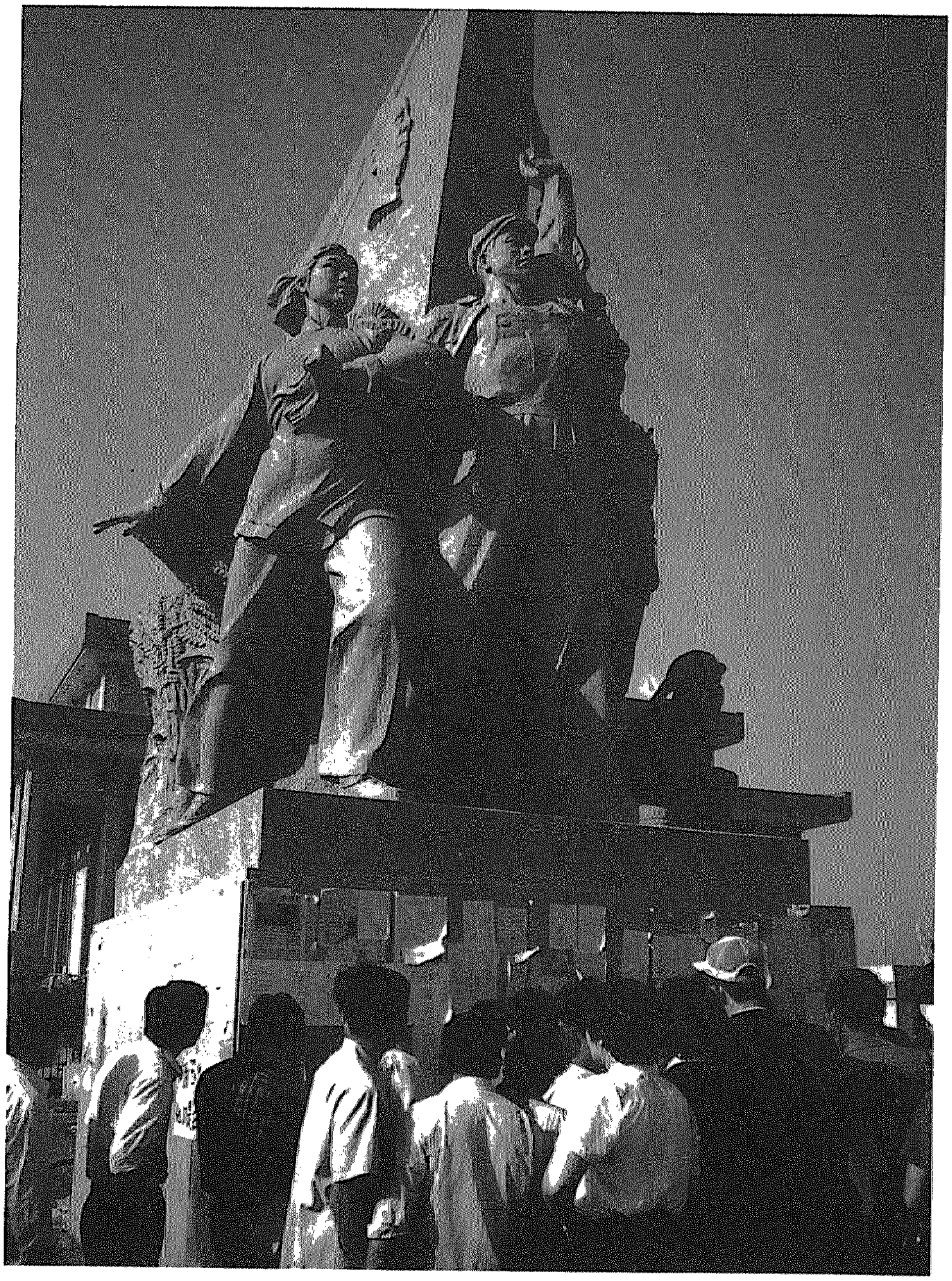
Im 19. Jahrhundert war der Glaube an die konfuzianische Interpretation der Welt zunächst noch ungebrochen. Die Gentry, die feudale Oberschicht, beanspruchte für sich den Status, die Menschlichkeit per se zu repräsentieren, indem sie sich den Konfuzianismus ganz und gar einverleibt hatte und sich in striktem Konservatismus gegen die Idee wehrte, neue Wahrheiten zu suchen.

Als aber zu den äußeren Bedrohungen die innere Bedrohung durch den Taiping-Aufstand hinzukam, setzte sie alles daran, ihre Wertvorstellungen gegen die Revoltierenden zu verteidigen und bemühte sich nach dem Vertrag von Peking (1860) (1) um die Selbstertüchtigung und eine Restauration der alten Reichsordnung (2).

Die alten konfuzianischen Kräfte, die sich aber im Wettstreit mit den Kolonialmächten immer mehr gezwungen sahen, die Werte der Tugend durch Werte der Machtpolitik zu ersetzen, um damit die Bedingungen Chinas politisch, wirtschaftlich und militärisch so zu verändern, daß ein konkurrenzfähiger Nationalstaat entstehen konnte, der ihnen den Machterhalt garantierte, waren dabei im steigenden Maße mit intellektuellen Herausforderungen und Entwürfen für die Gesellschaftsordnung konfrontiert, die den Gedanken einer Revolution von unten in sich trugen.

Ab dem Zeitpunkt, wo der Glaube an die konfuzianischen Werte in Zweifel geraten war, begann die Existenz des Einzelnen und zugleich die behördliche Forderung an eben diesen, von den ausländischen Mächten zu lernen, um dadurch ihre Macht zu begrenzen (3).

Das bis dato unbeirrte Vertrauen an die alte Wahrheit begann nachzulassen, als die Enttäuschung über die Unfähigkeit, das chinesische Reich in seiner früheren Machtposition zu halten, sich breitmachte. Als aber nach dem Studium ausländischer Angelegenheiten Plädoyers von Intellektuellen gehalten wurden, auch westliche Institutionen und die ihnen zugrundeliegenden Vorstellungen zu übernehmen, wurden strenge Ermahnungen ausgesprochen, die Lehren Chinas für die gesellschaftliche Substanz zu erhalten und die westlichen Werte nur für praktische Zwecke zu übernehmen.



Das zwanzigste Jahrhundert brachte den Zusammenbruch für die geistige Substanz des konfuzianischen Konservatismus. Es brachte nach dem Boxer-Aufstand eine Phase gemäßigter und wenig wirksamer Reformen und zwischen 1905 und 1910 eine ganze Serie von Aufständen (4) gegen die kaiserliche Dynastie. 1912 dankte die Qing-Dynastie ab. Nach dem Aufstand in Wuzhang am 10. Oktober 1911 hatte sich die Revolution auf die chinesischen Provinzen ausgebreitet und ermöglichte im selben Jahr die Einrichtung der ersten bürgerlich-nationalen Republik. Es brachte den Bruch mit den alten Tugenden, die aktive Leidenschaft der Chinesen für den revolutionären Umbruch aller Bereiche des Lebens (begleitet von einem fast fanatischen Glauben an die Allmacht der Naturwissenschaft als einer Ersatzreligion

für den Konfuzianismus) und einen sicherlich auch in der Gegenwart nicht abgeschlossenen gesellschaftlichen Prozeß in Gang, der ausgehend von den Revolten kurz nach 1900 in die maoistische Machtübernahme im Jahre 1949 mündete. Auch die Herrschaftslegitimation des Maoismus war jedoch von Anfang an überschattet von den alten Tugenden, wie leicht zu zeigen ist.

Der Geist des neuen Jahrhunderts, das vom Anschwellen der revolutionären Stimmung in China gekennzeichnet war, wird durch nichts besser ausgedrückt als durch einen Artikel, der in der ersten Ausgabe der im Juli 1907 von den beiden Anarchisten Wu Zhi Hui und Li Shizeng in Paris gegründeten Zeitschrift Das Neue Jahrhundert (Xin shi ji) erschien:

"Die Entdeckung wissenschaftlicher Universalgesetze (kung-li) und das Anschwellen der revolutionären Strömungen sind die wichtigsten Merkmale der Menschheit im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Beide ergänzen und beeinflussen einander und setzen so das natürliche Gesetz der sozialen Evolution in Kraft. (...). Was man in der Vergangenheit eine Revolution genannt hat, war nur eine Veränderung der Oberfläche. (...). Die Revolution des Neuen Jahrhunderts jedoch wird sie alle verändern, die sich nicht den Universalgesetzen anpassen. Und nicht allein das: diese Revolution wird überdauern und sich immer mehr dem Recht und der Wahrheit annähern. Sie ist folglich (...) eine Revolution, die für das Glück der Menschheit arbeitet." (5)

Fast alle Kontroversen und Auseinandersetzungen, die China im zwanzigsten Jahrhundert erlebte, klingen in dieser programmatischen Erklärung an: Der bereits erwähnte Bruch mit dem konfuzianischen Konservatismus, das Aufbrechen individuellen Denkens gegenüber den alten Mechanismen nicht nur erpreßter, sondern auch geglaubter Hierarchien, das Eintreten für einen revolutionären Umbruch in allen Bereichen der Gesellschaft und ein radikales Überdenken des überholten Menschenbilds, schließlich der Glaube an die Allmacht der Wissenschaften (der in der maoistischen Phase - was die Herausgeber des Neuen Jahrhundert noch nicht ahnen konnten - durch den Glauben an die Allmacht der Partei ersetzt wurde) und die Forderung, in Zukunft für das Glück der Menschheit zu arbeiten, also ein philosophisch-internationalistischer Anspruch, der China aus der wirtschaftlichen und kulturellen Isolation zu bringen versprach.

Nur acht Jahre später war der programmatische Entwurf des Neuen Jahrhunderts von Paris nach Peking vorgedrungen. Am 15. September 1915 gründete Chen Duxiu die Zeitschrift Neue Jugend (6) (Xin Qingnian) und leitete damit den Beginn der Bewegung für Neue Kultur ein.

Die Bewegung für Neue Kultur

deren zeitliche Begrenzung auf den Zeitraum von 1915 bis 1923 beschränkt werden kann, war vor allem geprägt vom Bewußtsein des Bedürfnisses nach Neuem (xin) im Sinne einer revolutionären Umgestaltung der chinesischen Gesellschaft. Immerhin lasteten in dieser Zeit bereits sechzig Jahre Demütigung durch den Imperialismus des Auslands auf China, und die Niederschlagung der Bemühungen um Reformen hatte ihr Übriges beigetragen. Die einzig überzeugende und vielen Chinesen einleuchtende Antwort auf die politischen Manöver der Machthaber in der Vergangenheit und die intellektuelle Repression gegenüber neuen Ideen war die radikale Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Anfänge der Bewegung liegen aber vor dem Jahr 1915. Bereits 1901 war das Neue Volksmagazin (Xin-min cong-bao) in Yokohama erschienen, das 1910 unter dem Titel Zeitschrift des Nationalen Weges (Guo-feng bao) veröffentlicht wurde. Das Magazin widmete sich u.a. den Menschenrechtskonzeptionen westlicher Philosophen und war bald Sprachrohr für den progressiven Teil chinesischer Gebildeter geworden, die sich für eine gesellschaftliche Veränderung interessierten. Die unermüdlich fleißige Arbeit der Übersetzer ausländischer Literatur und Philosophie setzte diesen Wegbereiter inhaltlich fort und prägte Stil und Problemstellungen der literarischen Arbeit. (7)

Was in der Literatur die bekannten Formen sprengte, waren in der Politik die Ideen des Sozialismus und Anarchismus (8), die um die Jahrhundertwende zunächst aus Japan in China eindrangen. Noch waren Marxismus und Anarchismus nicht grundsätzlich verfeindet, sondern zeigten sich als differenzierte Ansätze für die anstehenden Veränderungen in China, wenn sich auch in Europa längst ihre Spaltung vollzog. Der bedrohliche Ton des sowjetischen Bolschewismus, der sich später auch in China Raum suchte, war noch nicht zur Macht gekommen; die machtsüchtigen Organisationen des Maoismus waren nicht einmal gegründet. Die Anarchistinnen und Anarchisten legten daher voller Zuversicht das Gewicht ihrer Forderungen auf die kollektivistischen Positionen und vernachlässigten die individualistischen Züge des Anarchismus. Sie konzentrierten ihr ganzes Engagement auf die Vorbereitung der kommunistischen Gesellschaft, sind aber nie auf den Gedanken gekommen, der späteren Form des leninistischen Kommunismus ihren Segen zu erteilen.

Die anarchistische Botschaft des bereits erwähnten Neuen Jahrhunderts wurde in Tokio durch Liu Shih-fu und dessen vor allem in Fragen der Emanzipation der Frau engagierten Lebensgefährtin Ho Chen aufgenommen, faßte aber nachhaltig in China erst Fuß mit Liu Shih-pei, der große Teile der Intelligenz und der Arbeiterschaft begeistern konnte. Die Anarchisten räumten am gründlichsten mit den überkommenen Traditionen und gesellschaftlichen Hindernissen auf, weswegen ihnen von der späteren marxistischen Geschichtsschreibung neidisch der Vorwurf der Bilderstürmerei gemacht wurde. Dennoch erlebte vor allem durch die aufkeimende libertäre Bewegung in Asien der Sozialismus im allgemeinen eine Blüte und sorgte nicht nur für eine radikale Neubewertung der chinesischen Verhältnisse, sondern auch für ein Programm, um sich aus der traditionellen Ordnung zu lösen.

Die Bewegung für Neue Kultur war also zweierlei: Sie war - angeregt durch den Westen - Aufbruch zur Neubewertung der kulturellen und gesellschaftlichen Vorbedingungen Chinas und sie war der Humus, auf dem das noch zarte Pflänzchen des chinesischen Sozialismus zum Wachsen kam. Sie wandte sich gegen das alte hierarchische Familiensystem mit seiner unbarmherzigen Tyrannei gegen den Einzelnen und insbesondere gegen die Unterdrückung der Frauen; Literatur und Philosophie wurden gründlich neu bewertet. Die staatliche Aufsicht in den Schulen und an der Universität waren - auch dank der äußeren Umstände eines gelähmten Staatsapparats - in sich zusammengebrochen. Die ganze chinesische Jugend war ergriffen von der Bewegung und sah sich in einer allumfassenden Aufbruchsstimmung, wie sie wohl auch die Studentinnen und Studenten auf dem Tiananmen im Jahre 1989 ergriffen hatte.

Aber auch die Idee des Nationalismus fand Verbreitung, deren Kennzeichen allerdings vor allem der Kampf gegen die verhaßten Mandschu und die Monarchie war, die dem Imperialismus das Tor geöffnet hatte. Der Boxeraufstand von 1900 war Ausdruck dieser Haltung, auch die

anti-japanischen Boykotte von 1915 und die unzähligen Attentate sowie viele der militärischen Reibereien, die China seit der Jahrhundertwende erlebte.

Im Vordergrund stand allerdings das Kulturproblem und die Ablehnung von alten Idolen, die dem neuen Idol der Wissenschaft (jedenfalls bis zur Kenntnisnahme der militärischen Auswirkungen der Wissenschaft gegen Ende des 1. Weltkrieges) zu weichen hatten.

Als 1918 die literarische Revolution bereits ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, entstanden so auch die ersten marxistischen Zirkel aus dem Glauben heraus, der Marxismus sei die Gesellschaftswissenschaft par exellence. Die Beanspruchung naturwissenschaftlicher Gesetze, die sich nicht vom Mystizismus der chinesischen Traditionen vereinnahmen ließen, fanden Glauben und Respekt. Die sich anschließende Debatte, an der auch der noch von libertären Ideen inspirierte junge Mao Zedong teilnahm und bei der vor allem die Marxschen Thesen über die gesellschaftliche Entwicklung seit der Zeit der Stammesgemeinschaften diskutiert wurden, war gekennzeichnet von der alten konfuzianischen Pflicht des Studierenden, die Welt in Ordnung zu bringen und dabei im Übereifer das eigene Denken zu vergessen, denn keiner "stellte (die) Hypothesen von Marx in Frage. Das Ausmaß des Glaubens an die Richtigkeit der marxistischen Interpretation wird daran deutlich, daß einige angesichts der Schwierigkeit, die Zeit zwischen der ersten Reichseinigung bis zur Gründung der Republik einzuordnen, darauf verfielen, diesen Zeitraum von zweitausend Jahren als Übergangsphase zu bezeichnen!"(9)

Historisch gesehen war die Zeit ab 1900 trotz dieser Ansätze zu einer intellektuellen und politischen Bewegung gekennzeichnet durch die zunehmende Beschneidung der territorialen, wirtschaftlichen und politischen Souveränität Chinas durch den Imperialismus. 1912 hatte die Bewegung Sun Yat-sens sich durchsetzen können; der konservative General Yuan Shikai zwang den letzten Mandschu-Kaiser zur Abdankung und übernahm die Präsidentschaft. Da er aber eine eigene Dynastie anstrebte, unterband er die aufkeimende Revolution und ließ so den Machtkampf der ehemaligen Bezirksgenerale (die Warlord-Kriege)(10) zu. Erst der Nordfeldzug der nationalrevolutionären Truppen der Guomindang unter der Führung Chiang Kai-sheks beendete deren militärische Auseinandersetzungen. Gewiß, an die Bauern und Arbeiter und das Schicksal der von den Ereignissen betroffenen Menschen dachte keiner der Warlords. Andererseits ließen die Wirren der Zeit auch mancherlei politische und kulturelle Freiheiten zu, die unter einer Zentralregierung sicherlich unmöglich gewesen wären und die den Ausbruch der Erhebung von 1919 erst möglich machten.

Schließlich ging aus den chaotischen Regierungsversuchen, militärischen Schachzügen und dem Anspruch der Bewegung für Neue Kultur auch eine gestärkte Basis hervor, die ihren politischen Willen zeigte, sich nicht länger fremdbestimmen zu lassen.

Mit dem 4. Mai 1919 mündeten die vereinzelten Streiks von Arbeitern und die studentischen Proteste in eine Bewegung, wie sie China bis dato nicht gekannt hatte.

Der Kampf, der die Arbeiter zur **Arbeiterbewegung** brachte, der die Studenten aus dem Elfenbeinturm auf die Straße holte, richtete sich zunächst gegen die regionale Willkür der Militärmachthaber und gegen die Aufteilung der Kriegbeute aus dem gerade beendeten 1. Weltkrieg durch die imperialistischen Siegermächte, wurde aber bald zur Massenbewegung. Drei Vorbedingungen waren hierbei ausschlaggebend: Die Bereitschaft zur Direkten Aktion und das wachsende Bewußtsein unter der Arbeiterschaft sowie die Entstehung politischer Organisationen, die sich nicht nur in Kreisen der gehobeneren Schichten bewegten.

Arbeiter waren bereits zur Zeit der Revolution von 1911 (11) an den revolutionären Aktionen beteiligt. 1913 war es zum ersten organisierten Streik von Hanyang gekommen, bei dem sich der Protest gegen die Lohneinbußen durch Geldentwertung richtete. Damals waren noch Aktivisten der Geheimgesellschaften als Führer der Streikenden aufgetreten, deren erklärtes Ziel es war, den Aufruhr von unten zu forcieren.(12) 1915 kam es zum nächsten großen Streik im Anyuan-Kohlebergwerk, wo ein deutscher Ingenieur die ohnehin schon bis aufs Blut ausgepreßten Arbeiter von Aufsehern auspeitschen ließ (13). Auch hier waren der Streik und nachfolgende Aufstand von der Geheimgesellschaft der Hong beeinflußt, weswegen die Streikenden als Kriminelle eingestuft und unter Einsatz von Truppen zur Aufgabe gezwungen wurden.

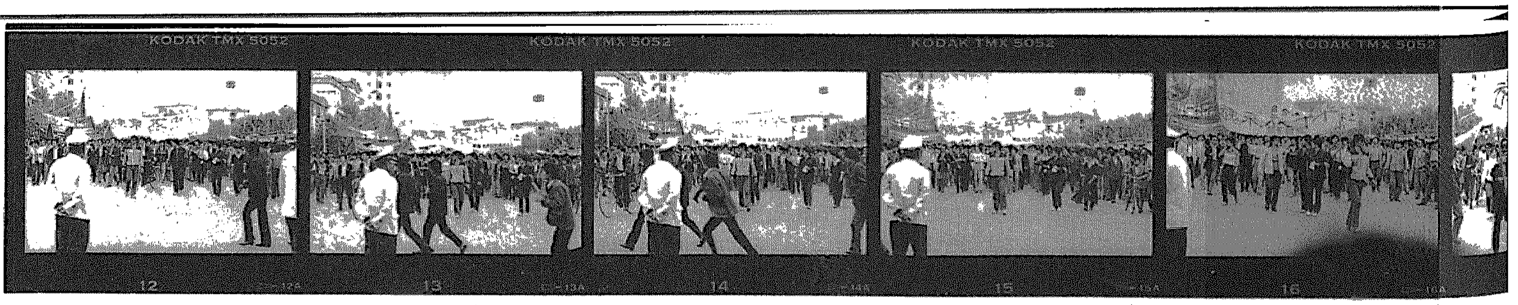
Zudem gab es nach der Revolution von 1911 zahlreiche Parteien und Organisationen; zwei davon standen in direkter Beziehung zur Arbeiterbewegung. Die eine war die Anarchistische Organisation des Liu Shifu, der sich in Südchina in einer großen Zahl von Druckschriften gegen Sun Yat Sens Ideen vom Volkswohl wandte und auch die Sozialistische Partei unter Jiang Kanghu attackierte, wobei seine Angriffe an Heftigkeit wohl durch nichts zu überbieten waren. Die andere war die erwähnte Sozialistische Partei, die sich - teils einfach aus wahltaktischen Gründen, weil sie mehr Stimmen bei den Parlamentswahlen erhalten wollte - in der Propagierung der Gründung von Arbeiterverbänden versuchte. Liu Shifu gründete in diesen Tagen die Friseurgewerkschaft und die Teehausgewerkschaft (letztere existiert bis heute), die Sozialistische Partei erreichte es, daß sich Teile der Hafenarbeiter von Pukou und Eisenarbeiter im Norden des Landes organisierten. Der Einfluß der Sozialistischen Partei verschwand nach 1913 fast vollständig, aber der Einfluß der anarchistischen Organisationen bestand besonders in Kanton noch bis 1925, wo sie sich durch die Machenschaften der nun in die Politik eingreifenden KPCh und der nationalistischen Guomindang gezwungen sahen, sich immer mehr zu deren Gegner zu entwickeln oder teilweise in den Untergrund zurückgehen mußten.

Nach dem 1. Weltkrieg gab es in China eine Unzahl spontaner Streiks, aber erst die Vierte-Mai-Bewegung von 1919 brachte die intellektuelle Jugend und die aufkeimende Arbeiterbewegung in die gemeinsame Solidarität und aktives Handeln.

Die Nachricht, daß die ehemaligen deutschen Gebiete in China nun durch Japan kontrolliert werden sollten, das sich als Allierter der Siegermächte profiliert und auf der Pariser Friedenskonferenz seine Forderungen angemeldet hatte, erschütterte ganz China. Die Initiatoren der Bewegung waren zunächst die akademische Jugend, die Universitätslehrer und Teile der Bürgerschaft, die ihre Interessen durch den japanischen Kapitalismus bedroht sahen. Die im Wachstum begriffene chinesische Industrie sah sich im harten Konkurrenzkampf mit dem Nachbarn im Osten, so daß es durchaus begreiflich ist, daß die Unternehmer anfänglich den Streiks zustimmten und die antijapanischen Proteste und Boykotte unterstützen. Aber so wie es zu deren Methode gehörte, die Arbeiter zu benutzen, um die Konkurrenz zu schlagen, so lernten die Arbeiter während der Aktionen gleichzeitig, ihre eigenen Kräfte richtig einzusetzen und sich in einer ansehnlichen Bewegung zu organisieren, die die Herr-


世界人民大团结万





schaftsschicht nötigte, sie anzuerkennen.

Nach dem Bekanntwerden der Nachrichten aus Paris kam es 1919 zunächst zu einer Demonstration von mehr als 3000 Studenten in Peking, bei der die aufgebrachte Menge Feuer an das Verkehrsministerium legte und den für Japan zuständigen Botschafter verprügelte. Forderungen nach der Nicht-Anerkennung der Pariser Beschlüsse und Rücktrittsforderungen an die projapanischen Minister wurden laut. Die Regierung ignorierte die Protestnoten und ließ zunächst noch am 4. Mai zweiunddreißig der Protestierenden verhaften und am 3. Juni bis zum 5. Juni des Jahres 1919 mehr als eintausend Studenten, weil sie in den Straßen Pekings an vielen Orten Reden gehalten hatten.



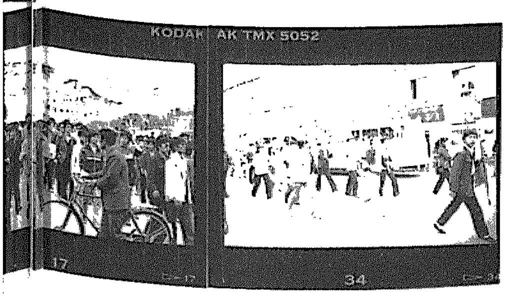
Zwischen dem 14. und 18. Mai waren bereits in fast allen großen Städten Chinas unabhängige studentische Organisationen gegründet worden, die zu Solidaritätsaktionen mit den Pekinger Aktivisten aufriefen, denn dort war inzwischen das Militär eingeschritten. Am 18. Mai wurde landesweit zu einem Generalstreik aufgerufen, der am folgenden Tag begonnen wurde. Zwischen dem 20. Mai und dem 10. Juni hatten der Streik und die Boykottaktionen bereits mehr als 200 (!) chinesische Städte ergriffen und waren vom anfänglichen Protest gegen die japanfreundliche Politik der Regierung in die direkte Aktion gegen die Regierung selbst umgeschlagen. Als z.B. die Nachricht von den Verhaftungen des 3. Juni in Shanghai eintraf, solidarisierten sich unzählige Menschen; zum ersten Mal traten Studenten und Arbeiter in einen gemeinsamen Streik, um die Pekinger Studenten zu unterstützen.

Die Ereignisse des Jahres 1919 erfaßten in Shanghai alsbald den ganzen Textilsektor, den Metallindustriesektor, die Schiffswerft, die Arbeiter auf den Docks, in den Eisen- und Kupferfabriken, fast alle Werften in den Provinzen südlich des Yangzi-Flusses, die Eisenfabrik in Pudong, die Maschinenfabriken von Ruili und Zhaxin und fast den ganzen Transportsektor der umliegenden Provinzen. Straßenbahnen wurden boykottiert, die Angestellten der Telefongesellschaft streikten, die Arbeiter der Ölgesellschaften, der Papierfabriken, die Angestellten der europäischen Restaurants, ja sogar die Straßenkehrer. Zwischen dem 5. und 11. Juni beteiligten sich mindestens 70000 Menschen an den Aktionen im Raum um Shanghai. Nachdem sich die Proteste und Streiks weiter ausbreiteten, wurden am 23. Mai die Pekinger Proteste gewaltsam unterdrückt, die aber dafür in den anderen Städten bis zum 6. Juni des Jahres an Heftigkeit eher zunahmen.

Hatte der Präsident am 1. Juni noch persönlich das Verbot der studentischen Organisationen gefordert, so sah sich die Regierung am 28. Juni dennoch gezungen, auf der Pariser Konferenz die augenfälligen Ziele der Bewegung anzuerkennen, indem sie die Zustimmung zu den Verträgen der Siegermächte des 1. Weltkriegs verweigerte. Zwar kamen nun die Demonstrationen und Streiks zu einem Ende, aber die durch die Bewegung initiierten studentischen Verbände und Arbeitergewerkschaften konnten nicht aufgelöst werden, sondern begannen, ihre Positionen und weitergehenden Forderungen in neugegründeten Zeitschriften zu verbreiten. Gesellschaften zum Studium des Sozialismus (und des Anarchismus) wurden gegründet; im Mai 1920 etablierte sich auch die chinesische KP in Shanghai. Zwar waren deren Einfluß in den folgenden Jahren noch schwach, aber schließlich - wie ja allgemein bekannt - arbeitete sie sich unter der Führerschaft Maos zur Regierungsspitze Chinas hoch.(14)

Während sich die Bauern in regionalen Erhebungen gegen das Pächtersystem und die steuerliche Repression wehrten, aber es nicht zu einem längeranhaltenden organisierten Kampf gegen die Herrschaft brachten, stieg der Einfluß der Arbeiterbewegung Chinas in den folgenden Jahren enorm an. Im Süden des Landes hatten sich die Gewerkschaften nach der Spaltung des Landes in einen nördlichen und südlichen Bereich während der Zeit der Warlords unter dem moderateren Einfluß der Kantoner Regierung organisieren können, weil dort eine gewisse Versammlungs- und Koalitionsfreiheit bestand und sie zudem durch den Kontakt zu Hongkong von den englischen Arbeiterorganisationen lernen konnten. Die Syndikate im Süden standen fast ausschließlich unter anarchistischem Einfluß, während im Norden die Gewerkschaften mehr und mehr unter die Kontrolle der Kommunisten gerieten.

1922 kam es in Hongkong zu einem Seemannsstreik. Hafenarbeiter und Seeleute wurden trotz Inflation der Preise für die Lebensmittel nur gering entlohnt und außerdem zumeist vermietet, was in ihrem Fall bedeutete, daß sie, um überhaupt





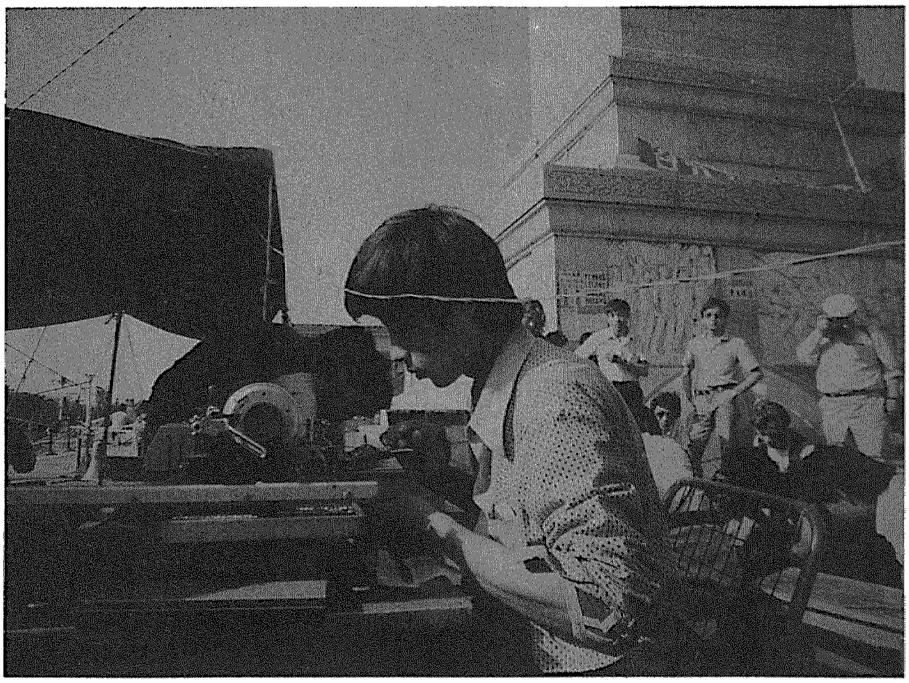
eine solche Arbeit zu bekommen, dem Arbeitsvermieter zunächst eine Bestechungssumme geben oder einem nachträglichen Lohnabzug zustimmen mußten. Viele waren dennoch arbeitslos; viele hungerten oder campierten nachts auf den Straßen. Nachdem der Versuch unternommen worden war, die Mietarbeit weiter zu monopolisieren, kam es zu Protesten und am 6. März 1921 zur Gründung einer Seemannsgewerkschaft, die zunächst nur kleine Kämpfe bestand, aber im Verlauf der folgenden Monate Vertrauen bei den Seeleuten gewann, u.a. weil sie auch einen Streikschutz und eine wirksame Propagandaabteilung eingerichtet hatte. Als sie es schließlich im Januar 1921 wagte, eine Lohnerhöhung für die Matrosen zu fordern und diese wiederholt abgelehnt wurde, kam es zum Streik, der zunächst von der Regierung in Hongkong nicht wirklich ernst genommen wurde, obwohl sich gleich zu Beginn mehr als 30000 Seeleute und Hafenarbeiter beteiligten. Als er sich aber ausweitete, wurde das Kriegsrecht verhängt und die Gewerkschaft durch die Regierung verboten.

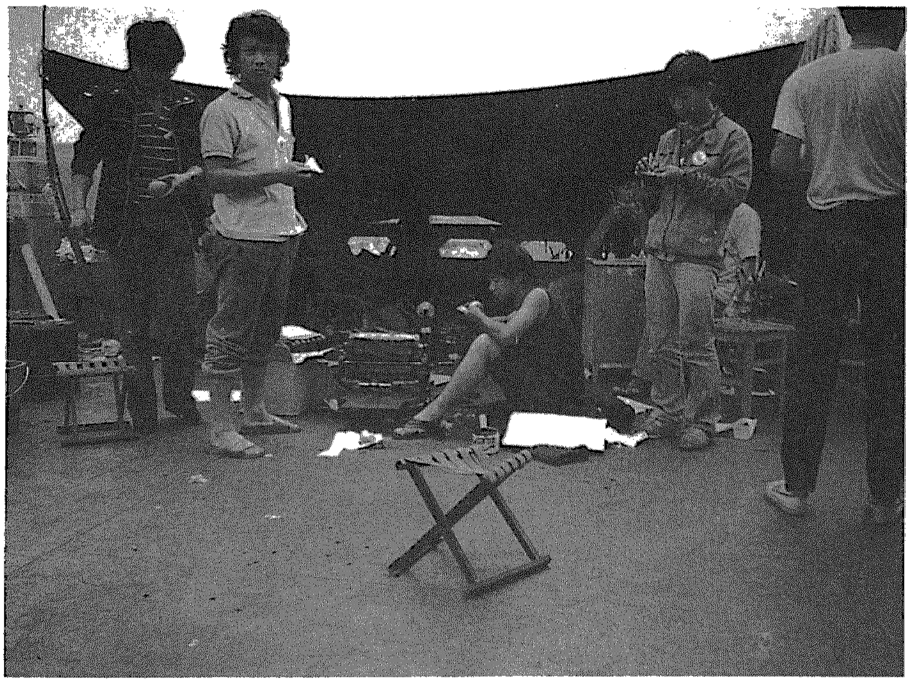
Die von diesem Zeitpunkt an einsetzende nationale Streikwelle, die schließlich 1925 ihren Höhepunkt hatte, dauerte trotz des Kriegsrechts im Fall des Seeleute-Streiks von Hongkong noch fast zwei Monate und war von Solidaritätsstreiks der Transportarbeiter in Hongkong und in den englischen Betrieben in Kanton begleitet, bis schließlich die ganze Arbeiterschaft Hongkongs in einen Generalstreik trat und damit das Signal für eine landesweite Streikwelle gegeben wurde.

Die Arbeiterbewegung hatte ihren ersten ideellen Sieg errungen, der allerdings viel Blut gekostet hatte, denn überall, wo Arbeiter in Gruppen auftraten, wurde von der Soldateska geschossen, sogar die Essensausgabe an Arbeiter war von der Regierung verboten worden. Letztlich hatte aber die Hongkonger Regierung keine andere Möglichkeit, als die Forderungen der Seeleute zu erfüllen, weil sie sich außerstande sah, den Aufstand zu befrieden und weil den Unternehmern der wirtschaftliche Ruin bevorstand. Der mächtige britische Imperialismus war ein paar Hundertausend Arbeitern gewichen, die es gelernt hatten, sich zu organisieren.(15)



Schon 1922 gab es auf dem Höhepunkt des Hongkonger Streiks einen Delegiertenkongreß der Arbeiterschaft, an dem 162 Delegierte von mehr als 100 Gewerkschaften teilnahmen, die mindestens 70000 organisierte Arbeiter vertraten. Die Bewegung war aber bereits zu diesem Zeitpunkt von Auseinandersetzungen zwischen den linken Arbeiterorganisationen und der Guomindang geprägt, die ihren Einfluß auszuweiten suchte. Die Streikbewegung erreichte zwischen dem Juli 1922 und dem Februar 1923 ihren Höhepunkt. In diesem Zeitraum gab es fast 100 organisierte Streiks mit schätzungsweise 300000 Teilnehmern. Annähernd die Hälfte sah sich jetzt bereits den libertären Syndikaten und der noch undogmatischen KP verbunden, die ihren Einfluß ausbaute. Erst die gewaltsame Auflösung des Gründungskongresses der Eisenbahnergewerkschaft und die blutige Niederschlagung des anschließenden Streiks von 20000 Arbeitern durch die Truppen Wu Peifus brachte die chinesische Arbeiterbewegung in eine Phase der Unterdrückung und Illegalität. Inner-







halb der KP gab es deshalb große Auseinandersetzungen und letztlich eine Umorientierung zur Bauernschaft als revolutionärem Subjekt.

Dennoch hatte die Arbeiterbewegung zwischen 1925 und 1927 einen erneuten Aufschwung, weil das Militärregime unter Wu Peifu inzwischen zusammengebrochen war. Der Beginn dieser neuen aktiven Periode lag im Jahre 1925. Am 23. Juni des Jahres marschierten mehr als einhundertausend Arbeiter während eines Ausstandes zu Fuß nach Kanton, um gegen eine neue, die Chinesen diskriminierende Polizeiverordnung zu protestieren. Sie wurden aber von starken britischen Armeeinheiten auf der Insel Shamian aufgehalten und viele von ihnen niedergeschossen. Dennoch nahmen die Streikenden nicht wieder die Arbeit auf; im Gegenteil, sogar die chinesischen Polizeieinheiten schlossen sich den Streikenden an.

Auch die **Bauernbewegung** hatte sich ausgeweitet. 1926 hatte sie besonders in der Gegend von Kanton und Hunan großen Einfluß. Gleichzeitig war die Macht der Linksradikalen auf dem im Januar des Jahres stattfindenden zweiten Nationalkongreß der Guomindang auf ihrem Höhepunkt, aber schon im März ging Chiang Kai-shek gegen eben diesen Einfluß vor. Dennoch traten die Kommunisten noch im Januar 1927 der Guomindang-Regierung bei. Die KPCh hatte inzwischen großen Einfluß auf die revolutionäre Stimmung. Nach dem Beginn der Bewegung des 30. Mai war ihre Mitgliederzahl sprunghaft angewachsen. Am 12. März war Sun Yat-sen gestorben, die Macht innerhalb der Guomindang war in die Hände seines Nachfolgers Chiang gefallen, aber noch war der Einfluß der imperialistischen Auslandsmächte ungebrochen.

Am 30. Mai 1925 war es im Zuge des Widerstands gegen die Repression der Ausländer in Shanghai zu einer Demonstration mit 2000 Teilnehmern gekommen, bei dem die britische Polizei mehrere Studenten erschoß, als sich die demonstrierende Menge - inzwischen auf über 10000 Teilnehmer angewachsen - vor einer Polizeistation versammelte. Anlaß für den Protest war die Tatsache, daß die Wachen einer japanischen Textilfabrik am 15. des Monats einen chinesischen Arbeiter getötet hatten. In der Folge kam es in Shanghai zu einem Massenstreik von 160000 Arbeitern. Wie auch schon im Mai 1919 weitete sich der Protest rasch auf die Provinzen aus. Die landesweiten Unruhen wurden von französischen und britischen Truppen natürlich zum Anlaß

genommen, mit militärischer Härte gegen die Protestierenden und Streikenden vorzugehen. Am 23. Juni erschossen sie z.B. 52 Demonstranten in Kanton. Die Repression konnte aber nicht verhindern, daß der Streik auf die Kronkolonie Hongkong übergriff. Die Streikwelle war die längste in der Geschichte der Republik China und begleitet von einem massiven Boykott ausländischer Waren; anders aber als während der Vierte-Mai-Bewegung gab es diesmal eine gut organisierte Gewerkschaftsbewegung, die es verstand, die Revolten zu beeinflußen und politisch zu organisieren. Die Hilfe der Komintern, die über die chinesische KP kam, half die Erfolge herbeizuführen, gab aber auch der KP selbst enormen Auftrieb.(16)

Nach dem Beitritt der Kommunisten zur Guomindang im Januar 1927 kam es bereits im April zum ernsten Konflikt. Während in Shanghai seit dem März der Aufstand tobte und die Räte-Bewegung in China ständig an neuem Boden gewann, wurde sich Chiang Kai-shek darüber klar, daß seine nationalrevolutionäre Bewegung an ihre Grenze gekommen war und er den Einfluß der Linksradikalen innerhalb der Guomindang nicht länger zügeln konnte.(17) Der Kampf um die grundsätzliche Orientierung der Partei war seit 1925 immer stärker aufgebrochen und als auf Wunsch Stalins der Feldzug gegen die im Norden noch wütenden Warlords begann, waren die Kommunisten wegen des Vorgehens gegen sie im Jahre 1926 natürlich verunsichert und argwöhnisch. Chiangs Idee war es sicherlich, die von den Kommunisten beeinflußte Bauernbewegung in seinen militärischen Reihen zu integrieren, denn deren Kampfformen entsprachen so ganz und gar nicht seinen Vorstellungen vom Machterhalt. Chiangs Truppen stießen in einem Blitzfeldzug nach Shanghai vor (18). Dort kam es schließlich am 12. April 1927 zu einem Putsch gegen die Revolutionäre in Shanghai, die seit dem 21. März die Kommune ausgerufen hatten. Das Ziel war, die Linke zu zerschlagen. Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten und politisch aktive Arbeiter wurden festgenommen, Tausende wurden bestialisch ermordet, Hunderte wurden ohne Verfahren hingerichtet, der noch Wochen anhaltende Widerstand wurde mit Waffengewalt unterdrückt. Das Blutbad - das chinesische Kronstadt - war lange geplant, denn schon beim Einmarsch der begeistert aufgenommenen Guomindang-Truppen in Shanghai war zunächst eine allgemeine Entwaffnung der Kommunarden angeordnet und die politische Betätigung eingeschränkt woren, und es hielt so lange an, bis es in der Stadt, aber auch in anderen Orten des Südens keinen namhaften Linksradikalen mehr gab.

Daß dies alles unter der Billigung Stalins geschehen konnte, der Chiang zu dem von ihm angerichteten Massaker nachträglich beglückwünschte, mag äußerlich daran gelegen haben, daß den Sowjetberatern der Nordfeldzug wichtiger war, zu rechtfertigen ist es dennoch nicht - aber auch nicht verwunderlich, wenn der Verlauf des Kronstädter Aufstands zum Vergleich herangezogen wird.

Dennoch, die Proteste, die Demonstrationen, die Aufstände, sie gingen weiter, ebenso wie die Hetzjagd gegen die Arbeiter und Bauern (19), die sich bereits in Räten und Genossenschaften organisiert hatten. Die Kommunisten aber zogen sich nach vergeblichen Aufständen auf das Land zurück, um das Volk auf den Dörfern der Provinz für ihre Revolution zu gewinnen. Einige Parteimitglieder hielten es dennoch weiter mit der Guomindang, andere plädierten für den Untergrund. Mao war mit der Entdeckung des Bauern als revolutionärem Subjekt entschlossen, den Kampf vom Land her neu zu organisieren, was ihm zunächst Ende 1927 den Ausschluß aus der KP einbrachte. Im Jahre 1928 existierte die KPCh praktisch nicht mehr, sie mußte ihren 6. Parteikongreß in Moskau abhalten, während sich die Truppe um Mao in die Berge der Provinz Jiangxi zurückgezogen hatte.

Die folgenden Jahre bis zur endgültigen Machtübernahme der KPCh unter ihrem Vorsitzenden Mao Zedong im Oktober 1949 sind gekennzeichnet von Partisanenkämpfen der roten Truppen und Ausrottungsfeldzügen der Guomindang, die nur zeitweise unterbrochen wurden, als 1933 die Japaner in die Mandschurei einfielen. Die militärisch-taktische Glanzleistung, mit der sich Mao sein erstes großes Ruhmesblatt schrieb und sich zum charismatischen Führer mauserte, war der Lange Marsch, den er am 16. Oktober 1934 begann, um sich vor der Umklammerung durch die Truppen Chiangs zu retten.(20) Während der Zeit nach dem Einmarsch der japanischen Truppen kam es noch 1935 zu antijapanischen Demonstrationen (9.Dezember-Bewegung), die das letzte Aufbäumen des chinesischen Volkes gegenüber dem militärischen Einfall durch das imperialistische Japan waren. Die Kommunisten führten erst 1940 in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine Art Selbstverwaltungssystem und eine Bodenreform ein, und sie lebten in ihrem unfreiwilligen Exil wie die Fische im Wasser in der Hoffnung auf ihren Sieg, der mit dem Zusammenbruch Japans am Ende des 2. Weltkrieges auch die Vertreibung der Guomindang auf die Insel Taiwan brachte. Noch in dieser Phase hatte die maoistische Bewegung durchaus freiheitliche Züge und machte sich einen guten Namen durch ihre volksnahe Verwaltungsform. Ihre Macht war noch gekennzeichnet vom aufgeklärten Geist des Widerstands; ihre Strukturen waren noch nicht verkrustet und durch die Machtfrage korrumpiert. So konnte Mao am Tag seines Triumphes vor dem Tor des Himmlischen Friedens erklären: *"Wir sind alle überzeugt, daß diese unsere Arbeit in die Geschichte eingehen wird, und sie wird zeigen: Die Chinesen, die ein Viertel der Menschheit bilden, sind nunmehr aufgestanden."* (21)

Was die chinesischen Kommunisten aus ihrem Anspruch machten, ist eine lange Historie beeindruckender Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet, aber es ist vor allem eine Geschichte verbohrter Ideologie, verratener Ideale und des Massenmords. Diese Geschichte kannte und kennt nur eine Konstante: den Machterhalt.

Haben die Kommunisten das vielzitierte Lob verdient, das chinesische Volk geeinigt, den Menschen für eine gewisse Zeit den äußeren und inneren Frieden gegeben und wirtschaftlich für eine gewisse Stabilität gesorgt zu haben, so ha-

ben sie aber auch rasch die konfuzianischen Tugenden der göttlichen Herrschaft wiederentdeckt, die ihnen ihre roten Kaiser verordneten.

Proteste aus der Bevölkerung, die schon 1950 einsetzten, wurden von den roten Mandarinen immer wieder unterdrückt, wurden aber dennoch auffällig oft und mit steigender Häufigkeitsfrequenz wieder laut: In den sechziger Jahren während der Hundert-Blumen-Kampagne, während der Kulturrevolution 1966/67, dann 1974, schließlich während der Wandzeitungsbewegung von 1978, dann wieder 1986 während studentischer Protestaktionen.

Die Proteste des Jahres 1989, das nach dem chinesischen Kalender sinnigerweise das Jahr des Drachen war (der Drache ist ein altes chinesisches Herrschaftsymbol), sind - wie mit diesem Blick in die jüngere Geschichte gezeigt wurde - beileibe nicht die ersten in der Geschichte der Volksrepublik China, und es werden nicht die letzten sein. Die Herrschaftsgeschichte von oben belegt die These von einer dem Zentralstaat immanenten Tendenz zur Repression der Andersdenkenden; die Sozialgeschichte der Proteste und Aufstände von unten aber belegt den Willen des chinesischen Volkes, die Herrschaft abzuschütteln und über bessere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Ordnung nachzudenken. Daß dieser Prozeß sich nicht darin erschöpfen wird, die oligarche Demokratie nach westlichem Vorbild einzuführen, mag eine gewagte, aber sicherlich auch berechtigte These für die politische Zukunft Chinas sein.



Anmerkungen

1) Gemeint ist der letzte der Ungleichen Verträge, der nach dem Einmarsch britischer und französischer Truppen in Peking im September 1860 von den Besatzern erzwungen wurde, nachdem bereits 1858 in den Verträgen von Tianjin die Rechte und wirtschaftlichen Privilegien der Ausländer erheblich erweitert worden waren.

2) Gemeint ist die Selbststärkungsbewegung und die Tongzhi-Restauration, die 1862 begann und ihren ersten Sieg im Jahre 1864 mit der Rückeroberung Nankings und der Niederschlagung des Aufstandes der Taiping hatte.

3) "Lerne von der Überlegenheit der Fremden, um ihre überlegene Macht zu begrenzen" (Chines. Sprichwort der Zeit). 1872 begann im Zuge der Tongzhi-Restauration neben der erstmaligen Entsendung von Botschaftern in ausländische Hauptstädte auch im großen Umfang die Entsendung chinesischer Studenten ins Ausland, teils, um von den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu lernen, teils aber auch, um die imperialistischen Mächte unter Beobachtung zu nehmen. Der Effekt, daß die entsandten Studenten auch von der westlichen Arbeiterbewegung lernten und dabei die Vorstellungen des Sozialismus und Anarchismus aufnahmen, war sicherlich nicht vorhergesehen. Viele von ihnen kamen jedenfalls als überzeugte Linke aus Japan, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, den USA und später auch Rußland zurück und waren nicht nur mit dem Widerstand gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Herrschaftsstrukturen im eigenen Land vertraut.

4) Allein von seiten des von Sun Yat-sen gegründeten Revolutionsbunds Tongmenghui gingen in dieser Phase sechs erfolglose Erhebungen aus. In Kanton kam es z.B. nach dem mißglückten Aufstand von 1900 im Jahre 1907 innerhalb weniger Monate zu vier Volksaufständen, die allerdings allesamt unterdrückt wurden, aber zugleich ein eindrucksvolles Beispiel für den revolutionären Willen geben, der sich zu dieser Zeit in China ausbreitete.

5) Hsin shih-chi. Nr. 1. -Paris 1907. S. 1. Hier zit. nach der Übers. von Peter J. Opitz in: Ders. (Hg.): Chinas große Wandlung. - München 1972. S. 17 (Einleitung).

6) Die Zeitschrift Neue Jugend (auch nach frz. La Jeunesse genannt), die seit 1915 erschien, war der Spiegel eines sich wandelnden Bewußtseins, das die westlichen Ideen (vor allem Wissenschaft, gesellschaftliche Moral- und Wertvorstellungen, linke Philosophie und einen im Westen bereits weitgehend selbstverständlichen Individualismus im Denken und Handeln) aufnahm und sich in heftigen Debatten mit ihnen auseinandersetzte. Durch die Verschickung von Studenten ins Ausland, die ja ausgelöst worden war, weil sich China der Konfrontation mit den Gegnern nicht länger gewachsen sah, sollte zwar zunächst nur die angebliche Überlegenheit des westlichen Geistes bekämpft werden, es entstand aber unter den Studenten und Intellektuellen die Tendenz, die Welt nach China und damit auch die Systemkritik in das Land zu bringen. Zunächst gingen viele von ihnen nach Japan, wo nach der Meiji-Restauration (1868) Universitäten nach westlichem Muster errichtet worden waren. Dort waren 1905 bereits 8000 und im darauffolgenden Jahr 10000 Studenten. In den USA studierten zwischen 1850 und 1949 rund 20000. Frankreich hatte während des 1. Weltkriegs eine Sonderstellung, denn der Mangel an Arbeitskräften hatte die französische Regierung dazu bewogen, sich etwa 200000 chinesische Gastarbeiter ins Land zu holen; etwa 30000 von ihnen nutzten ihren Aufenthalt für das Studium und viele von ihnen hatten in Frankreich ihren ersten Kontakt mit der Arbeiterbewegung und deren Vorstellungen von einer syndikalistischen Ordnung der Welt. (Vgl. für die Zahlenangaben Wolfgang Bartke: Die großen Chinesen. -Frankfurt/M. 1986 (Anhang) S. 319). Gesellschaftlich fanden sich die heimkehrenden Studenten durchaus in elitären Positionen, viele von ihnen bemühten sich nach ihrer Rückkehr um leitende Stellungen in ihren Fächern, versuchten aber dabei, die repressiven Traditionen der chinesischen Gesellschaft zu bekämpfen. Chen Duxiu (1879-1942), der Gründer der Zeitschrift, war z. B. 1917 während der Warlord-Kriege als Dekan an die Beida (die Peking-Universität) berufen worden. In seinen journalistischen Arbeiten, die sich heftig gegen den Konfuzianismus und dessen Erziehungssystem richteten, orientierte er sich zu-

nächst an den Prinzipien der französischen Revolution und dem westlichen Syndikalismus, 1921 wurde er aber der erste Generalsekretär der KPCh. (Vgl. John K. Fairbank: Moderne Geschichte Chinas. -München 1989 S. 194).

7) Großen Einfluß hatten z.B. Übersetzungen von Büchern aus der Feder der Sozialphilosophen Huxley, Smith und Mills, aber auch literarische Werke von Tolstoi, Dumas und vor allem Zola und Ibsen beeinflußten die Diskussionen.

8) Für die kurzgefaßte Geschichte des Anarchismus in dieser Zeit vgl. u.a. Daniel W. Y. Kwok: Die anarchistische Bewegung. In: Peter J. Opitz (Hg.): Chinas große Wandlung. -München 1972. S. 146-162; Robert A. Scalapino u. George T. Yu: The Chinese Anarchist Movement. -Berkeley 1961 (Reprint 1980) u. Klaus Haag: Wucheng-fu chu-i. Die libertäre Bewegung in China in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Graswurzelrevolution. Nr. 136. September 1989. S. 12-14. Für eine kurzgefaßte Einschätzung des zeitgenössischen Bezugs vgl. Klaus Haag; Manuel Vermeer: Gegen den Strom. China, Korea & Japan. Libertäre Traditionen und Perspektiven. In: Trafik. Nr. 28. 2/1988. S. 25-38. Ein umfangreiches historisches Werk über die Geschichte freiheitlicher Bewegungen in Asien (China, Japan, Korea, Indien) befindet sich unter dem Titel "Der Hahn, der im Dunkeln kräht" durch den Autor des vorliegenden Buchs in Vorbereitung.

9) Zit. nach Daniel W. Y. Kwok: Die Bewegung für Neue Kultur. In: Peter J. Opitz (Hg.): Chinas große Wandlung. -München 1972. S. 187-219. A.a.O. S. 209.

10) Zwischen 1916 und 1926 gab es vier große Gruppen unter den Warlords, die im Norden und in Mittelchina ihren Einfluß ausübten: a) Die Anfu-Gruppe unter Duan Jirui; b) Die Zhili-Gruppe unter Wu Peifu; c) Die Nationalarmee von Feng Yuxiang (ab 1924) und d) Die Fengtian-Gruppe unter Zhang Zuolin. 1918 setzte sich zunächst die Gruppe um Duan Jirui durch, die aber 1920 von Wu Peifu geschlagen wurde. Ab 1921/22 kam es zu Abspaltungen der oben erwähnten Gruppen und dadurch zu neuen Kriegen, die erst nach 1926 durch die sukzessive Befriedung durch die Guomindang ihr Ende fanden.

11) Für eingehendere Auskunft vgl. Michael Gasster: Chinese Intellectuals and the Revolution of 1911. -Seattle 1969 u. Peter Weber-Schäfer: Die republikanische Bewegung. In: Peter J. Opitz (Hg.): Chinas große Wandlung. -München 1972. S. 82-114.

12) Der exponierteste Streikführer war ein gewisser Liu, der zur Geheimgesellschaft der Lao Jun gehörte. Nach dem Streik, der nur kurz dauerte und gewaltsam unterdrückt wurde, wurde Liu verhaftet und hingerichtet. (Vgl. Deng Zhongxia: Anfänge der chinesischen Arbeiterbewegung. 1919-1926. -Reinbek 1975. S. 18).

13) Indirekt erinnert an die Situation der Bergleute in China eine Erzählung des libertären Autors Ba Jins mit dem Titel Shading, die er 1932 verfaßte und die dem Betrug der Bergwerksbetreiber und der Hoffnungslosigkeit der Betrogenen ein beredtes Denkmal setzt. (Ba Jin: Shading. -Frankfurt/M. 1981).

14) Vgl. für den ganzen Passus Chow Tse-Tsung: The May 4th Movement. -Cambridge/Mass., London 1960. (Dort vor allem die Chronologie im Anhang für einen kurzgefaßten Überblick).

15) Vgl. für den Passus vor allem Deng Zhongxia: Anfänge der chinesischen Arbeiterbewegung. 1919-1926. -Reinbek 1975. S. 34-52 und Peter Schier: Die chinesische Arbeiterbewegung. In: Richard Lorenz (Hg.): Umwälzung einer Gesellschaft. -Frankfurt/M. 1977. S. 257-350. A.a.O. S. 295ff sowie Jean Chesneaux: The Chinese Labour Movement 1919-1927. -Stanford 1968.

16) Vgl. Deng Zhongxia: Op. zit. S. 130ff.

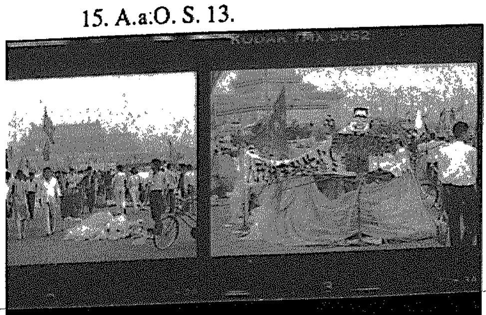
17) Vgl. für diese These und die nachfolgenden geschichtlichen Ereignisse Manfred Hinz (Hg.): Räte-China. Dokumente der chinesischen Revolution. (1927-31). -Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973. S. XXXIII (Vorwort) und S. 5ff.

18) Die Truppen marschierten aber zunächst nicht in die Stadt ein, sondern sahen zu, wie die dortigen Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und dem Warlord Li Bao Zhang verliefen. Letzterer ließ während der Kampfhandlungen Tausenden von Menschen die Köpfe abschlagen und sie wie Trophäen auf Stangen gesteckt durch die Straßen tragen. Die Arbeiter Shanghais eroberten ihre Stadt allerdings zurück, und erst in diesem Augenblick rückten die Guomindang-Truppen in die Stadt vor. Vgl. Victor Serge: Die Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution von 1927. -Frankfurt/M. 1975. S. 79ff u. Siegfried Kogelfranz: Die Barbaren - unbedeutend und widerwärtig. (Teil II). In: Spiegel. 26.6. 1989. S. 120.

19) Allein in Hunan brachte ein mit Chiang verbündeter Warlord mehr als 330000 Bauern um.

20) Vgl. für die ausführliche Geschichte dieses langatmigen, entbehrungsvollen und strategisch außerordentlich eindrucksvollen Marsches von immerhin 10000 Kilometern u.a. Dick Wilson: Mao Tse-Tungs Langer Marsch. Der Ursprung der Volksrepublik China. -München 1971; Claude Hudelot: Der Lange Marsch. -Frankfurt/M. 1972 sowie Dietmar Albrecht u. Dirk Betke (Bearb.): Auf dem Langen Marsch. 1934/35. Die Wende in der chinesischen Revolution, von Teilnehmern erzählt, in einer Auswahl von Dietmar Albrecht und Dirk Betke. -Berlin 1976.

21) Mao Zedong: "Das chinesische Volk ist aufgestanden!". (21. September 1949). In: Ders.: Ausgewählte Werke. Bd V. S. 11-15. A.a.O. S. 13.



Termine

☎ **Durruti – Biografie einer Legende** (Film von Hans Magnus Enzensberger), Veranstaltung des Libertären Forums Berlin, 27.3.92, 18 Uhr im El Locco

✆ **Perspektiven des Anti-Militarismus**, Veranstaltung des Libertären Forums mit Mitgliedern der IDK, 3.4.92, 19 Uhr im Ökodorf

✏ **Ich oder wir? Eine individualanarchistische Stellungnahme** mit Jochen Knoblauch (»Knobi«), am 15.5.92, (also kurz bevor er seine AurorA-Buchhandlung und -Vertrieb für immer schließen wird; schade, schade um diese wichtige anarchistische „Institution" in Berlin), 19 Uhr im Ökodorf

✈ **Bildung ohne Herrschaft - Gibt es eine anarchistische Pädagogik?** mit Ulrich Klemm, 5.6.92, 19 Uhr im Ökodorf

☎ Internationale Frauenkonferenz **»Frauen überwinden Gewalt«** vom 25.11.-1.12.92 in Bangkok, Thailand. Veranstatet von War resisters International. Dt. Kontakt: *Ulla Eberhard, Graswurzelwerkstaat, Scharnhorststr.6, 5000 Köln-60, Tel. 0221-765842*

✆ **Anarchistisches Treffen in Frankreich** vom 1.5. bis zum 3.5. findet in Frankreich (wahrscheinlich in Paris) ein anarchistisches Treffen zu den Themen Anarcha-Feminismus, Antimilitarismus, Anarchismus und Arbeiterbewegung sowie Europa 92 statt. Kontakt: *Humeurs Noires, B.P.79, F-59370 Mons-en-Baroeul*

✏ Das 3. bundesweite Frauenkulturforum **FrauenMachtMedien** findet vom 19.2. bis 23.2. in Dusiburg statt. Nähere Infos: *Arbeitsgemeinschaft frauen/UNItopia, c/o Tina Jücker, Kaiserstr.32, 5300 Bonn, Tel. 0228/217401*

✏ *»Bewegung, Masse und Medien sind die drei zentralen Elemente der illegalen Wissenschaft mit der die Agentur Bilwet gegen die tägliche Langeweile, das Selbstmitleid und die Polit-Strategien vorgeht.«* Die **Agentur Bilwet** stellt sich auf einer Rundreise vor: am 15.2. im BBA-Infoladen in Bremen, am 16.2. in der Roten Flora in Hamburg, am 17.2. in der Alten Feuerwache in Köln, am 18.2. in der Börse in Wuppertal, am 19.2. bei VEB Politik, Kunst & Unterhaltung in Siegen, am 20.2. im Bahnhof Langendreer in Bochum, am 21.2. im Buchladen Le Sabot in Bonn, am 22.2. im Zentrum der Schönen Aussicht in Frankfurt, am 23.2. in der Fabrik in Freiburg, am 24.2. in der Reithalle in Bern, am 25.2. im Paranoia City Buchladen in Zürich, am 27.2. im Komm in Nürnberg, am 28.2. im Felsenkeller in Ostheim/Rhön, am 1.3. im Ex/Mehringhof in Berlin.

✈ Gerücht: **Internationaler Anarchistischer Kongreß** in Spanien 1992 oder 1993??

☎ Kaum noch ein Gerücht: Es soll 1993 wieder **Libertäre Tage** in Frankfurt geben!

✆ Bereits sichere Wahrheit: es wird 1992 wieder **Schwarze Tage** in Köln geben!

Kurzmeldungen

(20.-DM für 5-10 Zeilen)

✈ Suche Kontakte! Ich will Anfang 1993 mit Kind für ca. ein halbes Jahr (evtl. auch länger) **nach Spanien** (speziell erstmal Baskenland) fahren. Da es keine Urlaubsfahrt werden soll, suche ich Leute/Menschen, die dort Erfahrungen gemacht haben und/oder Kontakte zur Gruppen/Menschen (z.B. alternativen Projekten, autonomen Dorfgemeinschaften, politischen Gruppen und ähnlichem). Über Zuschriften würde ich mich total freuen. *Claudia Körner, Lemgoer Str.77, 4930 Detmold*

✆ Solidarisch leben, arbeiten, lernen. Wer will mit uns eine **anarchistische Land-Kommune** planen? Ausführliche Diskussion der inhaltlichen Grundlagen und Feinheiten, ohne Zeitdruck; Gedankenexperiment mit konkreter Perspektive. "Essentials" sollen unter anderem sein:

- antiautoritär: Überwindung von Hierarchien und Religionen
- subsistent: Arbeit an der Überwindung von Markt- und Geldwirtschaft
- politisch ambitioniert: Keine "Archen-Mentalität", sondern Lernen, Lehren, Beispiele Geben
- kommunistisch: Überwindung des Eigentums
- intellektuell: Kritik, Diskussion, Denken ohne Schranken
- solidarisch: ... beim Hungern - und beim Essen ...

Wir sind Mitte 30, sprechen aber Menschen jeden Alters an. Wir sind ernsthafte Leute ohne esoterische Macke, sehen die Dinge mäßig verbissen und sind im übrigen bemüht, den von interessierter Seite lancierten blödsinnigen Antagonismus "denken (bzw. reden) - handeln" (auch "Theorie vs Praxis" genannt) zu verneinen. Kontakt: *Anne-Katrin Race und Stephan Kendzia, Bismarckstr.41, 3353 Bad Gandersheim*

Class War –

Geschichte und theoretisch-praktischer Ansatz heute

Unter dem Motto „Our Time has Come“ hatte Class War im September 1991 zu einem internationalen Kongreß nach London eingeladen. Eine Woche lang standen Fragen nach der Neuen Weltordnung, dem Zusammenschluß Westeuropas, der Bewertung nationaler Befreiungskämpfe und der Position von Frauen in revolutionären Bewegungen auf dem Programm; außerdem zahlreiche Veranstaltungen zu einzelnen Themen und Berichten aus den unterschiedlichen Ländern. Es waren GenossInnen aus Italien, Frankreich, Spanien, der BRD, Polen Griechenland, der Republik Irland, Schweden, Norwegen und Großbritanniens gekommen; von außerhalb Europas gab es noch Gäste aus den USA, Australien und Canada.

Wer verbirgt sich hinter Class War? Und was will diese Organisation? Wie erklärt sie selbst ihren Aufschwung? Handelt es sich um mehr als um ein Revival des Klassenkampf-Gedankens und Proletariermythos? Sollte ihr Organisationsansatz auf die BRD übertragen werden? Gelingt Class War ein übergreifender Widerstands-Ansatz, der traditionell linke Bereiche ebenso einschließt wie neue soziale Bewegungen?

Der folgende Text ist eine Teilübersetzung aus ihrer programmatischen Broschüre „This is Class War“. Ausgelassen wurden diejenigen Teile, in denen das Staats- und Kapitalismusverständnis (S.7-16) behandelt werden und die unserer Meinung nach nichts wesentlich Neues enthalten. Interessanter fanden wir die Passagen, die die Geschichte von Class War und ihre Vorstellungen einer politischen Praxis und Organisierung heute behandeln. Wir verstehen den Beitrag, der auch Widerspruch hervorrufen dürfte, als Anstoß zur Diskussion und erwarten Eure Zuschriften.

Der Ursprung von *Class War* geht, 1983, auf eine kleine Gruppe aus Swansea zurück. Am Anfang stand die Produktion eines lokalen, populistischen Agitationsblattes mit dem Titel „The Alarm“, welches durch das Veröffentlichen von Korruptionsfällen lokaler Politikgrößen einige Publizität erzielte.

Die erste Ausgabe von *Class War* zielte auf die zu dieser Zeit breite Bewegung aus Punks, Anarchos und Pazifisten, wie etwa die Anhänger der Punkband „Crass“. Die Artikel in *Class War* bezogen sich auf die Friedensbewegung und propagierten den Gedanken, daß hier Gewaltanwendung notwendig sei. ...

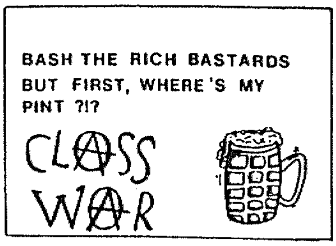
Als 1984 der Bergarbeiterstreik begann reagierten die Zeitung und ihre Anhänger schnell. ...Zum großen Teil wurden in der Zeitung die Unzulänglichkeiten des CND (Organisation der englischen Friedensbewegung, Anm. SF) diskutiert und zur direkten, physischen Unterstützung der streikenden Bergarbeiter aufgerufen. *Class War* waren die einzigen, die direkte Aktionen der Streikenden unterstützten. Die Leserschaft nahm zu, nicht zuletzt in Bergbau-Regionen... Auf der großen Demonstration in Mansfield, 1984, standen Bergarbeiter in Schlangen von 20 und mehr für die Zeitung an. *Class War* war nun eine Zeitung mit Lesern und Unterstützern, jenseits der wildesten Hoffnungen ihrer ersten Produzenten.

Daß *Class War*-Kollektiv beschloß, daß die Zeit nun reif sei über die Herstellung der Zeitung hinaus zu gehen und rief 1985 zu einem „Bash the Rich“-Marsch („Klatsch die Reichen“) von Notting Hill nach Kensington auf. Die „Stop the City“-Demonstrationen in den frühen 80ern (die nicht von „Class War“ initiiert waren) brachten den neuen Geist in der anarchistischen Szene zum Ausdruck und etwa 500 Leute nahmen an diesem, seit dem 19. Jahrhundert ersten (wenn auch symbolischen) „Überfall“ eines feindlich gesinnten Arbeiter-Mobs auf die Viertel der Reichen teil. Ein weiterer „Bash the Rich“-Marsch ging von Camden nach Hampstead. (Nun ja, wir wurden auf halbem Weg gestoppt) und ein sehr vergnügsamer Tag fand 1986 bei der Henley-Regatta statt. Bemerkenswert daran war, daß wir zu ihnen gingen, in die Gegenden in denen sie leben. Ihnen wurde unbehaglich, wenn auch nur für kurze Zeit.

Die erste *Class War*-Konferenz fand 1985 mit etwa 50 Leuten statt, und eine Kundgebung mit über 200 Leuten wurde in Holloway abgehalten. Einen weiteren Aufschwung für *Class War* bewiesen die Krawalle in den Innenstädten 1985 (in

jenem Herbst wurden von jeder Ausgabe der Zeitschrift 12000 Stück verkauft), aber in Folge der Beendigung der „Bash the Rich“-Kampagne wünschte sich eine zunehmende Anzahl von Leuten im ganzen Land die Erfolge der letzten drei Jahre zu verfestigen.

Eine nationale Konferenz in Manchester unterstützte ihren Vorschlag, daß die Gruppen und Einzelpersonen, die die Zeitung schrieben und verkauften, *Class War*-Gruppen mit gemeinsamen „Zielen und Prinzipien“ eine nationale Föderation bilden sollten. Der Grund warum wir uns für ein föderatives Organisationsprinzip entschieden haben ist der, daß dieses das am meisten demokratische Organisationsprinzip ist, wobei die Gruppen innerhalb der Föderation eine weitgehende Handlungsfreiheit auf der Basis eines politischen und strategischen Konsenses haben. Einige Leute konnten so ein Niveau an Organisierung nicht akzeptieren und gingen deshalb.



Das Ende des Bergarbeiterstreiks war der letzte schwere Schlag für die britische Linke. Sie hatte kläglich bei der Aufgabe versagt, mit der stärksten konservativen Regierung seit dem Krieg und dem veränderten politischen Klima klar zu kommen. Die Labour-Party machte einen Ruck nach Rechts und Gruppen wie die Kommunistische Partei und die „Workers Revolutionary Party“ verschwanden in der Versenkung. Die traditionellen Felder des Klassenkonflikts (Arbeitsplatz) waren so gut wie verschwunden. Die neuen sozialen Kämpfe fanden in den Straßen und Communities unserer Städte statt, wie etwa in Folge der Schickimickisierung von tradionellen Arbeitervierteln. Das waren die Orte wo die Politik von *Class War* zum Tragen kam.



Class War das Selbstvertrauen und die Autonomie, die Initiative und Solidarität unter den Leuten aus der Arbeiterklasse zu verbessern. Ständiges Gejammere darüber wie schrecklich alles sei, ist nur deprimierend und langweilig und ermutigt den Reformismus (wie z.B. Grüne Politik). Wir wissen, daß – gleichgültig wieviel Reformen auch gemacht werden, – die herrschende Klasse, direkt oder indirekt (z.B. kulturell) unser Leben kontrollieren wird. Sie wird nach wie vor darüber bestimmen, wo und wie wir leben und arbeiten und zum großen Teil auch darüber, was wir denken. Jenseits von einfacher physischer Gewalt, beherrscht uns die herrschende Klasse durch Demoralisierung und Befriedigung, indem sie Apathie herstellt, uns unsere Identität als Klasse raubt und indem sie Vorurteile jeder möglichen Art ermutigt und begünstigt, um uns zu spalten. Durch unsere Propaganda versuchen wir das zu bekämpfen.

Drei Elemente spielen eine zentrale Rolle: Humor, Populismus und Gewalt.

Einige Leute haben gesagt, daß die Art und Weise, in der die Zeitung geschrieben ist, bevormundend sei – das ist Schwachsinn, natürlich sind viele Leute aus der Arbeiterklasse in der Lage intellektuell anspruchsvolle Texte zu lesen – und *Class War* zielt auf diese genauso wie auf jene, die dazu nicht in der Lage sind. Humor ist wesentlich für die Zeitung, erstens weil er den Leuten Lust darauf macht, sie zu lesen und zweitens, weil es der beste Weg ist, unseren Standpunkt zu verdeutlichen. Humor ist eine starke Waffe. Sie läßt unsere Feinde lächerlich und weniger mächtig erscheinen.

Politik ist nicht vom Alltagsleben zu trennen, sie ist Teil des Lebens. Der Gedanke, daß Politik langweilig und ernst sein muß, ermuntert uns dazu, das zu vergessen. Das Ärgerliche an den meisten linken Blättern ist, daß sie sich schwierig und langweilig ausdrücken. Es gibt einen Grund dafür, warum die Leute gerne »The Sun« (=BILD) lesen. Das liegt nicht daran, weil die Leute dumm und ignorant sind, sondern daran, daß sie meistens eine leichte und unterhaltsame Lektüre bevorzugen. Das soll nun nicht heißen, daß die „Sun" keinen Schwachsinn verbreiten würde. Das soll nur sagen, daß viel dafür spricht, das zu produzieren, was einfach, unterhaltsam und leicht zu lesen ist, und so sollte *Class War* sein, wenn wir wollen, daß die Leute es lesen.

Class War scheut nicht vor Gewalt zurück. Es propagiert offene Klassengewalt – auf der Basis des Gedankens, daß viele Leute einen gemeinsamen Feind bekämpfen. Wir schaffen in der Zeitung Öffentlichkeit für Leute, die zurückschlagen, um zu zeigen, daß soetwas andauernd passiert (von allen anderen wird das ignoriert oder marginalisiert). Wir wollen zeigen, daß es funktioniert um den Leuten das Selbstvertrauen zu geben, den Kapitalismus und den Staat anzugreifen. Alles in allem wird die herrschende Klasse nicht einfach abtreten und ihre macht aufgeben – Wir werden sie ihr nehmen müssen.

KICK THE RACISTS OUT
GET THEM OUT OF OUR COMMUNITIES
CLASS WAR
PO BOX 467 LONDON E8 3QX

Darüberhinaus produzieren wir einiges an Propagandamaterial für die Leute, die Class War gelesen haben und mehr über das wissen wollen, was wir denken – etwas davon liest Du gerade! Unsere theoretische Zeitschrift „The heavy stuff" erscheint regelmäßig und behandelt aktuelle Ereignisse und Ausgaben mit mehr Tiefe als dies *Class War* tut. Darüberhinaus gibt es „Unfinished Business", ein 200 Seiten Buch, das sich mit der aktuellen Situation, in der sich unsere Klasse befindet, wie sie dahin gekommen ist und wie wir aus der Vergangenheit lernen können, um die Gegenwart zu verändern beschäftigt.

Wir sind Class War

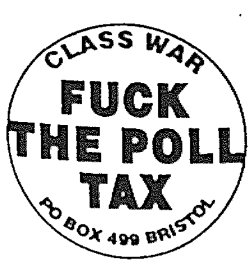
Die *Class War* Föderation besteht aus normalen Menschen, wir sind keine Spinner oder abgehobene Linke. Unsere Politik ist Gemeingut und kompromißlos, keine intellektuellen Spinnereien von Universitätsprofessoren. Wir sind entschieden der Ansicht, daß Alltagsleben und Politik gleichwertig sind. Wenn deine Politik nicht Teil deines Alltagslebens ist, dann ist sie wertlos. Unsere politischen Aktivitäten müssen für eine 30jährige Hausfrau genauso offen sein, wie für einen 40jährigen Bergmann oder für einen Rentner.

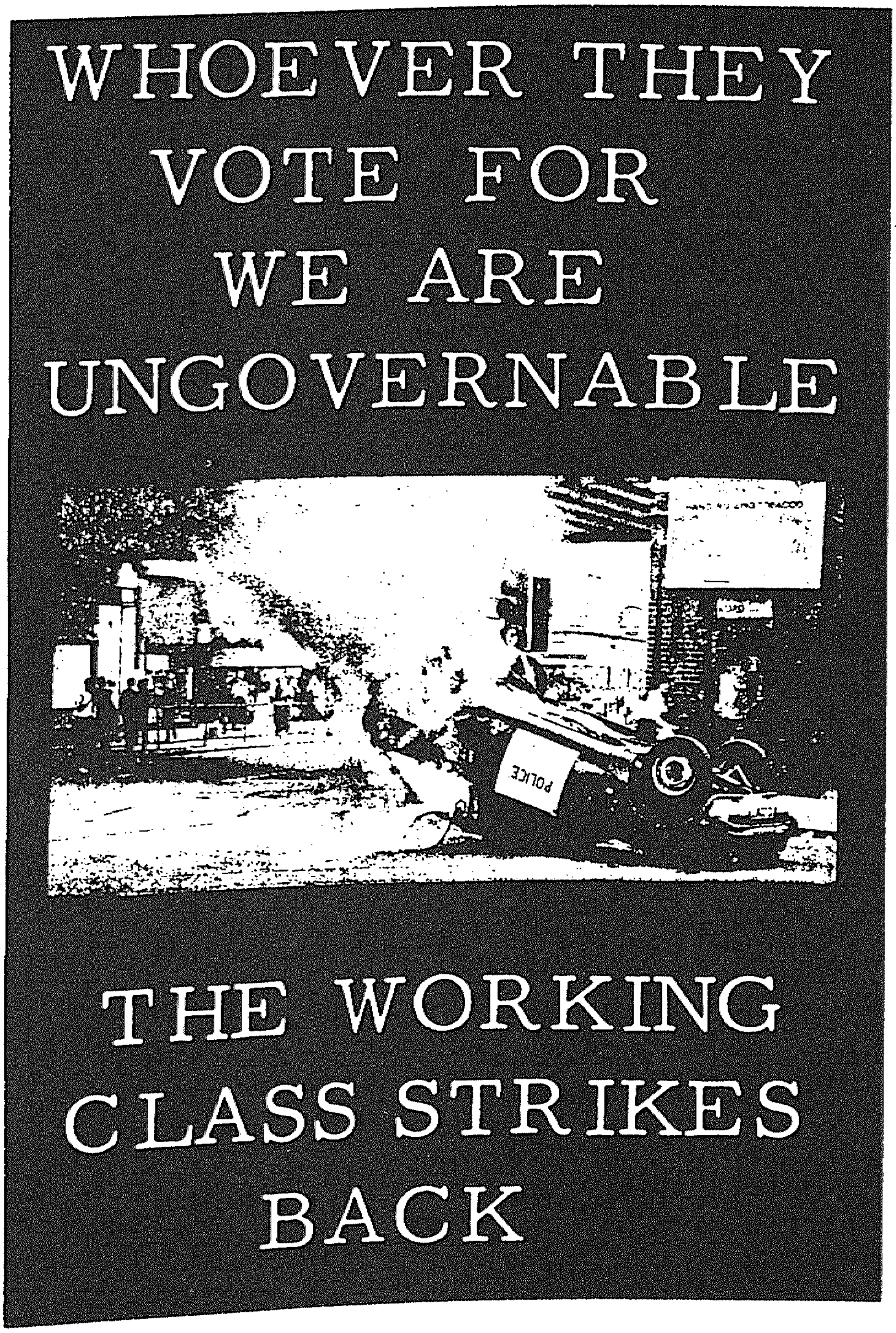
1988 brachten wir unter dem Motto „Rock against the Rich" mit dem Ex-Clash-Sänger Joe Strummer eine anspruchsvolle, nationale Tour auf die Beine. Dies sollte dazu dienen die Politik von *Class War* und den Namen der Organisation überall bekannt zu machen. Es war das bislang größte Ereignis oder die größte Kampagne, die von Anarchistischen/ Libertären Organisationen in diesem Land veranstaltet worden ist. Im Frühling 1989 wurde damit begonnen, die Herstellung und den Vertrieb von *Class War* zu verbessern. Von einem achtseitigen, zweimonatlichen Erscheinen, entwickelten wir uns zu einem sechzehnseitigen, im sechswöchentlichen Rhytmus herauskommenden, farbigem Blatt.

Weitgehende Berühmtheit erlangte die Föderation nach den Poll-Tax-Krawallen 1990 am Trafalgar-Square, wo die Polizei eine wohlverdiente Niederlage durch tausende von Leuten aus dem gesamten Land einstecken mußte. In starkem Kontrast zu der Linken, insbesondere zu „Militant", die sich alle beeilten sich von den Krawallmachern zu distanzieren, erklärte ein Sprecher der Föderation im Radio und im Fernsehen, diese seien „Working Class Heroes". Die Medien waren wie vor den Kopf geschlagen, parlamentarische Anfragen wurden gestellt und es kam sowohl im Unterhaus als auch im Oberhaus zu Sitzungen über *Class War*.

Auf der nationalen Konferenz in Manchester, im Herbst 1990, entschied die Föderation eine Mitgliedsorganisation mit Mitgliedsbeiträgen und einer klaren Satzung zu werden. Wir hatten uns entschieden so zu handeln, um die Ressourcen der Föderation wirkungsvoller zusammenzufassen, uns zu einer effektiveren, nationalen Organisation zu entwickeln und um ein mehr an Demokratie durch die Wahl von Delegierten und offiziellen Vertretern einzuführen.

Auf dem Siegesmarsch, der die Abschaffung der Poll-Tax feiern sollte, Ende März 1991, war der Block der Class War-Föderation, mit tausenden von Leuten die mit uns marschiert sind, der mit Abstand größte. Sehr zum Ärger von „Militant" (Trotzkisten, Anm. d. SF-Red.) und der Polizei übrigens, die gedacht hatten, sie würden hierbei unter sich bleiben.





Zusammen mit Basisgruppen gegen die Poll Tax und Gefangenenhilfsorganisationen hat die Föderation im Juli 1991 einen erfolgreichen Aktionstag gegen die Strafbefehle organisiert, wobei Poll-Tax-Strafbefehle im ganzen Land gesammelt und vernichtet worden sind.

International wurde Class War zu Beginn des Jahres 1990 mit der Entstehung neuer Gruppen in Europa und den USA. ...[Bei der internationalen Konferenz im September 1991 nahmen so unterschiedliche Gruppen wie die italienische Autonomia Operaia und griechische Anarchisten teil.]

Was wir tun

Natürlich hat die Class War-Föderation nicht die Antwort auf alle denkbaren Fragen parat, das behaupten wir auch nicht. Wir sind keine neuen „Partei" oder die Führer in Wartestellung. Anders als die restliche Linke betrachten wir normale Angehörige der Arbeiterklasse nicht als hirnlose, folgsame Schäflein ohne eigene politische Ansichten, die wir nur auswählen und mit unseren „überlegenen" politischen Theorien schulen müssen. Wir glauben, daß normale Leute bereits unsere Ansichten teilen: Das Mißtrauen gegenüber Autoritäten und den Haß auf die privilegierte Elite. Die Rolle unserer Propaganda ist es, diese Ansichten zu fördern und zu entwickeln.

Unsere Propaganda unterscheidet sich grundsätzlich von der anderer politischer Gruppen. Während die Linke über Unrecht und die Allmacht des Staates jammert und klagt, wirre Theorien verfaßt und die in die Jahre gekommenen Schriften obskurer Intellektueller aus dem 19. Jahrhundert druckt oder sich auf den „Aufbau der Partei" konzentriert, versucht

Wir verlangen keinen Zeitungsverkauf um 6 Uhr früh vor den Fabriken in eisiger Kälte oder 24-Stunden-Aktivitäten (endlose Treffen usw.). *Class War* ist nicht arrogant wie die Linke oder Euer Lokalpolitiker. Ja, wir haben Ideen und wir stehen konsequent hinter unseren Ansichten, aber wir glauben nicht, daß wir perfekt sind. Wir schieben keine Theorien vor und sagen, daß wenn nur jeder ihnen wortgetreu folge, alles gut werden würde und die Sonne dann für immer scheine! Unsere Politik entspringt aus unserem Leben und aus der realen Welt. Sie ist eine Notwendigkeit, keine Theorie.

Class War ist nicht die einzige „linke" Gruppe, die die Tatsache anerkennt, daß Angehörige der Arbeiterklasse politisch sind (weil sie es sein müssen). Es wird nur in andere Begriffe gefaßt als bei den intellektuellen Schwätzern innerhalb der Linken. Wir glauben, daß es richtig und eine Notwendigkeit ist, daß da Gruppen sind, die der unseren ähnlich sind und daß es immer eine Debatte geben muß. Weil wir eine Gruppe der Arbeiterklasse sind und weil unsere Politik von dort kommt, sind wir in der Lage, Leute aus der Arbeiterklasse, die noch nicht politisch sind oder andere Ansichten vertreten zu respektieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Wie die Föderation funktioniert

Wir arbeiten auf der Grundlage eines föderalistischen Systems – alle kommen zusammen, um gemeinsam abgestimmte Ziele zu erreichen. Die Föderation ist eine Mitgliedsorganisation, mit Mitgliedschaften, Beiträgen und gewissen Verpflichtungen, wie etwa das Verständnis und die Verbreitung der Politik der Föderation und ihrer Propaganda. Wir haben eine Satzung und von den Mitgliedern wird erwartet, diese anzuerkennen. Die Föderation umfaßt Leute, die sich selbst als Anarchisten, Kommunisten oder Sozialisten bezeichnen würden. Aber was wichtiger ist als diese Bezeichnungen, ist was die Leute wirklich denken und was sie zusammenbringt.

Wie wir bereits früher gesagt haben, ist der Föderalismus eine Methode sich zu organisieren, die einen großen Grad an Freiheit für Gruppen und Einzelmitglieder innerhalb einer breit abgestimmten politischen Basis beinhaltet. Diese Freiheit wird lediglich dadurch begrenzt, daß alles was ein Einzelmitglied tut Auswirkungen auf die übrige Föderation hat. Die Mitglieder haben größtmögliche Freiheit in den Dingen, die sie auf lokaler oder regionaler Ebene tun, aber sie haben sich hierfür gegenüber den restlichen Mitgliedern zu verantworten.

Wenn die Föderation als Ganzes Entscheidungen trifft, die die gesamte Mitgliedschaft betreffen, so tut sie das auf den halbjährlichen Nationalen Konferenzen. Jedes Mitglied hat eine Stimme, niemand hat mehr zu sagen als irgendjemand anderes – wir sind alle gleich; es gibt keine „geheimen" Führer. Entscheidungen mögen heiß debattiert werden, aber am Ende des Tages werden die Entscheidungen der Konferenz getroffen. Von den Mitgliedern wird dann erwartet zuzustimmen, tun sie dies nicht, so steht ihnen frei zu gehen – wir sind keine verträumten Liberalen! Wir bezeichnen das als theoretische und taktische Einheit, es ist das, was uns zu einer wirkungsvollen Kraft verbindet und uns daran hindert an verschiedenen Linien entlangzuhangeln, die in Opposition zueinander stehen und mit der Selbstzerstörung der Föderation enden.

Die nationalen Konferenzen sind die Instanz, die die wesentlichen Entscheidungen der Föderation treffen. Zwischen ihnen wird die alltägliche Arbeit durch regelmäßige Treffen des nationalen Delegierten-Komitees bewerkstelligt. Mitglieder und Gruppen vertreten sich selber oder entsenden Delegierte. Alle Delegierten sind unmittelbar absetzbar durch diejenigen, die sie repräsentieren und sind diesen Rechenschaft schuldig. Niemand

besetzt einen permanenten Posten innerhalb der Föderation, Positionen wie etwa die eines Sekretärs, Herausgebers, Organisators usw. stehen mindestens zweimal im Jahr auf unseren Nationalen Konferenzen zur Wahl. Die Föderation veranstaltet ebenfalls regelmäßige Wochenendschulungen um zu diskutieren und sich fortzubilden.

Die Föderation ist in geographische Regionen unterteilt, wobei die Mitglieder und Gruppen die Freiheit besitzen und ermutigt werden, eine eigene regionale Organisierung mit eigenen Kampagnen, Konferenzen und Schriften usw. zu schaffen.

Wie Du sehen kannst legen wir den Schwerpunkt auf Gruppen und Mitglieder, die so viel wie möglich aus eigener Kraft handeln. Die zentrale Kontrolle der Linken ist weder politisch sinnvoll noch ist sie in der Lage den Kampf darum zu führen, eine Arbeiterbewegung zu schaffen, die den Kapitalismus zerschlagen wird. (...)

übersetzt von Frank Sparing

ORT DER DIFFERENZ

Betrachtungen zur Geschlechtsdiversität ("gender diversity")

von Rosella di Leo

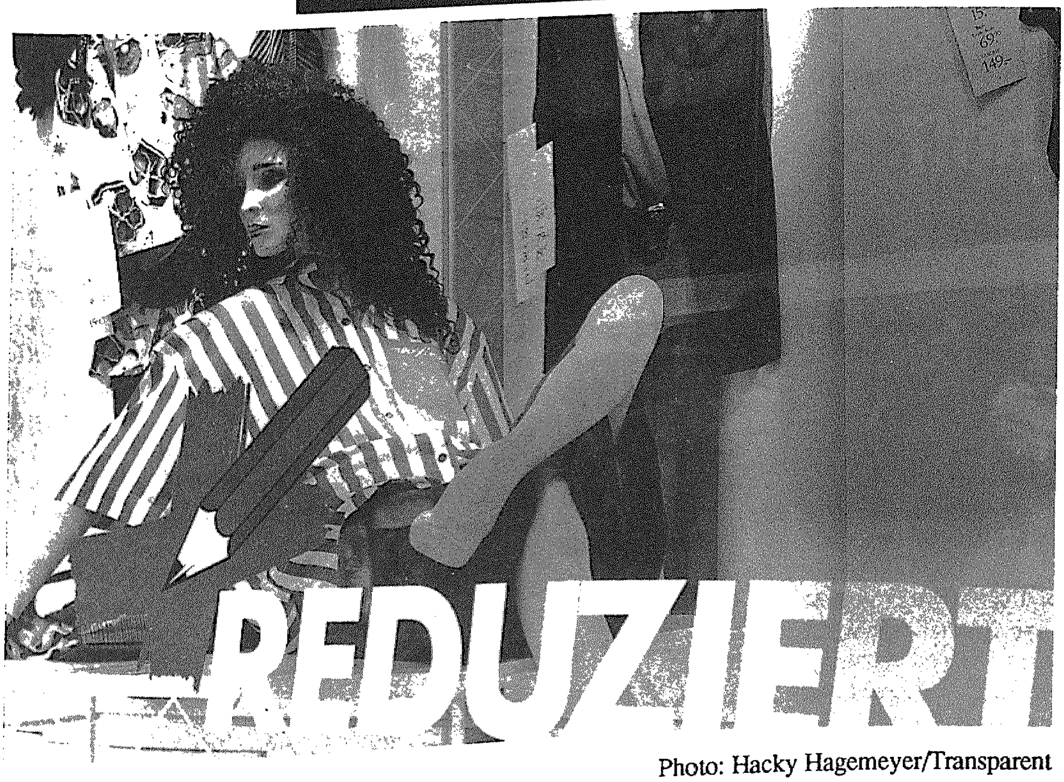


Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

übersetzt von Monika Kern

*(Vorliegender gegenüber dem Original gekürzter Beitrag, – Class War würde ihn als "heavy stuff" bezeichnen, – versteht sich als 2. Teil der **Patriarchatskritik**, Teil 1 haben wir unter dem Titel **"Der Ursprung des Nils – oder Auf der Suche nach dem Ursprung männlicher Herrschaft"** in SF-26, 4/87 sowie in der 2. Auflage der Feminismus-Sondernummer veröffent-licht. Beide Nummern sind noch erhältlich.)*

Die Doppeldeutigkeit, die durch den Titel dieser Arbeit ausgedrückt wird, ist nicht ohne Absicht:

Der Zweck ist, den physischen Ort des Unterschieds zwischen den Geschlechtern von Beginn an zu beschwören, das soll heißen: die menschliche Anatomie. Es ist dieser unvermeidliche Unterschied, der die beiden Kategorien "männlich" und "weiblich" produziert hat, die sich auf das gesamte Gebiet von sozialem und symbolischem Raum auswirken. Dennoch würde ich gleichzeitig gerne vorschlagen, daß es einen weiteren Ort gibt, in dem Differenz (und nicht nur Geschlechterdifferenz) gleichermaßen unvermeidbar ist: das Reich einer Metaphorik, wo der Unterschied sowohl Wert als auch Bedeutung erwirbt. Das beabsichtigte Ziel ist daher, eine effektivere Definition dieses Ort zu formulieren, ohne den Anspruch, Lösungen zu liefern, sondern vielmehr zu versuchen, konzeptuelle Probleme auszu-weisen, die im Herzen der Geschlechts-diversität liegen.

In der westlichen Gesellschaft (1) ist die vorherrschende Interpretation von Differenz negativ aufgrund der potentiellen Gefahr, die sie für die Kontrolle des hierarchischen Prinzips darstellt, auf welchem unsere Gesellschaft begründet ist. Die zugrunde liegende Logik dieses Prinzips zielt auf beides: Vereinfachung und Gleichförmigkeit, und zwingt somit eine andersartig unbeherrschbare Vielförmigkeit in legitimierte soziale Modelle. Unterschiede werden geahndet, da sie nicht entlang dieser Logik verlaufen. Und die resultierenden reduktionistischen Modelle werden daher durch das Gegensatzpaar Unterlegenheit/Überlegenheit geordnet.

Ungeachtet dieses vorherrschenden Konzepts von Differenz beginnt in bestimmten Sphären zeitgenössischen Denkens eine positivere Bewertung Boden zu gewinnen, Dank dieses Bruchs der Metaphorik, der unsere Ära charakterisiert: ein Bruch, der jetzt einen neuen und kohärenten Prozeß eines Bedeutungswandels erlaubt. Diese Neubewertung von Differenz (die einige der fundamentalen Annahmen einer hierarchischen Kultur in Frage stellt) erhält durch die theoretischen Beiträge mindestens dreier verschiedener Denkströmungen Nahrung: Die Reflexionen zu Geschlecht ("gender") und dem öko-

logischen Denken haben beide das Problem der Differenz zum Zentrum ihrer Begriffsdefinitionen gemacht, wie auch der Anarchismus, in welchem Differenz ein fundamentales theoretisches Element darstellt. Es ist die Wechselbeziehung dieser Strömungen, die eine vielgesichtige, anti-hierarchische Kultur erwachsen läßt, die fähig ist, Herrschaft auf einer globalen Basis herauszufordern.

Dieses Ziel zu erreichen, wird bestimmt nicht einfach sein, aber es setzt eine Revolution der Begriffe voraus, die sich gerade auf die Fundamente westlichen Denkens überhaupt auswirken wird. Daher scheint es wert, diese kognitiven Muster kurz zu betrachten, die durch unsere Gesellschaft in weitem Maße übernommen wurden und die beiden Kategorien "männlich" und "weiblich", mit denen wir uns beschäftigen, grundlegend beeinflußt haben.

Ausgangspunkt ist die inhärent mythische Struktur menschlichen Wissens. Wir können Realität nur durch das Medium unseres symbolischen Universums wahrnehmen und somit, durch sein Schaffen von Mythen. Die Menschheit kann aus ihren eigenen Mythen nicht ausbrechen, sie kann sie weder exorzieren, noch kann sie sie auf Distanz halten. Willkürlichkeit scheint daher eine Basis und unausweichliches Charakteristikum menschlichen Wissens zu sein, wenngleich jede Kultur für sich beansprucht, auf objektiven Kriterien zu basieren, die als solche nur innerhalb dieses spezifischen Kontexts wahrgenommen werden.

Ein weiteres bedeutendes Element des Wissens, das zu ein und derselben Zeit dessen Fundamente legt und seine Grenzen definiert, ist das Auftauchen des Selbst ("self"), mit seiner unvermeidbaren Folge, des Auftauchens des Anderen. Dieser Prozeß betrifft sowohl das Individuum als auch die Spezie als Ganze. So wie das Kind seine Einzigartigkeit entdecken muß, so mußte die Spezie, im Prozeß des Wissenserwerbs, das "ozeanische Gefühl" (oceanic sentiment) preisgeben, um Selbstbewußtsein zu erlangen. Sie mußte sich unterscheiden von einem großen Ganzen, das in seiner Totalität unbegreiflich ist. Die Erscheinung von Wissen bringt somit eine Distanz zwischen dem Einen und dem Anderen mit sich und, wie Cornelius Castoriadis es nimmt, sieht sich dieses Selbst immer als das Zentrum der Welt.

Die Erscheinung des Einen und des Anderen repräsentiert daher den Übergang vom Chaos zum Kosmos und den entsprechenden bedeutungsgebenden Prozeß. Es ist für das Auftauchen einer Herrschaftskultur nur typisch, daß dieser Prozeß in einen Unterjochungsprozeß transformiert wird, und daß das Wissen des Selbst eher zum absoluten denn zum willkürlichen wird. (...)

Es ist ein entindividualisierendes und wirkungsloses Denksystem, das ein objektives Wissen postuliert, welches auf einer *Nebeneinanderreihung* von Intellekt und Emotionen basiert.

Ebensowenig ist Wissenschaftsrationalität frei von Geschlechtszuweisungen: Eine der Hauptcrrungenschaften der neuen feministischen Kritik war das Freilegen dieser männlichen Etikettierung in einem Denksystem, das beanspruchte, geschlechtsneutral zu sein. Die wissenschaftliche Metaphorik basiert auf solchen fundamentalen Unterteilungen zwischen Geist und Körper, Transzendenz und Immanenz, Intellekt und Emotionen, die alle zu der grundsätzlichen Unterteilung führen, auf der unsere Weltbild beruht: diejenige zwischen Kultur und Natur. Ein Geschlechtscharakter ("sexual character") wird dann diesen Unter-teilungen zugeschrieben, wo Männern (definiert als objektiv, nicht emotional, abstrakt) wissenschaftliche Mentalität zugeschrieben wird (und technische Fähigkeit, in einer Welt, die auf der Basis von technologischem Fortschritt beurteilt wird), während Frauen (definiert als subjektiv, emotional, konkret) Charakteristika und Felder zugewiesen werden, die der herrschenden Rationalität äußerlich sind (2).

Die Absurdität solcher kognitiven Strukturen liegt in der Marginalisierung nicht nur eines Geschlechts ("gender") sondern ebenso von einigen operativen und logischen Prozessen, die dem menschlichen Denken eigentümlich sind. Während Wissenschaftsrationalität - quantitativ ausgedrückt - einen beträchtlichen Grad technologischer Entwicklung erlaubt, hat - was den Punkt der Qualität betrifft - die Privilegierung von bestimmten Prozessen über andere tatsächlich die Sphäre menschlicher Fähigkeit limitiert. Es scheint daher notwendig, die intellektuelle Hegemonie noch einmal zu betrachten, wie sie von der Wissenschaftsrationalität proklamiert wird und eine Neukomposition menschlicher kognitiver Muster zu postulieren, die über die hierarchische und dichotome (s.v.) Logik des westlichen Denkens hinausgeht. (...)

Es ist nicht nur eine Sache der Neuordnung von Emotionen und Intellekt sondern auch der Überwindung der Teilung zwischen dem Einen/Subjekt und dem Anderen/Objekt. Dies soll nicht vorschlagen, daß der Eine aufhören muß, der zentrale Punkt des kognitiven Prozesses zu sein (ob des Individuums oder der Spezie), sondern daß das Bewußtsein des Selbst sich nicht in einem geschlossenen System befinden muß mit dem Einen, als dem absoluten Zentrum, sondern vielmehr in einem offenen System, in dem es Teil eines komplexen Systems von viel-



Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

verzweigten und vielschichtigen Beziehungen wird.

Es muß ebenso darauf hingewiesen werden, daß Neuordnung nicht Assimilation heißt. Neugliederung von Geist/Intellekt/Transzendenz und Körper/Emotionen/Immanenz bedeutet nicht, ihre Eigentümlichkeiten in einer Synthesis zu vernichten, sondern vielmehr, diese in eine integrierte und vielförmige Perspektive aufzunehmen. Das Ziel ist nicht eine Symbiose (die den Raum zwischen dem Einen und dem Anderen eliminieren würde und Selbstbewußtsein in Zweifel rücken würde), sondern die Entwicklung einer Einstellung, eines Gefühls, welches erlauben wird, diesen unausmerzbaren Raum zu kreuzen.

Die Neuordnung menschlichen Denkens muß deshalb mit der Neuordnung des zugrunde liegenden Gegensatzpaares Natur/Kultur beginnen und mit der Überwindung der verwandten Konzepte, die uns die hierarchische Kultur auferlegt hat. Sowohl die anarchistische Analyse von Herrschaft als auch das organisierende Prinzip von symbolischem und sozialem Raum, wie die theoretische Teilhabe von sozialer Ökologie(3), die die nahe Verwandtschaft zwischen der "Herrschaft von Mensch über Mensch" ("man over man") und die "Herrschaft von Mensch über Natur ("domination of man over nature"), ans Licht gebracht haben, sind für diesen Prozeß fundamental. Die feministische Kritik hat ein paar wichtige Konzepte zu dieser Analyse angewandt, indem sie die Kategorien von "männlich" und "weiblich" einführte. (...)



Sex und Gender

An diesem Punkt würde ich gerne eine konzeptuelle und terminologische Unterscheidung ziehen, die für weitere Reflexionen nützlich sein kann, auch wenn das riskiert, den Gegensatz zwischen Natur und Kultur neu herzustellen, den wir gerade kritisiert haben. Es betrifft die Begriffe "Sex" und "Gender". Speziell im Italienischen, aber auch in vielen anderen Sprachen, wird der Gebrauch des Begriffs "Gender" (Geschlecht) fast ausschließlich auf die grammatische Struktur begrenzt, anstatt den weiteren Gebrauch zu besitzen, der sich auf solche spezifischen Attribute bezieht, die durch jede Kultur in Kategorien von "männlich" und "weiblich" zugewiesen wird, beginnend mit den sozialen Rollen und deren verwandten Verhaltensmustern. Der Begriff "sex" besitzt auf der anderen Seite verschiedene Bedeutungen, einige davon beziehen sich auf die biologische Tatsache, andere wiederum auf die kulturelle Ausarbeitung derselben: eine Überlappung, die den Begriff höchst doppeldeutig gemacht hat. Es scheint wünschenswert, den Gebrauch der Begriffe zu verändern, "Geschlecht" (sex) für solche Bedeutungen zu gebrauchen, die sich auf das biologische Faktum beziehen und "Geschlechtscharakter" (gender) für solche, die soziale Rollen und soziales Verhalten betreffen. Diese Unterscheidung mag ziemlich künstlich scheinen. Aber für den Moment wird sie helfen, die Diskussion zu klären.

Diese konzeptuelle Verwirrung ist der patriarchalen Kultur eigentümlich, die sich auf die Anatomie berufen hat, um die soziale Bestimmung der Geschlechter zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang erscheinen "männlich" und "weiblich" als Kategorien, die nicht durch Kultur sondern durch Natur definiert sind (4).

Überraschenderweise werden diese patriarchalen Konzepte oft in der Untersuchung zum Geschlecht ("gender) verwendet, die von einigen feministischen Strömungen durchgeführt werden. Die Definitionen von "männlich" und "weiblich" bleiben wesentlich unverändert, wie die Paarungen von Frau/Natur und Mann/Kultur zeigen. Es ist die Zuweisung von Wert, die umgekehrt und modifiziert wird. Das "männliche" ist noch die Sphäre von Transzendenz und objektiver Vernunft, während das "weibliche" weiterhin die Sphäre von Immanenz und Emotionen ist; aber letztere werden mit positiven Werten ausgestattet. Dieser unerwartete Triumph "ewigen weiblichen Geists" öffnet den Weg in einen fragwürdigen Spiritualismus mit starken mystischen Tendenzen. Geschlechter scheinen doch wieder an gegensätzlichen Polen zu sein, und es ist das biologische Geschlecht ("sex"), das ihre Rollen, ihr Verhalten und ihre Sensibilitäten determiniert (5).

Diese Ansicht ist teils eine Reaktion auf denjenigen klassischen Feminismus, der die Überlegenheit jener Kategorien bestätigte, die als "männlich" definiert waren und lediglich das Recht der Frauen auf Zugang zu diesen Kategorien forderte, von denen sie früher ausgeschlossen worden waren. Diese Akzeptanz "männlicher" Werte konnte später als Assimilationsgefahr betrachtet werden, die das Verschwinden jener "weiblichen" Attribute bedeutet hätte, die jetzt anfingen, stolzer angesehen zu werden. Es wurde nicht mehr länger als notwendig erachtet, Natur, Immanenz und die Privatsphäre zugunsten derjenigen von Kultur, Transzendenz und der öffentlichen Sphäre preiszugeben, sondern vielmehr jene Verknüpfungen mit Natur zu betonen, die die "Quelle der Stärke der Frauen" sind, "das Bewußtsein des weiblichen Selbst mit den Gesetzen der Natur in Einklang zu bringen", da es letztere ist, von der sich die weibliche Identität herleitet.

Obwohl die gerade hervorgehobenen beiden Positionen gegensätzlich scheinen, sind sie tatsächlich nahe verwandt, da sie sich beide noch fest innerhalb des symbolischen Raums befinden, der durch die scheinbar absolute Opposition zwischen Natur und Kultur definiert wird.

Unsere Forschung sollte in Richtung anderer und verschiedener Konzepte zielen. (...) Ich wage es nicht, zum jetzigen Zeitpunkt eine Definition zu versuchen, sondern ich ziehe es vielmehr vor, zu sagen, was definitiv nicht ist. Menschliche Natur ist nicht die Herrschaft von Transzendenz über Immanenz; eine Herrschaft, die vorgibt, die Spezie (oder genauer gesagt, die Hälfte von ihr) jenseit der Grenzen ihrer Stofflichkeit zu plazieren. Ebensowenig ist es das Reich der Notwendigkeit, in welchem die kosmische Ordnung die Menschheitsgeschichte determiniert. Genausowenig ist es weder der Traum von Omnipotenz noch die Rückkehr zum Ozeanischen Gefühl. Eine erste, sehr grobe Definition in positiven Begriffen wäre die Behauptung, daß **die menschliche Natur die Fähigkeit bedeutet, aus gegebenen Möglichkeiten auszuwählen.**

Es bleibt noch zu bestimmen, wieviele Varihlen es unter den gegebenen Möglichkeiten gibt, und wie umfasssend deren

Kombinationsfähigkeit ist. Bevor wir jedoch eine präzisere Definition versuchen, müssen wir einen neuen begriffslogische Ansatz schaffen, der uns erlauben wird, das menschliche Denken neu zu ordnen; ein Prozeß, der für die sorgfältige Ausarbeitung neuer Kategorien, die im Licht neuer Werte definiert sind, wesentlich ist.

Wir können jetzt zu der Frage zurückkehren, wie Diffenenz in dem gegenwärtigen historischen Kontext gesehen wird. Patriarchale Bedeutung hat uns eine Interpretation in einer Terminologie der Ungleichheit hinterlassen. Es ist jetzt notwendig, sich außerhalb des konzeptuellen Universums hierarchischer Gesellschaft zu begeben und das Konzept des Unterschieds von demjenigen der Ungleichheit zu befreien. Es ist trotzdem nicht mehr länger ausreichend, soziale Gleichheit voranzutreiben als Lösung des Problems, vorausgesetzt, daß das Konzept der Differenz eine Vielförmigkeit impliziert, die dasjenige der Gleichheit, wie es in unserer Kultur ausgedrückt wurde, überwiegt.

Die Unzulänglichkeit des Gleichheitskonzepts

In ihrem philosophischen Sinn ist die Idee der Gleichheit tief in der anthropologischen Struktur des westlichen Denkens verwurzelt. Die fundamentale Annahme der westlichen Gesellschaft (die exakter als diejenige repräsentativer Demokratien definiert werden könnte) ist, daß jedes Individuum in der Gesellschaft den gleichen Wert besitzt, gleiche Rechte und gleichen Zugang zu politischer Macht in ihrer übertragenen Form. Dies ist offensichtlich der Grundmythos der westlichen Gesellschaft aber nicht ihre sozio-politische Realität; lassen Sie uns für den Moment jedoch bei der philosophischen Dimension verweilen. Die bloße Existenz dieser Annahme bedeutet, daß jeder Gleichheitsanspruch (ob der Geschlechter, Rassen, ethnischen Gruppen, Altersgruppen oder anderen) mit der herrschenden Kultur vereinbar ist. Dies soll nicht heißen, daß er sofortige und schmerzlose Anwendung in der Gesellschaft erreicht sondern lediglich, daß der Anspruch als legitim betrachtet wird. In diesem Sinne ist die Forderung nach Geschlechterparität eine legitime Nachkommenschaft unserer Ära und unserer Kultur.

Wenn wir von der philosophischen zur sozialen Dimension übergehen, wird die Situation bedeutend widersprüchlicher, wenn wir annehmen, daß wir einer Gesellschaft gegenüberstehen, die vom Egalitären weit entfernt ist und somit ihre hierarchische Struktur angesichts der vorausgesetzten Gleichheit aller Individuen rechtfertigen muß. Dies tut sie, nicht, indem sie irgendein transzendentes Recht anruft, wie sie dies in der Vergangenheit tat, sondern vielmehr indem sie sich auf ein immanentes Recht bezieht, gerechtfertigt durch die funktionalen Notwendigkeiten, die durch das Management einer komplexen Gesellschaft wie der unsrigen auferlegt wird.

Was die Geschlechter betrifft, ist dieser Gleichheitsanspruch kulturell konsistent gewesen. Aber er ist sozial widersprüchlich geblieben, da er eine segmentierte Parität innerhalb eines sozial ungleichen Kontexts sucht. Aus dieser Betrachtungsweise ist ein bestimmter Feminismus (mit großem Einfluß) ein Integrationsfaktor in die Gesellschaft der Herrschaft gewesen, indem er die nach oben gerichtete Verschiebung der weiblichen Halb-pyramide entlang der vertikalen Gesellschaftsachse - zu einer, der männlichen Halbpyramide gleichen Position - vorschlug, ohne die allumfassende hierarchische Struktur zu verändern.

Dieser Integrationsschub ist auch mit einem Grad der Flexibilität im westlichen System kombiniert worden, wo die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ihre transzendente Legitimation verloren hat. Aber er hat - wenigstens in seiner absoluten Form -noch keine konsistenten funktionalen Motive entwickelt, um diese Ungleichheit zu erhalten. Wir werden später sehen, wie und warum dieses Phänomen entstanden ist. Während viele soziale und symbolische Räume durch diese spezifische Ungleichheit gekennzeichnet bleiben, beansprucht die westliche Gesellschaft nicht mehr länger, daß sie strukturell für ihr Überleben notwendig sei und akzeptiert eine bemerkbare, wenngleich langsame und widersprüchliche Aufnahme dieser teilweisen Gleichstellung.

Um diese Verkürzung der Geschlechterdiskriminierung besser zu verstehen (zu Gunsten anderer Kriterien, auf die wir zurückkommen werden), müssen wir unseren Horizont ausdehnen, um die planetarische Kontrolle einzuschließen, die durch die westliche Gesellschaft in Gang gesetzt worden ist: Nur, wenn wir diesen allgemeineren Ausblick im Auge behalten, werden ihre internen Dynamiken verständlicher. Ich beziehe mich speziell auf jene Nord-/Süd-Teilung der Welt, in der ein reicher und demokratischer Norden sich eine bemerkenswerte interne Flexibilität erlauben kann. Er kann tatsächlich einen bestimmten Grad sozialer Gleichheit und generalisierten Wohlseins in Anspruch nehmen, indem er die negativen Auswirkungen dieses Prozesses an einen ökonomisch und kulturell untergeordneten Süden weitergibt und daher die funktionalen Notwendigkeiten einer hierarchischen Gesellschaft auf Welt-Niveau wiederherstellt. Wie libertäre Feministinnen erkannt haben, gibt es keine radikale Lösung der Mann-/Frau-Ungleichheit, ohne daß das ganze hierarchische Prinzip in Frage gestellt wird (6).

Es gibt einen weiteren Grund, warum das Gleichheitskonzept unzureichend ist, um die Vielförmigkeit auszudrücken, die das Konzept der Differenz impliziert. Es postuliert tatsächlich eine absolute Parität vor dem Gesetz, das bei uns ein statisches Bild sozialer Macht hinterläßt. In Wahrheit ist Macht eine dynamische Funktion, die unter den verschiedenen Subjekten zirkuliert und eine Serie von vorübergehenden Asymmetrien produziert, die das soziale und symbolische Leben der Individuen durchschneiden, des Geschlechts ("gender"), der Altersgruppen, etc. und die sich ebenfalls auf andere grundlegende Konzepte, wie z.B. Autorität und Einfluß auswirken.

In der hierarchischen Gesellschaft werden viele dieser vorübergehenden Asymmetrien dauerhaft und stellen ein konstantes Ungleichgewicht einiger sozialer Gruppen her. Die Institutionalisierung dieser Asymmetrien bricht die aktuelle Symmetrie derjenigen Gesellschaften, die nicht entlang hierarchischer Prinzipien organisiert sind, eine Symmetrie, die daraus resultiert, daß alle sozialen Funktionen, die durch jedes Individuum im Laufe seines/ihres Lebens ausgeführt werden Berücksichtigung finden (7).

Das Konzept der Gleichwertigkeit, das aus dieser sozialen Vision resultiert, scheint mir für den dynamischen Charakter, den wir der Macht zugeschrieben haben, adäquater zu sein, da es eine größere soziale Vielförmigkeit erlaubt, die vorübergehende Asymmetrien nicht in dauerhafte Hierarchien umformt.

über der Differenz, einer Passion, die unser Denken nährt und die zu der Ausmerzung all dessen, was unsere Identität nicht widerspiegelt, geführt hat". Diese Angst hat dennoch widersprüchlicherweise zu einer überbetonten Differenz zwischen den Geschlechtern - auf der einen Seite - und zu einer stereotypisierten Gleichförmigkeit innerhalb der Geschlechter - auf der anderen Seite - geführt und reduziert die legitimen Kombinationen menschlicher Veränderlichkeit enorm.

In diesem Kontext präsentiert sich das Bedürfnis nach Geschlechtsidentität als eine außerordentliche Angst vor Androgynität, einem Spektrum, das in der männlichen Sphäre traditionell vorhanden ist. Der Mythos der Androgynität repräsentiert den Wunsch nach einer

Wiedervereinigung des "männlichen" und des "weiblichen", zweier Identitäten, die ursprünglich vereinigt waren und - nachdem sie schmerzhaft in zwei autonome Geschlechter getrennt worden waren - einander in einer unwiderstehlichen und niemals zufriedenstellenden gegenseitigen Anziehung suchen. Die Spannung Richtung Wiedervereinigung ist als eine Gefahr der Wiederangleichung interpretiert worden (auch von einigen Feministinnen), die das Verschwinden von Geschlechtsidentität bedeuten würde; daher produziert das Spektrum der Androgynität die Angst vor dem Undifferenzierten. Jedoch wird der Tatsache wenig Bedeutung zugeschrieben, daß diese gegenseitige Anziehung aus einem "archaischen Gedächtnis" erwächst, das von den beiden Geschlechtern geteilt wird, aus einem Gefühl der Einheit in der Mannigfaltigkeit, aus all dem sich die Basis für eine andere fundamentale Identität konstituiert: die der Spezie (8). (...)

Dies führt uns zu der Frage der Identifikation jener Variablen, die sich - in unserem kulturellen Zusammenhang - in der Bildung des Selbst vereinigen; jene fundamentalen Identifikationen, die eine zentrale Bedeutung innerhalb unserer Kultur annehmen. Es scheint mir, daß diese Elemente in der Triade Individuum/Geschlecht/Spezie identifizierbar sind. Es ist jetzt notwendig, nicht nur diese Kategorien neu im Lichte einer positiven Bedeutung von Differenz zu interpretieren sondern ebenfalls ihre Verwandtschaft, indem berücksichtigt wird, daß sie kulturelle Konstruktionen sind, deren Vereinigung nicht notwendigerweise eine Priorität gegeben wird sondern das Resultat einer bestimmten kulturellen Geschichte ist.

Aber es ist nicht das einzige Element, auch nicht das einzige Paradigma, das einem komplexeren sozialen und symbolischen Raum Bedeutung geben könnte.

In diesem Raum müssen wir versuchen, eine Metapher der Spezie wiederzuentdecken, die weit weg ist von dieser geschlossenen Perspektive, die wir von der patriarchalen Kultur geerbt haben. Wir brauchen ein sehr viel weitreichenderes Konzept, um das wir die Sphäre des Menschlichen bilden können. Eine Menschheit, die nicht länger durch das "Männliche" kolonisiert wird, das sich selbst als universell gibt, sondern vielmehr eine Einheit in der Mannigfaltigkeit verteidigend, in welcher die Geschlechter und ähnlich die Individuen sich voll identifizieren können; einer Menschheit, die sich nicht länger selbst als die Antithese einer total äußerlichen Natur sieht. (...)

Nur wenn sich eine gemeinsame ethische Perspektive innerhalb dieser Sphäre entwickelt, wird die Differenz in der Lage sein, sich selbst zu realisieren, gänzlich ohne das Risiko, in Unbegreiflichkeit und Angst des Anderen entlang seiner sozialen und symbolischen Pfade transformiert zu werden.

Es wird dann möglich sein, eine Ästhetik der Differenz zu postulieren, die an ihre äußersten Folgen geführt wird: den Triumph der Vielförmigkeit.

Je mehr die Spezie gemeinsame Werte teilt desto mehr werden die Geschlechter und Individuen in der Lage sein, differenzierte Vorstellungen und Modalitäten zu konstruieren. Auf diese Weise werden die Sprachen, Gesten, Erotizismus, Emotionalität und die gesamte Körpersprache jene privilegierte Sphäre ausmachen, in welcher es möglich sein wird zu experimentieren und menschliche Kreativität zu zelebrieren.

Zur Geschlechterdifferenz

Sehen wir, ob wir einige Schlüsse aus dem, was oben gesagt wurde, um eine bessere Definition dieser Differenz, mit der wir uns befassen, ziehen können.

Meine erster Schluß ist, daß es wichtig scheint, die Konzepte von "männlich" und "weiblich" abzuschaffen, die bis jetzt grundsätzlich akzeptiert worden sind. Trotz der Spannbreite von Annäherungen und Zwecken, sind alle innerhalb eines Systems dichotomen Denkens entwickelt worden. Diese Neuordnung des Denkens, der wir eine zentrale Priorität gegeben haben, wird uns erlauben, diese entgegengesetzten und unvereinbaren Kategorien zu verlassen und sie gemäß einer positiven Bestimmung des Konzepts von Diversität und Viel-fältigkeit neu zu definieren. Es ist daher notwendig, die Idee, daß "männlich" und "weiblich" ontologische Kategorien sind, preis-zugeben, d.h. Kategorien die Geschichte und Kultur transzendieren.

"Männlich" und "weiblich" sind tatsächlich kulturelle Konstruktionen, die jede Gesellschaft auf der Basis ihrer eigenen Interpretation der Welt entwickelt.

Der zweite Schluß (der am Anfang vorgeschlagen wurde) ist jene biologische Differenz: während sie bestimmte Funktionen bestimmen kann, determiniert sie die ihnen zugeschriebenen sozialen Rollen nicht. Die Tatsache, männliche oder weibliche Attribute zu besitzen, ist nicht in sich bedeutsam, sondern erwirbt innerhalb eines kulturellen Kontexts eine bestimmte Bedeutung. (...)

Jetzt ist offensichtlich, daß der biologische Unterschied dort unausweichlich und unverkürzbar ist (obwohl die Gentechnologie die Grenzen dieser Unverkürzbarkeit in Zweifel gebracht hat). Dennoch müssen wir gleichzeitig zugeben, daß wir den biologischen Unterschied lediglich durch seine Repräsentation (klar willkürlich) wahrnehmen können, da der wahre Wissensprozeß die Verleihung von Bedeutung impliziert, im gleichen Moment, in dem eine Tatsache bekannt wird. Ohne diese kulturelle Interpretation würde die biologische Tatsache für die menschliche Spezie "stumm" bleiben, ihre Wahrnehmung sein, die immer durch den symbolischen Code der letzteren vermittelt wird. Ebensowenig können wir glauben, daß es möglich ist, der biologischen Tatsache eine "Stimme" zu geben, "die Natur für sich selbst sprechen zu lassen": Die Natur spricht immer zu uns und gibt jene Bedeutungen zurück, die wir auf sie projiziert haben, entweder auf bewußtem oder unbewußtem Niveau.

Es ist bestimmt ein kurzer Schritt von dieser Zentralität im kognitiven Prozeß zu jener arroganten anthropozentrischen (oder besser androzentrischen) Konzipierung, die die westliche Kultur gekennzeichnet hat. Aber dieser Schritt ist weit von seiner angeblichen Unvermeidbarkeit entfernt, wenn wir gleichzeitig Werte entwickeln, die jenem Traum von Omnipotenz fremd sind, der unsere Kultur durchdrungen hat. (...)

Das biologische Geschlecht ("sex") tränkt das soziale/kulturelle Geschlecht ("gender") aber bestimmt es nicht. Und das führt uns zu jener menschlichen Natur (alternativ als gänzlich durch Natur oder gänzlich durch Kultur determiniert beschrieben), von der wir gesehen haben, daß sie das Resultat der Zwischenbeziehungen zwischen der biologischen Tatsache, die ihre Fäden liefert ist und jener Wahlfreiheit die die Kultur liefert, die auf erstere die tausend Formen des sozialen Reichs zeichnet.

Gehen wir jetzt zurück zum Anspruch, daß "männlich" und "weiblich" kulturelle Konstruktionen sind, die von jeder Gesellschaft auf Basis ihrer eigenen Weltinterpretation entwickelt werden. Diese Konstruktionen werden prinzipell um die Rollen herum geformt, die jede Gesellschaft den Geschlechtern zuweist und die die Quelle jenes besonderen Verhaltens, Haltungen, Gefühlen und Sensibilitäten sind, die zu der Formung der Geschlechtsidentität beitragen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist daher für die Entwicklung des Geschlechts ("gender") fundamental, gerade wie sie es für die Existenz der Gesellschaft überhaupt ist.(...)

Für den Moment werden wir unsere Aufmerksamkeit gerade auf den Sozialisationsprozeß lenken, darauf ge-zielt, die Fähigkeiten zu entwickeln die durch diese spezifischen Rollen verlangt werden,

der sich fortschreitend auf eine Starrheit dieser Teilung und der verbun-denen Geschlechtsattribute zubewegt, und mit der Zeit zu jener kulturellen Selektion wird, die für den bereits erwähnten Klonungsprozeß verantwortlich ist. Indem die Kompetenzen der betreffenden Geschlechter zu einem Punkt extremer Spezialisierung und Tätigkeit gemäß eines Kriteriums des Ausschlusses gebracht werden, hat diese Sozialisation sie einander zunehmend verfremdet. Wenn die Gesellschaft sich auf der einen Seite selbst auf der Basis jener sozialen Arbeitsteilung organisiert, verliert sie zur gleichen Zeit einen großen Teil ihrer Flexibilität aufgrund jener rigiden und spezialisierten Sozialisation.

Dennoch ist es nicht zwingend, das Verschwinden differenzierter Rollen als das Gegengift für jene soziale und symbolische Ungleichheit zu hypothesieren, die die patriarchale Kultur kennzeichnet (ebenfalls obwohl das Verschwinden des "Geschlechtsvertrags", der die gesamte Gesellschaft in das "Männliche" und das "Weibliche" aufteilt wünschenswert sein kann). Geschlechtsunterschiede sind sowohl möglich wie wünschenswert, solange sie auf Kriterien basieren, die sich von der bipolaren Herrschaftslogik, die eine Rollenteilung in eine Rollenhierarchie transformiert, unterscheiden. Eher ist es nötig, sich in Richtung eines Kriteriums sozialer und symbolischer Gleichwertig-keit zu bewegen, die viel größere Unterscheidungen erlauben kann und dennoch bestimmte spezifische Rollen beibehält, um die herum die Geschlechter ihre eigenen Identitäen konstruieren können.

Auszuweisen, was diese Rollen heute sein könnten, ist eine zu langwierige Aufgabe, um sie hier zu unternehmen. Für den Moment genügt es, herauszustellen, daß es keine "natürlichen" männlichen oder weiblichen Rollen gibt, sondern daß diese auf der Basis der Bedürfnisse und Wünsche, die für jede Gesellschaft spezifisch sind, determiniert werden. Und daß die geschlechtliche Arbeitsteilung sich nicht durch die gesamte Gesellschaft auszubreiten braucht, sondern sich mit anderen Kategorien durchweben muß, wie z.B. jene von Individualität und Spezie Neutrum und Menschheit.

In dieser offeneren und dynamischen Sichtweise von Gesellschaft müßten sich die Sozialisationskriterien ebenfalls an ihre viel-gesichtige Natur anpassen und von einer rigiden und spezialisierten kulturellen Selektion zu einer komplexen Sozialisation wechseln, die jedem Individuum erlauben würde, im Verlauf seines/ihres Lebens mit einer Zahl von Rollen zu experimentieren. Diese Eröffnung von Zielen scheint bereits in der westlichen Gesellschaft stattzufinden. Tatsächlich sind die Faktoren, die diesen Prozeß und die Richtung die er genommen hat ange-facht haben, die Antwort auf gänzlich verschiedene Bedürfnisse.

Unsere Gesellschaft unterläuft in der Tat einen Restrukturierungsprozeß, der Auswirkungen über den Planeten hat und die Rollen der Geschlechter ebenfalls bemerkenswert verändert. Die weiblichen Rollen unterlaufen im besonderen eine radikale Transformation (erleichtert durch die Geburtenkontrolle), die den Frauen eine gänzlich neue Breite der Wahlfreiheit eröffnet, was einige Jahrzente früher undenkbar war. Viele der traditionellen Rollen (wie z.B. die Erziehung und Sozialisation von Kindern, die Kranken- und Altenpflege, die Leitung des familiären Wohnens usf.) sind zunehmend durch den Staat übernommen worden, der seine Kontrolle mit einem Eindringen des "Öffentlichen" in Gebiete, in denen er vorher praktisch oder gänzlich abwesend war, auf die Privatsphäre ungeheuer ausgedehnt hat. (9).

Die Schwächung der traditionellen Rollen (die sich auf die verschiedenen sozialen Klassen und Kategorien auf verschiedene Arten ausgewirkt hat) hat dennoch keine anderen spezifischen Rollen

Unsere Kritik der Logik von Herrschaft, mit ihrer Betonung auf Gleichförmigkeit und Simplifizierung, sollte - wie Barbara McClintock vorschlug - eine Neubewertung von "Abweichungen" einschließen. Diese sollte nicht als die Ausnahme gesehen werden, die die Regel bestätigt, sondern vielmehr als ein Element von Realität, das seine eigene Bedeutung und Wert besitzt, und das deshalb im Verständnis der Welt einbezogen werden sollte. Die Neubewertung des "Abnormen" (normal in seiner statistischen Bedeutung "maximaler Häufigkeit" und nicht im ethischen Sinne von "richtig") und von Abweichung (nicht mehr betrachtet als Unordnung sondern als legitimer Ausdruck sozialer Verschiedenheit) wird uns erlauben, Differenz als gegeben und als einen Wert darzustellen, nicht nur zwischen den Geschlechtern sondern auch innerhalb derselben, und jenen falschen Universalismus zurückzuweisen, den die Geschlechtsstereotypen postulieren.

Der Ausgangspunkt ist dieses Identitätsbedürfnis, das ein zwingender Faktor für die Konstruktion des Selbst ist: Es ist notwendig, es zu definieren, aus dem "ozeanischen Gefühl" auszubrechen, seine eigene Einzigartigkeit zu bestätigen. Im Prozeß symbolischer Kodifizierung, der das Auftauchen des Einen (sowohl in der Spezie als auch im Individuum) begleitet, ist die erste unausweichliche Differenz, die in der Natur angetroffen und auf die Gesellschaft angewandt wird, ist die (biologische) Geschlechtsdifferenz ("sexual difference"), die - von der Gesellschaft vorgegeben und vermittelt - die Geburt des (sozialen/kulturellen) Geschlechts ("gender") verursacht. Sie ist die erste Hauptsystematisierung der Welt. Das Erkennen von (biologischer) Geschlechtsdifferenz ("sexual diffe-rence") ist deshalb ein universelles Charakteristikum menschlicher Kultur, obgleich unter einer Vielfalt von Formen.

In patriarchalen Kulturen scheint die Konstruktion männlicher Identität ein ziemlich traumatischer Prozeß, da sie das Verleugnen der Erstidentifikation erfordert, die normalerweise die mit der Mutter ist. Sie markiert somit eine außerordentliche und qualvolle Abwendung vom weiblichen. Die Konstruktion des letzteren scheint, auf der anderen Seite, eine Hauptkontinuität zu erhalten.

Es ist möglich, diesen traumatischen Bruch als die Quelle dieser Angst des Ununterschiedenen zu sehen, die für unsere Kultur so typisch ist. Wie Serge Moscovici betont, resultiert sie in "dieser niemals anhaltenden Intoleranz gegenproduziert, um die herum das weibliche Geschlecht sein neues Image konstruieren kann. Wie Ivan Illich hinweist, hat diese Schwächung der Rollen eine Schwächung der Geschlechtsidentität zugunsten einer eingeschlechtlichen Kultur ("unisex culture") mit einer breiten männlichen Prägung zustande gebracht, die das Spektrum der Androgynität in seinem engsten Sinne wiedererweckt hat. (...)

Desweiteren verursacht diese vordringende eingeschlechtliche Kultur, während sie scheinbar männliche Attribute und Werte auf Kosten der weiblichen favorisiert, auch eine Schwächung der männlichen Identität, da jene Charakteristika, die vorher unzweifelhaft männlich waren, zwischen den Geschlechtern neuverteilt werden. Diese Neumischung traditioneller Geschlechtsvorstellungen, diese Schwä-chung der Identität, hat einen Grad sozialer Unbestimmtheit mit sich gebracht, die den Prozeß in Richtung Angleichung favorisiert. In diesem Zusammenhang können einige Unterschiede neue Bedeutungen erlangen, während sie zunehmend die traditionellen verlieren. Aber das allumfassende Resultat wird unvermeidlich eine Ahndung der Differenz sein, die als Unordnung gesehen wird, mit einer Positionierung entlang einer hierarchischen Achse. Der Prozeß, der im Moment in Gange ist, arbeitet daher gegen jenen Wunsch nach Unterscheidung, Vielfalt und Komplexität, der unsere Bedeutung der Differenz kennzeichnet.

Die Aufgabe der Kultur ist deshalb nicht

eine natürliche Vielförmigkeit zu "ordnen" (die als chaotisch und sinnlos beschrieben wird) und die Wirklichkeit auf hierarchische Modelle zu reduzieren. Wir müssen dieses konzeptuelle Universum verlassen und neue Bedeutungen für Ordnung und Unordnung, Norm und Abweichung, im Lichte anderer Werte, die sich auf die Kultur der Komplexität, der Zwischenbeziehungen anstatt eindimensionaler Kontrolle beziehen. In diesem Zusammenhang wird Vielförmigkeit nicht länger der Ausdruck von Unordnung (künstlich hergestellt durch die Vorherrschaft eines Gesetzes, dem alles entsprechen muß) sondern wird sowohl notwendig als auch wünschenswert scheinen.

Die Aufgabe von Kultur ist deshalb, dieser Vielförmigkeit sowohl Wert als auch Bedeutung zu geben, die weit entfernt davon, potentiell gefährlich zu sein, für ihr Funktionieren tatsächlich physiologisch notwendig ist: Kultur hätte keinen Grund zu existieren in einer auf Gleichgültigkeit reduzierten Realität. Sie muß daher nicht nur die Differenz in ihr Universum einschließen und sie vom Faktum zum Wert transformieren, sondern kann und muß die Differenz erfinden. Dies ist der "Ort" in dem eine weitere Unverkürzbarkeit der Differenz liegt: die Sphäre der kulturellen Plastizität unserer Spezie, die fähig ist, Vielförmigkeit zu reproduzieren, die Sphäre kreativer Imagination, die fähig ist, neue Formen zu erfinden. Es ist dieser menschlichen Fähigkeit, ihre eigenen sozialen Metaphern zu schaffen, zu verdanken, daß die aufbrechende nicht-hierarchische Kultur in der Lage sein wird, die Kategorien von männlich und weiblich auf der Basis ihres eigenen Weltbilds neu zu definieren und Rollen, Verhaltensmuster und Sensibilitäten zu formulieren, die ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen entsprechen. Zwei neue Vorstellungen werden erzeugt, bestimmt nicht in einem Vakuum sondern in bereits existierende Formen einklinkend, und doch markieren sie einen irreversiblen Bruch mit den Mythen, die ihnen bis dahin Bedeutung verliehen haben, und die schließlich ihren Zauber verlieren werden.

ANMERKUNGEN

1. Es ist wichtig zu betonen, daß die gegenwärtige Diskussion sich innerhalb des Kontexts der westlichen Kultur entwickelt. Dies ist eine notwendige Aussage, da das westliche Modell (auch in der Diskussion über Geschlecht ("gender") weit zu oft, mehr oder weniger bewußt, als das universelle genommen wird. Diese fehlerhafte Perspektive hat den anthropologischen Ausblick des Feminismus (besonders in seiner frühen Zeit) bemerkenswert gekennzeichnet und hat zwei Modelle des "Männlichen" und "Weiblichen" produziert, die oft ihres historischen Kontexts beraubt scheinen und als absolute Modelle voranschreiten und unfähig sind, eine viel komplexere und mannigfaltige menschliche Realität auszudrücken.
2. Es ist klar, daß wir uns Stereotypen gegenübersehen, die die Wirklichkeit über-simplifizieren. Wie Evelyn Fox Keller hinweist, sind nicht alle Männer Wis-senschaftler, weil die Wissenschaft das Produkt eines Subsystems ist, das der menschlichen Spezie (Männer) eigentümlich ist, aber auch einer bestimmten Rasse (Weiße) und einer bestimmten Klasse (oberes Mittel).
3. Ich beziehe mich im besonderen auf den theoretischen Beitrag von Murray Bookchin in seinem grundlegenden Buch Die Ökologie der Freiheit).
4. Zur weiteren Diskussion dieser bio-deterministischen Formulierung, siehe mein Artikel *Die Quelle des Nil: Eine Suche nach den Ursprüngen männlicher Herrschaft*.
5. Hier beziehe ich mich insbesondere auf jene Strömungen, die in Nordamerika als "kultureller" und "radikaler" Feminismus definiert werden.
6. Der Drang zur Gleichheit ("egalitarianism"), der im Konzept der Schwesternschaft ausgedrückt wird, die vom frühen Feminismus formuliert worden ist, hatte einen radikal subversiven Charakter. Weil er dennoch in aus dem Zusammenhang extrem herausgelöster Terminologie ausgedrückt wurde (ohne die enormen sozialen Unterschiede, die die weibliche Halb-Pyramide durchschneiden in Rechnung zu ziehen), hat er seine Kraft angesichts beharrlicher sozialer und kultureller Ungleichheiten zunehmend verloren. Da sie dennoch als ein Grundmythos weiterbestand, überlebte die Idee der Schwesternschaft als ein Anspruch auf eine gemeinsame Identität (trans-historisch und transkulturell), die alle Frauenn einschließen würde, egal welcher Klasse, ethnischer Gruppe oder Wissen... Ungleichheiten, die alle innerhalb dieser kol-lektiven Identität absorbiert und geschlichtet werden würden.
7. Indem ich von Gesellschaften ohne Herrschaft spreche, beziehe ich mich auf spezifische Gesellschaften die existieren oder existiert haben (z.B. jagende und sammelnde Stämme wie die Nuer, die Pygmäen und die Buschmänner). Dennoch gibt es keine Idee, eine ideale Gesellschaft vorzusschlagen, in der jene Werte der Freiheit und Gleichheit, überein-stimmend mit unserem anthropologischen Ausblick, gefunden werden können Wir müssen bestimmt vermeiden, unsere ima-ginären Strukturen auf jene anderer Ge-sellschaften zu projizieren und sie auf der Basis von Kriterien zu interpretieren, die ihnen fremd sind. Das Ziel ist eher die Beleuchtung jener Zeichen, die uns erlau-ben, kein absolutes Modell der Diversität sondern eine soziale und sym-bolische Vielförmigkeit zu hypothesieren, die die selbsterklärte Universalität von Herrschaft abweist.
8. Die Amerikanische Schriftstellerin Ursula Le Guin hat ein faszinierendes Modell der Androgynität in ihrer Arbeit The Left Hand of Darkness (Die linke Hand der Dunkelheit) entworfen, in der jedes Individuum im Laufe einer Lebenszeit zwischen einer weiblichen und männlichen Identität wechselt (unterschieden aber nicht gegensätzlich), durch die beide ein angestammter Humanitätssinn fließt.
9. Dies soll nicht implizieren, daß diese Emanzipation verdammt werden soll. Aber es ist nötig, diesen Prozeß in einen breiteren sozialen und kulturellen Kontext einzuschließen, was uns erlaubt, ihn umfassender zu verstehen und zu bewerten. Ebensowenig soll es nicht implizieren, das private Reich sei aus der hierarchischen Logik ausgebrochen sondern, daß seine Marginalität die Entfaltung eines Geschlechtsbewußtseins ("gender consciousness") und+-verhaltens erlaubt hatte, das die folgende Zunahme der Kontrolle durch den Staat annulliert hat.



»Du sollst widerstehen!«

Zur Neuausgabe von Victor Serge' *Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941*

Die Edition Nautilus hat ein Buch neu publiziert, das für die Standortbestimmung der bundesdeutschen Linken wichtige Impulse enthält und das bislang nur von einem kleinen Teil dieser Linken wirklich wahrgenommen wurde. Victor Serges politische Erinnerungen wurden auf deutsch zuerst vom Fischer-Verlag 1967, dann 1974 in Wien vom Räteverlag und schließlich 1977 vom Hamburger Association- Verlag verbreitet. Der Name des Association-Verlags, der u.a. aufgrund der Spielleidenschaft eines Kollektivmitglieds finanziell in Schwierigkeiten geriet und leider eingestellt werden mußte, deutet bereits auf die Zielgruppe innerhalb der Linken hin, die mit Victor Serge' Erinnerungen etwas anfangen konnte und wollte. Die politische Linie des Association Verlags blieb dem frühen SDS-Anspruch verhaftet, aus den Theorien von Marx und Bakunin das Brauchbarste für die aktuelle antiautoritäre Bewegung zu entleihen. Marxisten mit anarchistischer Vergangenheit wie Victor Serge, die dazu noch halfen, einen neuen Blick für die russische Revolution und die anschließenden staatssozialistischen Prozesse zu entwickeln, symbolisierten geradezu den politischen Anspruch des Verlags und trafen auf das Interesse der „heimatlosen Linken"; also denjenigen Teilen der Linken, die sich nicht auf die triste Realität von Stellvertreterpolitik und Parteienstreit einlassen wollten. Die Suche nach linksradikalen Vorbildern für einen undogmatischen Weg fand in Serge einen idealen Vertreter, zumal er sich trotz seiner Kritik am Stalinismus nicht als Verteidiger des freien Westens mißbrauchen ließ, sondern Linker blieb. Besieht man sich die Schwierigkeiten, die heute viele ehemals Bewegte mit ihrer „linken" Identität haben, zeigt sich 1991 eine neue Aktualität Victor Serges.

Für Victor Serge (eigentlich Kibaltschitsch) blieb die anarchistische Prämisse, das Politische und „Private" in Einklang zu bringen, zeitlebens gültig. Die Herausbildung seiner Identität hatte entscheidend mit der Verachtung zu tun, die er für „Mitglieder" empfand: *„Man konnte Katholik, Protestant, Liberaler, Radikaler, Sozialist, sogar Gewerkschafter sein ohne irgend etwsas am eigenen Leben, folglich am Leben überhaupt zu ändern." (S.26)* Eine politische Identität aber, um die persönlich immer gerungen wird, ist nicht mehr konjunkturabhängig.

Serge unterstützte die Russische Revolution, bewahrte sich jedoch seinen kritischen Blick für die praktische Zerstörung revolutionärer Errungenschaften durch die Bolschewiki. Er wird schließlich verhaftet, entgeht aber dem Tod aufgrund einer breiten Solidaritätskampagne zu seinen Gunsten in Frankreich und kann 1933 in seine Geburtsstadt Brüssel ausreisen. Sowohl in Brüssel wie in Paris machen ihm die Anhänger der Volksfront das Leben schwer. Zeitschriften, die seine Beiträge veröffentlichen unterliegen Repressionen, gleichzeitig beginnt auf der republikanischen Seite im Spanischen Bürgerkrieg der „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg", zwischen den von Moskau unabhängigen Marxisten und Anarchisten auf der einen und den Volksfront-Kommunisten und der GPU auf der anderen Seite.

Im Unterschied zur Associations-Auflage verzichtet die Edition Nautilus auf den Abdruck eines sechzig-Seiten starken Beitrags, der sich 1977 mit der „Aktualität Victor Serges" beschäftigte. Obwohl dieser Beitrag sowohl für das Verständnis von Serge, für seine schriftstellerische Arbeit und für die Diskussion der Neuen Linken viel interessantes Material enthielt, ist das Herauslassen verständlich, ist doch die Neue Linke selbst schon historisch geworden und ihre (nicht nur) grünen Nachfolger haben es versäumt, an den eigenen Diskussionen dran zu bleiben. Der Verlag müßte wohl wenigstens weitere 60 Seiten schreiben lassen, um das Entstehen der Kluft in der innerlinken Diskussion zwischen 1977 und 1991 zu verdeutlichen. Geblieben ist aus jenem Beitrag jedoch die Frage nach der mangelnden Rezeption von Serge in Deutschland. Die damaligen Antworten sind blamabel genug: für die ausbleibende Reaktion auf die Veröffentlichung des Fischer Verlags wurden die Vorurteile der ach so revolutionären Kämpfer gegen einen „bürgerlichen" Verlag genauso geltend gemacht, wie mangelnde Zeit zum Lesen in den Tagen der Auseinandersetzungen 1967/68. Als die Zeit zum Lesen gekommen war, wurde Serge übergangen, weil seine Lektüre zum Nachdenken über eigene Fehler angeregt hätte. Gefragt waren jedoch nach der Niederlage im Mai 1968 Rezepte, und zwar einfache und erfolgversprechende. Es wurden lieber Mao-

Sprüche auswendig gelernt, als über eine Bolschewismuskritik die Organisierung als Partei grundsätzlich in Frage gestellt.

Und heute? Hat die Neuveröffentlichung von Serge heute größere Chancen? Wieder ist Serge aktuell. Der von ihm kritisierte Bolschewismus/Stalinismus ist zusammengebrochen. Ein libertärer Sozialismus könnte, von einer Zentnerlast befreit, neuen Anklang finden..., aber sieht es wirklich danach aus? Ziehen die „Linken“ nicht vielmehr verwirrt die Köpfe ein? Reißt der Haß gegen den pervertierten Staatssozialismus nicht jeden sozialistischen oder anarchistischen Ansatz mit auf den Misthaufen der Geschichte? Alles scheint sich (für den Staat) in Wohlgefallen aufzulösen, und die meisten sind doch weit von der Position eines Serge entfernt, der sich auch in Zeiten der Bewegungslosigkeit aufgrund seiner eigenen Radikalität nicht mit der kapitalistischen Gesellschaft arrangieren konnte.

Dabei hat sich die »Welt« seit Serges Jugend subjektiv nicht viel verändert, oder ist ihm zu widersprechen, wenn er für seine Jugend schreibt: Wir suchten *„eine Lebensregel, aber eine uneigennützige... eine Regel des Handelns, aber nicht um sich in dieser erstickenden Welt einzurichten, was immer noch ein ziemlicher Kunstgriff ist, sondern um zu versuchen, und wäre es auch nur aus Verzweiflung, aus ihr zu entkommen, wenn man sie schon nicht vernichten konnte."(19)* Und noch eine bittere Aktualität Serges an dieser Stelle: *„Wir brauchten eine Regel. Vollenden und sich hingeben: sein. Im Lichte dieser Introspektion verstehe ich den leichten Erfolg der Scharlatane, die den jungen Menschen ihre billige Regel anbieten: »In Viererreihen marschieren und an Mich glauben.« Wenn nichts Besseres da ist... Das Versagen der anderen macht die Stärke der Führergestalten aus. Mangels eines echten Banners setzt man sich hinter den unechten in Marsch. Mangels reinen Metalls lebt man mit Falschgeld."(S.18)*

Die Mitverantwortung der integrierten (Ex-)Linken für die „faszinierende“ Gewalt von Rechts? Unbequeme Fragen tauchen allemal auf bei der Lektüre von Serge. Kein Grund die Finger von diesem Buch zu lassen!

Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs, Edition Nautilus, Hamburg 1991

von Wolfgang Haug

Fritz Linow: Anarchismus

Neuerscheinungen, die den Anarchismus für die Gegenwart nutzbar machen wollen, sind rar. Eine interessante Ausnahme von dieser Regel ist der soeben in der Reihe Schriften des *Libertären Forums Berlin* erschienene Band *Fritz Linow: Anarchismus. Aufsätze (Berlin 1991, 64S.).* Fritz Linow (1900-65) - selbst in libertären Kreisen heute ein Unbekannter - gehörte zu den Exponenten des Nachkriegsanarchismus in Deutschland. Unter anderem als leitender Redakteur der libertär-sozialistischen Zeitschrift *Die Freie Gesellschaft* (1949-53) gab er Anstöße zu einer Neudefinition und schöpferischen Revision der libertären Theorie, die bis heute nicht weiterentwickelt wurden. Dazu ist jetzt Gelegenheit: Der Band enthält neun Aufsätze von Linow aus den Jahren 1949-52 und ein Nachwort von Hans Jürgen Degen, das einen guten Rahmen zum Verständnis der Texte schafft.

Für Linow bot das im traditionellen Anarchismus angelegte Anrennen gegen jeden Staat im Deutschland der Nachkriegszeit so keine Perspektive mehr. Um seinem Ideal näher zu kommen, könne der Anarchismus heute nur noch pragmatisch vorgehen: *" (...) er muß für die Freiheit im Sinne ihrer tatsächlichen Wirksamkeit nach Ausdrucksformen suchen und sie entwickeln. Die Demokratie ist eine solche Ausdrucksform (...) Aber so wie wir sie kennen, entspricht sie den Anforderungen, die an sie zu stellen sind, nicht." (S.56).* Der Kampf für eine echte Demokratie ist es also, worin der Anarchismus heute seine Hauptaufgabe zu suchen habe, nicht die traditionell-abstrakte Forderung nach Liquidation des Staates. Die bürgerliche Demokratie etwa biete - im Gegensatz zu den erlebten Konsequenzen von Faschismus und Stalinismus - gewisse Freiräume, die eine politische Einflußnahme der Öffentlichkeit zumindest im Ansatz zulassen. Diese Spielräume zu nutzen, um *"mehr Freiheit und weniger Regierung (...) mehr Selbstverwaltung und weniger Staat (...) mehr Dezentralisation und echten Föderalismus und weniger bürokratische Totalität (...) " (S.43 f.)* durchzusetzen, wäre nach Linow allein eine zeitgemäße Strategie. Zu den natürlichen Bündnispartnern eines zeitgenössischen Anarchismus zählen daher alle sozialen Bewegungen, die für eine Vertiefung der Demokratie und mehr Gesellschaft (d. h. weniger Staat) eintreten: *" (...) der freiheitliche Sozialismus hat die Aufgabe, solche Bestrebungen zu ermutigen, denn sie sind ein Teil seiner selbst,*

weil sie zur Restrukturierung der Gesellschaft beitragen. Der Sozialismus ist Gesellschaftsordnung nicht Staatsform und sein Ziel ist (...) die Gesellschaft wiederherzustellen. Aber dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn alle Gesellschaftsfunktionen erhalten bleiben, wenn die Einrichtungen, in denen sich die Gesellschaft Ausdruck verschafft, verteidigt, und wo sie verloren gegangen sind, zurückerobert werden." (S. 57). Ein gewaltbereiter Konfrontationskurs, der den Staat im Hau-ruck-Verfahren beseitigen will, wird den Anarchismus jedoch nach Linow auf keinen Fall vorwärtsbringen, sondern allein eine Tätigkeit, die durch Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eine Entwicklung zu mehr Freiheit einleitet: *"Diese Kräfte der Gegenwehr zu verstärken und richtunggebend zu beeinflussen, bleibt eine vordringliche, aber leider nicht erkannte Aufgabe des Sozialismus (...) Sozialismus ist kein fertiges System, das man zu irgend einem Zeitpunkt gegen den Kapitalismus auswechseln kann. Sozialismus ist fortschreitende Vergesellschaftung (...) " (S.58)*

Linows Anspruch, sich seines anarchistischen Ziels bewußt zu bleiben, zugleich aber seine aktuelle Tätigkeit nicht an einer Utopie, sondern an den vorhandenen Möglichkeiten in der Gesellschaft auszurichten, ist einleuchtend und konstruktiv. Zugleich vermochte er mit dieser Perspektive die in Deutschland meistens schwachen freiheitlichen Kräfte handlungsfähig zu machen und ihre Bemühungen zu bündeln. Aber schon zu seiner Zeit war er scharfer Kritik traditionalistischer "Genossen" ausgesetzt, die ihm einen Verrat an der revolutionären Vision des Anarchismus vorwarfen. Ihnen antwortete er: *"Ich halte mich trotz meiner 'revisionistischen' und 'reformistischen' Einstellung nicht für den schlechtesten 'Revolutionär'. Ich bin der Auffassung, daß nicht das Phrasengebimmel und die radikalen Redensarten den Revolutionär prägen, sondern einzig seine Haltung, seine Arbeit, sein Opfersinn."* (zitiert im Nachwort, S.62). Und eben das werden auch die Libertären von heute brauchen, wenn sie den Anarchismus wieder auf die Beine bringen wollen: Kein wortradikales und meist kurzatmiges Anrennen, sondern eine langfristig angelegte, gesellschaftliche Tätigkeit. Angesichts einer "Linken Szene" in Deutschland, die sich allzuoft in der Demonstration von Gewaltbereitschaft verausgabt oder aber in der Fixierung auf die Parlamente (d.h. auf den Staat) selbst zur Herrschaft neigt, wäre mehr libertäre Einflußnahme dieser Art wünschenswert.

Mit Linow drängen sich dem heutigen Anarchismus somit wichtige Fragen nach einer zeitgemäßen und zugleich vorwärtsweisenden Tätigkeit auf. Zu ihrer Beantwortung ist erfreulicherweise nun wieder Material im Buchhandel erhältlich.

Wolfgang Eckhardt

Fritz Linow: Anarchismus. Aufsätze. Schriften des Libertären Forums Berlin, Band 2. Oppo-Verlag, Berlin 1991. 64 S., DM 9,80. *Oppo-Verlag, Postf. 508, 1000 Berlin -10*



Die permanente Invasion

In der fast unduchschaubaren Flut der Literatur zur fünfhunderjährigen Kolonisation Lateinamerikas, die in den letzten Monaten erschienen ist, fällt ein unscheinbares Buch auf: Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992, aus der Reihe *Luchterhand Flugschrifen 3*

Verschiedene Intellektuelle Lateinamerikas schreiben aus unterschiedlichen Perspektiven zu der in diesem Jahr anstehenden fünfhundertjährigen Eroberung dieses Kontinents.

Der Band beginnt mit einem Gedicht an den "unbekannten Indio" von Pedro Casaldaliga und einem kurzen Interview der Leiterin des "Komitees der Einheit der Bauern" aus Guatemala, einer Maya-Quiche. Beim Lesen kam mir von Zeit zu Zeit der Gedanke, wer von den Schreiberlingen ist denn nun eigentlich eine indigena?

Ich will unter keinen Umständen die fundierte Kritik der Autorinnen am Eurozentrismus, am Plan des Vatikans für Lateinamerika, oder an den Perspektiven der nationalen Befreiung schmälern, doch auffällig ist die Tatsache, daß trotz dem seit geraumer Zeit bestehenden Zusammenschluß verschiedenster Indigena Völker,im Kampf um Selbstbestimmung und Autonomie, keine der bertoffenen Autorinnen selbst veröffentlicht wird. Und daß es sie gibt ist keine Frage. Stellvertretend, aber nur begrenzt, wird für sie das Wort ergriffen. In der hierarchischen Ordnung amerikanischer Gesellschaften stehen die Indigenas an unterster Stelle. Sie sind Opfer der Opfer. In diesem Zusammenhang wird ihre Lebensweise und Sicht der Welt, auch in dieser kritischen Aufarbeitung, nur am Rande angerissen. Das Gedicht zu Beginn des Buches und das kurze Interview mit Rigoberte Menchu, einer Maya-Quiche Guatemaltekin, erscheint wie ein Alibi.

Trotz dieser grundsätzlichen Kritik ragt die Qualität der Aufsätze weit aus den sonstigen neueren Veröffentlichungen heraus. Allein schon deshalb, weil die meisten anderen Bücher zu dieser Thematik von Europäerinnen aus ihrer zentristischen Sichtweise geschrieben wurden, oder die indigenas als ausgerottete Opfer kolonialistischer Politik nur historisch betrachtet, von ihrer Forderung auf Selbstbestimmung erneut ausgegrenzt werden.

In dem Beitrag von Elena Poniatowska" Erinnerung und Identität" ringt sie um die Wahrnehmung einer in ihrer Unterschiedlichkeit gemeinsamen lateinamerikanischen Identität."Eine Quesadil-

laverkäuferin in Pachuca unterscheidet sich nicht von einer Saltenaverkäuferin in La Paz, und unsere schlitzäugigen Kinder sehen überall verblüffend gleich aus. Rigoberta Menchu unterscheidet sich nicht von einer Mazahua, die auf einer Straßenkreuzung chiclets verkauft, nur durch ihre aufrechte Haltung, die die Selbstachtung ihr verleiht und die Kraft ihres Kampfes für Guatemala. ...Wir sind uns sehr nah, aber wir wissen es nicht. Früher waren wir uns ähnlicher, das stimmt, die Ähnlichkeit war unübersehbar und ist es heute noch; nur wird - damit wir es nicht merken - der Blick dafür durch die Vordergründigkeit nationaler Eigenarten verstellt, durch sprachliche Besonderheiten, typische Trachten, andere Nationalgerichte und die Überfremdung unserer Kulturen."

Ohne Zweifel ein idealistisches und realistisches Weltbild zugleich, das jedoch die Unterschiedlichkeit der ethnischen Kulturen und Identitäten nivelliert. Ihre objektive Lebenssituation ist vielleicht identisch, doch ihre subjektive Kultur und Denkweise eine gänzlich andere. Ob eine lateinamerikanische Identität nicht nur der Traum einiger Intellektueller ist?

Die brilliante Analyse von Noam Chomsky *"Das fünfhundertjährige System und die Neue Weltordnung* "ist ein weiterer Baustein zur Qualität des Buches. Seine Auseinandersetzung mit der Politik der USA zu ihrem "Hinterland" Lateinamerika liefert eine breites Spektrum der Reflexion über die Kontinuität des "fünfhundertjährigen Systems". Seine tiefe Sorge um die Situation der Menschen läßt ihn zu einem der wirklich seltenen Nestbeschmutzer der USA werden.

Im Anhang ist die *"Erklärung von Mexiko"* abgedruckt, die von einer Fülle lateinamerikanischer Oppositioneller unterzeichnet ist, um gemeinsame Ziele und Vorstellungen im Jahr 1992, dem Jahr der "Begegnung zweier Welten", das besser "500 Jahre Vergewaltigung zweier Welten" genannt werden sollte, aufeinander abzustimmen.

Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992, hrsg. Heinz Dieterich, Bruni Höfer, Hanno Zickgraf
Luchterhand Literaturverlag, Hamburg

Herby Sachs

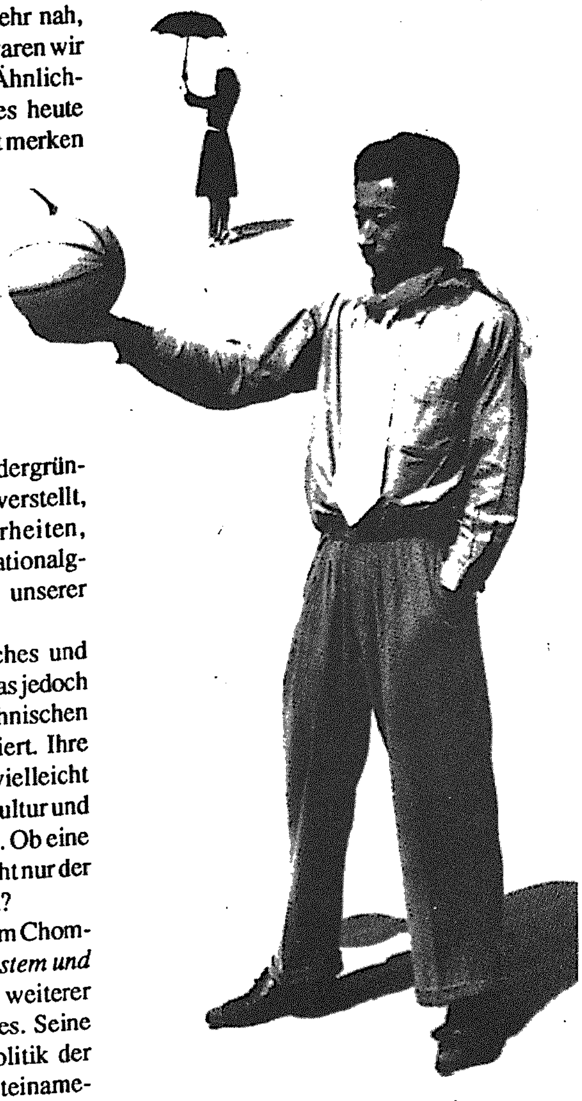


Photo Shoji Ueda. Kikaku.

"Wer nichts hat, kann noch von allem träumen"

heißt ein sahaurisches Sprichwort.

Das Zitat ist dem Buch "Wind, Sand und (Mercedes) Sterne" von Karl Rössel entnommen.

Das Buch handelt von der Westsahara und dem vergessenen Kampf für die Freiheit der Menschen, die dort leben.

Der Krieg in der Westsahara dauert auch nach 16 Jahren noch an. Als direkte Folge des europäischen Kolonialismus - die Spanier verließen die Westsahara erst 1975 - setzte für die Sahrauis anstatt der versprochenen Unabhängigkeit die marokkanische Besatzung des Landes und ihre Vertreibung ein.

Vor einigen Monaten sollten offiziell die Vorbereitungen für ein Referendum im Zusammenhang mit dem UN - Friedensplan zur Unabhängigkeit der Westsahara oder der Anschluß an Marroko beginnen. Nur am Rande erfuhr die Öffentlichkeit, daß während dieser UN - Vorbereitungen und dem längst vereinbarten Waffenstillstand der marrokanische König ungestört und ohne internationalen Proteste die Westsahara bombardieren ließ und Siedler aus Marroko zwangsansiedelte.

Nach 15 Jahren Befreiungsbewegung der Frente Polisario schlägt die Militarisierung des alltäglichen Lebens zurück auf die Menschen. Der Krieg für nationale Befreiung und politische Freiheit hat immer auch Übergriffe hervorgebracht, die durch nichts zu rechtfertigen sind. *"Folter ist nicht verhandelbar "*, wie Karl Rössel in der Einleitung zu seinem Buch über eine Polisario Geheimdienstaktion schreibt.

Ihm kommt das große Verdienst zu, nicht nur ein umfassendes Buch zu Geschichte und Befreiungskampf der Sahrauis geschrieben, sondern sein Augenmerk auch auf die Entwicklung einer neuen Gesellschaft, die politischen Strukturen und inneren Widersprüche gerichtet zu haben.

Erst die Kenntnis der umfangreichen Tradition und Lebensweise läßt uns verstehen, daß ein Volk nicht erst seit 16 Jahren hartnäckigen Widerstand trotz aller marokkanischen Okkupatiosversuche in der Wüste leistet, sondern seit mehr als fünfhundert Jahren.

Die Eroberung und Kolonisierung Lateinamerikas hatte noch gar nicht stattgefunden, als an der nord-und westafrikanischen Küste Sklavenjagden und Goldraub schon Alltag waren.

Das Buch arbeitet eine Fülle von Quellen auf, hinterfragt Geschichte und Gegenwart bis ins Detail, recherchiert Hintergründe und liefert insbesondere, trotz großer Materialfülle, eine lesbare und detaillierte gegliederte journalistische Arbeit.

Aber Karl Rössel erzählt auch viel von den Menschen, ihren Mythen, von der Wüste, der Nomadenkultur und den Hintermännern des Westsaharakrieges, die neben vielen internationalen Interessen auch mit deutschen Namen gespickt sind.

Herby Sachs



Bei der Redaktion eingetroffene Neuveröffentlichungen

– **5. Freiburger Videoforum. Ein Katalog**, der die Videofilme kurz vorstellt, die auf dem 5. Freiburger Videoforum im Herbst 1991 gezeigt wurden. Unter den wichtigsten Arbeiten waren: *»...und andere Ergüsse.«* Ein Film zur Gentechnik von Mirjam Quinte und Juliane Gissler; *»Goldgräberzeiten«*, ein Film über die Wessis in der DDR von Bertram Verhaag und Claus Strigel; *»Lo denuncio«*, ein unerwünschter Beitrag zur 700-Jahr-Feier der Schweiz. Alvaro Baragiola wurde 1989 im Tessin zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Brigate Rosse und Teilnahme an deren Aktionen, gedreht von Alvaro Baragiola, Pierre Mennel und Stefan Jung, nach der Uraufführung in der Schweiz verboten; ein neuer Hafenstraßenfilm: *»Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit«*; *»Germany - the other story«*, ein Film über Deutsch-Nationalismus, rassistische Morde und die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung für ImmigrantInnen, von Mogniss H. Abdallah und Ken Fero; *»immer & ewig«*, kürzlich bereits im ZDF zu sehen: Claude ein Züricher Anarchist und Dodo beleben den Mythos von Orpheus und Eurydike, von Samir; u.v.a. Über den Ablauf der Videotage ist auch eine kopierte Doku erschienen. Beides bei: *Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, 7800 Freiburg*

– Liste über **Frauenvideos** im Verleih der Medienwerkstatt Freiburg erschienen. 2.-DM. Darunter z.B. *»Die Bankrotterklärung«*. Dieser Film erzählt von einer Frau, die sich jahrelang als Mitglied der Szene begriffen hat, die in politischen Gruppen gearbeitet hat, im Häuserkampf aktiv war und bei der Gründung der ersten und wichtigsten „linken" Kneipe Freiburgs als Kollektivbetrieb beteiligt war. Diese Frau entscheidet sich eines Tages, ein Kind zu bekommen. Sie fühlt sich stark, lebt in Zusammenhängen, die ein Rahmen zu sein scheinen für ein Kind. Sie hat eine Beziehung und eine Gruppe. Was soll schiefgehen? Es läuft eine Menge schief.... Es geht um die Szene... Um die erlebte Unfähigkeit... und doch ist der Film keine Abrechnung... (Verleih: 50.-), Adr. s.o.

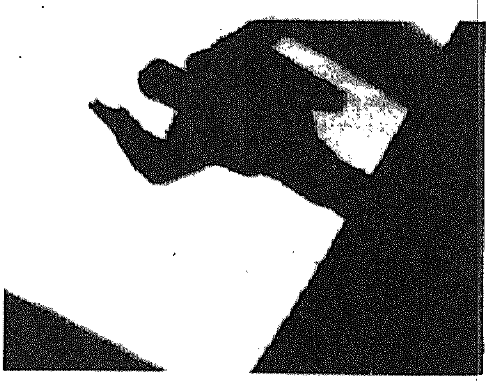
– **Ingrid Strobl: Strange fruit.** Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand. *Edition ID-Archiv, Schliemannstr.23, O-1058 Berlin*, 86S., 10.-DM

– **Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo.** Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941. 220S.; *ISP-Verlag, PF 111017, 6000 Frankfurt*
Das Buch sorgte nicht zuletzt deshalb für Wirbel, weil es den hessischen Kommunisten Emil Carlebach und seine Funktion in der KZ-Lager"leitung" bloßstellte und dieser prompt eine einstweilige Verfügung erwirkte und eine Passage einschwärzen ließ. Hans Schafranek ist allerdings als gewissenhafter Historiker bekannt, der sich nicht zuletzt durch seine Beschäftigung mit der Biografie und Ermordung Kurt Landaus im Spanischen Bürgerkrieg im Bereich obskurer kommunistischer Geheimpolizeipraxis bestens auskennt. Vgl.: **Das kurze Leben des Kurt Landau.** Ein österreichischer Kommunist als Opfer der Stalinschen Geheimpolizei, 1988, 610S.; *Verlag für Gesellschaftskritik, Kaiserstr.91, A-1070 Wien.*

– Antifa Kollektiv Hamburg: **Schwarz–Tod–Gold.** Das politisch-ökonomische System als Ursache des Rechtsextremismus. 32 S., 5.-DM

– **Gesichter der Esoterik.** Ein wichtiger Streifzug durch das Reich des Irrationalismus und damit ein zeitgemäßer Beitrag zur Demontage der derzeitigen Mode. Mit einer Auswahl esoterischer Originaltexte um 1900 und einer Bibliographie zum Thema von Gerhard Senft, *Verlag Monte Verita, Hahngasse 15, A-1090 Wien.* 101 S., 22.-DM.
[Eine Notiz am Rande: nicht nur, daß wir „Alternativverlage" im Lauf der Jahre auf der Buchmesse von esoterischen Verlagen umstellt und eingekeilt wurden und so seit 1986 Jahr für Jahr die Trendwende weg von der Politik miterleben konnten; heute bedeutet es für einen Buchhandelsvertreter eine große Gefälligkeit, bei der er wenig verdient, einen anarchistischen Verlag in den Buchhandlungen anzubieten, „leben" tut er von seinem Massenabsatz, den er durch die esoterischen Bücher erzielt. Schöne neue Welt? *Anm. des wie immer krisengeschüttelten Verlags*]

– **»Fesseln brechen nicht von selbst.«** Die Anarchistenpresse 1890-1933 an ausgewählten Beispielen. Eine Analyse anarchistischer Presse und ihrer Wirksamkeit anhand von Johann Mosts *Freiheit*, Gustav Landauers *Sozialist*, Erich Mühsams *Kain* und *Fanal*, Ret Maruts *Ziegelbrenner* von Arno Maierbrugger. *Trotzdem Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1*; 330 S., 34.-DM
– In SF-29 (vgl. S.71) brachten wir einen Artikel »Panik und Politik«, der eine holländische Antifa-Aktion beschrieb, bei der in einem Tagungshaus Rechtsradikaler Feuer ausbrach und wonach sich die meisten Demo-TeilnehmerInnen von dieser Aktion überfahren fühlten. Dieser Beitrag der holländischen Agentur Bilwet, die sich der „Förderung der illegalen Wissenschaft" verschrieben hat, wurde nun unter dem Titel „Panik in antifaschistischer Aktion" als Kapitel in dem Buch **»Kopfsprünge«. Das Buch der Bewegungslehre** des ID-Archivs neu veröffentlicht. 300 S., 28.-DM. *ID-Archiv, Schliemannstr.23, O-1058 Berlin.*



– Zum Schluß noch ein Hinweis auf ein Buch, das wir leider nicht automatisch zugeschickt bekommen haben:

Reinhard Müller (Hrsg.): Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf, Ernst Ottwald u.a.: **Die Säuberung.** Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Rororo, 582 S., 19,80DM.
Deutsche Schriftsteller unter dem Druck des Stalinismus spielen Schicksal über Ihresgleichen und andere. Mensch könnte Psychogramme erstellen, kann die Hierarchien unter den Genossen nachvollziehen, die Angst, die Konkurrenz, die Intrigen und die Ausnutzung von Macht bis – wie wir heute wissen – zum tödlichen Zusammenspiel mit dem NKWD, z.B. im „Fall" Carola Neher und anderen. Es gibt

viele wichtige, bislang unbekannte Details. Am Rande spielt auch der „Fall" Kreszentia Mühsams (geb. Elfinger) eine Rolle. Eine Passage nur von vielen, die uns besonders interessiert, weil sie einige Fragen beantwortet und den Mechanismus durchsichtig macht. Im April 1936 war **Zenzl Mühsam** verhaftet worden. Ihre Bekannten gerieten, sofern sie sich nach Moskau geflüchtet hatten, sofort unter Druck.
Der hier sich rechtfertigende Schriftsteller Ernst Ottwald, dessen „Verteidigung", liest man sie insgesamt oft selbst denunzierend wirkt, hat – dies soll noch einmal festgehalten werden – die später erfolgende Verhaftung nicht überlebt : »Gen. Fabri [Ernst Fabri aus Österreich, 1932 emirgrierter KPÖ-Schriftsteller, Anm. SF]: Wir wissen, daß er von Prag mit der Mühsam bekannt war, mit der Carola Neher. Er spricht kein Wort davon, daß er mit diesen Leuten zusammen war, spricht



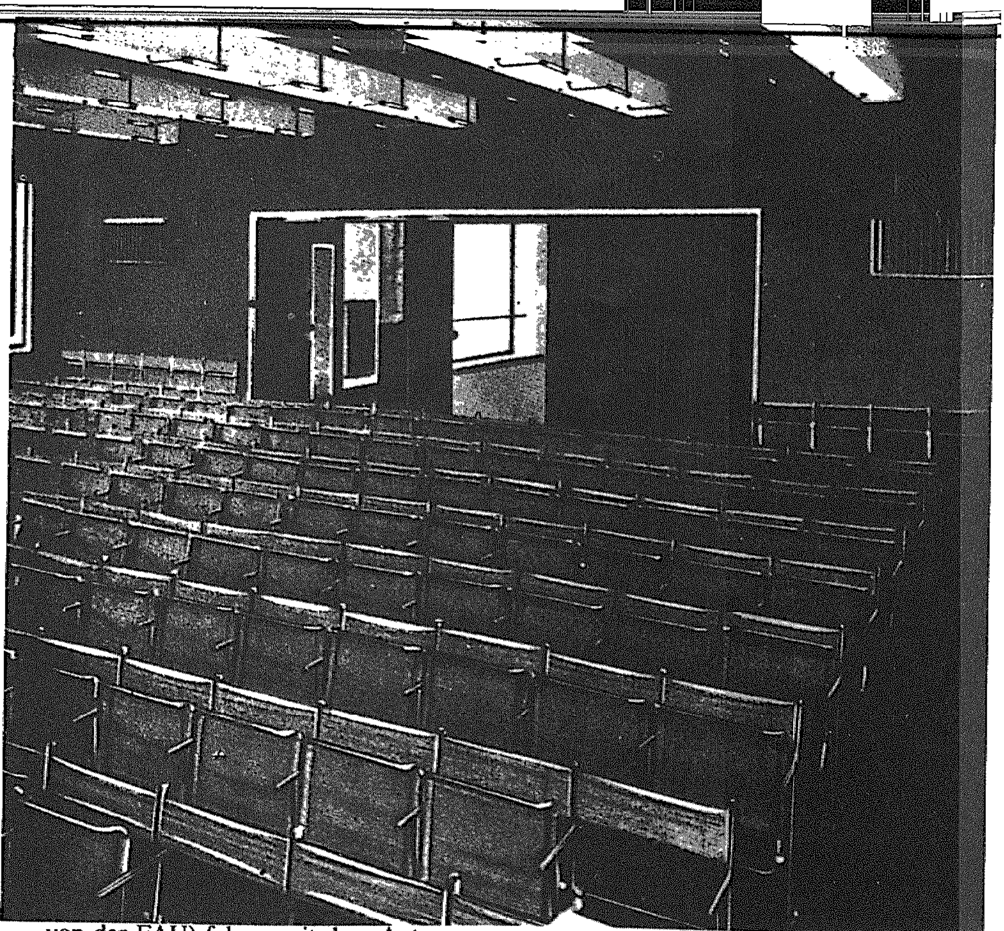
aber 5 bis 6mal oder 2bis 3mal von Maria Osten. Es ist die absolute Offenheit, die die Zelle verlangen muß von den Leuten, die ihr angehören. Darüber soll sich der Genosse Ottwald äußern."(S.276)
Ottwalt: „Im Auftrag des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands bin ich im Jahre 1934 zu Zenzi Mühsam [nach Prag, Anm. SF] geschickt worden, um zu sehen, ob ich sie nicht dem Einfluß Wollenbergs [Beteiligter der Münchner Räterepublik, späterer Trotzkist, Anm. SF] entziehen kann. Im Auftrage bin ich mehrmals bei ihr gewesen. Mühsam ist nach Moskau gekommen. Daß die deutsche Partei von der Anwesenheit Zenzi Mühsams in Moskau erfuhr, verdankt sie dem bloßen Zufall, daß zu mir eine russische Übersetzerin gelaufen kam und mir sagte, die Mühsam will sie sprechen. Ich bin sofort ins Dom Wostoka gefahren, und es stellte sich heraus, daß sie bereits 8 Wochen in diesem Hotel saß [an späterer Stelle verrät er, daß sie 6 Wochen vergeblich die Stassowa, Leiterin der Roten Hilfe sprechen wollte, auf deren Initiative hin, sie Prag verlassen hatte; Anm. SF], besoffen war und sich in einem Zustand der totalen Auflösung befand. Ich bin zum Genossen Bredel gegangen und habe ihm gesagt, das ist eine ungeheure Schweinerei. Man hat die Frau herübergeholt, und niemand kümmert sich um sie, daß man Werner Hirsch gebeten hat, sie ausfindig zu machen, daß die Frau unkontrolliert und unbearbeitet als die Witwe des Anarchisten erich Mühsam sich hier aufgehalten hat. Ich habe mich des Falles angenommen, damit ein Gedichtauswahlband von dem ermordeten Antifaschisten Erich Mühsam erscheine, der aber bereits seit einem Jahr liegt und durch unverantwortliche politische Schlamperei liegt, weil niemand die Verantwortung für die Herausgabe übernehmen wollte."(S.286)
Gen. Willi Bredel: „Ich muß auch noch sagen, daß ich etwas mit der Zenzi Mühsam zu schaffen gehabt habe. Viele Tage wurde ich von Vertretern der Meshrabpom-Film bestürmt – morgends, mittags, abends – ich soll einen Mühsam-Film schreiben. Ich habe mich gewehrt mit Händen und Füßen, das ist eine faule, dumme Sache, ich will nicht drin sein, raus, raus. Ich wurde auf ganz hohe Einwirkung verpflichtet, ich soll mich dranmachen und soll ein Drehbuch für einen Mühsam-Film schreiben. Der Genosse Granach [Alexander Granach, einer der bekanntesten Schauspieler in der Weimarer Republik, der selbst unter Verdacht stand, linksradikal zu sein und dies auch war. Er war in Berlin u.a. mit Erich Mühsam und Rudolf Rocker befreundet und unterstützte die anarchistische Bewegung finanziell. Anm. SF] sollte ihn drehen, im Metropol war die erste Zusammenkunft, wo die Zenzi saß und nun dem Willi Bredel den Film erklären wollte, der für ihren erschlagenen Mann gedreht werden sollte. – Also ein Denkmal muß es werden auf unseren Erich. – Ich sagte gar nichts. Aber dann sagte ich: Ich bin der Meinung, das soll so ein Denkmal werden auf die antifaschistischen Kämpfer in Deutschland und auch auf Erich. Und schon war der erste Konflikt da. ... Ich habe dann ein Exposé gemacht ... und jetzt wo die politische Sache so steht, kommt die Meshrabpom ... und erklären, der Mühsam-Film kommt nicht in Frage, der Genosse Bredel soll 3070 Rubel bis zum 7.September zurückzahlen."(S.344)
Gen. Wangenheim [Gustav von Wangenheim, Schauspieler, kam aus Pfemferts AKTIONskreis und stand selbst unter dem Verdacht politischer Unzuverlässigkeit]: „Ich war neulich bei Granach ... Er wußte den Fall Neher, er wußte den Fall Zenzi Mühsam, ... In diesem Zusammenhang frage ich Granach, hast du in der letzten Zeit irgendwie anläßlich der Mühsamgeschichte – du bist doch vernünftig, vorsichtig, du bist dir doch klar, was es bedeutet, du weißt doch, daß du ein Mensch bist, an den sich alles anschmiegt. Ich wollte wissen was los ist. Er war sehr mit Pfemfert befreundet. Er anwortete mir sachlich, es ist alles in Ordnung..." (S.417)
Unnötig zu sagen, daß Wangenheim vor der Zelle seinen Besuch bei Granach als Informationsbesuch für die Partei hinstellte, daß er sich von Pfemfert distanzierte usw.usf. Deutlich wird auch, daß sich die russischen Stellen aufgrund des internationalen Drucks zugunsten von Zenzl Mühsam zu einer vorübergehenden Scheinfreilassung genötigt sahen und anschließend das Gerücht ihrer bevorstehenden „Ausweisung" unter den weniger informierten deutschen Schriftstellern verbreiteten.



»Bewegt die noch was?«

Der Künstler rezensiert sein Publikum

von Gregor Hause



Meine erste Rundreise mit meinem Programm *„Das Herz in der Hand"* mit Liedern nach Texten von Erich Mühsam fand vom 6. bis 10. November 1991 statt. Organisiert von Thomas Beckmann aus Wolfsruh, ein aktiver Mitstreiter der Freien Arbeiter Union (FAU-Ost).

...(Ort der ersten Veranstaltung ist Gransee, das Haus der Kultur). Übrigens in Zusammenarbeit von PDS-Ortsgruppe und FAU. Kurz nach 19 Uhr beginne ich mit meinem Auftritt vor einem etwa 10-köpfigen Publikum mit einer Altersspanne von 18 bis 80. Ich habe den Eindruck, daß die Mühsamschen Texe in Verbindung mit meiner Musik im allgemeinen verständlich bei den Leuten ankommen. Nur bei Texten, in denen sein anarchistisches Credo besonders stark zum Ausdruck kommt; wenn es z.B. um das Verhältnis von Staat und Freiheit geht; tun sich im Verständnis des Publikums Lücken auf. Was von ungenügendem Einblick in die Sache zeugt und in der anschließenden Diskussion mit einigen Zitaten aus der Fanal-Broschüre *Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat* und mit immer noch aktuellen Bezügen, wie der parlamentarischen Wählerei, erhellt werden kann und bei einigen Leuten hoffdentlich einen Lichtblick bewirkt hat....

(Ort des zweiten Auftritts ist Potsdam, das Unigelände in Babelsberg). Aber wie ich erfahre, ist der kleine Fernsehraum, in dem sich dann ca. 12 bis 15 Leute einfinden nur ein Ausweichpodium, da der ursprünglich organisierte Raum plötzlich von einigen Leuten für eine Disco beansprucht wurde. Politische Lieder sind out – man hält's heute lieber mit Schwof und Tanz wie in den goldenen Zwanzigern! Aber der kleine Kreis macht sich bezahlt, ein lauschendes Studentenpublikum; aber fast ohne Regungen auf den Vortrag. Und wenn ich nicht in die Gesichter schauen würde und nur vom fehlenden Beifall ausgehen würde, hätte ich wohl fragen können, haben diese Leute noch Gefühle, bewegt die noch was oder sind die total cool? Das Programm kommt aber dennoch gut an. Wir diskutieren, teilweise sehr kontrovers bis in die späte Nacht hinein. Da tun sich seelische Abgründe, wie finstere Bilder einer Endzeitstimmug auf. Aber es wird auch das Morgenrot des Prinzip Hoffnung am Horizont hinter dem großen grauen Bergmassiv erblickt.

...(Dritter Tag, Eberswalde) Wir (Kai, von der FAU) fahren mit dem Auto zu einem Jugend-Freizeit-Zentrum, das sich ganz in der Nähe der dortigen Erich-Mühsam-Straße (!!) befindet. Es ist eine der DDR-typischen, äußerlich wie innerlich schmucklosen Barackenbauten, in denen die kulturellen Bedürfnisse der Heranwachsenden befriedigt werden sollten. Kurz nach 20 Uhr beginne ich mit meinem Programm vor einem jungen Publikum von etwa 10 Leuten. Nach und nach steigt die Zahl der Zuhörer bis auf über 30 an, ein ständiges Kommen, wodurch natürlich mitunter große Unruhe herrscht. Ich glaube es sind viele Leute aus der autonomen Szene mit dabei. Dementsprechend ist dann auch die Atmosphäre, es geht ziemlich wild zu und die Zwischenfragen zur Person Erich Mühsams und zu gesellschaftlichen Perspektiven, die der Anarchismus zu bieten hat, steigern sich manchmal zu fast tumultartigen Diskussionen. Der enorme Bierkonsum tut ein Übriges und der Abend nimmt ein fast orgiastisches Ende. Trotzdem bin ich sicher, daß viel von Mühsams Botschaft, nicht zuletzt durch meine Kompositionen und meine Vortragsweise rübergekommen ist. (Eigenlob ist eine Tugend, besonders wenn man nicht darauf angewiesen ist, dem Publikum die Schuhe zu putzen. Denn meine Kunst ist als Gefühl in mir entstanden und somit meine ganz eigene Ausdrucksweise...)

(Vierter Tag, A-Laden, Berlin - West): Leider war ich schon ziemlich kaputt, so daß ich während der Fahrt einiges getrunken habe. Entsprechend angetüdert bin ich dann auch im A-Laden angekommen und aufgetreten.... Dennoch mochten mich die anwesenden zehn Leute wohl doch, denn es entstand eine lustige und aufgelockerte Atmosphäre. Allerdings brauchte ich diesmal auch ein besonders wohlgesinntes Publikum, denn mein Auftritt entsprach in keiner Weise den Ansprüchen, die ich mir sonst stelle. (Selbstkritik ist auch eine Tugend und sollte schon einsetzen, wenn man gerade dabei ist, Scheiße zu bauen.)

(5. und letzter Tag, Halle, Cafe in der Kellnerstraße): Im vollbesetzten Cafe sind die Leute mehr zum Quatschen aufgelegt. Den wenigsten ist wohl bekannt, daß hier ein Mühsam-Programm geboten werden soll. Jedenfalls geht mein Vortrag total unter und ich bin schon drauf und dran meine Zelte abzubrechen. Ich bin ja sowieso unlustig und geschafft. Aber dann kommt von interessierter Seite der Vorschlag in einen anderen Raum zu wechseln. Vor ungefähr 15 Leuten wage ich einen zweiten Versuch und siehe da, es wird ein anregender Abend für alle und ich habe doch noch einen geglückten Abschluß meiner Rundreise. Dieser Schlußtag bestärkt mich in meiner Ansicht, daß Auftritte im kleinen Kreis für Künstler und Publikum fruchtbarer sind, da so der Kontakt gewahrt bleibt und keine Entfremdung wie bei einem anonymen Publikum eintritt.

»Das Herz in der Hand« * Erich Mühsam-Lieder, komponiert und vorgetragen von Gregor Hause, Magdeburg gibt es auf Cassette, 16.-DM, Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1

DER SCHWARZE FADEN DURCH DIE GESCHICHTE

Eine Schwerpunktanalyse zur deutschsprachigen Anarchistenpresse, dem ungeliebten Kind der frühen Arbeiterbewegung

von Arno Maierbrugger





Auch Anarchistenzeitungen haben ihre Tradition. Die relative Vielfalt an libertären Publikationen im deutschsprachigen Raum hängt unter anderem damit zusammen, daß anarchistische Zeitungen seit über 150 Jahren eine freiheitsorientierte Weltsicht propagieren, und zwar "aus dem Hinterhalt", nämlich vielgeschmäht, verfemt und verfolgt und wegen der offenkundigen Brisanz ihrer Staatskritik häufig verboten, aber gerade deswegen von vielen sehr geschätzt.

In einer Analyse über die vegetabile Substanz der vergessenen und verdrängten Presse habe ich versucht, Klarheit über die Ursprünge zu finden; höchst interessante personelle und strukturelle Zusammenhänge lassen sich besonders aus der anarchistischen Presselandschaft der Frühzeit der Bewegung, etwa ab 1850 bis zur Jahrhundertwende, ablesen. Im folgenden seien zwei gesonderte Phänomene der Anarcho-Publizistik angeschnitten, die wegen ihrer nicht vorhandenen Existenz in der gesamten Pressegeschichtsschreibung es wohl notwendig haben, angeführt zu werden.

Es handelt sich einerseits um die anarchistische Presse in der österreichischen Monarchie, andererseits als Kontrapunkt die etwa zur selben Zeit florierende individualanarchistische Tradition. In ihrer Widersprüchlichkeit haben diese beiden Richtungen wenig gemeinsam, sind aber doch ein ein zusammengehöriges publizistisches Phänomen und damit auch Bestandteil des frühen libertären Zeitungswesens.

Anarchistenpresse in der österreich-ungarischen Monarchie

Die deutschsprachige Anarchistenpresse ist ursprünglich ein Produkt reger Exilantentätigkeit sowie von Zeitungspublikationen an der Peripherie des Deutschen Reiches, nämlich der Schweiz sowie Österreich-Ungarn, gewesen. Der organisierte Anarchismus in Deutschland nahm seinen Ausgang vom Schweizer Jura-Bund, andererseits stammen bedeutende Redakteure, namentlich Johann Most oder Josef Peukert, aus der radikalen Schule der österreichischen Sozialdemokratie.

Nachdem die Schweiz nach der Verlagerung der anarchistischen Organisation in das deutsche Ursprungsland ihre Bedeutung als Schmiede revolutionärer Publizistik verloren hatte, beschränkten sich die dortigen Anarchisten auf französischsprachige Organe. Ausnahmen bildeten *Der Weckruf* (Genf, Zürich, 1903-1907), ein zeitweise von Senna Hoy (d.i. Johannes Holzmann) redigiertes Blatt. Weiters werden für die Schweiz *Der Sozialist* (Bern 1910), eine Schweizer Ausgabe für die dortige Föderation von Landauers "Sozialistischem Bund", *Der Revoluzzer* (Zürich, 1915-?) und *Nie wieder Krieg!* (Zürich, 1925) verzeichnet.

In Österreich trat der Anarchismus in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Erscheinung. Als Zwangsopfer der Richtungskämpfe innerhalb der I.Internationale hatte auch die österreichische Sozialdemokratie mit der Radikalisierung ihrer Kreise zu ringen. Dies führte vor allem unter der Fahnenführung von Josef Peukert zur Ausgliederung einer anarchoiden Richtung. Zum Ideologie-Organ wurde Die Zukunft (Wien, 1879-1884), die nach ihrem Verbot im Jahre 1885 als eigentlich anarchistisches Blatt, mit dem Untertitel "Organ der radikalen Sozialisten Österreichs" mit wechselndem Erfolg und der Unter-

drückung durch die Staatsmacht ausgesetzt, erscheinen konnte. Ein temporäres Ausweichen der "Zukunft" nach Budapest(1884) konnte die Verfolgung nicht eindämmen. Erst gegen 1886 fand man in Villach passende Bedingungen, um mit einem Nachfolgeorgan, Die Arbeit (Organ der Socialisten Österreichs, Villach 1886/87), fortzusetzen. Dieses Blatt wanderte über Graz und Linz nach Wien, um dort nach zweijähriger Duldung erneut verboten zu werden. Eine neue, diesmal "streng" anarchistische "Zukunft" entstand in Wien abermals und erschien von 1892 bis 1896.

An dieser Zweitauflage der "Zukunft" beteiligten sich namhafte Intellektuelle wie Stefan Grossmann, der Kunsthistoriker Max Dvorak, Alfred Polgar sowie verschiedene junge Künstler, die aus dem Kleinbürgertum stammten und diese Phase anarchistischer Journalistik als kurze Epoche "jugendlicher Empörung" begriffen.

In der "Zukunft" begannen sich ab 1892 interessante Diskussionen über anarchistische Theorie zu entspinnen, sie konnte dadurch den deutschen Radikalenorganen beistehen und nebenbei auch noch ihre Leserschaft und Organisation vergrößern. Die wachsende Repräsentation und auch die Angst der Bürger vor Attentaten, die in den 90er Jahren ihre Renaissance erlebten, rief allerdings die Polizei auf den Plan. Razzien und Verhaftungen dezimierten die Substanz an anarchistischen Redakteuren. Nach der Einstellung der ersten Folge des Berliner "Sozialist" mußte auch die "Zukunft" ein für allemal die Pforten schließen (1896).

Mehrere Radikalenorgane, die sich nicht zu einer solchen Plattform wie die "Zukunft" entwickelten, jedoch einen unübersehbaren Stellenwert innerhalb der anarchistischen Presse-Organisation in Österreich-Ungarn hatten, sind relativ kurzfristig auf der Bühne aufgetaucht: dazu gehörten Der Kommunist (Zeitschrift für Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Literatur, Budapest 1882), Radical (Organ für das arbeitende Volk, ab Nr.2 Organ der Sozialisten Ungarns, Budapest 1883/84), Delnicke Listy (Wien 1881-1884, davor in Prag), Robotnik (Krakau, 1883) sowie der Volkswille (Sozialökonomisches Wochenblatt für das arbeitende Volk, Budapest 1882), und einige als Sydikalistenorgane fungierende Facharbeiter- und Handwerkerzeitungen.

In Budapest existierte weiters Die Freie Presse Cisleithaniens (1883), außerdem in Salzburg die Allgemeine Zeitung (1893/94) und in Graz Die Freiheit (1894). In Reichenberg brachte es Der Radikale (1883-1885) auf drei Jahrgänge.



Uns vom Redaktionskollektiv "Schwarze Witwe" verschweigt MANN natürlich auch diesmal ...

Nach einem zwischenzeitlichen Niedergang der österreichischen Bewegung trat gegen das Jahr 1907 der österreichische anarchistische Schriftsteller Pierre Ramus (Rudolf Großmann) auf die politische Bühne und prägte neben syndikalistischen Tendenzen auch ein neues Selbstverständnis von Anarchismus, indem er den Versuch unternahm, aus dem Ideenkonglomerat die konstituierenden Bedingungen herauszufiltern. Ein erstes Produkt dieser Bemühungen, auch dem wissenschaftlichen Marxismus etwas entgegenzusetzen, war das "Anarchistische Manifest":

Die kommunistische Anarchie wird jedes Land, in dem sie verwirklicht wurde, in einen blühenden Garten verwandeln. Der Häuserhaufen,der Kehrrichthaufen dermodernen Zivilisation,Stadt genannt, wird auseinanderfallen und abgetragen werden (...) (es) entsteht auf der Grundlage des Kommunismus eine großartige Kulturmehrheit von Erzeugungs-,Austausch- und Vertriebs- wie Eignungsmethoden,welche durch das Eperiment der Erfahrung die Menschheit endlich einlenken läßt auf die Bahn klassenkampfloser Entwicklung.

Ramus geriet zum Fürsprecher des Kropotkinschen Anarchokommunismus in Österreich, mit Argumentationen und Prophezeiungen, die, betrachtet man sie nicht "aus ihrer Zeit", von bürgerlichen Schreiberlingen schon mal zum "schizoiden Querulantenwahnsinn" gemacht werden. Nichtsdestoweniger ist das "Anarchistische Manifest" als Kontrapunkt zu seinem kommunistischen "Gegenstück" von Marx/Engels (1848) schon Gegenstand wissenschaftlicher Behandlung geworden und untermauert Ramus' Gedankenwelt in seiner 1907 ins Leben gerufenen Gewerkschafts- und Propagandazeitung Wohlstand für Alle (Ohne Herrschaft, Klosterneuburg/Wien 1907-1914). Das relativ langlebige Blatt erreichte Spitzenauflagen bis zu 3000 Exemplaren. Innerredaktionelle Querelen um Antimilitarismus und Gewaltfeindlichkeit führten angesichts der Kriegsgefahr zu unterschiedlichen propagandistischen Auffassungen und schließlich zu einer gänzlichen Einstellung des Blattes im Jahre 1914.

Der äußerst produktive Großmann gab dazu noch das Jahrbuch der freien Generation (Wien 1910-1914) heraus, eine Fortsetzung der Londoner und Berliner *"Freien Generation"* (1906-1908). Der "Wohlstand für Alle" wurde nach dem Ersten Weltkrieg in Erkenntnis und Befreiung (Organ der herrschaftslosen Sozialisten, Wien, Bund herrschaftsloser Sozialisten 1918-1933) umgetauft. Ramus zog mit seinen auch in anarchistischen Kreisen nicht unumstrittenen Thesen zu Gewaltfreiheit und alternativen Lebensformen, namentlich der freien Sexualität, den Unwillen seiner Kollegen zu und unterstützte damit ohne Absicht das Auseinanderdriften anarchistischer Kreise und auch den Vertrauensverlust bei der Arbeiterschaft.Zunehmend "erstarkte" damit der Bohème- Anarchismus in Österreich auf Kosten der proletarischen Basis. Die Szene der Wiener Bohème rekrutierte sich aus autodidaktisch gebildeten und schriftstellernden Arbeitern wie etwa Carl Dopf und Franz Prisching. Letzterer zeichnete für die Herausgabe der Zeitschrift Der g'rode Michel (Parteilose Monatsschrift für allseitige Reform, Graz 1903-1906), eine auch in Wiener Kreisen zirku-

lierende individualanarchistische Zeitschrift. Der Maurergeselle Prisching schrieb in seinem Blatt auch für "Vegetarier, Abstinente und Friedensfreunde", auch für religiöse Sekten.

Der Linksradikale und Anarchosyndikalist Karl F. Kocmata, Redakteur kurzlebiger Blätter wie *Neue Freie Worte, Zukunft, Das Gesindel* (alle Wien, um 1912) war ein Freund Pierre Ramus' und mit ihm und wenigen anderen der Kern der anarchistischen Bohème-Literaten. Aus dieser Struktur von verstreuten und politisch radikalisierten Literaten rekrutierte Kocmata die Autorenschaft für seine späteren Blätter. Ein Szenarium aus Bohèmiens, Cafehausliteraten und Linkssozialisten ohne kämpferische Neigungen repräsentierten die letzte bedeutende Phase österreichischer anarchistischer Subkultur bis nach dem Ersten Weltkrieg. Neben Pierre Ramus schrieben Hugo Sonnenschein, Erich Mühsam, Franz Pfemfert und Peter Altenberg für Zeitschriften wie *Ver!* (Wien 1917/18), *Neue Bahnen* (Wien 1916), *Revolution!* (Wien-Stammersdorf, 1919) und *Arbeiterkampf* (Wien 1920).

Die Zerpflückung innerhalb der österreichischen Anarchisten hatte eine weitgehende Stillegung der Bewegung nach den Revolutionsjahren 1918/19 zur Folge. Nach dem Aufkeimen einer Rätebewegung sank die Bedeutung der Anarchisten für geraume Zeit unter die Wahrnehmungsgrenze.

Der *"Ziegelbrenner"* und die individual-anarchistische Stirner-Rezeption

In völliger Abkehr von den politischen und radikalen Tendenzen der verschiedenen aktiven Anarchismus-Spielarten, dem "sozialen", dem "kommunistischen" und "syndikalistischen" sowie dem "liberalen" Anarchismus und jenseits organisatorischer Bestrebungen entwickelte sich auch nach dem I. Weltkrieg eine individualanarchistische Strömung. Die starke Tradition, die Max Stirner mit seinem Epos "Der Einzige und sein Eigentum" ausgelöst hatte, begann in der Diskussion um den Weiterbestand der anarchistischen Vereinigungen eine Rolle zu spielen; es lösten sich zunehmend Splittergruppen ab. Als auch in Deutschland die linken Radikalisten ihre Bedeutung im Vergleich zu den Revolutionsjahren davor merklich eingebüßt hatten, setzte eine sektiererische Richtung ein, die in eine Art "linken Messianismus" verfiel, in dem sich im Gegensatz zu den Bohèmes der Zerfall der anarchistischen Bewegung für den Beobachter deutlich widerspiegelte. Ein Indiz dafür war die Konstituierung religiös-freiheitlicher und chiliastischer Sekten, die gemeinsam mit Stirner- und Mackay-Bünden die anarchistische Presselandschaft um ihre Erzeugnisse bereicherten.

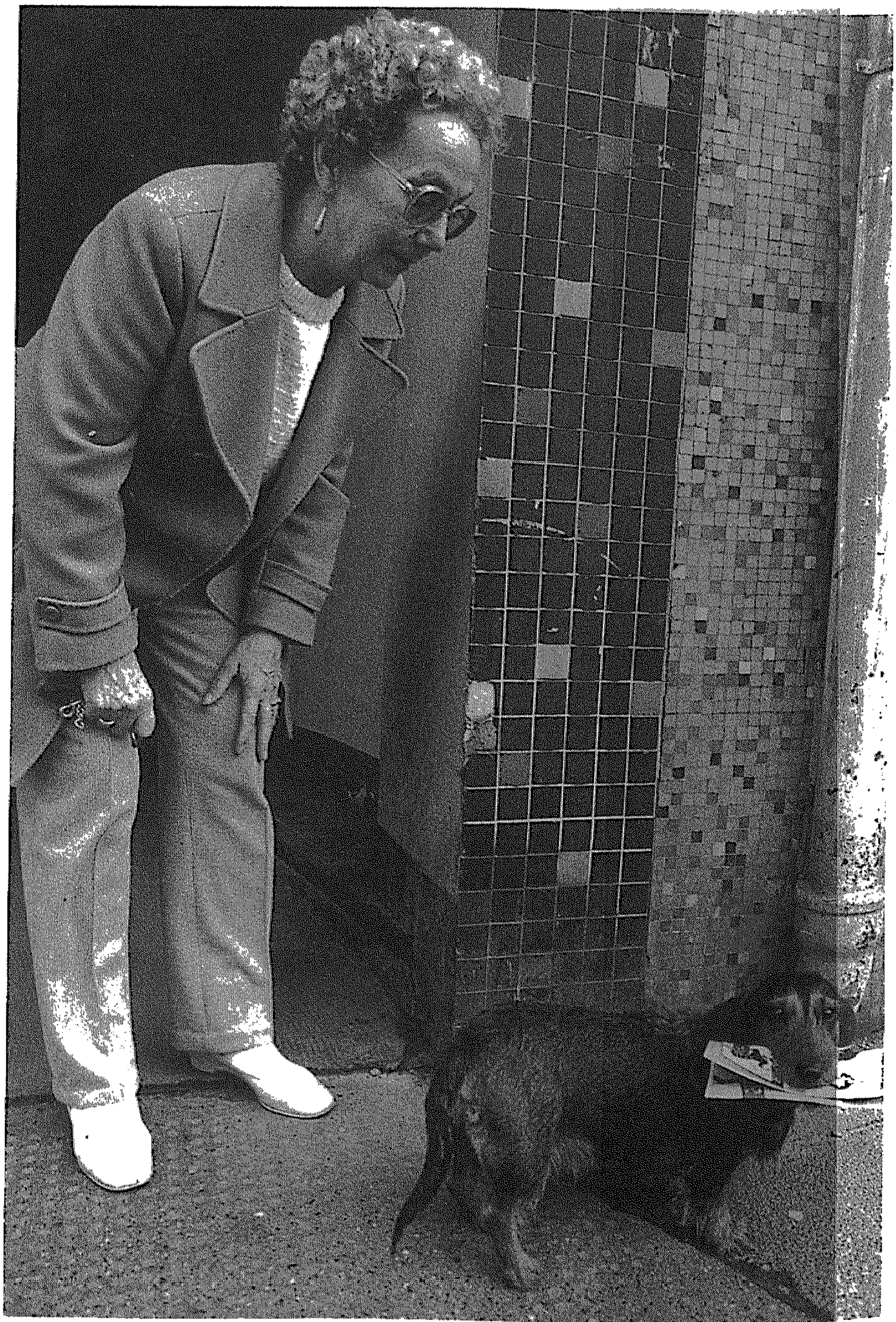
Eine besondere Blüte blieb die Haeusser-Zeitung (Hamburg, 1921-1924?), das Blatt des politisch-messianischen Schwärmers Ludwig Christian ("Louis Chrètien") Haeusser, der als Inkarnation stirnerianischer Führererwartungen und im Sinne von Nietzsches "Übermensch" durch die Lande zog und dabei von Individual-Anarchisten wie auch frühen National-Bolschewiken gern gehört wurde. Gegen 1923 befand sich die Gruppe um Haeusser auf ihrem Höhepunkt, der sich in der Gründung der "Christlich-Radikalen Volkspartei" niederschlug. Diese Partei erreichte bei den Reichstagswahlen 1924, zu dessen Wahlwerbung Haeusser das Hakenkreuz verwendete, an die 24.000 Stimmen und fand Unterstützung von einer dubiosen Vereinigung namens "Bund der Kommunisten (Nationalkommunisten)". Haeusser, der in seinem Chiliasmus von der Wiederkehr des Tausendjährigen Reiches und des Heilands Christus träumte, rührte schon in den frühen Zwanziger Jahren tief im Sumpf der nationalsozialistischen Ideologie, einem Trend, den der Stirner- Kenner HELMS dem Individualanarchismus zugrunde legt.

Eine weitere individual-anarchistische Splittergruppe, die mit der von Haeusser in engem Kontakt stand, war der "Stirner-Bund" der Nietzsche-Verehrer Ernst Samuel ("Anselm Ruest") und Salomo Friedlaender ("Mynona"), die die Herausgabe der Zeitschrift Der Einzige (Berlin 1919-1925) besorgten. Als Sympathisanten galten der Herausgeber der "Neuen Freien Worte" und der "Zukunft", Karl F. Kocmata sowie dessen Freund Pierre Ramus (Rudolf Großmann), die aus den Cafehauszirkeln zum Stirner-Bund stießen. Der "Einzige", der zwischendurch als "Organ des Individualistenbundes" erschien, hielt sich sieben Jahrgänge in drei Folgen und begann mit Beiträgen wie "Der Menschenfresser", "Der göttliche Sauhirt", "Das ideale Gespenst", "Der gestirnerte Himmel", "Der deutsche Ichel" oder "Der schweinerne Gast". Ab dem dritten Jahrgang erschien das Blatt mit Titelvignetten von Alfred Kubin und später mit namhafteren Autoren, beispielsweise Paul Cohn, Albert Ehrenstein, Stefan George, Raoul Hausmann u.a. und brüstete sich auch mit Korrespondenten im Ausland. Was vom Stirner-Bund zu halten war und welche Ziele er verfolgte, war

durch die Lektüre des "Einzigen" nicht auszumachen. Da wurde Hitlers "Mein Kampf" neben Friedrich Engels' "Grundsätzen des Kommunismus" und Joseph Roths "Rechts und Links", Rudolf Steiner, Lion Feuchtwanger und Erich Kästner rezensiert und angeboten und außerdem tatendurstig für die "dritte Weltepoche", sprich: das "Dritte Reich" geworben. Unter diesen Voraussetzungen scheint die Rolle der Stirnerianer bei der Entstehung des Faschismus und dessen Relation zum "links"radikalen Sektierertum noch nicht ausreichend betrachtet oder zumindest unterbewertet worden zu sein.

Auch die Zeitschrift *Der individualistische Anarchist* (Hrsg. v. Benedict Lachmann, Berlin 1919) verfolgte das Ideal des Individuums, allerdings im Sinne Mackays. Das Blatt war eine Neuaufnahme des durch den Krieg in seinem Erscheinen beschlossenen "Korrespondenzblattes der Vereinigung individualistischer Anarchisten". Die neue Publikation verfolgte die Ziele der Propaganda für die ebenfalls neuaufgelebte "Vereinigung", um sie zum Sammelpunkt für Mackay-Anhänger zu machen. Ihr war allerdings kein großer Einfluß beschieden, die Bewegung tendierte zum Stirner-Bund.

Weitere Stirneriania waren die Zeitschrift Ich (Eine Zeitschrift von und für Menschen und über Dichtung und Wahrheit, Hamburg 1920-21), weiters Neue Beiträge zur Stirnerforschung (Verlag des Dritten Reiches, Dresden 1920-23) und Grundbau. Bausteine zum Dritten Reich (Berlin 1925) sowie Letzte Politik (Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin und Leipzig 1926-1934), die beiden letzteren als Organe der "Physiokraten" im Sinne der freiwirtschaftlichen Bewegung Silvio Gesells, dem Kurzzeit-Finanzministers in der Münchner Räterepublik. Dessen Anhänger wiederum gaben Telos (Zeitschrift des Freiwirtschaftsbundes, Berlin 1924-1928?) und Der Physiokrat (Erstrebt den vollen Arbeitsertrag für die Arbeiter aller Stände durch Grundbesitz und Geldreform, Berlin 1912-?).



Neben den schon angesprochenen "unanarchistischen" Stirner-Zeitschriften war es ein Österreicher, nämlich Carl Dopf, der mit reger publizistischer Tätigkeit die Medienlandschaft der Anarchisten bereicherte und abseits der frühfaschistischen Ich-Theorie als Individualanarchist für das Gros der gesellschaftlichen "Eigenbrötler" Stellung bezog. Nach seinem Rücktritt von der Mitarbeiterschaft beim *"Alarm"* begann er als Redakteur bei der Zeitschrift *Pranger* (Organ der Hamburg-Altonaer Kontrollmädchen, Hamburg 1921), die sich der Resozialisierung von Prostituierten und Vorbestraften annahm und autoritäre Methoden in Besserungs- und Erziehungsanstalten kritisierte. Ähnlichen Themen verschrieb sich Die Stimme (Blätter für Kinderschutz und Fürsorge-Erziehung, Hamburg 1921), eine Monatsschrift, die nach einem Presseprozeß gegen eine Erziehungsanstalt eingestellt werden mußte. Dem folgte *Der Krakehler* (Das Blatt der Eigenbrödler (sic!), ab dem 2.Jg.: Ein Blatt für Menschenrechte und herrschaftslose Kultur, Hamburg 1921-1923), ein der Vereinigung individualistischer Anarchisten Lachmanns nahestehendes Blatt mit antikapitalistisch-antisemitischen und sozialistisch-arischen Untertönen. Dem "Krakehler" folgte *Das Signal* (Kampforgan der Versprengten, Hamburg 1922-1924), das mit überradikalen Tönen gegen die "Schmarotzer der Arbeiterbewegung", die "Gewerkschaftsbonzen" usw. zu Felde zog. Danach gründete der unermüdliche Dopf die Zeitschrift *Der Freiheitkünder* (Die Briefe des Einzigen. Herausgegeben von einem Namenlosen, Hamburg 1924-1925), mit über 3500 Stück verkaufter Auflage, die aus dem Abdruck von Dopfs individualistisch inspirierten Briefen bestand.

Dopfs letztes Blatt und zugleich der ultimativste Versuch, seine Vorstellungen von freiem Pressewesen zu verwirklichen, blieb Die Freie Tribüne (Hamburg 1925/1926), die es auf fünf Nummern brachte. Darin sollte die Meinungsfreiheit beim Wort genommen werden, indem sich Dopf redaktionell völlig passiv verhielt und jede

Zuschrift einer Veröffentlichung zuführte. Nach dem Scheitern dieses Blattes zog sich Dopf ins "Unpolitische" zurück.

Eine weitaus verbreitetere Publikation war die auf den Wogen der Münchner Rätebewegung mitschwimmende Zeitschrift *Der Ziegelbrenner* (Kritik an Zuständen und widerwärtigen Zeitgenossen, München 1917-1921), als dessen alleiniger Redakteur der Pseudonymträger Ret Marut auftrat. Sein Anarchismus war von deutlichen individualistischen Untertönen getragen, jedoch setzte er genau gezielte politische Attacken gegen die Kräfte der bürgerlichen Restauration, welche allesamt vom Können eines reflektierten Literaten bestimmt waren.

Marut gilt demzufolge als Zwischenerscheinung des Bohème- und Individualanarchismus und überhaupt als Einzelgänger der Bewegung, obschon er 1918 dem Propagandaausschuß der Münchner Räterepublik angehörte und einen Sozialisierungsplan für die Presse entwarf. Nach der Niederschlagung der Räteregierung flüchtete er über London nach Lateinamerika. Das besondere Interesse am *"Ziegelbrenner"* liegt darin, daß sein Redakteur mit dem großen Romanautor B.Traven personell ident ist. Diese Tatsache wurde erst nach langwierigen widersprüchlichen literaturwissenschaftlichen Forschungen und Stilvergleichen in den Siebziger Jahren festgestellt. Der Ziegelbrenner gilt mehr oder weniger als B.Travens erste literarisch-politische Spielwiese, als sein "Frühwerk", das durch seine anarchistischen Untertöne und die Egozentriertheit eine besondere Stirner-Deszendenz aufweist.

Eine vollständige Strukturanalyse zum Thema "Anarchistenpresse" der Zeit von 1890 bis 1933 ist vom gleichen Autor unter dem Titel **"Fesseln brechen nicht von selbst"** im Trotzdem-Verlag erschienen. (Reihe Libertäre Wissenschaft, Band 9, 230 Seiten, DM 34.-, PF 1159, 7043 Grafenau-1)

Anmerkungen:

"Wien-Korrespondent" war Pierre Ramus

Dies in der Zeitschrift "Radikaler Geist", dem Vorläufer des "Einzigen": Die Hefte waren anfang der 30er Jahre Gegenstand erhöhter Nachfrage und wurden neu aufgelegt.

vgl: HELMS, Daten vom Vormarsch der Ideologie, in: ders, Die Ideologie der anonymen Gesellschaft, Köln 1966, S.396-420

Silvio GESELL(1862-1930), Finanztheoretiker, erstrebte im Sinne von Proudhons Volksbank die Beseitigung arbeitslosen Einkommens (Zins, Grundrente), um den Kapitalismus stufenweise zu überwinden. Vgl. Werner SCHMID, Silvio Gesell. Die Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954

Die Schreibweise des Namens orientiert sich an einem älteren Vorbild, eine 1848 in Hamburg und Berlin erscheinende Zeitschrift gleichen Namens.

Vormals: Sozialdemokratisches Organ

Stefan GROSSMANN, Ich war begeistert. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1931 Unter dem Eindruck der aufsteigenden Sozialdemokratie wandten sich die meisten Kleinbürgersöhne vom "un-attraktiven Sekten dasein" wieder ab.

Max NETTLAU erweitert diese Presseschau in seiner "Geschichte der Anarchie", Bd.3, Berlin 1925, noch um die tschechische Anarchistenpresse (S.325)

Pierre RAMUS, Das anarchistische Manifest, Berlin 1907.

RAMUS, Anarchistisches Manifest, S.10f.

"Der Spiegel" Nr.31, 44.Jg., 30.Juli 1990, "Gesellschaft der Wahnsinnigen", S.94f.

Adolf HEMBERGER, Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarchosyndikalismusm zum Anarchismus, Phil. Diss. Heidelberg 1963, S.181ff.

zu Carl DOPF vgl. Michael POLLACK, Im Schatten der Arbeiterbewegung, Wien 1977 (zus. mit Gerfried Brandstetter und Gerhard Botz)

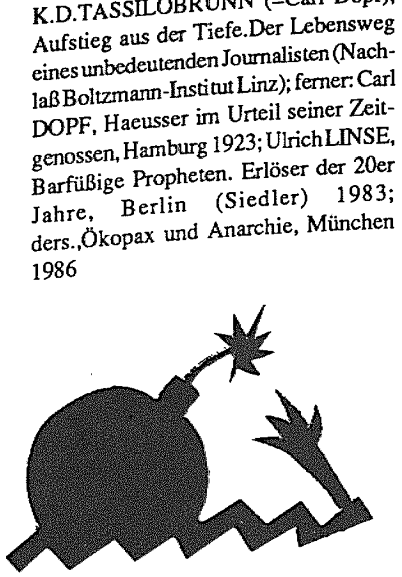
vgl. Carl Dopfs Autobiographie: K.D.Tassilobrunn (Pseud.), Aufstieg aus der Tiefe. Der Lebensweg eines unbedeutenden Journalisten, Fassung 1960 (Manuskript im Ludwig Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz)

Zum Leben Hugo Sonnenscheins s. die umfangreiche Biographie v. Jürgen SERKE, Böhmische Dörfer, Wien/Hamburg 1987, S.344-357

Diese (wenig verbindliche) Einteilung nimmt Günther BARTSCH im Grundlagenkapitel seines Buches (Anarchismus in Deutschland, Hannover 1972-73) vor, allerdings ohne auf die Willkür seiner "Grenzziehung" hinzuweisen.

vgl. dazu Michael POLLACK, S.108f.

Zu Ludwig Haeusser und seiner Zeitung s. K.D.TASSILOBRUNN (=Carl Dopf), Aufstieg aus der Tiefe. Der Lebensweg eines unbedeutenden Journalisten (Nachlaß Boltzmann-Institut Linz); ferner: Carl DOPF, Haeusser im Urteil seiner Zeitgenossen, Hamburg 1923; Ulrich LINSE, Barfüßige Propheten. Erlöser der 20er Jahre, Berlin (Siedler) 1983; ders., Ökopax und Anarchie, München 1986





oto: Anarchistische Fotozelle

Black Cross – Beleben wir die Schwarzkreuz-/Schwarze Hilfe-Gruppen neu!

»Auch wenn wir nicht drinnen sind, Knast und was da läuft, geht uns alle an. Knast ist die letzte Stufe, die letzte Waffe uns alle auf Linie zu halten. Die Gefängnisse müssen niedergerissen werden, Stein für Stein. Aber in der Zwischenzeit können kleine Reformen helfen, das Leben im Knast ein wenig erträglicher zu machen – Dinge, wie beendete Brutalität, längere Besuche, mehr Verbindungen, besseres Essen, weniger Überfüllung... Je mehr wir die Forderungen der Gefangenen unterstützen, desto größer wird unser Wissen über den Knast, desto weniger werden wir erpreßbar mit Knast.«

Bis zu den **Libertären Tagen 1993** soll kontinuierlich der Aufbau einer neuen Schwarzen Hilfe vorbereitet werden, ihre bundesweite Organisierung könnte dann in Frankfurt von allen Interessierten in die Tat umgesetzt werden. Für diesen Zweck wird im nächsten SF ein Schwarzkreuz-Konto angegeben werden. Wer Kontakte in einen Knast hat, wer Infos zu lokalen Repressionsfällen im Knast hat, wer Lesungen, Konzerte u.ä. organisieren will, wer selbst im Knast sitzt, wer verschärftes Interesse hat, die Vorbereitungen mit in Gang zu setzen, schreibe an den SF, [Stichwort „SH" außen auf dem Briefumschlag]. Die Redaktion wird die Briefe sammeln und an die Initiatoren weitergeben, die wiederum Kontakt mit allen aufnehmen werden. Eine konkrete Frage aber gleich nach Göttingen und Marburg: Warum kommt Post an die dortigen Schwarze Hilfe-Gruppen zurück? Gibt es beide Gruppen nicht mehr? *»Für sachdienliche Hinweise dankt die SF-Redaktion im Namen der Initiatoren«.*

☛ Die Proteste in Griechenland gegen das neue Erziehungssystem (Rückkehr zum 1981 abgeschafften täglichen Gebet und zum Uniformzwang, Wiedereinführung von Alt-Griechisch, höhere Stundenzahlen etc.) halten an. Die folgenden Schulbesetzungen scheiterten während des Golfkriegs. Weitere Examensverschärfungen belebten die Protestbewegung im Oktober neu. SchülerInnendemos wurden gewaltsam aufgelöst, durch gefälschte Zeitungsmeldungen („Schüler vergewaltigt Schülerin in besetzter Schule") aufgehetzte Bürger stürmten Schulen, weitere SchülerInnen-Demos wurden von Parteigängern der Regierung mit Steinen und Eisenstangen aufgemischt. Im Verlauf einer dieser Demos, am 24.10.91 wurde der Fernsehwagen des rechtsgerichteten Senders Antenna (bekannt als Cop-TV) in Brand gesetzt, über 1000 Leute wurden danach in der Polytechnischen Universität, die „Immunität" genießt, von Polizei eingeschlossen, sechs noch außerhalb verhaftet und inzwischen zu 5 bis 7 Jahren wegen Barrikadenkampf verurteilt. Einen Tag später hatte die Polizei die Erlaubnis zur Räumung, weitere 28 Leute wurden verhaftet. Als Zeugen fungierten ausschließlich Polizisten. Der Prozeß gegen die 28 endete mit 6 Freisprüchen, der Rest bekam zwischen einem und drei Jahren Gefängnis. In der Nacht nach der Urteilsverkündung wurde ein Polizeiwagen von der Organisation „17.November" mit einer Rakete abgeschossen. Ein toter und sechs schwerverletzte Polizisten waren die Folge. Am Nachmittag wurden 33 polizeikritische Flugblätter verteilende Leute von der Straße weg festgenommen und z.T. schwer mißhandelt. Die vorbereiteten Anklagen können mit bis zu 15 Jahren bestraft werden. (Quelle: Infos A, Athen)

★ Hausbesetzung in Stuttgart

Entgegen aller Unkenrufe über eine scharfe repressive Linie gegen Neubesetzungen im Rahmen von Europa 92 hält sich das besetzte Haus in der Schwabstr.16b in Stuttgart noch immer. Seit dem 6.12.91 ist das z.T. seit 13 Jahren leerstehende Haus wieder bewohnt und stellt mit Volxküche, Kulturkeller, Cafe und Gruppenräumen für viele Menschen einen Anlaufpunkt dar.

Langfristig fordern die BesetzerInnen Mietverträge, um neben kollektivem Wohnen ein Antirassismusbüro, Cafe, Buchladen, Gruppen- Kulturräume zu schaffen. Während die Stadt sich eher aus der Affäre ziehen will, reagierten (bis Redaktionsschluß) die privaten BesitzerInnen rein juristisch: Mitte Januar wurde die Räumung beantragt. Ob sie damit durchkommen, hängt u.a. davon ab, ob die Stadt Stuttgart ihre eigene Verstrickung in die Wohnungskatastrophe aus der öffentlichen Diskussion ziehen kann.

Kontakt: *Besetztes Haus, Schwabstr. 16b, 7000 Stuttgart (S-Bahn-Haltestelle Schwabstr.)*

***Umweltzentrum Münster durchsucht!**

Am 7.1.92 fand im Umweltzentrum Münster und in der Druckerei UWZ eine 7-stündige Hausdurchsuchung statt. Als Vorwand diente ein Ermittlungsverfahren aufgrund § 129a, Abs.3, das wegen der anarchistischen Zeitung „Unfassba" Nr.7/8 eingeleitet wurde. In dieser Ausgabe vom Mai 1991 soll für die RAF geworben worden sein. Bei der Durchsuchung wurden zusätzlich Druckplatten der Unfassba Nr.10, Kriminalrundbriefe, ein Buch „Die Rote Zora" etc. beschlagnahmt. Darunter auch leere Lieferscheine der Unfassba und Kopien einer Uniarbeit über diese Zeitung. Kontakt: *Unfassba-Red., Umweltzentrum, Scharnhorststr.57, 4400 Münster.*

CIRA – ein anarchistisches Projekt stellt sich vor

(Unter dieser Überschrift bitte Texte an den SF schicken, wir veröffentlichen in jeder Ausgabe eine solche Selbstdarstellung)

CIRA – Centre International de Recherches sur l'Anarchisme. Seit der Gründung 1957 ist im CIRA eine wichtige Sammlung von Texten über den Anarchismus entstanden. Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag von 16 bis 19 Uhr oder auf Anmeldung geöffnet. Eine Leserkarte (jährlich 40.-SFr) erlaubt die Einsicht und die Ausleihe der Werke. Man kann sich auch schriftlich an das CIRA wenden. Bücher werden auch ins Ausland ausgeliehen. Es können Photokopien von alten Publikationen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, sowie Auskünfte über andere Sammlungen oder laufende Nachforschungen angefordert werden.
Das CIRA veröffentlicht zweimal im Jahr ein Bulletin mit einer Liste von Neueingängen, Berichte über Werke und Informationen über Nachforschungen, Bibliotheken oder Zusammenkünften.
Das CIRA wird von einer Gruppe freiwilliger MitarbeiterInnen verwaltet und von den Mitgliedsbeiträgen (Leserkarten), von zusätzlichen Spenden und dem Verkauf von Doppelausgaben finanziert. Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften werden dem CIRA größtenteils von den VerlegerInnen und AutorInnen oder von den LeserInnen geschenkt.

Der Bestand des CIRA: Die **Bibliothek** umfaßt Werke in 25 Sprachen, meist sind sie jedoch auf französisch, spanisch, italienisch, englisch und deutsch. Die etwa **12.000 Bücher und Broschüren** wurden entweder von Anarchisten geschrieben oder veröffentlicht oder sie beschäftigen sich mit der anarchistischen Bewegung oder ihren Ideen.

Die aktuellen **Zeitschriften** (es sind etwa 200) werden alle von ihren Herausgebern im Austausch mit dem **Bulletin** ans CIRA geschickt. Die alten Zeitschriften (über 1500) wurden dem CIRA von Gruppen und Sammlern gegeben oder vererbt. Einige erhielt das CIRA auch im Austausch mit anderen Bibliotheken.

Das *Bulletin 47* vom Januar 1991 enthält neben der Auflistung neuer Bücher einen Hinweis auf ähnliche anarchistische Archive wie das Archivio Pinelli in Mailand, das CDL in Lyon oder das CIRA-Marseille und einen Nachruf auf den am 24.Oktober 1990 gestorbenen Sam Dolgoff (eigentlich Sholem Dolgopolsky, geb. am 10.10.1902 in Weißrußland) von Paul Avrich.

Die **Dokumentensammlung** umfaßt Thesen und Universitätsstudien, Photokopien von Artikeln oder Manuskripte, Flugblätter und Artikel, die in nicht-anarchistischen Zeitschriften erschienen sind.

Die **Bilddokumentsammlung** besteht aus Photos, Reproduktionen von Kunstwerken und Zeichnungen, Plakaten, Dias etc.

Der **Archivbestand** ist noch nicht katalogisiert; sein Zugang ist also sehr beschränkt. Das CIRA besitzt außerdem eine Anzahl von Audio- und Videokassetten, Schallplatten und Filmen, welche nun katalogisiert werden.

Die Bibliothek hat eine allgemeine Autorenkartei für Bücher und Broschüren, eine Themenkartei, eine biobibliographische Kartei und eine Zeitschriftenkartei. Die Sammlung des Bulletins ist mit der Autorenkartei für Bücher und Broschüren verbunden. Auf Anfrage können Werklisten nach Autoren oder über bestimmte Themen angeboten werden. Die meisten Werke können im CIRA direkt oder nach schriftlicher Anfrage per Post ausgeliehen werden (die LeserInnen sind gebeten, die Rückgabe gut verpackt und per Einschreiben vorzunehmen). Man kann maximal vier Bücher einen Monat lang ausleihen. Eine Verlängerung ist nicht möglich.
Alte, seltene oder schlecht erhaltene Werke sind von der Ausleihe ausgeschlossen. Sie müssen im CIRA selbst konsultiert oder photokopiert werden.
Das CIRA ist Mitglied der Internationalen Föderation libertärer Studien- und Dokumentationszentren (FICEDL), sowie der Internationalen Gesellschaft der Bibliotheken der Arbeitsgeschichte (IALHI). Es unterhält regelmässige Kontakte zu mehreren Bibliotheken und Forschungszentren der Welt.
Das CIRA hat bei der Organisation internationaler Symposien mitgeholfen und mehrere Ausstellungen gemacht (Geschichte und Geographie des Anarchismus; Libertäre Erziehung; Frauen in der anarchistischen Bewegung). Außerdem hat es Dossiers zu verschiedenen Themen, wie Frauen, Film und Anarchismus, welche interessierten Personen zu Verfügung stehen.

Die BenutzerInnen des CIRA sind herzlich eingeladen, zu seiner Bereicherung beizutragen, indem sie Zeitschriften oder Photokopien von interessanten Artikeln schicken, auf Nachforschungen und Publikationen aufmerksam machen usw.

Die Mehrzahl der CIRA-eigenen Publikationen sind vergriffen, bestellbar ist derzeit:
– Carlos da Fonseca: Introduction à l'histoire du movement anarchiste au Portugal, 1973
– Arthur Lehning: Michel Bakounine et les historiens, 1979

Kontakt:
CIRA,
avenue de Beaumont 24, CH-1012 Lausanne, Tel. (4121) 652 48 19 oder 652 35 43, Postscheckkonto: Genf: 12-17750-1

Streitkultur statt Selbstzensur

Dritte Auseinandersetzung mit dem Buch »Anarchismus heute«*

von Gregor Dill

Ursprünglich ist der Artikel im letzten Frühjahr als ausführliche Buchbesprechung für das Magazin *banal* entstanden. Weil das *banal* aber gar nicht erst herausgekommen ist, habe ich den Text zur Seite gelegt. Anläßlich Eurer im letzten *Faden* indirekt ausgesprochenen Aufforderung, zu dem Buch weiter Stellung zu nehmen, habe ich den Text wieder hervorgeholt und ihn quasi neu geschrieben.

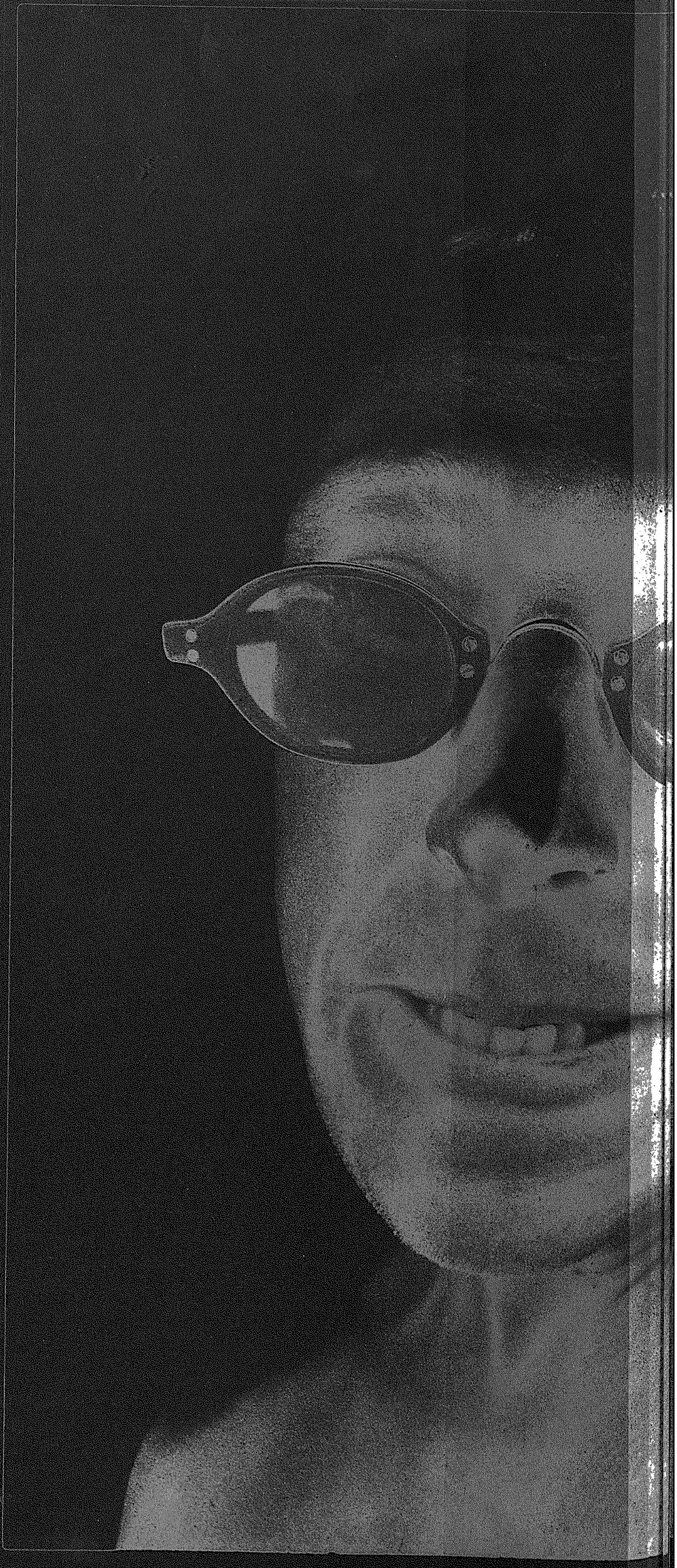
Daß Anarchismus kein „festgefügtes, starres Theoriegebilde" ist, sondern ein „vielfältiges ideenreiches Spektrum" darstellt (Zitat aus der mageren Vorbemerkung), stimmt. Wo aber hört Anarchismus auf, Anarchismus zu sein? Wo lassen sich unterschiedliche Positionen auf einen gemeinsamen libertären Nenner zurückführen? Und wo stehen vermeintlich anarchistische Gedankengebäude auf Fundamenten liberalistischer, marxistischer oder zuweilen sogar faschistoider Prämissen?

Es wäre die Aufgabe des Herausgebers einer mit dem populären Titel „Anarchismus heute« aufwartenden Textsammlung, diese Fragen im Auge behaltend die LeserInnen durch das Buch zu begleiten. Nicht zuletzt deswegen, weil sich die einzelnen Essays nicht aufeinander beziehen.

Stattdessen versteckt sich Hans-Jürgen Degen, der mit seinem neonationalistischen Beitrag unverbesserlich den rechten Flügel markiert, hinter einer falsch verstandenen Solidarität und läßt marxistische, liberalistische und nationalistische Ideen zusammen mit libertären Standpunkten unter der Sammelbezeichnung zeitgenössischen Anarchismus' reibungslos nebeneinander stehen.

Soll es darum gehen, den Anarchismus zu aktualisieren und auch zu propagieren, so erreichen wir dies bestimmt nicht dadurch, daß wir ihn zum philosophi-

Photo: Anarchistische Fotozelle





schen Supermarkt erklären.

Wir müssen den Schritt wagen von der Folklore hin zur Vergangenheitsbewältigung.

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Kritik am Buch möchte ich auf einzelne Beiträge (nicht alle) näher eingehen.

Uwe Timm widmet sich in seinem Aufsatz der Ökonomie. Er vertritt die These von der Gegensätzlichkeit von Kapitalismus und Freier Marktwirtschaft. Das Verwerfliche am Kapitalismus sei nicht das Prinzip der Konkurrenz sondern die Monopolbildung in den verschiedenen Zweigen von Wirtschaft und Politik, welche die Freiheit des Wettbewerbs verhindern würde.

Daß die fortschreitende Monopolisierung einen Hauptgrund sozialer Ungerechtigkeit darstellt, ist unbestritten und wird von Timm auch ausführlich erklärt. Wer jedoch auf einen inneren Zusammenhang zur Wettbewerbsideologie verweist und in den Monopolen gerade eine Folgeerscheinung des Konkurrenzkampfes zu erkennen glaubt, ist, Timms Meinung nach, *„von keinerlei Sachkenntnis getrübt"*. (S.43) Eine nährere Begründung bleibt uns erspart.

So bräuchten bloß die Monopole abgeschafft werden (wie das geschehen soll, bleibt undurchsichtig)[wie wär's mit dem Bundeskartellamt als revolutionäre Institution?, d.S.], und die Anarchie wäre beinahe schon Wirklichkeit. Denn das, was dann übrig bliebe – die freie Konkurrenz – entspräche den „natürlichen" Beziehungen zwischen den Menschen!!

Daß anarchistische Klassiker herangezogen werden können, um diese Kernweisheit liberalistischer Philosophie zu verkünden, ist das eigentlich Interessante an Timms Beitrag. Ramus: *„Schon die Grundzüge des Wettbewerbs beweisen das vernunftgemäße seiner Existenz und die Bestätigung innerhalb der Gesellschaft. Jedes Individuum ist von einem natürlichen Trieb erfüllt, seine Mitmenschen in seinen Leistungen zu übertreffen."* (S.43, ohne Textnachweis!)

Timm glaubt felsenfest an einen natürlichen Gegenpol zwischen dem Ich und dem Wir, zwischen Individuum und Gesellschaft. Das eine ist das Feuer, das andere das Wasser. Wer dies anders sieht, halte *„die Uhr an (und) bewirkt die Stagnation in allen Bereichen der Gesellschaft"*. (Proudhon-Zitat, S.43) Nun ist es doch gerade das herrschaftsfreie Leben zusammen mit anderen Menschen, das dem Individuum als Voraussetzung dient, sich als solche zu verstehen. Das Sein erkennt sich selbst erst über die Wahrnehmung des sich von ihm unterscheidenden Seins. Ist diese Wahrnehmung durch Isolation verunmöglicht, oder ist durch die Hürde zwischenmenschlicher Hierarchie *„die Freiheit jeder tieferen Bewegung von einem zum anderen (...) unterbunden"* (Canetti), so sind auch der Entwicklung individueller Persönlichkeit unüberbrückbare Schranken gesetzt. Es ist das Mitleben kollektiver Praxis, das Individualität ermöglicht und nicht der Wettbewerb, der sie aufrecht erhält.

Zum gleichen Schluß kommt Gunnar Seitz 50 Seiten weiter hinten: *„Individualität und Gemeinschaftlichkeit sind zwei sich bedingende Prinzipien."* (S.83)

Timm sieht das nicht so. Sein Liberalismus argumentiert konsequenterweise gegen jegliche Form kollektiver Selbstverwaltung: *„Bei (...) den Bedürfnissen der Menschen handelt es sich stets um individuelle Wünsche, die sich weder staatlich noch kollektivistisch erkennen (...) lassen."* (S.35)

Trotzdem scheint es, als ob er an das Märchen von der natürlichen Konkurrenz selber nicht recht glauben würde. Dies ist vor allem dort erkennbar, wo Timm, anstatt seine Behauptungen ausführlicher zu begründen, unaufhörlich Zitate klassischer Anarchisten anfügt, die das bereits Gesagte lediglich in anderen Worten wiederholen.

Um den selbstverwalterischen Ideen eine weitere Abfuhr zu erteilen, bemerkt Timm, *„daß im Bewußtsein der Arbeitnehmer der Wunsch nach einer »Übernahme der Betriebe« nicht sehr lebendig war und ist (...) Wenn dem aber so ist, stellt sich die Frage, inwieweit die Notwendigkeit der Kollektivierung besteht."* (S.38)

Damit treibt Timm seinen Scharfsinn auf die Spitze: Er erklärt die Politik kurzerhand zur Ware und richtet ihre Qualität frei nach Angebot und Nachfrage. Ob es dann noch einen Sinn hätte, schwarzrote Lösungsvorschläge anzubieten?

Einmal mehr wird die Macht des Gehorsams außer Acht gelassen: Daß die mangelnde Bereitschaft zur Selbstverwaltung etwas zu tun hat mit fehlendem Selbstbewußtsein, nicht vorhandenem Mut zur Eigeninitiative sowie mit akuten Kommunikationsstörungen – alles Produkte unserer Herrschaftskultur – sieht Timm nicht. Und dies obgleich er feststellt, daß selbstverwaltete Betriebe von ihren Mitgliedern ein hohes Maß an Selbstverantwortung abverlangen. (S.31)

Des weiteren wirft Timm der auf Selbstverwaltung basierenden Gesellschaft vor, sie könne ihre Warenverteilung nur zentralistisch und damit autoritär organisieren. Autonomistische Modelle wie die Freie Vereinbarng oder die Selbstversorgung

erhalten das Ettikett des *„ökonomischen Primitivismus"*. (S.34) Als ob es nicht darum ginge, uns von der Industriegesellschaft selbst zu befreien, wie dies Wolfgang Haug ein paar Seiten weiter hinten cleverer bemerkt. (S.67)

Unter all diesen Gesichtspunkten ist Timms Aufsatz eher ärgerlich als lesenswert. In seiner Schlußbemerkung fordert Timm die heutigen AnarchistInnen sogar dazu auf, sich ernsthaft die Frage zu stellen: *„Wieviel Hierarchie erfordert ein Unternehmen?"* (S.54) Damit entblößt er nicht nur die Grenzregion seiner eigenen Verwirrungen, sondern stellt kurzum die weitere Lektüre des Buches in Frage.

Auch ***Wolfgang Haugs*** Aufsatz befaßt sich mit der Ökonomie. Begründet auf die bereits andernorts dargestellten Theorien von der „Umstrukturierung" und dem „Verfall" der Arbeit, gelangt Haug zunächst zum Standpunkt, daß mit Klassenkampftheorie heute keine revolutionäre Perspektive (mehr?) entwickelt werden könne. Des weiteren fragt er sich, ob es *„überhaupt angebracht ist, eine Revolutionsvorstellung über ein (...) revolutionäres Subjekt zu entwickeln"*. (S.57) Denn jede Variante des „Klassenansatzes" übernehme die Definition der Menschen nach ihrer ökonomischen Aufgabe: *„Zulange hat die Linke (...) die eigene Identität an ihrer Funktion im Kapitalismus festgemacht."* Haug plädiert für eine Emanzipation aus der *„Abhängigkeit zur Arbeit, zum protestantischen Arbeits- und Leistungsethos und zur Industriegesellschaft selbst."* Anarchistische Identität solle sich nicht über die Arbeit bestimmen sondern *„über unsere sozialen und gesellschaftlichen Strukturen, über unsere soziale Praxis, in der wir als Individuen gemeinsam mit anderen leben."* (S.67)

Mit dem Einstehen für den – auch nicht mehr neuen – „Alltagsansatz" übt Haug, ohne dies explizit zu tun (was ich ihm ankreide!), eine fundamentale Kritik am historischen Anarchismus. Denn seine Forderung nach einem Anarchismusverständnis, das der Herrschaft generell überall dort, wo sie existiert, den Kampf ansagt, ohne ein spezielles Unterdrückungsverhältnis als einziges zulasten anderer ins Blickfeld philosophischer Aufmerksamkeit zu rücken, wirft sofort Licht auf die klassische anarchistische Theorie. Dort nämlich herrscht eine Sichtweise vor, deren polit-ökonomistische Beschränktheit nicht selten in äußerst reaktionäre Positionen einmündet. So hat beispielsweise Proudhon seine leidenschaftliche Verteidigung patriarchaler Herrschaft locker in seinen „Anarchismus" eingebaut. Auch Bakunin, der zwar der Frauenbewegung seine eingeschränkte Anerkennung ausgesprochen hatte, verfing sich, dem marxistischen Dogma von „Haupt- und Nebenwiderspruch" aufsitzend, in der naiven Vorstellung, daß durch die ArbeiterInnenrevolte hergestellte politisch-ökonomische Machtvakuum würde die Anarchie von allein entfalten lassen.

Daß die heutige anarchistische Bewegung noch immer gezeichnet ist vom Glauben an die allmächtige Kraft der Ökonomie, ist an allen Ecken und Enden erkennbar. Es ist kein Zufall, daß auch im vorliegenden Buch Leute wie Proudhon an mehreren Stellen als anarchistische Autoritäten wohlwollend zitiert werden. Oder weshalb schmücken die deutschen AnarchosyndikalistInnen jede Nummer ihrer Zeitung mit dem Grundsatz: *„Der ökonomische Bereich ist der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf"?* (siehe „Was will die FAU?", Rückseite jeder *direkten aktion*)

Wolfgang Haug ruft dazu auf, von der *„alten Denkweise, die immer nach einem geeigneten Hebel sucht, das System zu kippen"* (S.69), Abschied zu nehmen, um eine anarchistische Alltagspraxis zu entfalten, die der Herrschaftskultur eine libertäre entgegenzusetzen versucht.

Sachdienliche Hinweise auf eine praktische Umsetzung dieser Perspektive liefert Haug leider kaum. Auf jeden Fall geben die kurzen Andeutungen z.B. auf das „Projekt Stadtteil" nicht viel her.

Mit einer Möglichkeit der von Wolfgang Haug eingeforderten revolutionären Alltagspraxis befaßt sich ***Gunar Seitz*** in seinem Beitrag zu den anarchistischen Kommunen. Im ersten Teil schafft Seitz einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Kommunebewegung, welche allerdings etwas oberflächlich und unkritisch ausfällt. Das wäre nicht weiter tragisch, würden ein paar Literaturhinweise den LeserInnen eine eigene Beurteilung der zahlreich genannten Projekte ermöglichen. Denn nur allzu oft neigen AutorInnen bei der Beschreibung herrschaftsfreier Praxis zu bunter Idealisierung.

Davor scheint auch Seitz nicht ganz gefeit zu sein. Er schreibt: *„Die kleinen Dörfer und Weiler im Mittelalter entwickelten als autarke Gemeinschaften (...) recht beachtliche Züge kommunitären Lebens wie Gemeinschaftseigentum, gemeinsames Arbeiten, gemeinschaftliches Verwalten von Gütern, gemeinschaftliches Besprechen aller wichtigen Dorfangelegenheiten."* Seitz' fragwürdige Formulierung, es hätte sich innerhalb jener Gemeinschaften sogar *„oftmals eine viel bessere Stellung der Frauen"* im Gegensatz zur umgebenden Gesellschaft entwickelt, vermag den Zweifelnden nicht gerade eines Besseren zu belehren. (S.72) Auch hier fehlt der Literaturhinweis.

Im zweiten Teil geht Seitz auf das Wesen der anarchistischen Kommune ein. Dabei spricht er auch das diffizile Thema „Vetorecht" an, vertritt allerdings einen eher konservativen Standpunkt: *„Ist ein Gruppenmitglied dagegen, kann keine Entscheidung herbeigeführt werden. Alles bleibt dann beim Alten."* (S.82) Daß es hierzu auch ganz andere und vor allem differenziertere Standpunkte gibt, die beispielsweise nach einem Vetorecht *für* eine Veränderung fragen, unterschlägt Seitz. Dies obwohl Burkhard Keimburg von der Kommune Niederkaufungen, die Seitz in seinem Aufsatz mehrmals erwähnt, vor zwei Jahren in der *Trafik* einen Artikel veröffentlicht hat, der sich nur mit dem Konsensprinzip in Kommunen befaßt. Keimburg hält dort fest, daß *„die Definitionen der einzelnen Aspekte von „Konsens" bei den KommunardInnen nicht übereinstimmen."* (Trafik, Nr.32, Mülheim 1989)

Der dritte Teil entwirft eine kommunitäre Gesellschaft. Bezugnehmend auf neuere und auch literarische Utopien verabschiedet sich Seitz von Politik und Wirtschaft herkömmlicher Prägung und verteidigt das absolute Autonomieprinzip der Kommunen. Das imperative Mandat auf interkommunitären Zwischenebenen läßt Seitz nur zu für themenbezogene und zeitlich beschränkte „Problemberatungskreise". Auch für die Entscheidungsfindung zwischen verschiedenen Kommunen gilt das Einmütigkeitsprinzip.

Insgesamt betrachtet ist der Aufsatz von Gunnar Seitz interessant und anregend. Leider unterschlägt er einen wichtigen Aspekt: Das Problem der Isolation zeitgenössischer Kommunen.

Seitz weist daraufhin, daß es bestehenden Kommunen in ihrer Praxis oftmals an Konsequenz mangelt, und fordert entschieden zur Besserung auf. Jedoch darüber, daß praktische Konsequenz nicht selten in einem direkt-proportionalen Verhältnis zu gesellschaftlicher Isolation steht, verliert Seitz kein Sterbenswörtchen. Dabei ließen sich gerade aus seiner Utopie einer Kommune-Gesellschaft interessante Hinweise dafür ableiten, daß mittels regionaler Vernetzungen die abgekapselte libertäre Praxis zur sichtbaren Gegenkultur werden könnte.

Der Beitrag von ***Friederike Kamann*** ist einerseits der einzige Aufsatz einer Frau, andererseits aber auch das einzige Essay, das sich deutlich, vom folkloristisch-propagandistischen Grundtenor des Buches abhebt. In ihrer Beschreibung des problematischen Verhältnisses zwischen dem hiesigen Anarchismus zum Anarchafeminismus wagt sie es, mit dem älteren und zeitgenössischen Anarchismusverständnis deutlich ins Gericht zu gehen.

Kamann wirft der noch immer männerdominierten Bewegung vor, sie versuche, sich den Anarchafeminismus einzuverleiben, in der Absicht, *„den Frauen nun endlich etwas bieten zu können."* (S.93)

Daß aber der Anarchismus selbst und seine Bewegung Adressaten einer anarchafeministischen Kritik sein könnten, scheint unmöglich. Schon immer sei es den Männern, wenn sie feministische Politik unterstützten, hauptsächlich um die Propaganda gegangen, *„um die Rekrutierung der Bewegung auch aus den Reihen der Frauen." „Die Forderungen der Frauen brannten ihnen nicht unter den Nägeln."* (S.95/96)

Was aber ist anderes zu erwarten von einer anarchistischen Bewegung, die ihre Identität aufbaut auf einer klassischen Bibliothek, welche schlichtweg unfähig ist, der Rolle der Geschlechterherrschaft ihre wirkliche Bedeutung zuzuschreiben?

Wenn der heutige Anarchismus es nicht schaft, seine eigene Säkularisierung einzuleiten, wird sich an der von Friederike Kamann beschriebenen Situation so bald nichts ändern.

Ulrich Klemms Beitrag befaßt sich mit dem Zusammenspiel von Pädagogik und Anarchismus. Der Autor, bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema, weist zunächst mit Nachdruck darauf hin, daß die libertäre Pädagogik *„Bestandteil der sozialen und politischen Bewegung des Anarchismus war und ist"*, wobei *„Anarchisten immer am Staats- und Kirchenmonopol in Sachen Bildung und Unterricht ansetzen."* (S.103)

Damit ist gesagt, daß die historische anarchistische Bildungskritik in erster Linie die *ideologische Besetzung* der Erziehungsgewalt anprangert und nicht *diese selbst*. Leute wie Tolstoi, die das Herrschaftsverhältnis zwischen „Erzieher und Zögling" grundsätzlich in Frage stellen wollten, blieben die Ausnahme. Ohne es selbst zu wollen, stellt Klemm dar, wie sich die Gründerväter der libertären Pädagogik, um sich dem Vorwurf zu entziehen, mittels der Formulierung eigener „Eriehungs- und Bildungsziele" selbst

Photo: Anarchistische Fotozelle



autoritär-ideologisch zu wirken, gerne hinter der „Vernunft" versteckten, welche sie zu verkörpern vorgaben: *„Sie alle (Owen, Fourier, Godwin, Cabet) hegten die Hoffnung, daß der Mensch ein »vernunftbegabtes« Wesen sei und Herrschaft von Menschen über den Menschen mittels Aufklärung, d.h. Bildung und Erziehung, beseitigt werden könne."* (S.102)

Auch Klemm steht in der Tradition, die *inhaltliche Ausmalung* der Pädagogik zu kritisieren, sie selbst aber als etwas Neutrales zu betrachten, wenn er schreibt: *„Staat und Kirche als Garanten für Bildung und Erziehung verfolgen zunächst kein pädagogisches Interesse, sondern ein politisches."* (S.103)

Im Zuge der 68er Revolte, so Klemm, tauchte eine neue Konzeption auf: Die Antipädagogik. Wie ihr Name bereits nahelegt, setze diese in ihrer Kritik direkt an der Pädagogik an, indem sie sie generell als kinderunterdrückend diffamiere. Ideeller Ausgangspunkt der Antipädagogik sei die „Befreiung des Kindes", welche – unabhängig von der inhaltlichen Ausprägung des jeweiligen pädagogischen Konzeptes – eingeschränkt werde. Erziehung zu „Freiheit und Solidarität" werde von der Antipädagogik als Widerspruch empfunden, da sie der Erziehung per se Herrschaftlichkeit unterstellt.

Obgleich Klemm deutlich macht, daß sich libertäre Pädagogik und Antipädagogik sowohl in ihrer Geschichte als auch in ihrer philosophischen Basis elementar voneinander unterscheiden, vollbringt er das Meisterwerk, beide Konzeptionen auf denselben Nenner zu bringen: Er erklärt die Antipädagogik zur radikalisierten Ausformung libertärer Erziehungstheorie! Damit aber erinnert Klemm schwer an die weiter oben besprochene Einverleibung des Anarchafeminismus in den Anarchismus. Er weist zwar daraufhin, daß Klassikern wie Ferrer, Landauer, Bakunin oder Kropotkin im Zusammenhang mit deren Äußerungen zum Thema Erziehung *„autoritäre Absichten vorgeworfen"* werden könnten. (S.115) Auf eine selbstkritische Analyse von Geschichte und Gegenwart libertärer Pädagogik, wie sie die Antipädagogik einfordert, läßt er sich aber nicht ein.. Dabei sollten ihm seine eigenen Formulierungen mehrfach zu denken geben: *„Obwohl die »Befreiung des Kindes« im Konzept des Anarchismus enthalten war und ist, entwickelte sich diese Forderung erst im Zuge der neuen Emanzipationsbewegungen der 70er und 80er Jahre."* (S.108) Warum wohl? Kein Wunder also, daß bei zeitgenössischen Experimenten *„ein expliziter Bezug auf die Tradition der anarchistischen Bewegung, Politik und Philosophie nur selten vorhanden ist"*, wie Klemm sich etwas ratlos festzustellen gezwungen sieht. (S.110).

Nichtsdestotrotz zitiert Klemm eine spanische Dorfschule als Musterbeispiel libertärer Pädagogik, deren Statuten die geneigten LeserInnen gewiß eher an eine Zwangsgemeinschaft als an entschulte Bildungspraxis erinnern:

„Die Ziele... sind :... 3. Uns vorbereiten, um morgen unsere Pflicht zu erfüllen und unsere Rechte verlangen zu können. 4. Uns bewußt zu werden, was wir tun, damit wir morgen wissen, was wir zu tun haben, um wie ein »Lotse und ein Rettungsring« in unserem Dorf zu wirken. 5. Versuchen, unser Dorf in Ordnung zu halten. 6. Mit unserem Beispiel die Einigung des ganzen Dorfes und ein Ende mit der Eigenbrötelei erreichen. 7. In uns selbst den Eigennutz bekämpfen, »Einer für alle – alle für einen«." (S.112)

Hilfe!

* *erschienen im Verlag Schwarzer Nachtschatten, Alte Salzstr.1, 2320 Bösdorf*

LeserInnenbriefe

Hallo deutsche AnarchistInnen!

Ich heiße Kirill Limanow, bin Anarcho-Kommunist und schreibe Euch aus Moskau. Ich bin Anhänger der Initiative Revolutionärer AnarchistInnen (IREAN), vertrete also den libertären Kommunismus. Ich finde Eure Zeitschrift sehr interessant und würde gerne eine Nummer erhalten. Das Besondere am *Schwarzen Faden* liegt wahrscheinlich darin, daß auf seinen Seiten anarchistische Theorie und Praxis miteinander verknüpft werden. Ich will Euch nichts vorsvchreiben, denn es ist eine subjektive Sache, aber ich würde es besser finden, wenn es reichlicher Informationen über die internationale Bewegung gäbe. Sonst finde ich alles in Ordnung. Unsere, also die russischen anarchistischen Blätter haben es noch sehr weit bis wir Euer Niveau erreichen – das gilt also als Kompliment.
Leider kann ich keines unserer Blätter zuschickewn, da sie nur äußerst unregelmäßig erscheinen.

Kirill Limanow, Moskau (GUS)
übersetzt von Will Firth

Offener Brief an den Südwestfunk

Am 10.10.91, 21 Uhr wurde in Südwest 3 der Film **„Es lebe die Anarchie"** von **Edgar Verheyen** gesendet. Als AnarchistInnen protestieren wir gegen dieses Machwerk. Der Autor des Films hat wohl nur rudimentäres Wissen bezüglich anarchistischer Theorie und Praxis sowohl in geschichtlicher als auch in aktueller Hinsicht. Denn er fällt in seiner Darstellung von „Linksextremismus" in die Zeit der Terroristenhysterie der 70er Jahre zurück, als in den Medien RAF-AktivistInnen als „anarchistische Gewalttäter" tituliert wurden, obwohl die RAF-Leute sich selbst als Marxisten-Leninisten bezeichnet haben und in den AnarchistInnen ihre politischen Gegner sahen. In der wissenschaftlichen Diskussion und selbst in der politischen Auseinandersetzung werden hier inzwischen scharfe Trennungslinien gezogen.
Falls jedoch Herrn Verheyen diese Unterschiede bewußt sein sollten, hat er einen demagogischen Film produziert, in dem er seinen Vorurteilen freien Lauf läßt, polarisiert und Menschen, die sich für eine herrschaftsfreie Gesellschaft einsetzen, als terroristisch diffamiert. …
Es geht nicht an, daß schon gleich zu Beginn mit dem unterlegten Lied *„Deutschland muß sterben, damit wir leben können"* emotional Stimmung gemacht wird. Wobei eine Interpretation dieser Parole noch eine weitere Sache wäre, z.B. ob Deutschland als geographisches Land physisch vernichtet werden soll, oder ob damit vielleicht Deutschland – hier in seiner historischen Verantwortung als Synonym für Chauvinismus und Nationalismus – in den Köpfen der Menschen gemeint ist (siehe den aktuellen Rassismus und Fremdenhaß in Teilen der Bevölkerung).
In Zusammenhang mit Bildern von Barrikadenkämpfen in der Ost-Berliner Mainzer Straße läßt die Parole nur eine emotionale Deutung zu.
Als skandalös und journalistisch unseriös kann die Vermischung so unterschiedlicher politischer Richtungen wie linke StudentInnen, AnarchistInnen, Anarcho-SyndikalistInnen, Graswurzel-Leuten, AussteigerInnen, Autonomen, Anti-ImperialistInnen, RAF-SympathisantInnen etc. bezeichnet werden. Kein Wort der Differenzierung, im Gegenteil.
Den Autor interessiert allein die Stellung all dieser so unterschiedlichen Menschen zur Gewalt und soweit er nicht positiv fündig wird, versucht er es mittels Hilfskonstruktionen wie am Beispiel des Projekts selbstverwalteter Betriebe (WESPE e.V.) in Neustadt an der Weinstraße. Hier arbeiten auch etliche AnarchistInnen mit. Eine zufällig herumliegende Nummer der *direkte aktion*, … muß als Beweis für eine gewalttätige Gesinnung der ProjektbetreiberInnen herhalten. Der Begriff „direkte Aktion" steht jedoch im Anarcho-Syndikalismus für Aktivitäten wie Streiks und Boykotts. An solchen Aktionsformen hat sich wohl schon ein Großteil der Bevölkerung beteiligt. …
Als Bericht für sich genommen, mag die Filmsequenz über Neustadt noch einigermaßen akzeptabel sein. In den Gesamtzusammenhang montiert und mit der Grundaussage des Films verwoben – alle hier gezeigten Menschen und Projekte sind RAF-SympathisantInnen und potentielle GewalttäterInen –, ist es schlicht ein Angriff auf diese Menschen, nicht zuletzt auf deren soziale und ökonomische Situation.
Wer für die Zusammenlegung von Gefangenen oder gar für die Abschaffung der Gefängnisse eintritt, ist noch lange nicht ein/e GewaltbefürworterIn oder gar -anwenderIn. Diese humanistischen Forderungen wurden schon von vielen anderen Menschen des öffentlichen Lebens erhoben, ohne daß sie in die terroristische Ecke gestellt wurden.
Die Vorgehensweise, wie Edgar Verheyen zum Teil sein Material gegen den Widerstand der Betroffenen gedreht und Interviews geradezu erpreßt hat, zeugt nicht gerade von einem unvoreingenommenen Interesse seinen Mitmenschen gegenüber. Zuerst nähert er sich unter unrichtigen Angaben über seinen Filminhalt und hält sich später nicht an Abmachungen, den Film mit den Betroffenen durchzugehen. Vielleicht sollte Herr Verheyen bei soviel Sensibilität besser Dokumentarfilme über das Quellverhalten von Reiskörnern drehen.
Ab und zu gibt es zwar Lichtblicke im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, was eine relativ objektive Darstellung von anarchistischen Positionen anbelangt. Der Film *„Es lebe die Anarchie"* war sicher kein Lichtblick.
In der Regel wird über AnarchistInnen berichtet, werden Vorurteile produziert.



Uns stehen nicht die gleichen Mittel zur Verfügung, unser Leben und unsere Sicht der Gesellschaft darzustellen. Wenn dem so wäre, könnten wir diesen Film als einen extremistischen Ausrutscher akzeptieren. So wie die Verhältnisse jedoch sind, werden wir alle warnen müssen, sich unbedacht auf solche Journalisten wie Edgar Verheyen einzulassen.

Thomas Schupp, Carmen Gilliard, Peter Herber, Frankfurt
sowie die Redaktion des AKI (Libertäres Info Frankfurt, c/o Dezentral, Sandweg 131, 6000 Frankfurt, Tel. 069-4909203)

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 5 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 20.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15, 17, 18, 23. Auch an die Nostalgienummer mit Artikeln aus den Nummern 0 bis 12 sei an dieser Stelle erinnert. Sie ist für 10.- DM nach wie vor lieferbar.
Nur noch wenige Exemplare gibt es hingegen von 16, 19, 20:
– Nr.16 u.a. Venedig-Kongreß
– Nr.19 u.a. Murray Bookchin: Libertärer Kommunalismus, Ulrich Klan: Frauen in der FAUD,
– Nr. 20 ua. Clara Thalmann-Interview, Gotfried Mergner: Deutscher Kolonialismus

Nr.21: u.v.a. * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: u.v.a. Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.24: u.v.a. Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und patriarchalische Gesellschaft

Nr.25: u.v.a Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit

Nr.26: u.a. Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ynestra King über Ökofeminismus * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: u.a. Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Detlef Hartmann über IWF * Geschichte der IWW * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II)

Nr.28: u.a. Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline*AKTION- Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Gerd Arntz - Nachruf u.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug* Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi u.a.

Nr.33: Radikale Linke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« etc.

Nr.34: Wi(e)dervereinigungsdiskussion-I * Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialisten-gesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm u.v.a.

Nr.35: Demorede: Nie wieder Deutschland! * Anstasi-Konferenz 1989 * Was kostet der Anschluß? * Nationalismusdiskussion-II * Flüchtlingspolitik – Ausländergesetz * 500 Jahre Kolonisation * Subsistenzansatz, Teil 1 von Veronika Bennholdt-Thomsen * Märzrevolution 1920 von Erhard Lucas * Traven - Marut von Augustin Souchy * Interview mit Laid Thenardier * 10 Jahre SF! uva.

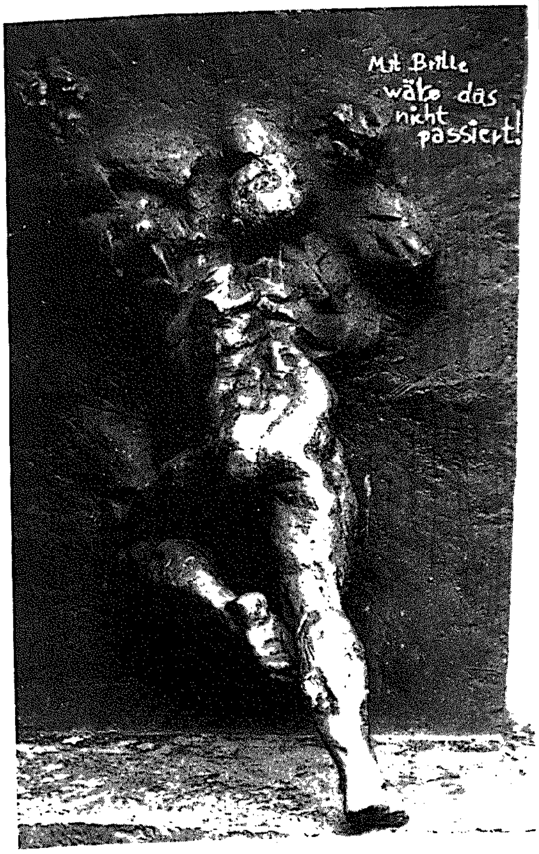
Nr.36: PDS/Linke Liste-"Basis"demokratie * Radikale Linke-Kongreß * Entmilitarisierung/ Totalverweigerung * Häuserkampf in Ostberlin * Festung Europa * Subsistenzansatz, Teil 2 von Veronika Bennholdt-Thomsen * TAZ lügt! * Füchtlingspolitik – Mexiko/USA * Nationalismusdiskussion-III * de Antonios Dokumentarfilme von Jörg Auberg * Kölner Progressive * etc.

Nr.37: Kapitalismuskritik von Alexander Zinovjew * 2 Reden bei „Keine Stimme für Deutschland" * Nationalismus und Befreiung. Die Kurdenfrage von Ronald Ofteringer * GATT-Gattastrophe * 500 Jahre Kolonisations-Feiern * Interview mit Alain Finkielkraut über Rassismus * Der Faschismus von Vichy von Maria A. Macciocchi * Über Ärzte in KZs von Jens Bjørneboe * AIDS - ein medizinischer Irrtum? * Über das Elend der Gegenöffentlichkeit von Jörg Auberg * Wider den libertären Nationalgedanken * Nachruf auf Rudolf Michaelis u.a.

Nr. 38 Kurdenverfolgung und kein Ende * US-Militärpolitik von Philipp Agee * Krieg und Geschwindigkeit von Ulrich Bröckling * Palästinenser aus jüd. Sicht (Adam Keller) * Int. mit Primo Levi (1986) * Holocaust-Historikerstreit * Doitschstunde von LUPUS * Nazis im Osten * Unruhen in Athen * Anarchisten in Polen * Black Panther - Veteran-Innentreffen (1986) * Int. mit p.m. , etc.

Nr.39 u.a. Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen * Westliche Kultur und multikulturelle Gesellschaft * Murray Bookchin: Verteidigung der Aufklärung * LUPUS: Die Maskenbildner des Krieges * Herby Sachs: 500 Jahre Kolonisation * Pasolini von Maria A. Macciochhi

Nr. 40 u.a. Ausländerquotierung? * Bleiberecht für alle Roma von ROM e.V.* Pogrome beginnen im Kopf von Wolfgang Haug * Freihandelszone in Amerika von Herby Sachs * Desinformation und der Golfkrieg von Noam Chomsky * Artikel zum Ende der Sowjetunion




THE END